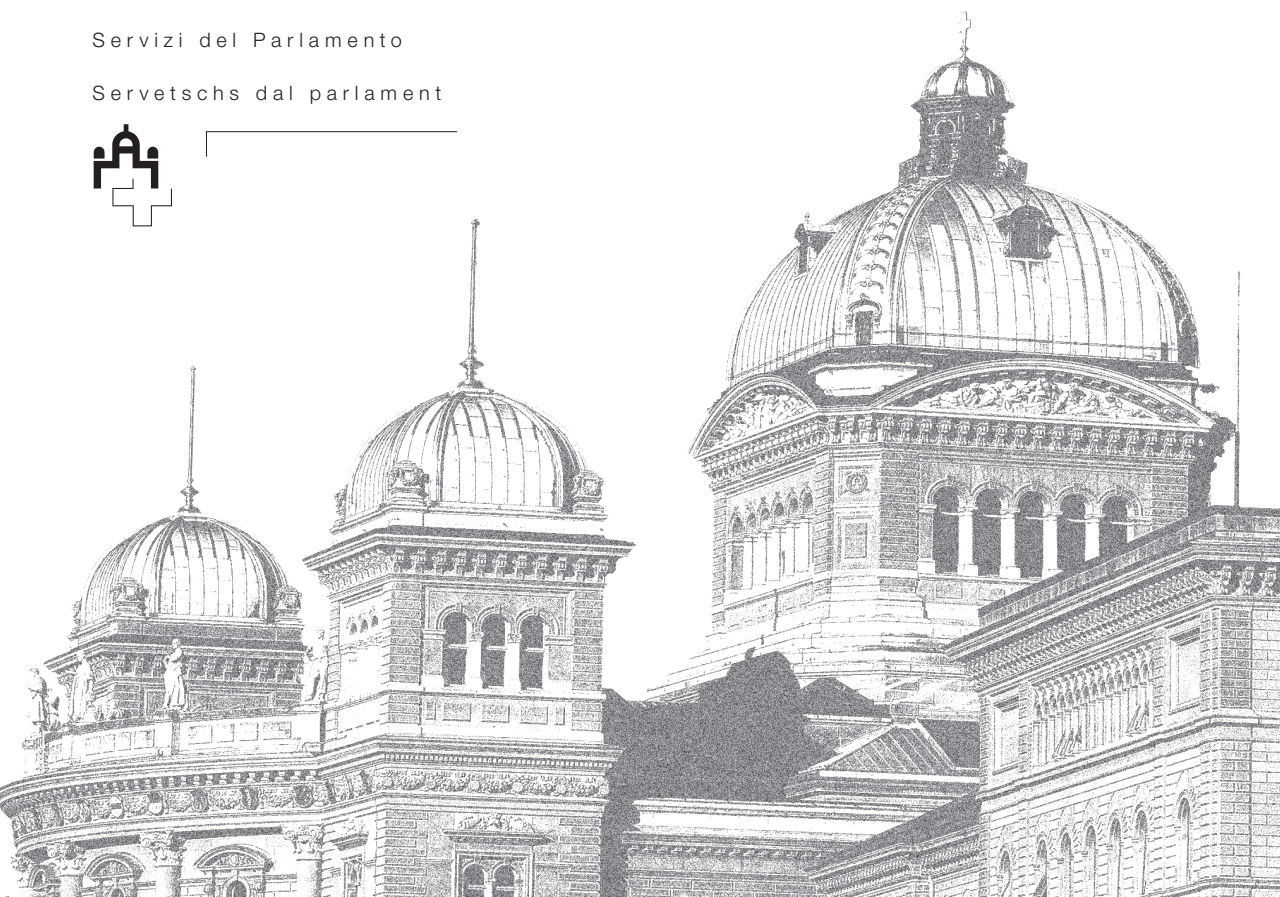


Parlamentsdienste

Services du Parlement

Servizi del Parlamento

Servetschs dal parlament



Volksabstimmung vom 25.09.2022

Votation populaire du 25.09.2022

Votazione popolare del 25.09.2022

21.044

Keine Massentierhaltung in der Schweiz (Massentierhaltungsinitiative).
Volksinitiative und direkter Gegenentwurf

Non à l'élevage intensif en Suisse (initiative sur l'élevage intensif).
Initiative populaire et contre-projet direct

No all'allevamento intensivo in Svizzera
(Iniziativa sull'allevamento intensivo)
Iniziativa popolare e controprogetto diretto

VH 21.044

Documentazione

Biblioteca del Parlamento

Documentation

Bibliothèque du Parlement

Dokumentation

Parlamentsbibliothek

Parlamentsbibliothek

Bibliothèque du Parlement
CH- 3003 Bern
+41 58 322 97 44
doc@parl.admin.ch

Biblioteca del Parlamento

Inhaltsverzeichnis | Table des matières | Contenuto

Seite – Page - Pagina

1. Übersicht über die Verhandlungen - Résumé des délibérations - Compendio delle deliberazioni		I
2. Zusammenfassung der Verhandlungen		II
Résumé des délibérations		VI
Riassunto delle deliberazioni		XI
3. Verhandlungen der Räte - Débats dans les conseils - Dibattiti nelle Camere		
Nationalrat/Conseil national/Consiglio nazionale	14.12.2021	1
Nationalrat/Conseil national/Consiglio nazionale	15.12.2021	32
Ständerat/Conseil des Etats/Consiglio degli Stati	02.03.2022	73
4. Schlussabstimmungen - Votations finales - Votazioni finali		
Nationalrat/Conseil national/Consiglio nazionale	18.03.2022	88
Ständerat/Conseil des Etats/Consiglio degli Stati	18.03.2022	89
5. Namentliche Abstimmungen - Votes nominatifs - Votazioni per appello nominale		90
6. Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Keine Massentierhaltung in der Schweiz (Massentierhaltungsinitiative) vom 18. März 2022		100
Arrêté fédéral relatif à l'initiative populaire «Non à l'élevage intensif en Suisse (initiative sur l'élevage intensif)» du 18 mars 2022		102
Decreto federale concernente l'iniziativa popolare «No all'allevamento intensivo in Svizzera (Iniziativa sull'allevamento intensivo)» del 18 marzo 2022		104
7. Argumente		106
Die nachfolgenden Argumente wurden von den Parlamentsdiensten zu Dokumentationszwecken zusammengestellt. Die Parlamentsdienste selber haben keinerlei Einfluss auf die Gestaltung und den Inhalt derselben.		
Arguments		106
Les données ci-après ont été rassemblées à des fins documentaires par les Services du Parlement. Ceux-ci n'ont aucune influence sur la forme ou la nature des arguments présentés.		
Argomenti		106
I seguenti argomenti sono stati riuniti dai Servizi del Parlamento a scopo di documentazione. I Servizi del Parlamento medesimi non hanno alcun influsso sulla loro impostazione né sul loro contenuto.		

1. Übersicht über die Verhandlungen - Résumé des délibérations

21.044 n Keine Massentierhaltung in der Schweiz (Massentierhaltungsinitiative). Volksinitiative und direkter Gegenentwurf

Botschaft vom 19. Mai 2021 zur Volksinitiative «Keine Massentierhaltung in der Schweiz (Massentierhaltungsinitiative)» und zum direkten Gegenentwurf (Bundesbeschluss über den Schutz und das Wohlergehen der Tiere) ([BBI 2021 1244](#))

NR/SR *Kommission für Wirtschaft und Abgaben*

1. Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Keine Massentierhaltung in der Schweiz (Massentierhaltungsinitiative)» ([BBI 2021 1245](#))

14.12.2021 Nationalrat. Beginn der Debatte

15.12.2021 Nationalrat. Beschluss abweichend vom Entwurf

02.03.2022 Ständerat. Zustimmung

18.03.2022 Ständerat. Annahme in der Schlussabstimmung

18.03.2022 Nationalrat. Annahme in der Schlussabstimmung

[Bundesblatt 2022 700](#)

2. Bundesbeschluss über den Schutz und das Wohlergehen der Tiere (direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Keine Massentierhaltung in der Schweiz [Massentierhaltungsinitiative]») ([BBI 2021 1246](#))

14.12.2021 Nationalrat. Beginn der Debatte

15.12.2021 Nationalrat. Nichteintreten

02.03.2022 Ständerat. Nichteintreten

21.044 n Non à l'élevage intensif en Suisse (initiative sur l'élevage intensif). Initiative populaire et contre-projet direct

Message du 19 mai 2021 relatif à l'initiative populaire « Non à l'élevage intensif en Suisse (initiative sur l'élevage intensif) » et au contre-projet direct (arrêté fédéral concernant la protection et le bien-être des animaux) ([FF 2021 1244](#))

CN/CE *Commission de l'économie et des redevances*

1. Arrêté fédéral relatif à l'initiative populaire «Non à l'élevage intensif en Suisse (initiative sur l'élevage intensif)» ([FF 2021 1245](#))

14.12.2021 Conseil national. Début des délibérations

15.12.2021 Conseil national. Décision modifiant le projet

02.03.2022 Conseil des Etats. Adhésion

18.03.2022 Conseil des Etats. Adoption (vote final)

18.03.2022 Conseil national. Adoption (vote final)

[Feuille fédérale 2022 700](#)

2. Arrêté fédéral concernant la protection et le bien-être des animaux (contre-projet direct à l'initiative populaire «Non à l'élevage intensif en Suisse [initiative sur l'élevage intensif]») ([FF 2021 1246](#))

14.12.2021 Conseil national. Début des délibérations

15.12.2021 Conseil national. Ne pas entrer en matière

02.03.2022 Conseil des Etats. Ne pas entrer en matière

2. Zusammenfassung der Verhandlungen

21.044 Keine Massentierhaltung in der Schweiz (Massentierhaltungsinitiative). Volksinitiative und direkter Gegenentwurf

Botschaft vom 19. Mai 2021 zur Volksinitiative «Keine Massentierhaltung in der Schweiz (Massentierhaltungsinitiative)» und zum direkten Gegenentwurf (Bundesbeschluss über den Schutz und das Wohlergehen der Tiere) ([BBI 2021 1244](#))

Die Volksinitiative "Keine Massentierhaltung in der Schweiz (Massentierhaltungsinitiative)" will die Massentierhaltung verbieten und die Würde der Tiere in der landwirtschaftlichen Tierhaltung in die Verfassung aufnehmen. Die Initiative wird Volk und Ständen am 25. September 2022 zur Abstimmung unterbreitet. Das Parlament empfiehlt die Initiative ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung.

Ausgangslage

Am 17. September 2019 reichten 26 Vertreterinnen und Vertreter verschiedenster Organisationen und Parteien die Volksinitiative "Keine Massentierhaltung in der Schweiz (Massentierhaltungsinitiative)" mit 106 125 gültigen Unterschriften ein. Die Initiative will den Schutz der Würde der Tiere in der landwirtschaftlichen Tierhaltung in die Verfassung aufnehmen. Dazu soll auch gehören, dass solche Tiere nicht in "Massentierhaltung" gehalten werden. Der Bund müsste Kriterien für eine tierfreundliche Unterbringung und Pflege, den Zugang ins Freie, die Schlachtung und die maximale Gruppengrösse je Stall festlegen. Weiter müsste er für die Einfuhr von Tieren und tierischen Erzeugnissen zu Ernährungszwecken Vorschriften erlassen, die dem neuen Verfassungsartikel Rechnung tragen. Zu guter Letzt verlangt die Initiative, dass bezüglich der Würde des Tiers Anforderungen festgelegt werden, die mindestens denjenigen der Bio-Suisse-Richtlinien 2018 entsprechen. Diese enthalten unter anderem über die gesetzlichen Mindestanforderungen hinausgehende Vorgaben zur Tierhaltung und zum Auslauf sowie Höchstbestände für die Geflügelhaltung. Die neu zu erlassenden Bestimmungen sollen Übergangsfristen von bis zu 25 Jahren vorsehen können.

Der Bundesrat beschloss an seiner Sitzung vom 19. Mai 2021, dem Parlament zu beantragen, Volk und Ständen die Ablehnung der Initiative zu empfehlen. Der Bundesrat will der Initiative aber einen direkten Gegenentwurf gegenüberzustellen. Ihm sei, so der Bundesrat in seiner Medienmitteilung, das Wohlergehen der Tiere ein wichtiges Anliegen. Er lehne die Initiative aber ab, weil das Tierschutzrecht Massentierhaltung heute schon verbietet. Die Gesetzgebung schütze das Wohlergehen der einzelnen Tiere unabhängig von deren Anzahl. Eine Beschränkung der Grösse der Tierhaltungen bringe keine unmittelbare Verbesserung des Tierwohls. Zudem habe die Schweiz bereits aufgrund der Struktur der Landwirtschaftsbetriebe und der Gesetzgebung im internationalen Vergleich sehr kleine Tierbestände.

Der Bundesrat spricht sich auch dagegen aus, den privaten Standard der Bio-Suisse-Richtlinien in der Verfassung zu verankern. Diese spezifischen Richtlinien aus dem Jahr 2018 wären überholt, wenn sie nach Ablauf der Übergangsfrist von 25 Jahren ihre Wirkung entfalten würden. Zudem bestünden zahlreiche weitere private und staatliche Bio-Standards, die weiterentwickelt werden. So unterstütze der Bund bereits heute "besonders tierfreundliche Stallhaltungssysteme" (BTS) und den regelmässigen Auslauf ins Freie (RAUS) mit Beiträgen.

Zudem wäre die geforderte Importregelung, so der Bundesrat, mit den internationalen Verpflichtungen der Schweiz nicht vereinbar und mit aufwendigen und teuren Kontrollen verbunden. Ausserdem könnte die Umsetzung der Initiative Mehrkosten für die Landwirtschaft sowie die Konsumentinnen und Konsumenten verursachen.

Mit dem direkten Gegenentwurf will der Bundesrat das Anliegen der Initiative aufnehmen. Dazu sollen Kriterien für eine tierfreundliche Unterbringung und Pflege, für regelmässigen Auslauf und für eine schonende Schlachtung in die Verfassung aufgenommen werden. Schweine sollen zwingend einen eingestreuten Liegebereich haben. Grundsätzlich sollen alle Nutztiere regelmässigen Auslauf haben. Die Tiere würden so an Lebensqualität gewinnen, würden widerstandsfähiger gegen Krankheiten werden und bräuchten weniger Medikamente wie Antibiotika. Bei der Schlachtung sollen Schmerzen, Leid und Angst mit allen möglichen und zumutbaren Mitteln vermieden werden. Der Bundesrat anerkennt, dass die Landwirtinnen und Landwirte heute schon bestrebt sind, das Tierwohl zu fördern. Mit verschärften Minimalanforderungen für alle Nutztiere soll das Tierwohl in der landwirtschaftlichen Tierhaltung weiter verbessert werden.

Der Bundesrat will, im Unterschied zur Initiative, den Schutz des Wohlergehens als allgemeinen Grundsatz für alle Tiere in die Verfassung aufnehmen. Damit geht er mit seinem Gegenentwurf über die Initiative hinaus. Die Volksinitiative bezieht sich ausschliesslich auf Tiere in der landwirtschaftlichen Tierhaltung.

(Quellen: Medienmitteilung sowie Botschaft des Bundesrates, [BBI 2021 1244](#))

Verhandlungen

Entwurf 1

Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Keine Massentierhaltung in der Schweiz (Massentierhaltungsinitiative)» ([BBI 2021 1245](#))

14.12.2021	NR	Beginn der Debatte
15.12.2021	NR	Beschluss abweichend vom Entwurf
02.03.2022	SR	Zustimmung
18.03.2022	SR	Annahme in der Schlussabstimmung
18.03.2022	NR	Annahme in der Schlussabstimmung

[Bundesblatt](#) 2022 700

Entwurf 2

Bundesbeschluss über den Schutz und das Wohlergehen der Tiere (direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Keine Massentierhaltung in der Schweiz [Massentierhaltungsinitiative]») ([BBI 2021 1246](#))

14.12.2021	NR	Beginn der Debatte
15.12.2021	NR	Nichteintreten
02.03.2022	SR	Nichteintreten

Der **Nationalrat** befasste sich in der Wintersession 2021 als Erstrat mit der Volksinitiative.

Die Mehrheit der vorberatenden Kommission sah keinen Bedarf, Bestimmungen in die Bundesverfassung aufzunehmen, die weitergehen als die heutigen. Sie stellte ihrem Rat daher den Antrag, die Initiative Volk und Ständen ohne Gegenentwurf zur Ablehnung zu empfehlen.

Kommissionssprecherin Esther Friedli (V, SG) und Kommissionssprecher Fabio Regazzi (M-E, TI) wiesen darauf hin, dass die Schweiz eines der weltweit strengsten Tierschutzgesetze hat. Die Schweiz habe als einziges Land eine Höchstbestandesverordnung beispielsweise für Legehennen, Schweine oder Kälber. Auch würden diese Bestände nur vom kleinsten Teil der Bäuerinnen und Bauern überhaupt erreicht. Denn in der Schweiz seien viele landwirtschaftliche Betriebe überschaubar. Das ermögliche einen doch eher familiären Umgang mit den Tieren. Des Weiteren würden sich die meisten Betriebe bereits heute an Tierschutzprogrammen wie "RAUS" beteiligen, bei welchen die Tiere regelmässigen Auslauf haben müssen. Auch sei zu bedenken, dass die Schweiz aufgrund der in der Initiative vorgesehenen Importregeln ihren internationalen Verpflichtungen, z. B. im Bereich WTO oder in Freihandelsabkommen mit der EU, nicht mehr nachkommen könnte. Zudem stelle sich die Frage, wie die Einhaltung der strengen Auflagen im Ausland kontrolliert werden soll.

Beim Gegenentwurf des Bundesrates machten die Sprecher der Kommissionsmehrheit auf Zielkonflikte bei den Ammoniakemissionen aufmerksam. Das Parlament habe im Frühling einen ehrgeizigen Absenkpfad für Ammoniak und Nährstoffe beschlossen. Beim Gegenentwurf müsse aber bei gleichbleibendem Tierbestand mit einer Erhöhung der Ammoniakemissionen um ca. 2,2 Prozent gerechnet werden. Des Weiteren reguliere der Gegenentwurf nur die Inlandproduktion, nicht aber den Import, was zu einer weiteren Wettbewerbsverzerrung, d. h. einer Verteuerung der inländischen Waren gegenüber den ausländischen Produkten führen werde.

Die vorberatende Kommission war sich nicht einig gewesen, sodass neben der Kommissionsmehrheit auch Kommissionsminderheiten Anträge stellten. Einzelanträge wurden hingegen nicht gestellt.

Eine Minderheit bestehend aus Mitgliedern der Grünen, der Sozialdemokratischen und der Grünliberalen Fraktion beantragte Rückweisung der Initiative an die Kommission mit dem Auftrag, einen indirekten Gegenvorschlag auszuarbeiten. Ziel des Rückweisungsantrags sei, den Gegenentwurf des

Bundesrates abzuschwächen bzw. einen Kompromiss des Kompromisses vorzulegen, sagte der Sprecher dieser ersten Minderheit (Kilian Baumann; G, BE).

Eine aus Mitgliedern der Grünen und der Sozialdemokratischen Fraktion bestehende Minderheit stellte wiederum dem Rat den Antrag, Volk und Ständen die Initiative zur Annahme zu empfehlen. Ihre Sprecherin Regula Rytz (G, BE) gab zu bedenken, dass die schweizerische Land- und Ernährungswirtschaft vor grossen Herausforderungen steht. Die zunehmende Globalisierung der Produktions- und Handelsketten zwingt auch die Bäuerinnen und Bauern in der Schweiz dazu, immer billiger und effizienter zu produzieren. Die Rechnung dafür würden auch die Nutztiere, z. B. die Masthühner, bezahlen. Nur 7 Prozent der Masthühner in der Schweiz sähen jemals die Sonne. Die übrigen seien in ihrem sehr kurzen Leben in Masthallen mit 12 000 oder mehr Tieren eingesperrt. Rund 4 Prozent aller Masthühner würden schon vor dem Schlachthoftermin an Krankheiten oder an Schwäche verenden. Beim Tierschutz bestehe Handlungsbedarf - auch in der Schweiz.

Eine weitere Minderheit, die sich aus Mitgliedern der Grünliberalen, der Grünen und der Sozialdemokratischen Fraktion zusammensetzte, wollte auf den Gegenentwurf des Bundesrates eintreten und diesen mit einer maximalen Gruppengrösse und mit einer Deklarationspflicht für den Import von Tieren und Tierprodukten zu Ernährungszwecken ergänzen, in deren Rahmen über Schutz und Wohlergehen der Nutztiere informiert wird. Dank der Aufnahme der Kriterien für eine tierfreundliche Unterbringung und Pflege, für regelmässigen Auslauf und für eine schonende Schlachtung in die Verfassung fördere der direkte Gegenentwurf das Wohlergehen aller Tiere, argumentierte Jürg Grossen (GL, BE) im Namen dieser dritten Minderheit. An die Tierart angepasste Gruppengrössen würden das Tierwohl aber noch zusätzlich verbessern. Ausserdem werde von den Gegnern des Gegenentwurfes oft ins Feld geführt, dass solche Verfassungsbestimmungen die Lebensmittelproduktion in der Schweiz verteuern und dies letztlich zu mehr Lebensmittelimporten aus unkontrollierter Auslandsproduktion führt. Mit einer Deklarationspflicht für Importe wäre dieses Problem behoben. In der Praxis habe man mit Deklarationspflichten zum Beispiel bei Eiern sehr gute Erfahrungen gemacht. Importierte Eier aus reiner Käfighaltung seien aus den Regalen im Detailhandel verschwunden. Die Deklarationspflicht wäre vor allem aber WTO-konform.

Nach einer ausführlichen Debatte folgte der Rat in allen Punkten der Kommissionsmehrheit. Zunächst lehnte er den Rückweisungsantrag mit 106 zu 81 Stimmen ab. Viele Rednerinnen und Redner hatten sich in der Debatte gegen den Rückweisungsantrag ausgesprochen, da sie die knappen Fristen für die Ausarbeitung eines indirekten Gegenvorschlags nicht für ausreichend hielten; zudem sei kaum zu erwarten, dass die Initiantinnen und Initianten ihre Initiative zugunsten eines indirekten Gegenvorschlags zurückziehen.

Anschliessend beschloss der Rat mit 107 zu 81 Stimmen bei 1 Enthaltung, nicht auf den direkten Gegenentwurf des Bundesrates einzutreten, und entschied mit 111 zu 60 Stimmen bei 19 Enthaltungen, die Initiative Volk und Ständen zur Ablehnung zu empfehlen. Abgesehen von den von der Kommissionsmehrheit vorgebrachten Argumenten hatten die Gegnerinnen und Gegner der Initiative in der Ratsdebatte u. a. auch davor gewarnt, dass neben der Landwirtschaft auch die Verarbeitung, der Handel, die Gastronomie, die Hotellerie sowie die Konsumentinnen und Konsumenten von der Initiative betroffen wären. Bei einer Annahme der Initiative würden die Lebensmittelpreise in der Schweiz massiv ansteigen, würde die Wahlfreiheit spürbar eingeschränkt und würden Arbeitsplätze verloren gehen. Zudem müssten in der Schweiz 1600 neue Aufzucht- und Legehennenställe und mehr als 20 000 neue mobile Mastpouletställe errichtet werden, wenn die Produktion nicht zurückgefahren werden soll. Dies stehe in einem klaren Widerspruch zu den aktuellen Forderungen in der Raumplanung. Auch sei es falsch, mit Verboten oder Geboten zu arbeiten, den Konsumentinnen und Konsumenten müsse die Wahlfreiheit gelassen werden.

Im **Ständerat** wurde die Volksinitiative in der Frühjahrssession 2022 behandelt. Auch hier stellte die Mehrheit der vorberatenden Kommission ihrem Rat den Antrag, die Initiative Volk und Ständen ohne Gegenentwurf zur Ablehnung zu empfehlen.

Der Kommissionsmehrheit befand, dass die Nutztierhaltung in der Schweiz grundsätzlich auf einem guten Stand ist. Es seien bereits genügend Instrumente vorhanden, so etwa die Höchstbestandesverordnung, die Tierwohlprogramme und der Tierschutz, die im Vollzug bzw. bei der Ausführung sehr gut funktionieren.

Die Initiative fordere die Aufnahme privater Richtlinien - derjenigen von Bio Suisse - in die Verfassung; das erscheine aber, so Kommissionssprecher Peter Hegglin (M-E, ZG), nicht sinnvoll und sei

problematisch. Zudem stelle die Ungleichbehandlung identischer Produkte, die sich nur in ihrer Herstellungsweise unterscheiden, einen Verstoß gegen die WTO-Regeln dar. Auch müssten die Produktionsstandards im Ursprungsland überprüft werden; die Einrichtung von Kontrollmechanismen wäre daher äusserst komplex. Zu beachten sei auch, dass die Vorlage steigende Preise und das Risiko von vermehrtem Einkaufstourismus zur Folge hätte; zudem würde die Wahlfreiheit der Verbraucher eingeschränkt werden.

Der Gegenentwurf des Bundesrates wiederum treffe, so der Kommissionsprecher, vor allem die Rindviehhaltung, insbesondere im Hügel- und Berggebiet, wo es für die Bauernfamilien aufgrund der topografischen Lage wenig Alternativen gebe. Es sei zu befürchten, dass die Tierwohlbeiträge in Höhe von etwa 280 Millionen Franken umgelagert werden müssten, etwa 150 Millionen Franken alleine im Hügel- und Berggebiet. Die Wirtschaftlichkeit vieler Betriebe wäre dadurch gefährdet. Neben den Tierwohlbeiträgen würde infolge eines Obligatoriums von Tierwohlinstrumenten auch der Mehrwert, der heute auf dem Markt erzielt werden kann, wegfallen. Der Gegenentwurf des Bundesrates behebe zwar Mängel der Initiative, da er die Einfuhrregeln gemäss WTO einhalte und sämtliche Tierhalter in die Pflicht nehme. Allerdings überbürde er Importprodukten viel weniger strikte Produktionsauflagen. Die Vorteile würden die negativen Auswirkungen, vor allem diejenigen auf die Rindviehhaltung, nicht aufzuwiegen vermögen.

Wie in der grossen Kammer war sich die vorberatende Kommission auch in der kleinen Kammer nicht einig gewesen, sodass auch hier Minderheitsanträge gestellt wurden.

Eine erste Minderheit bestehend aus Mitgliedern der Grünen und der Sozialdemokratischen Fraktion wollte die Initiative Volk und Ständen zur Annahme empfehlen. Ihre Sprecherin Adèle Thorens Goumaz (G, VD) wies darauf hin, dass die Werbung für die Produkte nicht der Realität entspricht. Sie suggeriere, dass es in der Schweiz nur Schweine und Hühner auf der grünen Wiese gibt. Dies sei irreführend, es gebe Massentierhaltung, beispielsweise Ställe mit bis zu 27 000 Hühnern. In Zukunft solle, so die Sprecherin, vermehrt auf Qualität als auf Quantität gesetzt werden. Zu beachten sei auch, dass die Initiative Übergangsfristen von bis zu 25 Jahren vorsieht; 25 Jahre seien lang. Zudem hätte die Schweiz in 25 Jahren nur noch wenige Jahre, um die Ziele des Pariser Klimaabkommens zu erfüllen. Das Parlament werde sicherlich eine Lösung finden, um die Volksinitiative so umzusetzen, dass die Regelung WTO-konform ist.

Eine zweite rotgrüne Minderheit wiederum wollte den Gegenentwurf des Bundesrates annehmen und ihn mit einer maximalen Gruppengrösse und mit einer Deklarationspflicht für den Import ergänzen. Zanetti Roberto (S, SO) argumentierte im Namen der zweiten Minderheit, der Bundesrat habe wohl erkannt, dass hier tatsächlich noch Defizite bestehen und bezüglich des Tierwohls Verbesserungen möglich sind. Der bundesrätliche Gegenentwurf sei eine sehr schlanke Regelung, die das Tierwohl auf Verfassungsstufe hebt und sehr vieles dem Gesetzgeber überlässt. Das Wohlergehen solle für alle Tiere gelten. Der Minderheitssprecher wies auch darauf hin, dass Übergangsfristen von 25 Jahren vorgesehen sind. In diesen 25 Jahren werde der Strukturwandel in der Landwirtschaft voranschreiten und werde es weniger Betriebe geben. Es sei davon auszugehen, dass die Aufwendungen für die Landwirtschaft unverändert bleiben. Dann werde gleich viel Geld auf weniger Betriebe verteilt, d. h., der einzelne Betrieb werde mehr Geld bekommen. Dank verfeinerten und verbesserten Produktionsmethoden sollte es bei den einzelnen Produzenten keine Preiserhöhungen geben, weshalb auch die Konsumentenpreise nicht steigen sollten. Man könne also sagen, die ganze Angelegenheit sei für den Bund, die Produzenten sowie für die Konsumentinnen und Konsumenten mehr oder weniger kostenneutral. Mehr könne man eigentlich nicht erwarten. Man hätte bei gleichbleibenden Kosten deutlich mehr Tierwohl.

Aber auch die kleine Kammer folgte schliesslich den Anträgen der Kommissionsmehrheit und beschloss mit 30 zu 14 Stimmen, nicht auf den Gegenentwurf des Bundesrates einzutreten. Sie empfahl Volk und Ständen mit 32 zu 8 Stimmen, die Initiative abzulehnen.

In der Schlussabstimmung empfahl der Nationalrat Volk und Ständen mit 106 zu 77 Stimmen bei 8 Enthaltungen die Ablehnung der Initiative. Der Ständerat tat es ihm mit 32 zu 8 Stimmen bei 1 Enthaltung gleich.

2. Résumé des délibérations

21.044 **Non à l'élevage intensif en Suisse (initiative sur l'élevage intensif). Initiative populaire et contre-projet direct**

Message du 19 mai 2021 relatif à l'initiative populaire « Non à l'élevage intensif en Suisse (initiative sur l'élevage intensif) » et au contre-projet direct (arrêté fédéral concernant la protection et le bien-être des animaux) ([FF 2021 1244](#))

L'initiative populaire " Non à l'élevage intensif en Suisse (initiative sur l'élevage intensif) " vise à interdire l'élevage dit " intensif " et à inscrire dans la Constitution la notion de dignité de l'animal dans le domaine de la garde d'animaux à des fins agricoles. Elle sera soumise au vote du peuple et des cantons le 25 septembre 2022. Le Parlement recommande de la rejeter, sans lui opposer de contre-projet.

Contexte

Le 17 septembre 2019, 26 représentantes et représentants de différents partis et organisations ont déposé l'initiative populaire " Non à l'élevage intensif en Suisse (initiative sur l'élevage intensif) ", munie de 106 125 signatures valables. Cette initiative vise à introduire dans la Constitution une disposition pour protéger la dignité de l'animal dans le domaine de la garde d'animaux à des fins agricoles, ce qui impliquerait, entre autres, que les animaux en question ne fassent pas l'objet d'un " élevage intensif ". Aux termes de l'initiative, la Confédération devrait fixer les critères concernant un hébergement et des soins respectueux des animaux, l'accès à l'extérieur, l'abattage et la taille maximale des groupes par étable. Elle devrait en outre édicter des dispositions sur l'importation d'animaux et de produits d'origine animale à des fins alimentaires qui tiennent compte du nouvel article constitutionnel. Enfin, l'initiative demande que les exigences relatives à la dignité de l'animal correspondent au moins à celles du Cahier des charges 2018 de Bio Suisse. Ces directives, qui vont au-delà des exigences légales minimales, contiennent notamment des prescriptions sur la détention des animaux et leur accès à l'extérieur, et sur les effectifs maximaux de volailles. Le texte prévoit pour les nouvelles dispositions des délais transitoires pouvant aller jusqu'à 25 ans.

A sa séance du 19 mai 2021, le Conseil fédéral a décidé de proposer au Parlement de recommander au peuple et aux cantons de rejeter l'initiative. Il a toutefois souhaité opposer un contre-projet direct à ce texte. Comme il l'a indiqué dans son communiqué de presse, le gouvernement attache de l'importance au bien-être animal. S'il rejette l'initiative, c'est que la législation sur la protection des animaux interdit déjà l'élevage intensif. Le Conseil fédéral précise que la législation protège le bien-être individuel des animaux et ce, quel que soit leur nombre. Selon lui, limiter la taille des élevages ne permettrait pas d'améliorer directement le bien-être animal. Du fait de la structure de ses exploitations agricoles et de sa législation, la Suisse dispose déjà, par rapport aux autres pays, de troupeaux de très petite taille.

Le Conseil fédéral s'oppose également à l'inscription dans la Constitution des normes privées énoncées dans le Cahier des charges de Bio Suisse. Ces directives spécifiques datant de 2018 seraient en effet obsolètes lorsqu'elles déploieraient leurs effets à l'expiration du délai de transition de 25 ans. Le gouvernement ajoute qu'il existe de nombreuses autres normes biologiques, tant étatiques que privées, qui évoluent, et que la Confédération soutient aujourd'hui déjà, par des contributions, les " systèmes de stabulation particulièrement respectueux des animaux " (SST) et les " sorties régulières en plein air " (SRPA).

Par ailleurs, le Conseil fédéral souligne que les règles relatives à l'importation qui sont demandées ne seraient pas compatibles avec les engagements internationaux pris par la Suisse et exigeraient la mise en place de contrôles lourds et coûteux. Selon lui, la mise en oeuvre des dispositions proposées dans l'initiative pourrait aussi entraîner des coûts supplémentaires pour le secteur agricole et les consommateurs et consommatrices.

Le Conseil fédéral souhaite tenir compte, dans le cadre du contre-projet direct, des souhaits exprimés dans l'initiative en inscrivant dans la Constitution des critères relatifs à un hébergement, à des conditions d'abattage et à des soins respectueux des animaux ainsi qu'à des sorties régulières. Les porcs devront disposer impérativement d'aires de repos recouvertes de litière et tous les animaux de rente bénéficieront de sorties régulières. Le gouvernement estime que les animaux gagneront ainsi en qualité de vie, seront plus résistants aux maladies et auront moins besoin de médicaments comme des antibiotiques. Lors de

leur abattage, douleurs, souffrances et anxiété devront être évitées par tous les moyens possibles et raisonnables. Le Conseil fédéral reconnaît que les agriculteurs et les agricultrices s'efforcent aujourd'hui déjà de promouvoir le bien-être animal. Il considère que ce bien-être pourra encore être accru en appliquant des exigences minimales renforcées à tous les animaux de rente dans les élevages agricoles.

Le gouvernement entend, contrairement à ce que prône l'initiative, inscrire à titre de principe général le bien-être de tous les animaux dans la Constitution. Avec son contre-projet, il va donc au-delà de ce que requiert l'initiative, qui se réfère exclusivement aux animaux détenus à des fins agricoles.

(Sources : communiqué de presse et message du Conseil fédéral, [FF 2021 1244](#))

Délibérations

Projet 1

Arrêté fédéral relatif à l'initiative populaire «Non à l'élevage intensif en Suisse (initiative sur l'élevage intensif)» ([FF 2021 1245](#))

14.12.2021	CN	Début des délibérations
15.12.2021	CN	Décision modifiant le projet
02.03.2022	CE	Adhésion
18.03.2022	CE	Adoption (vote final)
18.03.2022	CN	Adoption (vote final)

[Feuille fédérale](#) 2022 700

Projet 2

Arrêté fédéral concernant la protection et le bien-être des animaux (contre-projet direct à l'initiative populaire «Non à l'élevage intensif en Suisse [initiative sur l'élevage intensif]») ([FF 2021 1246](#))

14.12.2021	CN	Début des délibérations
15.12.2021	CN	Ne pas entrer en matière
02.03.2022	CE	Ne pas entrer en matière

Le **Conseil national** a examiné l'initiative populaire lors de la session d'hiver 2021, en sa qualité de conseil prioritaire.

La majorité de la commission chargée de l'examen préalable a estimé qu'il n'était pas nécessaire d'insérer dans la Constitution des dispositions allant plus loin que les normes en vigueur. Elle a donc proposé au conseil de recommander au peuple et aux cantons de rejeter l'initiative, sans lui opposer de contre-projet.

Esther Friedli (V, SG) et Fabio Regazzi (M-E, TI), qui ont présenté au conseil le rapport de la commission, ont souligné que la Suisse s'était dotée de l'une des législations sur la protection des animaux les plus strictes au monde : c'est le seul pays à disposer d'une ordonnance sur les effectifs maximums, notamment pour les poules pondeuses, les porcs et les veaux. Ils ont indiqué que seule une infime partie des paysans et des paysannes atteignaient ces maxima, du fait que, en Suisse, de nombreuses exploitations agricoles sont de taille relativement modeste, ce qui garantit des contacts assez familiers avec les animaux. De plus, la plupart des exploitations prennent déjà part à des programmes de protection des animaux tels que le programme SRPA, qui prévoit que les animaux doivent sortir régulièrement en plein air. Mme Friedli et M. Regazzi ont également rappelé que, si l'initiative était acceptée, la Suisse ne pourrait plus remplir ses obligations internationales, par exemple dans le domaine OMC ou dans le cadre des accords de libre-échange avec l'Union européenne, en raison des règles d'importation prévues dans l'initiative. Il faut aussi se demander, ont-ils ajouté, comment on contrôlerait que les conditions strictes sont bien respectées à l'étranger.

S'agissant du contre-projet du Conseil fédéral, la rapporteuse et le rapporteur de la commission ont attiré l'attention de l'hémicycle sur les conflits d'objectifs relatifs aux émissions d'ammoniac, soulignant que le Parlement avait adopté au printemps une trajectoire de réduction ambitieuse concernant l'ammoniac et les éléments fertilisants. Or, selon eux, il faut s'attendre avec le contre-projet à une augmentation des émissions d'ammoniac d'environ 2,2 %, pour un nombre d'animaux qui resterait stable. Par ailleurs, le contre-projet s'appliquerait uniquement à la production suisse, et non à l'importation, ce qui entraînerait un renchérissement des produits suisses par rapport aux marchandises étrangères, autrement dit une nouvelle distorsion de la concurrence.

La commission chargée de l'examen préalable n'ayant pas de position unanime, des minorités de la commission avaient également déposé des propositions. Par contre, aucune proposition individuelle n'avait été déposée.

Une minorité rassemblant des membres du groupe des VERT-E-S, du groupe socialiste et du groupe vert/libéral a proposé de renvoyer l'initiative à la commission en chargeant celle-ci d'élaborer un contre-projet indirect. Le porte-parole de cette première minorité, Kilian Baumann (G, BE), a indiqué que la proposition en question visait à affaiblir le contre-projet du Conseil fédéral et à établir un " compromis du compromis ".

Une deuxième minorité, constituée de membres du groupe des VERT-E-S et du groupe socialiste, a proposé au conseil de recommander au peuple et aux cantons d'accepter l'initiative. Sa porte-parole, Regula Rytz (G, BE), a fait remarquer que le secteur agroalimentaire suisse se trouvait face à des défis de taille : la mondialisation croissante de la chaîne de production et de la chaîne commerciale contraint les paysans et les paysannes à baisser toujours plus leurs coûts de production tout en augmentant leur productivité. Les animaux de rente, les poulets de chair par exemple, en paient le prix - en Suisse, seuls 7 % des poulets de chair voient la lumière du jour. Le reste est enfermé, durant sa vie très brève, dans des halles d'engraissement rassemblant 12 000 animaux, voire davantage. Mme Rytz a souligné que quelque 4 % des poulets de chair périssaient de maladie ou de faiblesse avant la date de leur abattage. Selon elle, la protection animale requiert des mesures - en Suisse aussi.

Une troisième minorité, composée de membres du groupe vert/libéral, du groupe des VERT-E-S et du groupe socialiste, a proposé d'entrer en matière sur le contre-projet du Conseil fédéral et de le compléter par la mention d'une taille maximale des groupes d'animaux et par une obligation de déclaration pour l'importation d'animaux et de produits animaux destinés à l'alimentation, dans le cadre de laquelle des informations sur la protection et le bien-être des animaux de rente seraient fournies. Jürg Grossen (GL, BE), qui s'exprimait au nom de cette minorité, a estimé que, en prévoyant l'inscription dans la Constitution de critères relatifs à un hébergement, à des conditions d'abattage et à des soins respectueux des animaux, ainsi qu'à des sorties régulières, le contre-projet direct favorisait le bien-être de tous les animaux. Il a ajouté que des tailles de groupes adaptées aux espèces amélioreraient encore ce bien-être. En outre, a-t-il indiqué, les opposants au contre-projet ont souvent avancé que des dispositions constitutionnelles comme celles qui sont prévues dans le contre-projet renchériraient la production alimentaire en Suisse, ce qui générerait en fin de compte une augmentation des importations issues d'une production étrangère non contrôlée ; or, une obligation de déclaration applicable aux importations permettrait de résoudre ce problème. M. Grossen a rappelé que les expériences faites avec les obligations de déclaration pour les oeufs, par exemple, avaient été très concluantes : les oeufs d'élevage en batterie importés ont disparu des rayons du commerce de détail. Il a surtout insisté sur le fait que l'obligation de déclaration serait conforme aux règles de l'OMC.

A l'issue de débats nourris, le conseil a suivi la majorité de la commission sur tous les points. Il a commencé par rejeter la proposition de renvoi, par 106 voix contre 81. Au cours de la discussion, de nombreux orateurs et oratrices s'étaient exprimés contre cette proposition, estimant que les délais étaient trop serrés pour permettre l'élaboration d'un contre-projet indirect et qu'il n'était guère probable que les personnes et les associations ayant lancé l'initiative retirent leur texte au profit d'un tel contre-projet.

Le conseil a ensuite décidé, par 107 voix contre 81 et 1 abstention, de ne pas entrer en matière sur le contre-projet direct du Conseil fédéral et, par 111 voix contre 60 et 19 abstentions, de recommander au peuple et aux cantons de rejeter l'initiative. Indépendamment des arguments avancés par la majorité de la commission, les parlementaires opposés à l'initiative avaient notamment mis en garde le reste du conseil, lors des débats, contre les effets que ce texte aurait aussi sur les secteurs de la transformation, du commerce, de la restauration et de l'hôtellerie ainsi que sur les consommateurs et consommatrices. Selon eux, si l'initiative était acceptée, les prix des denrées alimentaires augmenteraient considérablement en Suisse et la liberté de choix serait sensiblement restreinte, sans compter les emplois qui disparaîtraient. De plus, il faudrait construire dans notre pays 1600 poulaillers de poules d'élevage et de poules pondeuses, et plus de 20 000 poulaillers mobiles de poulets de chair, si l'on entendait maintenir le niveau de production actuel. Or, pour ce camp, cela serait en contradiction flagrante avec les exigences liées à l'aménagement du territoire. Selon lui, ce serait une erreur d'intervenir à coup d'interdictions et d'obligations : il faut laisser aux consommateurs et aux consommatrices la liberté de choix.

Le **Conseil des Etats** s'est penché sur l'initiative populaire lors de la session de printemps 2022. Là aussi, la majorité de la commission chargée de l'examen préalable a proposé au conseil de recommander au peuple et aux cantons de rejeter l'initiative, sans lui opposer de contre-projet.

Cette majorité a estimé que, en Suisse, la situation relative à la garde d'animaux de rente était bonne. Selon elle, il existe déjà suffisamment d'instruments, tels que l'ordonnance sur les effectifs maximums, les programmes de bien-être animal et la protection des animaux, dont l'application fonctionne très bien.

Pour le rapporteur de la commission, Peter Hegglin (M-E, ZG), l'inscription dans la Constitution de normes privées - celles de Bio Suisse - telle que souhaitée par les auteurs de l'initiative ne semble pas judicieuse ; au contraire, elle est problématique. De plus, le fait que des produits identiques, qui se distinguent uniquement par les méthodes de production utilisées, ne soient pas traités de la même manière irait à l'encontre des règles de l'OMC. M. Hegglin a ajouté qu'il faudrait vérifier les normes de production appliquées dans le pays d'origine et que la mise en place de mécanismes de contrôle nécessaires à cette fin serait très complexe. Il a insisté sur le fait que le projet entraînerait une augmentation des prix et risquait de renforcer le tourisme d'achat, tout en restreignant la liberté de choix des consommateurs et consommatrices.

Quant au contre-projet du Conseil fédéral, a indiqué le rapporteur, il concerne surtout la détention de bovins, en particulier dans les régions de montagne ou de collines, où les familles paysannes ont peu de solutions de rechange, en raison de la topographie. Selon M. Hegglin, on peut craindre un transfert des contributions en faveur du bien-être animal, qui s'élèvent à quelque 280 millions de francs, dont à peu près 150 millions pour les régions de collines et de montagne. La rentabilité de nombreuses exploitations s'en trouverait menacée. Par ailleurs, l'obligation de recourir à des instruments relatifs au bien-être animal entraînerait une disparition de la plus-value qui peut être réalisée aujourd'hui sur le marché. Pour le rapporteur de la commission, le contre-projet du Conseil fédéral remédie certes à certaines lacunes de l'initiative : il respecte les règles d'importation prévues par l'OMC et s'applique à l'ensemble des éleveurs et des éleveuses ; néanmoins, il soumet les produits importés à des conditions de production beaucoup moins strictes. M. Hegglin en a conclu que les avantages du contre-projet ne parvenaient pas à en compenser les effets négatifs, surtout ceux qui concernent la détention de bovins.

A l'instar de la commission du Conseil national, la commission du Conseil des Etats chargée de l'examen préalable n'était pas parvenue à une position unanime : des propositions de minorité avaient donc été déposées.

Une première minorité, composée de membres du groupe des VERT-E-S et du groupe socialiste, souhaitait recommander au peuple et aux cantons d'accepter l'initiative. Sa porte-parole, Adèle Thorens Goumaz (G, VD), a souligné que la publicité faite pour les produits ne correspondait pas à la réalité : elle suggère que, en Suisse, les porcs et les poules évoluent tous en plein air ; or, ce message est trompeur, l'élevage intensif est une réalité, par exemple dans des halles qui peuvent rassembler jusqu'à 27 000 poules. Mme Thorens a estimé que, à l'avenir, il faudrait miser sur la qualité plutôt que sur la quantité. Elle a également souligné que l'initiative prévoyait des délais transitoires importants, pouvant aller jusqu'à 25 ans, et que, dans 25 ans, la Suisse n'aurait plus que quelques années pour atteindre les objectifs de l'accord de Paris sur le climat. Enfin, la porte-parole s'est dite convaincue que le Parlement trouverait une solution pour mettre en oeuvre l'initiative de telle manière qu'elle respecte les règles de l'OMC.

Une deuxième minorité rose-verte a préconisé l'acceptation du contre-projet du Conseil fédéral, moyennant la mention d'une taille maximale des groupes d'animaux et l'ajout d'une obligation de déclaration pour l'importation. Roberto Zanetti (S, SO), qui défendait le point de vue de cette minorité, a indiqué que le Conseil fédéral avait reconnu qu'il y avait encore des lacunes en la matière et que des améliorations étaient possibles concernant le bien-être animal. Il a souligné que le contre-projet du gouvernement constituait une réglementation sobre, qui permettait de hisser le bien-être animal au niveau constitutionnel et laissait une très grande latitude au législateur. Le principe de bien-être doit être valable pour tous les animaux, a-t-il déclaré. M. Zanetti a aussi relevé que des délais transitoires de 25 ans étaient prévus et que, durant ce laps de temps, les changements structurels se poursuivraient dans l'agriculture et le nombre d'exploitations diminuerait. On peut partir du principe que les dépenses consacrées à l'agriculture resteront les mêmes, a-t-il poursuivi : dans ce cas, il s'agira de redistribuer une même somme d'argent entre un nombre moindre d'exploitations, autrement dit les différentes exploitations recevront davantage d'argent. Grâce à l'amélioration des méthodes de production, il ne devrait pas y avoir d'augmentation de prix chez les producteurs et les productrices, et donc les prix à la consommation ne devraient pas non plus augmenter. Ainsi, selon le porte-parole de cette minorité,

l'opération serait plus ou moins neutre, sur le plan des coûts, pour la Confédération, les producteurs et les productrices ainsi que les consommateurs et les consommatrices : que souhaiter de plus ? Et de conclure : le contre-projet garantirait un bien-être animal sensiblement plus élevé, pour des coûts stables.

Le Conseil des Etats s'est finalement rallié aux propositions de la majorité de la commission. Il a décidé, par 30 voix contre 14, de ne pas entrer en matière sur le contre-projet du Conseil fédéral et, par 32 voix contre 8, de recommander au peuple et aux cantons de rejeter l'initiative.

Au vote final, le Conseil national a recommandé au peuple et aux cantons, par 106 voix contre 77 et 8 abstentions, de rejeter l'initiative. Le Conseil des Etats a émis la même recommandation par 32 voix contre 8 et 1 abstention.

2. Riassunto delle deliberazioni

21.044 **No all'allevamento intensivo in Svizzera (Iniziativa sull'allevamento intensivo). Iniziativa popolare e controprogetto diretto**

Messaggio del 19 maggio 2021 concernente l'iniziativa popolare «No all'allevamento intensivo in Svizzera (Iniziativa sull'allevamento intensivo)» e sul controprogetto diretto (Decreto federale concernente la protezione e il benessere degli animali) ([FF 2021 1244](#))

I promotori dell'iniziativa popolare "No all'allevamento intensivo in Svizzera (Iniziativa sull'allevamento intensivo)" intendono vietare l'allevamento intensivo e chiedono di inserire nella Costituzione la tutela della dignità degli animali nell'ambito della detenzione a scopo agricolo. L'iniziativa sarà sottoposta al voto del Popolo e dei Cantoni il 25 settembre 2022. Senza proporre un controprogetto, il Parlamento raccomanda di respingere l'iniziativa.

Contesto

Il 17 settembre 2019, 26 rappresentanti di diversi partiti e organizzazioni hanno depositato l'iniziativa popolare "No all'allevamento intensivo in Svizzera (Iniziativa sull'allevamento intensivo)" corredata di 106 125 firme valide. L'iniziativa chiede di iscrivere nella Costituzione la tutela della dignità degli animali nell'ambito della detenzione a scopo agricolo; questo significa che tali animali non potranno essere oggetto di "allevamento intensivo". La Confederazione dovrà stabilire criteri riguardanti in particolare il ricovero e la cura rispettosi degli animali, l'accesso a spazi esterni, la macellazione nonché le dimensioni massime del gruppo di animali per stalla. Inoltre dovrà emanare prescrizioni in materia di importazione di animali e prodotti animali a fini alimentari che tengano conto del nuovo articolo della Costituzione. Infine l'iniziativa chiede che vengano stabiliti requisiti relativi alla dignità dell'animale almeno corrispondenti a quelli delle direttive Bio Suisse 2018. Tra le altre cose, queste ultime contengono prescrizioni che vanno oltre i requisiti legali minimi concernenti la detenzione degli animali, nonché la possibilità di uscita e gli effettivi massimi nell'ambito dell'allevamento del pollame. Le disposizioni da emanare dovranno prevedere termini transitori di 25 anni al massimo.

Nella seduta del 19 maggio 2021, il Consiglio federale ha deciso di chiedere al Parlamento di raccomandare al Popolo e ai Cantoni di respingere l'iniziativa, in favore di un controprogetto diretto. Nel suo comunicato stampa, ha sottolineato che considera importante il benessere degli animali, ma respinge l'iniziativa perché il diritto in materia di protezione degli animali vieta già oggi l'allevamento intensivo. La legge tutela inoltre il benessere dei singoli animali indipendentemente dalle dimensioni del loro gruppo. Limitare le dimensioni degli allevamenti non apporterebbe alcun miglioramento diretto della situazione. Inoltre, la struttura delle aziende agricole e la legislazione fanno sì che già oggi gli effettivi di animali in Svizzera siano molto più piccoli rispetto all'estero.

Il Consiglio federale è contrario anche all'iscrizione nella Costituzione di standard privati come le direttive Bio Suisse. Dopo la scadenza del termine transitorio di 25 anni, queste direttive specifiche del 2018 risulterebbero superate; inoltre vi sono numerosi altri standard biologici pubblici e privati regolarmente aggiornati. Già oggi la Confederazione versa contributi ad esempio ai programmi "Sistemi di stabulazione particolarmente rispettosi degli animali" (SSRA) e "Uscita regolare all'aperto" (URA).

La regolamentazione delle importazioni proposta dall'iniziativa sarebbe inoltre incompatibile con gli impegni internazionali della Svizzera e richiederebbe controlli complessi e onerosi. L'attuazione dell'iniziativa potrebbe infine comportare costi aggiuntivi per l'agricoltura e i consumatori.

Il Consiglio federale ha voluto riprendere l'obiettivo di fondo dell'iniziativa in un controprogetto diretto. Ha quindi proposto di iscrivere nella Costituzione prescrizioni volte a garantire ricovero e cura adeguati alle esigenze degli animali, la possibilità di uscire regolarmente all'aperto nonché condizioni di macellazione rispettose. L'obiettivo è garantire ai suini un'area di riposo con lettiera, e a tutti gli animali da reddito la possibilità di uscire regolarmente all'aperto. In questo modo si intende migliorare la qualità di vita degli animali, aumentare la loro resistenza alle malattie e, di conseguenza, ridurre l'utilizzo di medicinali come gli antibiotici. Durante la macellazione, inoltre, occorre impedire con ogni mezzo possibile e ragionevolmente esigibile che gli animali provino dolore, soffrano o abbiano paura. Il Consiglio federale riconosce che già oggi gli agricoltori si adoperano a favore del benessere degli animali, ma ritiene che inasprendo i requisiti minimi per tutti gli animali da reddito sia possibile accrescerne ulteriormente il benessere nell'ambito della detenzione a scopo agricolo.

Diversamente dall'iniziativa, il Consiglio federale auspica che la tutela del benessere venga iscritta nella Costituzione federale come principio generale per tutti gli animali. Il suo controprogetto si spinge dunque oltre l'iniziativa, che si limita agli animali detenuti a scopo agricolo.

(Fonti: comunicato stampa e messaggio del Consiglio federale, [FF 2021 1244](#))

Deliberazioni

Disegno 1

Decreto federale concernente l'iniziativa popolare «No all'allevamento intensivo in Svizzera [Iniziativa sull'allevamento intensivo]» ([FF 2021 1245](#))

14.12.2021	CN	Inizio del dibattito
15.12.2021	CN	Decisione in deroga al disegno (progetto)
02.03.2022	CS	Adesione
18.03.2022	CS	Adozione nella votazione finale
18.03.2022	CN	Adozione nella votazione finale

[Foglio federale 2022 700](#)

Disegno 2

Decreto federale concernente la protezione e il benessere degli animali (Controprogetto diretto all'iniziativa popolare «No all'allevamento intensivo in Svizzera [Iniziativa sull'allevamento intensivo]») ([FF 2021 1246](#))

14.12.2021	CN	Inizio del dibattito
15.12.2021	CN	Non entrata in materia
02.03.2022	CS	Non entrata in materia

Nella sessione invernale 2021, il **Consiglio nazionale** si è occupato dell'iniziativa popolare quale Camera prioritaria.

La maggioranza della Commissione incaricata dell'esame preliminare non ha ritenuto necessario inserire nella Costituzione federale disposizioni che andassero oltre quelle attualmente in vigore. Ha quindi proposto al proprio Consiglio di raccomandare al Popolo e ai Cantoni di respingere l'iniziativa senza proporre un controprogetto.

I relatori della Commissione Esther Friedli (V, SG) e Fabio Regazzi (M-E, TI) hanno sottolineato che la Svizzera ha una delle leggi in materia di protezione degli animali più severe al mondo. Il nostro è l'unico Paese che ha adottato un'ordinanza sugli effettivi massimi, ad esempio per le galline ovaiole, i suini o i vitelli, e tali effettivi massimi sono del resto raggiunti soltanto da un esiguo numero di agricoltori. Molte aziende agricole in Svizzera, infatti, hanno dimensioni contenute. È così possibile trattare gli animali in modo piuttosto familiare. Inoltre, la maggior parte delle aziende partecipa a programmi di protezione degli animali quali "URA", secondo i quali gli animali devono avere accesso regolare all'aria aperta. Va inoltre considerato che la Svizzera, viste le regole di importazione previste dall'iniziativa, non potrebbe più adempiere ai suoi obblighi internazionali, ad esempio nell'ambito dell'OMC o degli accordi di libero scambio con l'UE. Inoltre, si porrebbe la questione di come verificare se i rigorosi requisiti sono rispettati all'estero.

Per quanto riguarda il controprogetto del Consiglio federale, i relatori della maggioranza della Commissione hanno richiamato l'attenzione sugli obiettivi contrastanti riguardanti le emissioni di ammoniaca. In primavera, il Parlamento ha adottato un ambizioso programma di riduzione in materia di ammoniaca e di sostanze nutritive. Il controprogetto invece comporterebbe un aumento delle emissioni di ammoniaca di circa il 2,2 per cento a parità di effettivo di animali. Inoltre, il controprogetto disciplina soltanto la produzione nazionale, ma non le importazioni, il che porterebbe a un'ulteriore distorsione della concorrenza, ovvero a un aumento del prezzo dei prodotti nazionali rispetto a quelli esteri.

In seno alla Commissione incaricata dell'esame preliminare non vi è stata unanimità e pertanto, oltre alle proposte di maggioranza, sono state presentate anche proposte di minoranza. Non sono invece state avanzate proposte individuali.

Una minoranza composta da membri del Gruppo dei Verdi, del Gruppo socialista e del Gruppo verde liberale ha chiesto di rinviare l'iniziativa alla Commissione con il mandato di elaborare un controprogetto indiretto. Il relatore della prima minoranza, Kilian Baumann (G, BE), ha affermato che l'obiettivo della

proposta di rinvio era quello di attenuare il controprogetto del Consiglio federale, ossia di presentare un compromesso del compromesso.

Una minoranza composta da membri del Gruppo dei Verdi e del Gruppo socialista ha nuovamente proposto al proprio Consiglio di raccomandare al Popolo e ai Cantoni di accogliere l'iniziativa. La relatrice Regula Rytz (G, BE) ha sottolineato che l'economia agricola e alimentare svizzera deve affrontare importanti sfide. La crescente globalizzazione delle catene produttive e commerciali costringe anche gli agricoltori svizzeri a produrre in modo sempre più economico ed efficiente. A farne le spese sono anche gli animali da reddito, ad esempio i polli da ingrasso. In Svizzera, solo il 7 per cento di questi ultimi vede la luce del sole. Gli altri sono confinati durante la loro brevissima vita in pollai con oltre 12 000 consimili. Circa il 4 per cento dei polli da ingrasso muore per malattia o debolezza prima della macellazione. Secondo questa minoranza, anche in Svizzera la protezione degli animali va rafforzata.

Un'altra minoranza, composta da membri del Gruppo verde liberale, del Gruppo dei Verdi e del Gruppo socialista, era favorevole all'entrata in materia sul controprogetto del Consiglio federale e voleva completarlo con l'inserimento di una disposizione sulla dimensione massima del gruppo e con l'introduzione dell'obbligo di dichiarazione per l'importazione di animali e prodotti animali a fini nutrizionali in virtù del quale avrebbero dovuto essere fornite informazioni sulla protezione e sul benessere degli animali da reddito. A nome di questa terza minoranza, Jürg Grossen (GL, BE) ha dichiarato che l'inclusione nella Costituzione di prescrizioni sul ricovero e la cura adeguati ai bisogni degli animali, sull'uscita regolare all'aperto e sulla macellazione rispettosa promuoverebbe il benessere di tutti gli animali. Prevedendo dimensioni dei gruppi adattate alle singole specie, tuttavia, il benessere degli animali sarebbe tutelato ancora meglio. L'obbligo di dichiarazione per le importazioni risolverebbe inoltre il problema spesso sollevato dagli oppositori al controprogetto secondo cui tali disposizioni costituzionali renderebbero più costosa la produzione di derrate alimentari in Svizzera e, in ultima analisi, porterebbero a maggiori importazioni di derrate alimentari prodotte all'estero in modo incontrollato. Nella prassi, sono state fatte ottime esperienze ad esempio con l'obbligo di dichiarazione per le uova. Le uova importate prodotte da galline detenute esclusivamente in gabbia sono scomparse dagli scaffali dei negozi. La dichiarazione obbligatoria sarebbe per di più conforme ai dettami dell'OMC.

Alla conclusione di un approfondito dibattito, la Camera ha seguito su tutti i punti la maggioranza della Commissione. Innanzitutto, ha respinto la proposta di rinvio con 106 voti contro 81. Durante la discussione molti relatori si sono espressi contro tale proposta, ritenendo insufficienti le brevi scadenze per la stesura di un controprogetto indiretto e improbabile il ritiro dell'iniziativa a favore di un controprogetto indiretto.

Successivamente, con 107 voti contro 81 e 1 astensione, il Consiglio ha deciso di non entrare in materia sul controprogetto diretto dell'Esecutivo e, con 111 voti contro 60 e 19 astensioni, ha deciso di raccomandare al Popolo e ai Cantoni di respingere l'iniziativa. Indipendentemente dalle argomentazioni addotte dalla maggioranza della Commissione, nel quadro del dibattito alla Camera gli oppositori hanno messo in guardia sul fatto che, oltre all'agricoltura, anche i settori della lavorazione, del commercio, della gastronomia, dell'industria alberghiera nonché i consumatori sarebbero interessati dall'iniziativa. In caso di accettazione di quest'ultima, i prezzi delle derrate alimentari in Svizzera aumenterebbero notevolmente, la libertà di scelta sarebbe sensibilmente limitata e si perderebbero posti di lavoro. Essi hanno altresì sottolineato che, per mantenere invariata la produzione, si dovrebbero costruire in Svizzera 1600 nuovi pollai per l'allevamento e la produzione di uova e oltre 20 000 nuovi pollai mobili per l'ingrasso. Questo sarebbe chiaramente in contraddizione con le attuali esigenze in materia di pianificazione territoriale. Inoltre sarebbe sbagliato ricorrere a obblighi e divieti, privando così i consumatori della loro libertà di scelta.

Il Consiglio degli Stati si è occupato dell'iniziativa popolare nella sessione primaverile 2022. Anche in questo caso la maggioranza della Commissione incaricata dell'esame preliminare ha proposto alla propria Camera di raccomandare al Popolo e ai Cantoni di respingere l'iniziativa senza contrapporre un controprogetto.

Secondo la maggioranza della Commissione le condizioni di detenzione degli animali da reddito in Svizzera sono fondamentalmente buone. Vi sono già strumenti sufficienti, come l'ordinanza sugli effettivi massimi, i programmi per il benessere degli animali e la protezione degli animali, la cui applicazione funziona molto bene.

L'iniziativa chiede di iscrivere direttive private - quelle di Bio Suisse - nella Costituzione; secondo il relatore della Commissione, Peter Hegglin (M-E, ZG), questo pare poco sensato e problematico. Inoltre,

la disparità di trattamento di prodotti identici che differiscono solo per il modo in cui vengono prodotti rappresenta una violazione delle regole dell'OMC. A ciò si aggiunge che gli standard di produzione dovrebbero essere verificati nel Paese d'origine; la creazione di meccanismi di controllo sarebbe quindi estremamente complessa. La proposta comporterebbe infine l'innalzamento dei prezzi e il rischio di un aumento del turismo degli acquisti; inoltre, la libertà di scelta dei consumatori verrebbe limitata.

Secondo il relatore della Commissione, il controprogetto del Consiglio federale dal canto suo colpirebbe principalmente l'allevamento di bovini, soprattutto nelle zone collinari e montuose nelle quali, data la situazione topografica, le famiglie contadine hanno poche alternative. Vi è il timore che circa 280 milioni di franchi di contributi complessivi a favore della protezione degli animali dovrebbero essere reindirizzati, e di questi circa 150 nelle sole zone collinari e montuose. Ciò metterebbe a rischio la redditività di molte aziende agricole. Con l'introduzione di uno strumento obbligatorio a garanzia del benessere degli animali, oltre ai contributi per il benessere andrebbe perso anche il valore aggiunto che si può ottenere oggi sul mercato. Il controprogetto del Consiglio federale porrebbe effettivamente rimedio alle carenze dell'iniziativa, in quanto rispetterebbe le norme di importazione secondo l'OMC e responsabilizzerebbe tutti gli allevatori. Tuttavia, imporrebbe requisiti di produzione molto meno severi sui prodotti importati. I vantaggi non supererebbero gli effetti negativi, soprattutto quelli sull'allevamento dei bovini.

Così come accaduto nella Camera bassa, non vi è stata unanimità neanche in seno alla Commissione incaricata dell'esame preliminare nella Camera alta e sono state pertanto presentate proposte di minoranza.

Una prima minoranza composta da membri del Gruppo dei Verdi e del Gruppo socialista voleva raccomandare al Popolo e ai Cantoni di approvare l'iniziativa. La loro relatrice, Adèle Thorens Goumaz (G, VD), ha sottolineato che la pubblicità non corrisponde alla realtà, poiché suggerisce che in Svizzera vi sono soltanto maiali e polli che vivono su prati verdi, mentre in realtà esistono allevamenti intensivi con pollai contenenti fino a 27 000 animali. La relatrice ha enfatizzato come in futuro, l'attenzione debba essere rivolta alla qualità piuttosto che alla quantità. Si è poi soffermata sui termini transitori: 25 anni sono molto lunghi e trascorso tale lasso di tempo, alla Svizzera resterebbero solo pochi anni per raggiungere gli obiettivi dell'Accordo sul clima di Parigi. La consigliera agli Stati si è infine detta fiduciosa che il Parlamento troverà una soluzione per attuare l'iniziativa popolare conformemente ai dettami dell'OMC.

Una seconda minoranza rosso-verde voleva accettare il controprogetto del Consiglio federale e integrarlo con una disposizione sulla dimensione massima del gruppo e l'introduzione dell'obbligo di dichiarazione per le importazioni. Ad avviso del relatore Roberto Zanetti (S, SO), il Consiglio federale ha effettivamente riconosciuto che vi sono ancora lacune da colmare ed è possibile migliorare ulteriormente il benessere degli animali. Il controprogetto elaborato dall'Esecutivo consiste in una regolamentazione molto snella che iscrive il benessere degli animali nella Costituzione e lascia un ampio margine di manovra al legislatore. Il benessere deve essere un diritto per tutti gli animali. Il relatore della minoranza ha anche sottolineato che sono previsti termini di transizione di 25 anni. In questo lasso di tempo, il cambiamento strutturale dell'agricoltura continuerà e vi saranno meno aziende agricole. Ipotizzando che la spesa per l'agricoltura rimanga invariata, la stessa quantità di denaro sarà distribuita tra un numero minore di aziende agricole, che pertanto riceveranno più denaro. Grazie a metodi di produzione raffinati e perfezionati, non dovrebbero esserci aumenti di costi per i singoli produttori, pertanto non dovrebbero aumentare nemmeno i prezzi al consumo. Ad avviso del consigliere agli Stati Zanetti, il controprogetto avrebbe un impatto più o meno neutrale dal punto di vista dei costi per la Confederazione, i produttori e i consumatori. In altre parole, vi sarebbe un significativo aumento del benessere animale a parità di costi.

Anche la Camera alta ha tuttavia seguito le proposte della maggioranza della Commissione e ha deciso, con 30 voti contro 14, di non entrare in materia sul controprogetto del Consiglio federale. Con 32 voti contro 8, il Consiglio degli Stati ha raccomandato al Popolo e ai Cantoni di respingere l'iniziativa.

Nella votazione finale, il Consiglio nazionale ha raccomandato al Popolo e ai Cantoni di respingere l'iniziativa con 106 voti contro 77 e 8 astensioni. Il Consiglio degli Stati ha fatto lo stesso con 32 voti contro 8 e 1 astensione.



21.044

**Keine Massentierhaltung
 in der Schweiz
 (Massentierhaltungs-Initiative).
 Volksinitiative
 und direkter Gegenentwurf**

**Non à l'élevage intensif en Suisse
 (initiative sur l'élevage intensif).
 Initiative populaire
 et contre-projet direct**

Erstrat – Premier Conseil

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 14.12.21 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 15.12.21 (FORTSETZUNG - SUITE)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 15.12.21 (FORTSETZUNG - SUITE)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 02.03.22 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 18.03.22 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.03.22 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Präsidentin (Kälin Irène, Präsidentin): Wir führen eine allgemeine Debatte zur Volksinitiative und zum direkten Gegenentwurf. Im Rahmen dieser Debatte werden sämtliche Minderheitsanträge zu den beiden Vorlagen begründet.

Friedli Esther (V, SG), für die Kommission: Am 17. September 2019 wurde mit 106 125 gültigen Unterschriften die Volksinitiative "Keine Massentierhaltung in der Schweiz", die sogenannte Massentierhaltungs-Initiative, bei der Bundeskanzlei eingereicht. Initiatorin ist der Verein Sentience Politics. Die Initiative will die Massentierhaltung in der Schweiz verbieten und die Würde der Tiere in der landwirtschaftlichen Tierhaltung in die Verfassung aufnehmen. Zudem will sie auch Vorschriften über die Einfuhr von Tieren und tierischen Erzeugnissen zu Ernährungszwecken.

In seiner Botschaft vom 19. Mai 2021 beantragt der Bundesrat die Initiative zur Ablehnung. Gleichzeitig beantragt er Zustimmung zu einem direkten Gegenentwurf. Darin schlägt der Bundesrat vor, für alle Tiere das Wohlergehen sowie für die Nutztiere die tierfreundliche Unterbringung und Pflege, den regelmässigen Auslauf und die schonende Schlachtung in die Verfassung aufzunehmen.

Ihre Kommission hat am 6. September eine breite Anhörung zur Initiative und zum Gegenentwurf des Bundesrates durchgeführt. Dabei konnten folgende Gruppierungen mit einer Vertretung ihre Sicht der Dinge darstellen: die Initianten, die Konferenz der kantonalen Landwirtschaftsdirektoren, der Schweizer Bauernverband, die IG Detailhandel, der Schweizer Tierschutz, die Stiftung für das Tier im Recht, die Allianz der Konsumentenschutzorganisationen und der Schweizer Fleisch-Fachverband.

Gemäss Artikel 100 des Parlamentsgesetzes hat das Parlament nach Einreichung einer Volksinitiative dreissig Monate Zeit, um sie Volk und Ständen zur Annahme oder zur Ablehnung zu empfehlen. Im vorliegenden Fall läuft die Frist bis zum 28. Mai 2022. Verabschiedet ein Rat einen Gegenentwurf oder einen mit der Volksinitiative eng zusammenhängenden Erlassentwurf, kann die Frist um ein Jahr verlängert werden.

Der Nationalrat befasst sich heute als Erstrat mit der Initiative. Eine Minderheit Baumann stellt einen Antrag auf Rückweisung an die Kommission mit dem Auftrag, eine parlamentarische Initiative auszuarbeiten, die dann in der Frühjahrssession 2022 verabschiedet werden müsste. Der Ständerat müsste dann in der Frühjahrssession 2022 Gelegenheit haben, sich mit der Initiative und dem Gegenentwurf zu befassen. Ich werde mir erlauben, am Ende der Beratung, vor der Abstimmung, nochmals genaue Ausführungen zu den Fristen und den gesetzlichen Grundlagen in Bezug auf den indirekten Gegenentwurf zu machen.





Doch zuerst zum Inhalt: Die Initiative will einen Artikel 80a in die Bundesverfassung aufnehmen. Er besagt, dass der Bund die Würde des Tieres in der landwirtschaftlichen Tierhaltung schützt. Diese umfasst den Anspruch, nicht in Massentierhaltung zu leben. "Massentierhaltung" bezeichnet die industrielle Tierhaltung zur möglichst effizienten Gewinnung tierischer Erzeugnisse, bei der das Tierwohl systematisch verletzt wird. Die Kriterien für die tierfreundliche Unterbringung und Pflege, den Zugang ins Freie, die Schlachtung und die maximale Gruppengrösse je Stall legt der Bund fest. Er erlässt ebenfalls Vorschriften über die Einfuhr von Tieren und tierischen Erzeugnissen zu Ernährungszwecken. Die Übergangsbestimmungen sehen vor, dass die Ausführungsbestimmungen eine Übergangsfrist von maximal 25 Jahren vorsehen können. Betreffend die Anforderungen bezüglich der Würde des Tiers gelten die Bio-Suisse-Richtlinien 2018.

Die Kommission hat sich nach den Anhörungen intensiv mit verschiedenen Aspekten der Initiative auseinandergesetzt und hat der Verwaltung weitere Abklärungen in Auftrag gegeben und Fragen gestellt, dies vor allem zu den Themen Auswirkungen auf die Bergregionen, Anbindeställe, Ammoniakemissionen, Gruppengrössen von Tieren in der landwirtschaftlichen Nutzung, mögliche Importregelungen oder zukünftige Schlachtmethoden.

Die Kommission lehnt die Initiative mit 14 zu 5 Stimmen bei 5 Enthaltungen ab. Die Bundesverfassung erlaubt es mit dem aktuellen Artikel 80 bereits heute, das weltweit strengste Tierschutzgesetz zu haben. Die Schweiz hat auch als einziges Land eine Höchstbestandesverordnung in der Landwirtschaft, so z. B. für Legehennen, Schweine oder Kälber. Doch diese Bestände werden nur vom kleinsten Teil der

AB 2021 N 2568 / BO 2021 N 2568

Bauern überhaupt erreicht. Denn in der Schweiz sind viele landwirtschaftliche Betriebe überschaubar. Das ermöglicht einen doch eher familiären Umgang mit den Tieren, was wichtig ist; dies ganz im Gegensatz zum Ausland: Die Betriebe sind in vielen Ländern sehr viel grösser.

Die Volksinitiative und auch der Gegenentwurf des Bundesrates wollen vom heutigen Anreizsystem in der Gesetzgebung mit Programmen wie RAUS oder BTS zu Geboten und Verboten übergehen. Heute wird die Einhaltung von Bestimmungen mit Direktzahlungen abgegolten. Vor allem aber besteht die Möglichkeit, die über die Stallhaltung und die Weidehaltung erzielten Mehrwerte an den Märkten auszuloben. Dafür gibt es verschiedene Labels und Standards.

Die Initiative möchte für alle als Grundstandard die Bio-Suisse-Richtlinien 2018 festlegen. Für die Mehrheit der Kommission gehören solche Vorgaben einer privaten Organisation nicht in die Verfassung. Zudem werden dann alle Produzenten gezwungen, gemäss Biostandard zu produzieren. Heute gibt es einen Markt, und es wird nach verschiedenen Standards produziert. Das ist auch gut so, denn so können die Konsumentinnen auswählen, was für Produkte sie kaufen und konsumieren möchten. Mit einer Annahme der Initiative würde dieser Markt massgeblich verhindert, weil ja dann alle gleich produzieren müssten. Die Folge wären höhere Preise für alle tierischen Nahrungsmittel und somit auch eine Verteuerung der Lebensmittel in der Schweiz.

Wie bereits gesagt, baut unsere Landwirtschaftspolitik auf Anreizprogramme. Die aktuellen Bestimmungen in den Programmen RAUS und BTS werden den verschiedenen topografischen Gegebenheiten und Strukturen der Schweiz gerecht. Die Initianten möchten auch hier in Zukunft alles über einen Leisten schlagen. Das entspricht nicht der Schweizer Politik und würde für viele landwirtschaftliche Betriebe, vor allem in den Hügel- und Bergregionen, Schwierigkeiten bedeuten.

Auch würde mit der Initiative die heutige Produktion von Fleisch stark gedrosselt. Die Folge wäre mehr Import; da aber auch dieser beschränkt wird, ist die Folge mehr Einkaufstourismus. Denn die Initiative sieht weiter vor, dass nur Tiere und tierische Erzeugnisse zur Nahrungsproduktion in die Schweiz eingeführt werden können, die ebenfalls den Biorichtlinien entsprechen. Diese Bestimmung widerspricht internationalem Recht. Die Schweiz würde mit der Annahme dieser Initiative ihren internationalen Verpflichtungen, z. B. im Bereich WTO oder in Freihandelsabkommen mit der EU, nicht mehr nachkommen können. Zudem stellt sich die Frage, wie die Einhaltung der strengen Auflagen im Ausland kontrolliert würden.

Die Minderheit Rytz Regula beantragt, die Initiative zur Annahme zu empfehlen. Die Menschen hätten eine Verantwortung gegenüber dem Tier, und es brauche bessere Regeln, um dieser Verantwortung gerecht zu werden. Obwohl die Schweiz im Bereich des Tierwohls schon viel mache, entspreche die Realität nur zum Teil dem, was die Konsumierenden erwarten. Zudem ist es der Minderheit wichtig, dass die Initiative auch die Importe mit einschliesst. Schon heute bestünden bei tierischen Produkten Unterschiede zwischen schweizerischen und importierten Produkten.

Der Bundesrat lehnt die Massentierhaltungs-Initiative ab, wie auch die Kommissionsmehrheit sie zur Ablehnung empfiehlt, möchte ihr aber einen direkten Gegenentwurf gegenüberstellen. Damit möchte er die Anliegen der Initianten aufnehmen und dem Umstand Rechnung tragen, dass dem Wohlergehen der Tiere und den



Methoden der Herstellung von Lebensmitteln eine hohe Bedeutung beigemessen wird. Hierzu schlägt er bei Artikel 80 der Bundesverfassung eine Änderung von Absatz 1 und die Ergänzung mit Absatz 2bis vor. Er verzichtet im Gegensatz zur Initiative auf die Verankerung der privatrechtlichen Richtlinien von Bio Suisse und der spezifischen Einfuhrregelung in der Verfassung. Die Minderheit Bendahan erachtet den Entwurf des Bundesrates als Kompromiss, möchte den Anliegen der Initianten entgegenkommen und beantragt, die Regelung des Bundesrates zu unterstützen. Da die Kommission nicht auf den Bundesbeschluss über den Schutz und das Wohlergehen der Tiere eingetreten ist, den der Bundesrat vorschlägt, hat sich die Kommission nicht mit dem Antrag der Minderheit Grossen Jürg auseinandergesetzt. Daher mache ich dazu keine Ausführungen.

Die Mehrheit der Kommission sieht keinen Bedarf, Bestimmungen in die Bundesverfassung aufzunehmen, die weiter gehen als die heutigen Bestimmungen. Sie lehnt daher nicht nur die Initiative, sondern auch den Gegenentwurf des Bundesrates ab. Zudem machen der Kommission Zielkonflikte beim Gegenentwurf des Bundesrates Sorgen, so z. B. in Bezug auf Ammoniak. Wir haben hier im Parlament im Frühling einen ehrgeizigen Absenkpfad für Ammoniak und Nährstoffe beschlossen. Die Landwirtschaft wird in diesem Bereich in den nächsten Jahren gefordert sein. Der Gegenentwurf des Bundesrates zur Massentierhaltungs-Initiative sieht jedoch eine Erhöhung der Ammoniakemissionen um 2,2 Prozent vor. Es ist nun schwierig, wenn der Landwirtschaft Vorgaben betreffend Absenkung gemacht werden und wir einige Monate später eine Vorlage unterstützen, die dem entgegenläuft. Gleiches gilt fürs Raumplanungsrecht.

(Zwischenruf des zweiten Vizepräsidenten: Kommen Sie bitte zum Schluss, Frau Friedli!) Dann komme ich noch zum Minderheitsantrag Baumann, der einen zusätzlichen Kompromiss darstellen würde. Er fordert die Rückweisung an die Kommission, mit dem Auftrag, eine parlamentarische Initiative auszuarbeiten.

Ich beantrage Ihnen, bei allen Abstimmungen der Mehrheit zu folgen und die Volksinitiative "Keine Massentierhaltung in der Schweiz" Volk und Ständen zur Ablehnung zu empfehlen. Die Mehrheit der Kommission beantragt Ihnen, die Vorlage nicht an die Kommission zurückzuweisen. Zudem empfehle ich Ihnen, auf den direkten Gegenentwurf des Bundesrates in Form eines Bundesbeschlusses über den Schutz und das Wohlergehen der Tiere nicht einzutreten.

Regazzi Fabio (M-E, TI), pour la commission: L'initiative sur l'élevage intensif occupe notre conseil quelques mois après la votation sur les initiatives agricoles. L'initiative sur l'élevage intensif, ou plutôt sur l'élevage de masse si on se réfère au titre allemand "Massentierhaltungs-Initiative", représente pour la majorité de la commission un nouveau texte extrême.

Par 14 contre 5 et 5 abstentions, la commission propose de recommander le rejet de cette initiative, car l'élevage de masse n'existe pas en Suisse. La Suisse est le seul pays au monde à limiter de cette manière les effectifs maximum pour la volaille, les porcs et les veaux. Aussi la détention d'animaux a-t-elle constamment évolué au cours de ces quarante dernières années, depuis l'introduction de la législation sur la protection des animaux. Les normes les plus strictes et détaillées au monde, de même que les nombreuses démarches favorisant le bien-être animal ont permis à la Suisse de faire la différence en matière de détention des animaux. Les programmes étatiques encourageant les sorties en plein air et les bâtiments particulièrement respectueux des différentes espèces ont permis d'aller au-delà des exigences légales dans la détention d'animaux dans la grande majorité des exploitations. Ces programmes sont régulièrement développés, comme dans les derniers paquets d'ordonnances agricoles pour la promotion du pâturage. Avec d'autres engagements, ces programmes ont permis à des labels d'élargir le choix pour les consommateurs, lesquels peuvent donc privilégier lors de leur acte d'achat le bien-être animal.

Force est de constater que si, aujourd'hui, pour ne citer que cet exemple, 60 pour cent des porcs remplissent les exigences de ces labels, seuls 30 pour cent peuvent être commercialisés comme tels en raison d'une demande encore trop limitée. Dans la restauration, la part des labels favorisant le bien-être animal est même bien inférieure. La solution repose bien davantage dans les comportements de consommation et dans la sensibilisation que dans une fuite en avant de la réglementation qui ne ferait que délocaliser la production à l'étranger.

L'initiative sur l'élevage intensif entend généraliser les directives de détention des animaux de rente, selon les exigences 2018 de Bio Suisse. Il serait surprenant, pour ne pas dire incompréhensible, d'introduire le nom d'un label privé dans la Constitution, alors qu'actuellement moins de 2 pour cent des porcs et des poulets sont certifiés bios.

AB 2021 N 2569 / BO 2021 N 2569

L'initiative provoquerait un recul sans précédent et drastique de notre production indigène en raison des limitations d'effectifs mais aussi de l'impossibilité de compenser le recul de la production par de nouvelles





constructions. Pour maintenir la production actuelle d'oeufs et de poulets suisses, il faudrait ériger des milliers de nouveaux bâtiments, ce qui serait impossible et en totale contradiction avec la lutte contre le mitage du territoire et la révision en cours de la loi sur l'aménagement du territoire.

Pour les oeufs et les poulets, l'initiative réduirait considérablement la production actuelle. La production suisse serait renchérie et ne resterait accessible qu'à une élite, et tout cela pour importer des oeufs de poules élevées en batterie ou encore davantage de poulets du Brésil. Quand bien même l'initiative est cohérente, dans le sens où elle entend imposer la même réglementation aux importations, il est évident qu'elle contreviendrait aux engagements internationaux de la Suisse. Elle serait inapplicable s'agissant de la restriction des importations et engendrerait ainsi une pression exacerbée sur la production indigène. Elle serait surtout une incitation claire pour le tourisme d'achat, qui serait considérablement dopé.

S'agissant du contre-projet du Conseil fédéral, là aussi la commission propose de ne pas entrer en matière, par 14 voix contre 10. Le contre-projet vise à imposer comme standard les programmes actuellement volontaires SST et SRPA, alors qu'ils ont permis de positionner l'encouragement du bien-être animal dans une stratégie de qualité et de durabilité au travers de la valeur ajoutée créée. Si l'adhésion à ces programmes est très élevée selon les espèces, toutes les exploitations ne sont pas en mesure de remplir leurs exigences, souvent pour des raisons topographiques ou d'aménagement du territoire.

A l'inverse de l'initiative, le contre-projet ne prévoit pas la régulation des importations. Les contraintes ne concerneraient alors que la production suisse, qui se situe déjà à un niveau de protection des animaux inégalé et, donc, les coûts de production prendraient l'ascenseur. La différence de prix des oeufs et de la viande indigènes augmenterait encore, sans que le bien-être animal ne soit amélioré, compte tenu du niveau plus faible des normes relatives au bien-être animal à l'étranger.

Sur le plan environnemental, le contre-projet engendrerait une augmentation de 2,2 pour cent des émissions d'ammoniac. Rappelons que nous venons de décider, dans le cadre de la mise en oeuvre de l'initiative parlementaire 19.475, une trajectoire de réduction des pertes d'éléments nutritifs. Le contre-projet direct est donc en contradiction avec ces objectifs.

Concernant la minorité Baumann, qui souhaite renvoyer le dossier à la commission pour qu'elle élabore un contre-projet indirect, la commission s'est prononcée, par 14 voix contre 10, en défaveur d'un contre-projet indirect. Le traitement d'un contre-projet indirect ne pourrait se faire en respectant le délai et la procédure fixés par la loi sur l'Assemblée fédérale et la loi fédérale sur la procédure de consultation. Nos Chambres fédérales doivent en effet se prononcer jusqu'au 28 mai 2022 sur une recommandation de vote sur l'initiative populaire. Une initiative parlementaire en vue de rédiger un contre-projet indirect ne permettrait pas de soumettre à consultation l'avant-projet d'acte. Le risque d'impasse juridique est dès lors évident.

Enfin, au même titre que le contre-projet direct, un contre-projet indirect ne se justifie pas pour les mêmes raisons. Sans relativiser l'importance du bien-être animal, le niveau de protection de nos animaux de rente est très élevé en comparaison internationale. Grâce à la réglementation en vigueur, les programmes volontaires en faveur du bien-être animal et les adaptations régulières du cadre législatif rendent aussi bien un contre-projet direct qu'indirect superflu.

Au nom de la majorité de la commission, je vous prie donc de la suivre sur tous les points qui vous sont soumis, à savoir en recommandant de rejeter l'initiative populaire, en n'entrant pas en matière sur le contre-projet direct et en rejetant la proposition de renvoi du projet à la commission pour qu'elle élabore un contre-projet indirect.

Baumann Kilian (G, BE): Herr Bundesrat Berset, Sie haben den Handlungsbedarf beim Tierwohl bestätigt und als Kompromiss zur Massentierhaltungs-Initiative einen sehr pragmatischen Gegenentwurf vorgelegt. Dieser wurde in der Vernehmlassung von einer Mehrheit der Kantone unterstützt. Auch die Gesellschaft Schweizer Tierärztinnen und Tierärzte setzt sich nebst vielen anderen für diesen Gegenentwurf ein. Wenn jemand Bescheid weiss über den Gesundheitszustand der Schweizer Nutztiere, dann die Schweizer Tierärztinnen und Tierärzte. Aber leider hat der Schweizer Bauernverband keine Lust auf Kompromisse.

Das Ziel des Schweizer Bauernverbandes ist klar: Die Initiative soll ohne Gegenentwurf zur Abstimmung kommen und dort versenkt werden. Dasselbe Spiel hatten wir bereits bei den Pestizid-Initiativen. Auch da hat man mit allen Mitteln versucht, Kompromisse zu verhindern. Der Schweizer Bauernverband verkennt die Zeichen der Zeit. Über das Niveau des Tierschutzes wird in allen westlichen Ländern diskutiert. In den meisten gibt es auch Verbesserungen, insbesondere in unseren Nachbarländern. Ein Stillstand in der Schweiz käme damit eigentlich einem Rückschritt gleich. Für die Schweizer Landwirtschaft ist es jedoch zentral, dass sie sich mit ihren Produkten gegenüber Importprodukten abheben kann. Um bei den Besten zu sein, müssen auch wir uns weiterentwickeln und in den nächsten 25 Jahren einen Schritt vorwärtsgehen.

Darum möchte ich Ihnen nun beliebt machen, das Geschäft noch einmal zurück in die Kommission zu nehmen,



um den bundesrätlichen Gegenentwurf noch etwas abzuschwächen. So können wir dann im März über einen auf Gesetzesstufe geregelten Kompromiss des Kompromisses befinden. Auch die IG Detailhandel, die Swiss Retail Federation und die Vereinigung der Schweizerischen Milchindustrie würden dieses Vorgehen begrüßen. Damit unterstützt eine breite Koalition, die vom Tierschutz über den Handel bis zu den Konsumentinnen und Konsumenten geht, diesen Rückweisungsantrag.

Da man den Handlungsbedarf beim Tierwohl nicht bestreiten kann, wird jetzt argumentiert, es reiche aus zeitlichen Gründen nicht mehr, einen indirekten Gegenentwurf zu beschliessen. Wir definieren hier, wie die Schweizer Tierhaltung im Jahr 2047 aussehen soll. Dies wollen Sie doch nicht mit dem Argument verhindern, wir hätten keine Zeit mehr! Der Zeitrahmen ist eng, aber es ist noch immer möglich, einen Kompromiss zu finden. Der Gegenentwurf des Bundesrates wurde breit vernehmlasst. Wir würden diesem Gegenentwurf in der Kommission etwas die Zähne ziehen und ihn danach dem Parlament vorlegen. Dazu ist laut Vernehmlassungsgesetz keine erneute Vernehmlassung nötig. Der Kommission steht es frei, den Entwurf so auszugestalten, dass er nicht mehr in die Vernehmlassung muss.

Es wäre sonderbar, wenn wir uns eines unserer wichtigsten parlamentarischen Instrumente berauben würden. Ein indirekter Gegenentwurf muss möglich sein! Manchmal braucht es einen Schritt zurück, um danach zwei Schritte vorwärtszugehen.

Ich bitte Sie, die Rückweisung zu unterstützen und damit beim Tierwohl vorwärtszugehen. Helfen Sie mit, das Anliegen aufzunehmen und mit einem indirekten Gegenentwurf einen Kompromiss zur Initiative zu finden!

Ritter Markus (M-E, SG): Lieber Kollege Baumann, ich habe eine Frage zum Terminplan: Sie wollen eine Rückweisung und in der Frühjahrssession bereits einen indirekten Gegenvorschlag diskutieren. Wir haben am 24. Januar die nächste Sitzung der WAK-N; dann können Sie den Grundsatz beschliessen. Die WAK-S könnte diesen am 3. Februar bestätigen. Am 22. Februar könnten Sie dann darüber diskutieren, wie das Projekt aussehen könnte. Dieses liegt noch nicht vor. Wie wollen Sie ohne Projekt, ohne Grundlage, ohne Vernehmlassung beim Bundesrat hier in der Frühjahrssession etwas vorlegen?

Baumann Kilian (G, BE): Kollege Ritter, vielen Dank für die Frage. Sie haben mir nicht zugehört. Der indirekte Gegenvorschlag, den meine Minderheit hier beantragt, würde auf dem Gegenentwurf des Bundesrates aufbauen bzw. diesen etwas

AB 2021 N 2570 / BO 2021 N 2570

abbauen. Wir würden also den Gegenentwurf des Bundesrates nehmen, der breit vernehmlasst worden ist, ihm in der Kommission etwas die Zähne ziehen und ihn dann ins Parlament bringen. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Wir haben schon grössere Projekte in kürzester Zeit gestemmt.

Dettling Marcel (V, SZ): Geschätzter Kollege Baumann, in der Frühjahrssession haben Sie sich hier drin für die Reduktion von Ammoniak starkgemacht. Der Bundesrat hat dann gesagt: Ja, das machen wir, 20 Prozent weniger ist das Ziel. Jetzt möchten Sie mit Ihrem Gegenvorschlag die Emissionen wieder um 2,2 Prozent steigern. Wie soll das aufgehen?

Baumann Kilian (G, BE): Wir gehen jetzt hier vom Vorschlag des Bundesrates aus, mit dem die Emissionen leicht zunehmen würden. Das wäre gerade ein Punkt, den wir in der Kommission anschauen könnten. Wir könnten ihn so bearbeiten, dass die Emissionen mit einem indirekten Gegenvorschlag nicht in diesem Ausmass steigen würden.

Haab Martin (V, ZH): Herr Kollege Baumann, gehen Sie mit mir einig, dass das Ziel, das Sie anstreben und das Sie jetzt auch Kollege Dettling erläutert haben, nämlich dass diese Emissionen dann allenfalls nicht ansteigen, nur über einen Abbau der Tierzahlen in unserem Land erreicht wird?

Baumann Kilian (G, BE): Geschätzter Kollege, ich darf dem, was die Kommission dann beschliessen würde, ja nicht vorgreifen. Sie sprechen es aber an: Eine Reduktion der Tierbestände würde natürlich Umweltprobleme in der Schweiz lösen. Denn wir haben sehr viele Tiere, die wir mit Importfutter ernähren müssen. Genau dieser Punkt verursacht die ganzen Biodiversitätsprobleme in diesem Bereich, über die wir sehr häufig sprechen. Eine Reduktion der Tierbestände wäre natürlich eine Option. Ich darf aber der Kommission nicht vorgreifen. Die Kommission könnte einen Gegenentwurf ausarbeiten.

Rytz Regula (G, BE): Die schweizerische Land- und Ernährungswirtschaft steht vor grossen Herausforderungen. Die zunehmende Globalisierung der Produktions- und Handelsketten zwingt auch die Bäuerinnen und



Bauern in der Schweiz dazu, immer billiger und effizienter zu produzieren. Die Rechnung dafür bezahlen auch die Nutztiere, z. B. die Masthühner. Nur 7 Prozent der Masthühner in der Schweiz sehen jemals die Sonne. Die anderen sind in ihrem sehr kurzen Leben in Masthallen mit 12 000 oder mehr Tieren eingesperrt. Rund 4 Prozent aller Masthühner verenden schon vor dem Schlachthoftermin an Krankheiten oder an Schwäche. Diese Situation hat nichts mit der Idylle zu tun, die uns die mit Steuergeldern bezahlte Fleisch- und Milchproduktwerbung heute verspricht. Es sind die kleinen Höfe, in denen die Tiere tatsächlich Familienanschluss haben, wie das Markus Ritter gerne erzählt. Es gibt auch viele Bäuerinnen und Bauern, die bewusst wenig Tiere halten oder in Label-Qualität produzieren. Sie machen genau das, was die Bevölkerung von ihnen erwartet. Aber das ist eher die Ausnahme als die Norm. In einem Schweizer Schweinemastbetrieb mit 1500 Tieren ist es schwierig, von Familienmitgliedern zu reden. Auch die Millionen Legehennen und Masthühner in der Schweiz werden kaum als Individuen wahrgenommen.

Es ist deshalb höchste Zeit, dass wir die Diskussion über die Nutztierhaltung in der Schweiz so führen, wie sie die Tiere, die für uns leben und sterben, auch verdienen, nämlich ehrlich und ungeschminkt. Wo Tierwohl draufsteht, muss auch Tierwohl drin sein. Das ist das Ziel der Massentierhaltungs-Initiative, die wir heute diskutieren. Sie stellt die Nutzung von Tieren für die menschliche Ernährung nicht infrage, aber sie will, dass die Würde der Tiere stärker respektiert wird: bei der Unterbringung und Pflege, dem Zugang ins Freie oder der Schlachtung und der maximalen Gruppengrösse pro Stall. Das sei alles nicht nötig, werden wir nachher noch sehr oft hören und haben wir schon gehört, denn die Lebensbedingungen der Nutztiere in der Schweiz seien heute generell viel besser als in den europäischen Nachbarländern. Das stimmt, die Bevölkerung in der Schweiz hat ein Herz für die Tiere und war deshalb immer bereit, Massnahmen für das Tierwohl mit Direktzahlungen zu unterstützen.

Trotzdem ist es um das Tierwohl in der Schweiz nicht einfach gut bestellt. Nehmen wir zum Beispiel die Schweinehaltung: Wissen Sie, wie viel Platz ein über hundert Kilo schweres Schwein in der Schweiz heute im Minimum zur Verfügung hat? Nicht einmal einen Quadratmeter! Auf der Fläche eines Autoparkplatzes können also zehn Schweine eingepfercht werden! In Deutschland ist es noch schlimmer, werden Sie sagen, dort haben die Schweine noch weniger Platz zur Verfügung. Das stimmt, die Tierschutzorganisationen haben ausgerechnet, dass ein Schwein in der Schweiz gegenüber einem Schwein in Deutschland eine Zusatzfläche in der Grösse eines Taschentuchs belegen kann. Das macht aber den Braten nicht wirklich feiss, kann man da nur sagen. Tatsache ist, dass Schweine hüben und drüben nicht überall artgerecht gehalten werden müssen. Viele von ihnen haben keinen Auslauf, leben auf Betonböden oder bis zu zehn Tage lang unbeweglich in einem Kastenstand. Es wäre ehrlich, genau dieses Bild auf die Etikette der Salami zu kleben, aber das tun Sie nicht, weil Sie wissen, was das bedeutet.

Der Bundesrat, der Schweizer Tierschutz, die Gesellschaft Schweizer Tierärztinnen und Tierärzte, die Swiss Retail Federation und viele andere Organisationen sagen deshalb klar, dass beim Tierschutz Handlungsbedarf besteht – auch in der Schweiz. Es ist deshalb wirklich nicht verständlich, warum der Bauernverband nicht dabei hilft, diese Verbesserungen einzuführen, und zwar so, dass die Bäuerinnen und Bauern unterstützt werden, wenn Veränderungen nötig sind.

Sie wissen doch alle, dass sich die Welt in den nächsten 25 Jahren verändern wird, das ist schon heute klar. Die Klimakrise wird die Bedingungen für die Tierhaltung auch in der Schweiz verändern, und neue Ernährungsgewohnheiten bringen immer mehr Alternativen zu tierischen Produkten auf den Markt. Die Massentierhaltungs-Initiative und auch die beiden Gegenvorschläge sind deshalb eine Einladung an die Bäuerinnen und Bauern, die Weichen zusammen mit den Konsumentinnen und Konsumenten und dem Handel neu zu stellen, in Richtung Zukunft und in Richtung Nachhaltigkeit, und zwar nicht in einer Hauruckübung, sondern mit einem 25-jährigen Zeithorizont. Es geht um 25 Jahre, in denen die Bauern und Bäuerinnen Zeit haben, die Infrastruktur, die Ställe und die Normen anzupassen. Dabei werden sie auch in Zukunft mit Direktzahlungen unterstützt.

Ganz zum Schluss noch ein Punkt, der immer wieder kommt, nämlich der Umstand, dass mit der Initiative neu der Biostandard verpflichtend sein wird: Es ist ganz klar, dass hier steht, dass man sich am Biostandard orientieren muss, also am Ziel, dass die Tiere Auslauf haben, artgerecht gehalten werden. Es sind aber nicht die Biorichtlinien, die neu die Tierschutzbedingungen in der Schweiz definieren.

Unterstützen Sie deshalb das Ja zur Initiative, und sagen Sie Ja zu mehr Tierwohl in der Schweiz!

Egger Mike (V, SG): Geschätzte Kollegin Rytz, Sie haben die Mortalität bei der Pouletmast angesprochen. Diese liegt aktuell bei niedrigen 2,5 Prozent. Somit ist sie deutlich tiefer als im ganzen übrigen Europa, und sie ist tiefer als in der Natur. Was sagen Sie dazu?



Rytz Regula (G, BE): Ich habe von 4 Prozent gesprochen. Es geht um Massentierhaltung. Ich habe davon gesprochen, dass es in der Schweiz Ställe gibt mit über 12 000 Mastpoulets, die dort für den Konsum gemästet werden. Einen Monat lang sind sie in diesen Ställen. Viele haben Krankheiten und sind als überzüchtete Rassen in ihrem kurzen Leben auch sehr stark eingeschränkt. Das sind die Dinge, die wir ändern wollen, und das ist auch das, was die Bevölkerung von der Schweizer Tierschutzgesetzgebung erwartet – und da gibt es durchaus noch Luft nach oben.

Nicolet Jacques (V, VD): Chère collègue Rytz, vous avez évoqué le fait que 7 pour cent des volailles d'engraissement voient le soleil. Comment expliquez-vous ce chiffre, alors qu'en fonction de données vérifiées, plus de 90 pour cent des volailles d'engraissement bénéficient de jardins d'hiver,

AB 2021 N 2571 / BO 2021 N 2571

c'est-à-dire d'espaces qui permettent à la volaille d'aller à l'extérieur, tout en étant protégée par des grillages en raison des mesures sanitaires liées aux infections qui pourraient être transmises par les oiseaux sauvages?

Rytz Regula (G, BE): Ich habe die Zahlen hier, die festhalten, wie viele Masthühner – und um diese geht es ja – an den RAUS-Programmen teilnehmen: Es sind 7 Prozent.

Huber Alois (V, AG): Sehr geehrte Frau Rytz, Sie haben erwähnt, dass die Schweizer Tierärzte auch für die Massentierhaltungs-Initiative seien. Können Sie mir erklären, warum die Medikalkosten pro Tier in einem grossen Betrieb, also in einem grossen Hühnerstall, viel tiefer sind als in einem kleinen? Ich sehe da den Zusammenhang nicht.

Rytz Regula (G, BE): Die Schweizer Tierärzte unterstützen den direkten Gegenentwurf. Sie sagen, dass im Bereich des Tierwohls, also bei der Frage, wie die Tiere leben, wie viel Auslauf sie haben, wie gross die Gruppen sind, eben Handlungsbedarf in diesem 25-jährigen Zeithorizont bestehe, den die Initiative und auch die Gegenvorschläge für die Verbesserungen vorsehen. Es geht also um eine Weichenstellung für einen neuen Umgang mit den Tieren. Es ist in der Schweiz schon vieles da. Das muss und will man anerkennen. Aber es besteht Handlungsbedarf für die Zukunft. Auch die Tierärztinnen und Tierärzte sagen, dass es weitere Verbesserungen geben sollte. Ich bitte Sie, das auch zu unterstützen. Die Bevölkerung erwartet das von uns. Sie möchte einen ehrlichen Umgang mit den Tieren, und sie will, dass das Tierwohl gewährleistet wird.

Bendahan Samuel (S, VD): Dans cette période, nous parlons beaucoup de solidarité, un peu tous les jours. Il y a une solidarité que j'ai de la peine à comprendre: c'est celle des paysans qui sont attentifs à ce que tout soit respecté, que les animaux soient bien traités dans leur exploitation envers des exploitations qui n'ont aucun égard pour le bien-être animal et pour le bien commun. Cette solidarité, je ne la comprends pas, car elle est au détriment de ces milliers de paysans qui dans notre pays travaillent avec l'amour du métier. Ils aiment non seulement leur métier mais aussi leur bétail, qu'ils traitent correctement. Mais ils acceptent que ces normes ne s'appliquent finalement pas à tout le monde. Ils acceptent que vienne de l'étranger de la viande importée produite dans des conditions inacceptables.

Cette solidarité, je ne la comprends pas. Et pourtant, le contre-projet qui est proposé ici par le Conseil fédéral permettrait de valoriser celles et ceux qui dans leur quotidien respectent les animaux en aimant leur métier de paysan. Ce que le Conseil fédéral propose avec ce contre-projet, c'est justement d'adopter des normes minimales simples, basiques, qui sont respectées aujourd'hui par l'essentiel des personnes qui travaillent dans ce métier. Par conséquent, ces normes n'affecteraient pas beaucoup d'exploitations, mais seulement les exploitations de celles et de ceux qui décident de vraiment faire passer au second plan le bien-être animal, qui est pourtant important aux yeux de la population.

Je vais quand même me permettre de lire ici le texte du contre-projet, parce que ce qu'il contient est vraiment le strict minimum. Je sais que de nombreuses personnes qui exploitent du bétail pour la production de viande ou des animaux de rente respectent ces normes. C'est tout simple, il est demandé dans le contre-projet "un hébergement et des soins respectueux des animaux", ce que font de nombreuses personnes, quasiment tout le monde, "des sorties régulières", ce qui est le strict minimum, et "des conditions d'abattage respectueuses des animaux", ce qui est aussi le strict minimum. Comment peut-on s'opposer à cela, à ces trois éléments qui forment le contre-projet dont nous discutons? C'est incompréhensible. La seule raison, c'est la volonté d'envoyer le message qu'on ne veut rien faire du tout.

Mais pourtant, si l'on fait quelque chose, par exemple si l'on adopte ce contre-projet, nous n'agissons qu'envers quelques personnes, quelques exploitations et particulièrement les exploitations de masse, en Suisse ou à



l'étranger, si on accepte la proposition de la minorité Grossen Jürg, mais pas envers la grande majorité des paysans qui font bien leur travail, qui aiment leur travail et qui respectent les animaux. Ce contre-projet est donc modéré, limité, mais il permet dans les faits de s'attaquer aux choses qui sont inacceptables.

Je suis convaincu que celles et ceux d'entre vous qui siègent dans notre Parlement aujourd'hui mais qui, d'autres jours, gèrent une exploitation agricole ou ont des animaux de rente; je suis sûr que ces personnes accepteront que ce standard minimum doive être respecté. Il l'est déjà par ces personnes, mais il doit l'être aussi par d'autres personnes dont nous consommons les marchandises. Je vous invite donc, pour protéger les animaux qui sont moins bien traités, et non pour traiter tout le monde comme des criminels, mais juste les personnes qui ne font pas les bonnes choses, d'accepter le contre-projet du Conseil fédéral. Ce contre-projet ne fait aucun mal à l'ensemble des personnes qui respectent ces conditions, qui sont largement majoritaires – cela a été déjà dit et des chiffres ont été donnés. Soutenons ce contre-projet, décidons d'inscrire dans la Constitution le bien-être animal pour les exploitations qui travaillent avec des animaux, c'est le strict minimum pour le bien aussi de la population.

Bien sûr, il se peut que beaucoup d'entre nous aiment manger de la viande, des oeufs, des produits laitiers. Mais le plaisir ne s'arrête pas seulement au goût et à la qualité du produit; le plaisir est aussi dû au fait que nous savons que, dans notre pays, lorsque nous consommons des produits suisses, ils sont de qualité.

Et si, en plus, nous acceptons la proposition de la minorité Grossen Jürg qui sera discutée plus tard et qui concerne une obligation de déclaration pour l'importation, nous protégerons davantage les exploitations suisses vis-à-vis des exploitations à l'étranger qui ne respecteraient pas les normes appliquées en Suisse.

Pour toutes ces raisons, entrer en matière et accepter le contre-projet du Conseil fédéral est une absolue évidence, car toutes les personnes qui font le strict minimum et qui travaillent par amour pour leur métier ne seront pas négativement impactées, mais seront positivement impactées, puisque les autres devront aussi respecter les animaux.

Nicolet Jacques (V, VD): Cher collègue Bendahan, j'apporte d'abord une petite précision: les éleveurs n'"exploitent" pas les animaux, mais les éleveurs "élèvent" les animaux. Vous avez parlé d'élevages qui posent des problèmes. Vous êtes Vaudois tout comme moi. On sait que, dans le canton de Vaud, il y a eu une dizaine de porcheries qui ont été impliquées dans des affaires de mauvais traitements envers les animaux. Pouvez-vous me confirmer qu'aujourd'hui cette petite dizaine de porcheries ont cessé leur activité et que l'activité en question a été concentrée dans d'autres porcheries plus grandes, plus modernes, respectant le bien-être animal?

Bendahan Samuel (S, VD): Monsieur Nicolet, pour être honnête avec vous, non, je ne peux pas le confirmer, parce que je ne sais pas ce qu'il est exactement advenu de ces exploitations. Mais, comme je l'ai dit dans mon intervention, il faut être clair: je ne dis pas qu'aucun progrès n'a été fait, mais qu'avoir une base constitutionnelle qui reconnaît le bien-être animal est fondamental. Le contre-projet ne demande rien de plus que ce que vous venez de dire.

Page Pierre-André (V, FR): Je suis choqué par vos propos, Monsieur Bendahan. Vous sous-entendez qu'une partie des éleveurs ne respectent pas la loi fédérale sur la protection des animaux. C'est vraiment un scandale, car si l'on ne respectait pas la loi sur la protection des animaux, on ne pourrait pas recevoir de paiements directs. Et que pensez-vous des gens qui ont des animaux domestiques à la maison, des chiens et des chats, et qui ne les sortent jamais? Ceci ne vous intéresse pas?

Bendahan Samuel (S, VD): J'aimerais simplement vous dire que toute maltraitance animale est mauvaise, qu'il s'agisse d'animaux domestiques ou d'animaux de rente; c'est évident.

AB 2021 N 2572 / BO 2021 N 2572

Par rapport à la remarque que vous avez faite, vous pourrez lire mes déclarations: je n'ai jamais parlé de non-respect de la loi fédérale sur la protection des animaux. Je n'ai jamais dit cela, mais j'ai dit qu'ils ne respectaient pas ce qui est prévu dans le contre-projet direct du Conseil fédéral. C'est de cela que je parle, des trois dispositions prévues à l'article 80 alinéa 2bis de la Constitution. Si tout le monde les respecte, alors tant mieux, le contre-projet n'aura aucun impact pour personne, mais il montrera que nous tenons au respect des animaux et, peut-être, nous obligera à faire attention, lorsque nous importons de la viande, aux endroits où, à l'étranger, la protection des animaux n'est pas assurée.

Grossen Jürg (GL, BE): Ich beantrage Ihnen, auf den direkten Gegenentwurf zur Massentierhaltungs-Initiative





einzutreten und diesen auch noch mit meiner Minderheit bei Artikel 80 zu ergänzen.

Der Bundesrat bejaht den Handlungsbedarf und unterbreitet deshalb einen direkten Gegenentwurf. Die Grünliberalen befürworten und begrüßen diesen genauso wie 17 Kantone, wie eine Auswertung der Vernehmlassung zeigt. Der direkte Gegenentwurf fördert das Wohlergehen aller Tiere, indem die Kriterien für eine tierfreundliche Unterbringung und Pflege, für regelmässigen Auslauf und für eine schonende Schlachtung in die Verfassung aufgenommen werden. Damit gewinnen die Tiere an Lebensqualität und werden widerstandsfähiger, auch gegen Krankheiten, was den Einsatz von Medikamenten wie etwa Antibiotika reduziert. Bei der Schlachtung sollen Schmerzen, Leid und Angst mit zumutbaren Mitteln vermieden werden. Das sind alles neue, wichtige Bestimmungen, welche der Bundesrat aufgenommen hat.

Der Bundesrat hat in seinem direkten Gegenentwurf aber darauf verzichtet, maximale Gruppengrössen aufzunehmen. Das will ich mit meiner Minderheit nachholen. An die Tierart angepasste Gruppengrössen verbessern das Tierwohl, das ist erwiesenermassen der Fall.

Weiter fehlt im bundesrätlichen Gegenentwurf eine Regelung für den Import von Lebensmitteln aus tierischer Produktion. Von den Gegnern der Initiative und des Gegenentwurfes wird oft ins Feld geführt, dass solche Verfassungsbestimmungen nicht WTO-konform seien und die Lebensmittelproduktion in der Schweiz verteuerten. Dies führe letztlich zu mehr Lebensmittelimporten aus unkontrollierter Produktion aus dem Ausland. Um diese Argumente angemessen zu berücksichtigen, ergänze ich mit meinem Minderheitsantrag den direkten Gegenentwurf mit einer Deklarationspflicht. Diese gilt für den Import von Tieren und Tierprodukten zu Ernährungszwecken. Abklärungen haben ergeben, dass die Schweiz mit einer solchen Deklarationspflicht zum Beispiel bei den Eiern sehr gute Erfahrungen gemacht hat. Reine Käfigeierimporte sind aus den Regalen im Detailhandel verschwunden. Die Deklarationspflicht wäre zudem WTO-konform und würde dem Anliegen der Initiantinnen und Initianten weit entgegenkommen.

Ich bitte Sie daher, meine Minderheit bei Artikel 80 zu unterstützen.

Schneider Meret (G, ZH): "D'Säuli gönd au gärn go sünnele. Wäge dem hämmer au äs Schattenetz, dass sie au kån Sunnebrand überchömed. I dere Ziit, wo d'Hüener bi eus sind, simmer au verantwortlich defür, dass es dä Hüener wohl isch. Euseri Tier sind vo Früelig bis Herbst immer uf dä Weid." Nein, dies sind keine Wunschäusserungen von Meret Schneider, Mitinitiantin der Massentierhaltungs-Initiative. Dies sind Aussagen, die exakt dem O-Ton der Werbespots "Schweizer Fleisch – der feine Unterschied" von Proviande entsprechen. Untermauert werden sie von Bildern, die Schweine mit Auslauf zeigen, Kühe auf der Weide und Hühner, die fröhlich im Stroh picken.

Ja, genau so stelle ich mir die Tierhaltung in der Schweiz vor. Alle in diesen Werbungen präsentierten Betriebe würden den Anforderungen der Initiative entsprechen. Sie zeichnen ein idyllisches Bild der Schweizer Tierhaltung, das eines verschweigt: Es sind alles Label-Betriebe, von denen die konventionelle Haltung in Grossbetrieben weiter entfernt ist, als wir alle es erahnen würden. Weniger als ein Quadratmeter steht einem Schwein von 100 Kilogramm heute in der Schweiz zu – auf Betonboden. 27 000 Hühner werden in konventionellen Masthallen gehalten; 2 bis 4 Prozent davon sterben, bevor sie ihr Schlachtgewicht erreicht haben. Die anderen können nach zwei Wochen kaum mehr auf den eigenen Beinen stehen, weil sie so schnell Fleisch ansetzen müssen.

Nach gut zehn Monaten werden auch sämtliche Legehennen vergast, weil sie in die Mauser kommen und deshalb weniger produktiv sind. Das Huhn, ein intelligentes, fühlendes Lebewesen, ist zum kompletten Massenprodukt verkommen. Ich könnte nicht einiger sein mit den Aussagen von Proviande und erinnere gern daran, dass wir die Tierwürde in der Verfassung verankert haben. Wenn wir als Menschen Tiere halten und essen, so sind wir dafür verantwortlich, ihnen ein möglichst tiergerechtes Leben zu ermöglichen.

Ein Schwein ist bezüglich Empfindungsfähigkeit und kognitiver Leistungsfähigkeit sogar einem Hund überlegen. Es möchte sich bewegen, spielen, sein Sozialverhalten ausleben, und dennoch sehen rund 50 Prozent der Schweine bis zu ihrem Schlachttag nie den freien Himmel, geschweige denn ein Schlambad. Man stelle sich vor, wir würden heute Golden Retriever so halten, wie wir das mit unseren Schweinen tun. Der gesellschaftliche Aufschrei wäre riesig.

Bereits heute steigt die Nachfrage der Konsumierenden nach Produkten aus einer Produktion mit hohem Tierwohlstandard massiv. Laut Umfragen ist es über 70 Prozent der Konsumierenden wichtig, wie die Tiere gehalten werden und dass es den Tieren gutgeht. Wenn Sie die Werbespots von Proviande sehen, dann kann man es den Konsumierenden nicht verübeln, dass sie denken, den Schweinen und den Hühnern gehe es tatsächlich so, wie das in den Videos gezeigt wird. Dass dem nicht der Fall ist, haben meine Beispiele eindrücklich gezeigt, und ich könnte noch viele weitere anfügen. Es ist jedoch nicht meine Art, ausschweifend über Tierleid zu lamentieren. Vielmehr sollten wir in Bezug auf die Bauern in den Videos endlich Taten folgen



lassen und dafür sorgen, dass die Tierhaltung in der Schweiz tatsächlich so aussieht, wie es dort gezeigt wird. Genau das und nicht mehr will die Initiative gegen Massentierhaltung. Ich danke Ihnen ganz herzlich für Ihre Unterstützung.

Egger Mike (V, SG): Geschätzte Kollegin Schneider, Sie haben Proviande angesprochen. Sie haben den feinen Unterschied von Schweizer Fleisch angesprochen. Der feine Unterschied bezieht sich eben genau auf das Tierwohl. Können Sie mir ein Land auf dieser Welt nennen, das es in Bezug auf das Tierwohl besser macht als die Schweiz?

Schneider Meret (G, ZH): Das ist ein Argument, das immer kommt: Das Ausland macht es noch schlechter, warum müssen wir besser sein als das Ausland? Der Punkt ist nicht, wie schlecht es die anderen machen, der Punkt ist: Wie möchten wir unsere Tiere halten? Wie soll es den Tieren gehen, die wir später essen? Möchten wir, dass ein Masthuhn während 30 Tagen hochgemästet wird, bis es nicht mehr auf den eigenen Beinen stehen kann? Möchten wir, dass Schweine auf einem Quadratmeter Betonboden dahinvegetieren, Arthrose bekommen und ihr viel zu kurzes Leben mit Schmerzen verbringen müssen? Möchten wir das in der Schweiz? Haben wir nicht höhere Ansprüche an unsere Tierhaltung, an das Tierwohl? Möchten wir dem nicht Rechnung tragen? Die Ersten, die davon profitieren werden, sind die Schweizer Bauern, die mit solchen Produkten auch in Zukunft einen besseren Produktionspreis erzielen können. Denn in diese Richtung geht es, dorthin entwickelt sich auch das Ausland weiter.

Dettling Marcel (V, SZ): Frau Schneider, Sie haben jetzt das Tierwohl angesprochen. Mit Ihrer Initiative verlangen Sie, dass in der Schweiz 45 000 Kühe weniger und 20 000 GVE-Hühner weniger gehalten werden; das entspricht in etwa 5 Millionen Mastpoulets. Woher kommen diese dann?

Schneider Meret (G, ZH): Der Fehler in Ihrer Überlegung, Herr Dettling, ist, dass Sie annehmen, der Konsum bleibe einfach konstant. Dem ist nicht so, der Fleischkonsum ist seit kürzerer Zeit rückläufig, und er wird es weiterhin sein.

AB 2021 N 2573 / BO 2021 N 2573

Wir müssen in Zukunft weniger Fleisch konsumieren, nicht nur wegen der Umwelt, nicht nur wegen dem Tierwohl. Die Ernährungsstrategie des Bundes empfiehlt auch aus Gesundheitsgründen ein Drittel des heutigen Fleischkonsums, sprich: Die Tendenz geht sowieso in Richtung mehr pflanzliche Produkte. Wenn man die Konsumierenden fragt, dann antworten sie, dass es ihnen wichtig ist, zu wissen, woher ihr Fleisch kommt. Lieber konsumieren sie zweimal pro Woche etwas, das gut geleast hat, gutes Fleisch, von dem sie wissen, woher es kommt, als zweimal pro Tag Chicken Wings aus Thailand und Schinken von irgendwoher. Das möchten auch die Konsumierenden nicht mehr länger so machen.

Huber Alois (V, AG): Geschätzte Kollegin Schneider, Sie haben die Geflügelhaltung erwähnt und gesagt, dass die Tiere sehr schlecht gehalten werden und die Bauern schuld daran seien. Die Landwirtschaft will eigentlich immer besser werden. Auch die Brudermast kommt eigentlich von der Landwirtschaft, wird aber vom Konsumenten gar nicht akzeptiert respektive nicht bezahlt. Wäre es nicht besser gewesen, Sie hätten eine Initiative gestartet, mit der man dem Konsumenten vorschreibt, er solle nur noch tierfreundliche Fleischprodukte konsumieren, die so produziert werden, wie Sie es wollen? Mit einer solchen Initiative wäre es doch viel einfacher gewesen.

Schneider Meret (G, ZH): Herzlichen Dank für Ihre Frage. Wenn Sie bei meinem Votum zugehört hätten, dann hätten Sie gehört, dass ich mit keinem Wort den Bauern irgendwelche Schuld zugeschoben habe. Im Gegenteil, ich sehe, wie sich die Landwirtschaft weiterentwickelt, wie sich die Bauern bemühen, wie sie oftmals auch auf Labels umsteigen möchten, die Produkte aber beispielsweise vom Detailhandel nicht abgesetzt werden. Ich sehe die Bemühungen gerade in der Hühnerhaltung bei Bruderhähnen und Zweinutzungsrasen – genau dies möchte die Massentierhaltungs-Initiative weiter befördern. Denn heutzutage müssen wir kommunizieren, was der Mehrwert des Tierwohls ist: Warum müssen die Konsumierenden dieses Fleisch kaufen? Warum ist es eben besser? Wie geht es dem Tier dann tatsächlich? Solange wir solche Proviande-Videos schalten, wie ich sie erwähnt habe, in denen alle Schweizer Tiere im Stroh scharren und auf der Weide picken, glauben die Konsumierenden tatsächlich, dem sei so; und dann sehen sie nicht ein, warum wir die Standards noch höher setzen müssen.

Das Erste, was ich möchte, sind bessere Preise für die Produzierenden in der Schweiz. Und ich möchte – wovon vor allem die Bauern profitieren werden –, dass wir aufhören mit Dumping-Importen. Ich möchte,





dass wir aufhören mit dem Import von Produkten von irgendwoher, Poulet aus Brasilien und Entrecote aus Paraguay, wie es jetzt gerade wieder Aktion ist im Coop. Das sind nämlich die grossen Preisdrücker, die den Bauern tatsächlich auch das Leben schwer machen, und damit hören wir mit dieser Initiative einfach einmal auf.

Rüegger Monika (V, OW): Frau Schneider, was für ein Jobangebot haben Sie für die Bauern in den Voralpen- und Alpenregionen, die nicht auf Getreide und Gemüse umstellen können, weil ihre Höfe einfach zu hoch liegen? Deshalb ist nämlich der Anbau von Getreide und Gemüse nicht möglich, und sie müssen auf Milch- und Fleischwirtschaft setzen.

Schneider Meret (G, ZH): Herzlichen Dank für diese Frage; das ist ein wichtiger Punkt. Denn die Bergbauern und die Bauern in den Alpenregionen, bei denen die Kühe – für die Milchwirtschaft, wie Sie gesagt haben – und die Geissen tatsächlich auf der Weide stehen, müssen nichts ändern. Die sind fein raus. Gerade in den Berggebieten sind die Betriebe häufig eher kleiner und wirtschaften weniger intensiv. Genau diese Landwirtschaft möchten wir fördern. Wir möchten genau das: eine standortgerechte Landwirtschaft. Auf unserem Schweizer Grasland sollen die Tiere stehen, sie sollen Gras fressen, sollen dieses zu Milch und Fleisch veredeln. Diese Bauern müssen gar nichts ändern. Diese Art des Wirtschaftens wollen wir vielmehr weiter vorantreiben. Was wir nicht wollen, sind Hallen mit 27 000 Mastpoulets, 1500 Mastschweinen, die in der Schweiz so einfach nicht standortgerecht sind – so wenig, wie es überhaupt möglich ist. Aber alle Bergbauernbetriebe kann ich an dieser Stelle beruhigen: Machen Sie so weiter. Das Grasland dort ist gut genutzt.

Strupler Manuel (V, TG): Geschätzte Kollegin Schneider, Sie haben erwähnt, dass die Bevölkerung gerne mehr Label-Fleisch konsumieren möchte und lieber auf mehr Konsum verzichtet, dafür aber das Fleisch von besser gehaltenen Tieren verspeist. Wie können Sie mir erklären, dass in der Schweinehaltung, wo 60 Prozent nach den RAUS-Anforderungen gehalten werden, nur die Hälfte nachher auch als Label-Produkte verkauft werden kann, weil die Nachfrage zu klein ist? Wie können Sie mir diese Diskrepanz erklären zwischen Ihrer Aussage, was das Schweizervolk im Regal wünscht, und dem, was das Schweizervolk kauft?

Schneider Meret (G, ZH): Herzlichen Dank für diese Frage; das ist ein wichtiger Punkt. Es ist ganz wichtig, dass wir das konsumieren, was tatsächlich mit einem Mehrwert beim Tierwohl verknüpft ist. Heutzutage sehen die Konsumierenden bei den Schweizer-Fleisch-Videos Schweine, denen es bereits wunderbar geht, die bereits auf dem Stroh sitzen und ihr Sozialleben ausleben können. Dort werden keine Ein-Quadratmeter-Betonbuchten gezeigt. Wenn die Konsumierenden davon wüssten und wüssten, was der tatsächliche Mehrwert bei einem Label-Produkt ist, würden sie auch wissen, warum sie es kaufen sollten. Solange wir einen intransparenten Label-Dschungel haben und die konventionelle Haltung als vorbildlich angepriesen wird, muss man sich nicht wundern, wenn die Konsumierenden dann tatsächlich auch das als vorbildlich angepriesene Nicht-Label-Fleisch kaufen. Da braucht es eindeutig eine Kommunikationsoffensive, wie sie mit anderen Produkten ja auch gelingt.

Aebi Andreas (V, BE): Geschätzte Frau Kollegin Schneider, Sie haben in vielen Punkten ehrenwerte Ansichten, das haben wir miteinander schon besprochen. Sie haben aber die Frage von Herrn Strupler nicht richtig beantwortet: 60 Prozent der Schweinehaltung unterliegen einem Label, und man kann nicht alle Erzeugnisse als Label-Produkte verkaufen. Wir haben knapp hundert Schweine, sie haben Schatten, Auslauf, tiefes Stroh; der Schlachtpreis beträgt Fr. 3.60. Da liegt das Problem, gehen Sie dieses an.

Schneider Meret (G, ZH): Sie haben ganz recht. Das ist ein Problem. Im Moment haben wir die absurde Situation, dass zwar die Nachfrage nach Tierwohl stark steigt; auch das Interesse daran, wie wir Tiere halten, steigt in der Bevölkerung ganz stark. Gleichzeitig wird aber weniger Label-Fleisch abgesetzt, unter anderem wegen des Preisdrucks und weil Detailhändler das Angebot reduzieren. Das ist ein Problem. Wir müssen dem so begegnen, wie ich es bereits gesagt habe: mit einer Kommunikationsoffensive, zum Beispiel, indem wir in diesen Schweizer-Fleisch-Videos zeigen, warum alle Schweine Auslauf haben sollten. Sollten sie Stroh haben? Was ist damit verbunden?

So viele Menschen sagen, sie würden lieber weniger, dafür gut produziertes Fleisch konsumieren. Wir müssen ihnen darlegen, was tatsächlich gut produziertes Fleisch ist, was damit verbunden ist und warum die entsprechenden Bedingungen in den konventionellen Betrieben und insbesondere auch bei den grossen Importmengen nicht erfüllt sind. Warum sollen sie das nicht essen? Man muss das den Menschen erklären. Ich war jetzt wirklich sehr oft auf der Strasse und habe es den Menschen erklärt. Das Wissen darüber ist nicht vorhanden. Wir sind gefordert, dieses Wissen zu vermitteln und gegenüber den Konsumenten transparent zu



machen, was sie tatsächlich konsumieren, wenn sie Schweizer Fleisch konsumieren, und warum es hier noch Verbesserungsbedarf gibt.

Michaud Gigon Sophie (G, VD): Les consommatrices et consommateurs sont devenus de plus en plus regardants ces dernières années. Pas seulement en Suisse, mais dans toute

AB 2021 N 2574 / BO 2021 N 2574

l'Europe, laquelle voit ses standards de bien-être animal renforcés, en particulier en France et en Allemagne. La Suisse a un niveau de protection animal élevé et nous en sommes fiers. Mais le Conseil fédéral confirme la nécessité d'agir. L'élevage haute performance, l'augmentation de la productivité et la tendance à l'élevage de plus en plus intensif ne sont une solution ni pour la santé et le bien-être animal, ni pour les objectifs environnementaux, ni même pour la rentabilité économique des élevages suisses à long terme. La société attend de nous et de l'agriculture un débat sur l'amélioration du bien-être animal.

Les Verts ont défendu une position d'ouverture dès le début du traitement du contre-projet à l'initiative sur l'élevage intensif. Nous avons également proposé un compromis qui passerait par une initiative parlementaire afin d'intégrer les éléments qui visent de manière pragmatique à améliorer le bien-être des animaux de rente en Suisse et maintenir la confiance entre producteurs et consommateurs dans ce domaine.

Nous voulons éviter de laisser l'initiative sur l'élevage intensif partir seule aux urnes. Cela creuserait à nouveau un fossé, comme beaucoup d'entre nous l'ont regretté en juin passé lors des votations sur les initiatives contre les pesticides de synthèse.

Pour cette raison, les Verts sont en faveur de toutes les minorités.

Je commencerai par la minorité Bendahan qui propose d'entrer en matière sur le contre-projet direct du Conseil fédéral. L'Association suisse des vétérinaires soutient aussi un contre-projet. Les vétérinaires connaissent mieux que quiconque l'état de santé des animaux de rente dans notre pays. La majorité des cantons soutient aussi l'entrée en matière sur le contre-projet.

Si notre conseil entre en matière sur le contre-projet direct du Conseil fédéral, les Verts vous encouragent à l'améliorer en soutenant la minorité Grossen Jürg.

S'il veut valablement remplacer l'initiative, le contre-projet doit en effet comme celle-ci s'intéresser aux produits importés. Renforcer l'information des consommateurs est indispensable. Soumettre les produits animaux importés issus de modes de production interdits en Suisse à une déclaration obligatoire est une voie validée par nos deux conseils via l'adoption de la motion 20.4267. Ceci permet aussi à l'agriculture suisse de valoriser ses bonnes pratiques en matière de bien-être animal.

Voyant que le monde agroalimentaire dans son ensemble n'était pas favorable au contre-projet du Conseil fédéral, le groupe des Verts a proposé la voie du contre-projet indirect, via la minorité Baumann, laquelle est désormais soutenue par le commerce de détails. Il est question d'offrir une alternative à l'initiative et d'éviter une campagne de votation envenimée. La minorité propose de renvoyer le projet à la commission en la chargeant d'élaborer une initiative parlementaire. Il faut aller vite, mais c'est possible dans les délais impartis. Il existe donc un chemin de compromis. Mais la majorité de ce conseil a-t-elle la volonté politique de le suivre et de faciliter des évolutions dans ce domaine?

La population suisse est de plus en plus attachée au bien-être animal, et cela vaut autant pour les produits suisses qu'importés. Une récente étude d'Agroscope et de la Protection suisse des animaux a démontré que les ventes de viandes labellisées stagnent. Les labels n'indiqueraient pas assez clairement leur plus-value en matière de bien-être animal. Pour améliorer la situation, il est plus efficace d'augmenter les exigences minimales de bien-être animal pour toutes les exploitations agricoles que de compter sur les labels qui n'affectent qu'un nombre limité d'animaux. Les agriculteurs doivent être rémunérés pour ces prestations supplémentaires, ce que ne font pas suffisamment les labels, la différence de prix finissant chez les intermédiaires. En dépit du nombre de labels pour les porcs et les bovins, parmi les millions d'animaux de rente détenus annuellement, seuls 12 pour cent sont vendus sous labels. Un changement de la législation est donc nécessaire pour que les standards correspondent davantage aux attentes.

L'objectif des Verts, vous l'aurez compris, est de ne pas valider un statu quo pour les 25 prochaines années, mais de favoriser une évolution dans le domaine du bien-être animal et de proposer une solution de compromis par rapport à l'initiative populaire.

Munz Martina (S, SH): Die SP begrüsst die Stossrichtung der Initiative. Das Tierwohl soll in der Nutztierhaltung in der Schweiz einen höheren Stellenwert erhalten. Die SP setzt sich für eine bäuerlich geprägte und vielfältige Landwirtschaft ohne Massentierhaltung ein. Leider steigt aber die Zahl der Milchviehbetriebe mit über 100 Kühen sowie die Anzahl grosser Ställe für Geflügel- und Mastschweineproduktion ständig. Die Werbung auf



Plakaten und Fleischpackungen mit fidelen Schweinen, idyllisch weidenden Kühen und Körnchen pickenden Hühnern trägt. Auch in der Schweiz besteht Handlungsbedarf bezüglich Tierwohl. Das hat der Bundesrat mit seinem Gegenentwurf bestätigt.

Hochleistungszucht, Produktivitätssteigerung und der Trend zur Massentierhaltung sind keine zukunftsgerichtete Lösungen. Tierwohl und Wirtschaftlichkeit schliessen sich nicht aus, im Gegenteil: Mit tierfreundlicheren Haltungssystemen und langlebigen Tieren können Gesundheitskosten vermieden, Verluste minimiert und der Antibiotikaverbrauch reduziert werden. Das bestätigen Agroscope und die Gesellschaft Schweizer Tierärztinnen und Tierärzte.

Die Art der Tierhaltung hat auch entscheidenden Einfluss auf die Nachhaltigkeit. So senkt der Weidegang gegenüber dem Auslauf auf befestigtem Boden die Ammoniakemissionen mit Auswirkungen auf Umwelt und Klima. Die Hochleistungszucht führt zu Tieren, die statt Gras importiertes Kraftfutter fressen und damit das Nitratproblem vergrössern, das unsere Gewässer belastet.

Der Bundesrat hat die Chancen der Initiative für die Agrarpolitik erkannt und einen direkten Gegenentwurf ausgearbeitet. Alle Tiere, nicht nur die Nutztiere, sollten eine tierfreundliche Unterbringung und Pflege erhalten. Das und auch der regelmässige Auslauf und die schonende Schlachtung müssten doch die Landwirtschaft freuen. Trotzdem wollen ihre Vertreter den Gegenentwurf abschmettern. Sie befürchten, dass die Beiträge für BTS und RAUS nicht mehr ausgerichtet werden, wenn das Tierwohl zum Standard gehört. Die Übergangsfrist dauert aber lange 25 Jahre; bis dann wird die Landwirtschaft nicht mehr die gleiche sein wie heute.

Bis heute profitieren total nur 12 Prozent aller Tiere von den Tierwohlprogrammen BTS und RAUS – je nach Tierart unterschiedlich. Es gibt viel Luft nach oben.

Die weltweite Preisdrückerei geht zulasten des Tierwohls; deshalb wären Importauflagen im Gegenentwurf wichtig. Ob mit Deklarationsvorschriften die einheimische Produktion vor Billigimporten aus tierquälerischer Haltung geschützt werden kann, ist allerdings fraglich, zumal ich dieses Wochenende in unserer Coop-Filiale ein uruguayisches Dumping-Entrecote entdeckt habe, das mit dem Label "Weidehaltung" geschmückt war und erst noch mit CO2-kompensierten Flugkilometern angeboten wurde. Die Minderheit Grossen Jürg nimmt dieses berechnete Anliegen trotzdem auf. Fehlende Importauflagen sind also kein Grund, den direkten Gegenentwurf abzulehnen.

Der Rückweisungsantrag Baumann mit dem Auftrag, einen indirekten Gegenentwurf auszuarbeiten, findet bei der Landwirtschaft auch keinen Gefallen. Aber der Milchindustrieverband mit Emmi und Cremo sowie die IG Detailhandel mit Migros und Coop unterstützen die Ausarbeitung eines indirekten Gegenentwurfes genauso wie die SP-Fraktion. Dabei sind die drei folgenden Eckwerte wichtig:

1. Das Tierwohl soll unter Berücksichtigung einer standortangepassten, marktkonformen Produktion und der ökologischen Tragfähigkeit gestärkt werden.
2. Die Eigenverantwortung der betroffenen Branchen- und Produzentenorganisationen soll gefördert und die Marktchancen sollen genutzt werden.
3. Die Handelsbeziehungen sollen so ausgestaltet werden, dass sie dem Tierwohl dienen.

Die SP-Fraktion wird den direkten und den indirekten Gegenentwurf unterstützen und auch dem Antrag der Minderheit Grossen Jürg zustimmen. Werden diese Minderheitsanträge abgelehnt, so wird ein Teil der Fraktion der Initiative

AB 2021 N 2575 / BO 2021 N 2575

zustimmen. Die SP-Fraktion ist aber einstimmig der Meinung, dass die Agrarpolitik die Transformation in der Landwirtschaft und den Systemwechsel hin zu einer tierfreundlicheren Nutztierhaltung jetzt anpacken muss. Ich bitte Sie, unterstützen Sie die Anträge der Minderheiten.

Aebi Andreas (V, BE): Frau Munz, besten Dank für Ihre Ausführungen, denen ich interessiert zugehört habe. Sie stammen ja aus einem Grenzkanton mit Einkaufstourismus. Eine Quizfrage: In der deutschen Milchproduktion beträgt der Literpreis im Mai etwa 38 Rappen, bei der Schweizer Milch sind es 50 Rappen. Die deutsche Milch wird für 80 Rappen im Laden verkauft, und die Schweizer Milch, sehr tierfreundlich produziert, für Fr. 1.60. Können Sie mir sagen, wer hier profitiert?

Munz Martina (S, SH): Vielen Dank für Ihre Frage. Wir wissen, dass wir ein Problem mit dem Grenztourismus haben. Und ich habe auch gesagt, dass die Deklarationsvorschriften sehr wichtig wären, vor allem auch beim Dumping-Fleisch. Wenn jetzt Migros und Coop im Gestell bei uns in den lokalen Läden uruguayisches Dumping-Entrecote aus Weidewirtschaft mit CO2-kompensierten Flugkilometern zum halben Preis anbieten, habe ich aber wirklich ein Problem. Da muss ich also sagen: An diesen Deklarationsvorschriften müssen wir gemeinsam arbeiten, damit unsere einheimische Produktion vor Dumpingpreisen geschützt ist.



Gafner Andreas (V, BE): Geschätzte Frau Munz, die Politik hat ja von der Landwirtschaft gefordert, unternehmerischer zu werden. Sie haben zu Beginn Ihres Referats gesagt, dass die Tierzahlen gestiegen sind. Was sind die Gründe? Wir wurden ja gezwungen, produktiver zu werden. Was sind Ihrer Ansicht nach die Gründe?

Munz Martina (S, SH): Zuerst einmal vielen Dank für die Frage. Ich denke, dass wir in der Landwirtschaft wirklich in einer schwierigen Situation sind. Wir wollen eine vielfältige, kleinbäuerliche Tierhaltung – das ist auch die beste Tierhaltung –, aber der wirtschaftliche Druck zwingt die Bauern teilweise, grössere Betriebe zu führen. Wir wissen, dass dem Tierwohl auf Kleinbetrieben besser Rechnung getragen werden kann und dass der Bauer mit weniger Hochleistungstieren am Schluss auch mehr verdient. Wir müssen gemeinsam daran arbeiten, dass der Markt die Bauern nicht zwingt, Grossbetriebe zu führen. Wir haben deshalb auch die Tierwohlbeiträge BTS und RAUS, damit wir bei den Bauern Tierwohlprogramme installieren können. Der Punkt ist nun, dass die Tierwohlprogramme von den Konsumenten zwar bezahlt werden, dass das Geld aber von den Detailhändlern nicht zu den Bauern geht, sondern in deren eigene Tasche. Das ist ein grosses Problem, weil die Landwirtschaft die Aufwendungen für ihre Leistungen für das Tierwohl nicht bekommt, obwohl es die Konsumentinnen und Konsumenten bezahlen.

Strupler Manuel (V, TG): Kollegin Munz, ich wohne wie Sie in einem Grenzkanton, und ich glaube, Sie haben die Frage von Kollege Aebi nicht richtig verstanden. Wer profitiert, wenn wir in der Schweiz den Preisunterschied zum Ausland noch vergrössern? Wer profitiert, das Ausland oder die Schweiz? Zur Anmerkung: Nach Aufhebung des Lockdowns wurde sofort wieder sehr viel Fleisch in Deutschland eingekauft. Die Frage wurde von Kollege Aebi gestellt: Wer profitiert, wenn wir mit unseren Programmen die Preise noch erhöhen? Da ist nicht die Deklaration im Coop wichtig, sondern die Deklaration in Deutschland.

Munz Martina (S, SH): Herr Strupler, vielen Dank für diese Frage. Sie gehen davon aus, dass in Massentierhaltungen die Tierproduktion billiger ist als in optimalen Ställen. Ich kann Ihnen versichern, dass das so nicht stimmt. Es gibt eine optimale Grösse, und das ist keine Massentierhaltung. Wir werden mit dieser Initiative die Kosten für die Tierproduktion nicht erhöhen.

Dettling Marcel (V, SZ): Geschätzte Frau Kollegin Munz, Sie haben vorhin die Grossverteiler kritisiert, weil sie Fleisch aus südamerikanischen Staaten importieren. Wieso unterstützen Sie denn jetzt die Grossverteiler mit Ihrer Absicht, hier einen indirekten Gegenvorschlag zu installieren, mit dem es nachher noch mehr Importe gibt?

Munz Martina (S, SH): Diese Frage verstehe ich nicht, die müssen Sie mir nochmals stellen. Mit dem indirekten Gegenvorschlag unterstützen wir keinen Import aus dem Ausland. Also da verstehe ich Ihre Frage nicht, entschuldigen Sie.

Huber Alois (V, AG): Sie haben gesagt, dass die Grossverteiler und der Handel profitieren, nicht die Bauern. Das haben Sie vorhin so bestätigt. Aber haben Sie das Gefühl, dass Sie das mit der Massentierhaltungs-Initiative ändern können?

Munz Martina (S, SH): Vielen Dank, Herr Huber, für diese Frage. Wenn Sie mir richtig zugehört haben, dann haben Sie gehört, dass ich den indirekten Gegenvorschlag und auch den direkten Gegenvorschlag des Bundesrates unterstütze. Ich denke, diese Gegenvorschläge wären wirklich eine Möglichkeit, die Agrarpolitik auch bei der Tierhaltung in neue Bahnen zu lenken. Unterstützen Sie deshalb doch mit mir zusammen diese Gegenentwürfe!

Bendahan Samuel (S, VD): J'ai déjà eu l'occasion de défendre la minorité et j'ai pu expliquer la position du groupe socialiste, qui consiste à dire que la bonne stratégie est d'accepter le contre-projet du Conseil fédéral, avec les arguments que j'ai donnés. Sachez que le groupe socialiste est également favorable à l'idée d'un contre-projet indirect qui suivrait la même logique.

Ce que j'aimerais dire en complément, mais j'irai plus vite, c'est qu'il s'agisse d'un contre-projet direct comme proposé par le Conseil fédéral ou d'un contre-projet indirect que nous avons encore des chances de discuter, tout ce que nous demandons, c'est de pouvoir parler de ces thématiques. Tout ce que nous demandons, c'est que lorsque nous avons envie de discuter de conditions de travail ou d'autres thématiques, comme par exemple les conditions d'exploitation agricole, nous puissions en discuter et ne pas être systématiquement confrontés à un refus de toute possibilité d'améliorer la situation, ce d'autant plus que dans beaucoup de domaines dont nous voulons discuter, y compris la question de l'élevage intensif, nous ne parlons que de quelques cas,



de quelques exploitations agricoles qui sont protégées par beaucoup de personnes qui refusent d'entrer en discussion.

Je vous invite donc à accepter les propositions qui visent à entrer en discussion et celles qui sont modérées et ménageront les prix.

J'aimerais simplement dire, pour toutes les exploitations agricoles qui aujourd'hui respectent déjà les dispositions du texte du contre-projet ou celles envisagées pour le futur contre-projet indirect tel que demandé par la minorité, qu'il n'y aura pas de hausses de prix. Les seuls bénéficiaires de la situation, aujourd'hui, sont ceux qui gagnent de l'argent en raison des conditions de vie des animaux. Ce sont ceux-là qui, eux, peuvent avec les mêmes prix gagner plus d'argent. Mais toutes les personnes qui travaillent correctement, soit la grande majorité, n'ont rien à gagner à refuser toute discussion dans ce domaine-là, ce d'autant plus qu'un jour la population en aura marre qu'on refuse tout progrès et finalement aura de la sympathie pour l'une ou l'autre des initiatives quand une crise ou un scandale arrivera.

Je pense que le système suisse est le système du débat et du progrès social, du progrès commun. Je vous demande d'accepter au moins l'une de ces propositions, par exemple le renvoi du projet à la commission pour que nous puissions discuter d'un contre-projet indirect qui ménagera toutes les personnes qui travaillent dans le domaine mais qui garantira, au niveau national, la qualité sans augmentation des prix.

L'initiative pour elle-même, il faut admettre qu'elle a des défauts, raison pour laquelle nous préférons une autre forme de discussion. Ces défauts ont été mentionnés: des références malheureuses à des textes externes à la Constitution ou

AB 2021 N 2576 / BO 2021 N 2576

encore la question de la taille des groupes d'animaux, ce qui n'est pas forcément en soi un critère de qualité de vie pour les animaux. Le groupe socialiste a donc de la compréhension quant aux raisons de s'opposer à l'initiative. Evidemment si une voie qui permet le dialogue et des progrès modérés est prise, le groupe socialiste recommandera le rejet de l'initiative. Si toute proposition, quelle qu'elle soit, est systématiquement refusée sans discussion, une partie du groupe recommandera d'accepter l'initiative et une autre partie de la refuser, jugeant que l'initiative reste trop problématique. Toutefois, le groupe socialiste partage massivement les intentions sous-jacentes à l'initiative: garantir dans notre pays que nous valorisons le bien-être animal, celui de tous les animaux, y compris les animaux de rente.

Aebi Andreas (V, BE): Herr Bendahan, ich höre Ihnen als Landwirtschaftsspezialist der SP und Nichtbauer immer sehr gerne zu und versuche, auch etwas zu lernen. Eine Frage an Sie: Können Sie mir sagen, wo auf der Welt die Kühe wie in der Schweiz noch auf die Weide gehen?

Bendahan Samuel (S, VD): Pour être tout à fait honnête, je ne peux pas vous donner la liste de ces pays. Ce que je sais, c'est que la Suisse – et nous l'avons admis – a déjà adopté de bons standards pour le bien-être animal. Ce que nous disons, c'est que nous souhaitons inscrire dans la Constitution le fait que ces standards, qui sont respectés dans l'écrasante majorité des exploitations aujourd'hui – ce que nous avons dit et reconnu –, soient respectés par tous, sur une base constitutionnelle. Nous ne demandons rien d'autre. Le contre-projet ou la proposition de renvoi pour discuter d'un contre-projet indirect sont deux stratégies qui permettent d'atteindre cet objectif et de nous protéger des quelques scandales que nous avons subis par le passé.

Nicolet Jacques (V, VD): Cher collègue Bendahan, vous avez évoqué dans votre intervention le fait que quelques exploitations seraient affectées par cette initiative. En l'occurrence, selon les chiffres que j'ai vérifiés, quelque 70 pour cent des exploitations de volailles, 50 pour cent des halles de poudeuses et 80 pour cent des productions de porc seraient affectées. Avec de telles proportions d'exploitations qui seraient affectées, pouvez-vous comprendre que le monde paysan soit quelque peu réticent face à cette initiative?

Bendahan Samuel (S, VD): Non seulement je peux le comprendre, Monsieur Nicolet, mais je peux aussi vous annoncer que le Parti socialiste, en cas de discussion sur un contre-projet, recommandera de rejeter cette initiative, pour les raisons que vous avez évoquées et pour d'autres raisons. Il y a beaucoup de raisons qui font que cette initiative n'est pas parfaite. C'est pour cela que nous préférons massivement discuter d'un contre-projet. J'aimerais dire que tous les chiffres que vous avez donnés ne s'appliquent absolument pas au contre-projet du Conseil fédéral ni à la proposition d'un contre-projet indirect. Ces propositions toucheraient beaucoup moins d'exploitations, et seulement celles qui ne respectent vraiment pas les normes minimales en matière de protection des animaux.

Je suis donc tout à fait d'accord avec votre intervention, Monsieur Nicolet. S'il vous plaît, soutenez au moins



une des deux options de dialogue, pour éviter d'avoir un débat uniquement sur l'initiative. Dans ce cas, nous serons de votre côté en ce qui concerne l'initiative.

Ritter Markus (M-E, SG): Die Mitte-Fraktion wird bei diesem Geschäft überall der Mehrheit folgen, d. h. den Rückweisungsantrag ablehnen, nicht auf den direkten Gegenvorschlag des Bundesrates eintreten und auch die Initiative zur Ablehnung empfehlen.

Die Schweiz hat das strengste Tierschutzgesetz der ganzen Welt. Wir sind das einzige Land auf dieser Erde mit einer Höchstbestandesverordnung. Das heisst, die Tierzahlen pro Betrieb sind beim Geflügel, bei den Schweinen sowie bei den Mastkälbern klar begrenzt und massiv tiefer als in den Ländern der EU. Diese Gesetzes- und Verordnungsbestimmungen konnten auf Basis der geltenden Verfassungsartikel erlassen werden. Neue Verfassungsartikel oder Gesetzesbestimmungen sind daher unnötig.

Die Massentierhaltungs-Initiative will die Anforderungen der Bio-Suisse-Richtlinien 2018 – einer privatrechtlichen Organisation, notabene – in Artikel 197 Ziffer 13 Absatz 2 der Bundesverfassung als Mindeststandard für die künftige Ausführungsgesetzgebung festschreiben. Ein solches Vorgehen wäre ein Novum für unsere Verfassung. Zudem müssten die importierten Lebensmittel gemäss dem neuen Artikel 80a Absatz 4 in der Bundesverfassung ebenfalls diesem Standard entsprechen. Dies hätte erhebliche Konsequenzen für unser Land und unsere Bevölkerung.

Im tierischen Bereich wären die Bio-Suisse-Richtlinien 2018 für sämtliche Lebensmittel, die in der Schweiz in Verkehr gebracht werden, der Minimalstandard bezüglich Haltungsformen und Aufstallung; dies nicht nur für den privaten Einkauf, sondern auch für die Gastronomie und die Hotellerie. Die Produktion tierischer Lebensmittel würde sich um 20 bis 40 Prozent verteuern.

Die Umsetzung der Initiative würde weiter dazu führen, dass in der Schweiz 1600 neue Aufzucht- und Legehenställe und mehr als 20 000 neue mobile Pouletmastställe errichtet werden müssten, wenn die Produktion nicht zurückgefahren werden soll. Das steht in einem klaren Widerspruch zu den Forderungen, die aktuell in der Raumplanung gestellt werden. Hier bitte ich gerade die Grünen und die Sozialdemokraten, nochmals zu überdenken, ob sie das wirklich wollen. An vielen Orten wären die Geruchsimmissionen, die mit dem zwingenden Auslauf der Schweine verbunden wären, kaum im Interesse der Anwohner in der näheren Umgebung.

Das Tierwohlniveau ist in der Schweiz generell sehr hoch. Jede und jeder, der darüber hinaus Produkte nach Biostandard kaufen möchte, kann dies bereits heute tun, indem er oder sie an der Ladentheke bewusst Lebensmittel mit diesem Label bevorzugt. Aus Sicht der Mitte-Fraktion kann der Markt für Biolebensmittel weiter wachsen. Dies darf aber nicht über Verbote und Gebote, sondern muss über die Nachfrage der Konsumentinnen und Konsumenten nach diesen Lebensmitteln geschehen.

Die Mitte-Fraktion erachtet die im Initiativtext formulierten Einfuhrbestimmungen für Lebensmittelimporte als kaum umsetzbar. Die WTO-Regeln stehen in klarem Widerspruch zur geforderten Regulierung für die Importe. Könnten die Importbestimmungen nicht umgesetzt werden, würden die Tierhalter auf den hohen Mehrkosten für die Produktion sitzenbleiben. Dies würde ihre Wettbewerbsfähigkeit stark beeinträchtigen und dazu führen, dass wichtige Marktanteile verloren gehen würden.

Die Umsetzung der Massentierhaltungs-Initiative würde nicht nur die Landwirtschaft, sondern auch die Verarbeitung, den Handel, die Gastronomie und Hotellerie sowie die Konsumentinnen und Konsumenten stark betreffen. Die Lebensmittelpreise in der Schweiz würden massiv ansteigen und die Wahlfreiheit spürbar einschränken. Der Einkaufstourismus für Lebensmittel aus dem tierischen Bereich würde stark zunehmen. Tausende Arbeitsplätze und damit auch Wertschöpfung gingen in unserem Land verloren. Wollen das die sozialdemokratischen Kolleginnen und Kollegen? Es wird von der Mitte-Fraktion so in aller Klarheit abgelehnt.

Der Bundesrat unterbreitet einen direkten Gegenvorschlag zur Massentierhaltungs-Initiative. In der Botschaft ist ausgeführt, wie sich der Bundesrat eine Umsetzung dieser neuen Verfassungsbestimmung vorstellt. Der Gegenvorschlag geht im Bereich des Rindviehs gar über die Bestimmungen in der Massentierhaltungs-Initiative hinaus. BTS und RAUS würden als Mindeststandard gesetzt. Dies wäre für viele Betriebe, je nach Lage, kaum umsetzbar. Mit dem Obligatorium von BTS und RAUS könnten sehr viele Betriebe diese Mehrleistung mit ihren Produkten nicht mehr ausloben. Damit würde die Schweizer Tierhaltung als Ganzes geschwächt. Auf eine Importregelung verzichtet der Bundesrat in seinem Gegenvorschlag. Damit würden die Produzenten auf den Mehrkosten sitzenbleiben.

Gerade im Berggebiet gibt es heute in der Rindviehhaltung noch sehr viele Anbindeställe. An vielen Orten steht der

AB 2021 N 2577 / BO 2021 N 2577

deutlich höhere Landbedarf für einen Laufstall gar nicht zur Verfügung oder wäre nur mit unverhältnismässigen



Kosten und starken Eingriffen in die Landschaft zu realisieren.

Aus Sicht der Mitte-Fraktion ist es völlig unverständlich, dass mit dem Gegenvorschlag des Bundesrates die Ammoniakemissionen um 2,2 Prozent zunehmen sollen. Die Regulierungsfolgenabschätzung des Bundesrates zeigt diese Entwicklung auf Seite 38 der Botschaft im Kapitel "Auswirkungen auf die Umwelt" selber auf. Es ist noch kein Jahr her, seit wir hier im Parlament intensiv darüber diskutiert haben, wie wir die Ammoniakemissionen der Landwirtschaft senken könnten. Der Bundesrat selber hat mit dem ersten Verordnungspaket zur Umsetzung der parlamentarischen Initiative 19.475, "Das Risiko beim Einsatz von Pestiziden reduzieren", im Mai 2021 ein Ziel von 20 Prozent bei der Reduktion der Ammoniakemissionen vorgeschlagen. Mit den möglichen Massnahmen sieht der Bundesrat aber lediglich ein Reduktionspotenzial von knapp 7 Prozent vor. Mit seinem Gegenvorschlag stellt der Bundesrat jetzt gar eine Erhöhung der Ammoniakemissionen von 2,2 Prozent in Aussicht!

Die Mitte-Fraktion kann nachvollziehen, dass die Bäuerinnen und Bauern in diesem Land bei einer solchen Politik hier in Bern nicht mehr wissen, wo Norden ist. Im Umweltbereich schneidet der Gegenvorschlag des Bundesrates miserabel ab. Trotzdem haben die Delegationen der Grünen, der SP und der GLP in der Kommission für Eintreten gestimmt, und das entgegen der ablehnenden Empfehlung der Umweltallianz – ein Novum! Konsequente Politik sieht anders aus.

Die Minderheit Baumann möchte das ganze Geschäft an die Kommission zurückweisen, mit dem Auftrag, einen indirekten Gegenvorschlag zu beschliessen. Materiell haben wir, wie gesagt, bereits heute das strengste Tierschutzgesetz der ganzen Welt, und wir sind das einzige Land mit einer Höchstbestandesverordnung. Da besteht auch auf Gesetzesstufe kein Handlungsbedarf.

Formell könnte der Rückweisungsantrag nur umgesetzt werden, wenn mehrere Bestimmungen des Parlamentsgesetzes und des Bundesgesetzes über das Vernehmlassungsverfahren verletzt würden. Wenn letztendlich kein Gegenvorschlag durch das Parlament beschlossen würde, müsste der Ständerat aufgrund der vorgegebenen Fristen in der Frühjahrsession 2022 seine Abstimmungsempfehlung zur Initiative abgeben können und damit das Geschäft auch in die Schlussabstimmung bringen.

Würde das Geschäft nun durch den Nationalrat an die Kommission zurückgewiesen, mit dem Auftrag, einen indirekten Gegenvorschlag auszuarbeiten, müsste diesem Ansinnen in der ersten Phase auch die WAK-S zustimmen. Das wäre frühestens Anfang Februar möglich. Die WAK-N hätte frühestens am 20. Februar die Möglichkeit, über einen konkreten Vorschlag zu diskutieren. Heute liegt in diesem Bereich nichts vor.

Diese Vorlage müsste gemäss gesetzlicher Vorgabe einer mindestens dreimonatigen Vernehmlassung unterstellt werden. Nachfolgend hätte der Bundesrat sechs bis acht Wochen Zeit, um Stellung zu nehmen. Das ganze Verfahren, das durchlaufen wird, bis ein indirekter Gegenvorschlag ins Parlament gebracht werden kann, dauert erfahrungsgemäss sechs bis neun Monate. Dies ist bis zur Frühjahrsession 2022 so gar nicht möglich. Deshalb ist der Antrag auf Rückweisung mit dem Auftrag für einen indirekten Gegenvorschlag aus Sicht der Mitte-Fraktion nicht seriös und hier nur für die Galerie gedacht.

Auf jeden Fall wird den Medien und der Öffentlichkeit mit diesem Antrag Sand in die Augen gestreut, indem das als möglicher Kompromiss verkauft wird. Liebe Kolleginnen und Kollegen der Grünen und der SP, die Frist ist längst abgelaufen!

Gemäss Schreiben der Landwirtschaftsdirektorenkonferenz besteht auch aus Sicht der Kantone kein Handlungsbedarf im Bereich des Tierschutzes. Die Initiative und der Gegenvorschlag würden durch die wegfallende Produktdifferenzierung Wertschöpfung am Markt vernichten. Zudem widersprechen sie den aktuellen Anstrengungen in der Raumplanung und beim Klimaschutz.

Die Mitte-Fraktion wird bei diesem Geschäft immer der Mehrheit zustimmen. Das heisst, sie wird den Rückweisungsantrag ablehnen, nicht auf den direkten Gegenvorschlag des Bundesrates eintreten und die Initiative zur Ablehnung empfehlen.

Munz Martina (S, SH): Herr Kollege Ritter, Sie haben jetzt sehr ausführlich dargelegt, warum Sie alle Vorschläge, die auf dem Tisch liegen, ablehnen. Ist aus Ihrer Sicht alles in Ordnung mit der Tierhaltung? Warum bieten Sie nicht Hand, um etwas in der Tierhaltung zu ändern? Sie wissen ja auch, dass wir die Ammoniakemissionen leicht vermeiden könnten, wenn wir Weidehaltung anstatt Auslaufhaltung hätten. Warum bieten Sie hier nicht Hand?

Ritter Markus (M-E, SG): Danke für diese Frage. Wir haben bereits das strengste Tierschutzgesetz der Welt, ich habe es gesagt. Wir sind das einzige Land der Welt mit einer Höchstbestandesverordnung. Zur Weidehaltung: Wenn Sie dann Mastmunis auf die Weide lassen, möchte ich nicht mehr in der Nähe spazieren gehen. Das Gleiche gilt, wenn Sie dann irgendwo tausend Mastschweine auf die Weide lassen wollen.



Weidehaltung ist eine gute Sache, wenn die Tiere auch dafür geeignet sind. Sonst sind Ausläufe richtig. Es gibt aber auch Haltungsformen, bei welchen im Stall, gerade in der Pouletmast, sehr gute Lebensbedingungen für die Tiere vorhanden sind. Darauf dürfen wir stolz sein, auch Sie.

Walti Beat (RL, ZH): Das Tierwohl hat für die FDP-Liberale Fraktion einen hohen Stellenwert. Die Forderungen der Volksinitiative und jene des Gegenentwurfes, wonach das Wohlergehen und die Würde der Tiere zu respektieren seien, anerkennt die FDP denn auch grundsätzlich. Wir sind jedoch der Ansicht, dass die heute bestehenden Rechtsgrundlagen diesen Forderungen bereits ausreichend Rechnung tragen. Würde und Wohlergehen des Tieres sind schon im Zweckartikel des Tierschutzgesetzes postuliert, dies auf der Grundlage von Artikel 80 der Bundesverfassung. Darüber hinaus braucht es keine zusätzliche Verfassungsgrundlage und deshalb auch keine entsprechende Initiative.

Die Massentierhaltung, wie sie die Initiative definiert, ist ja auch heute bereits verboten, und die Schweiz hat bereits heute die weltweit strengste Regulierung der Nutztierhaltung. Das ist nicht nur Theorie, sondern funktioniert in der Praxis, und darüber darf oder soll man bei dieser Gelegenheit auch einmal sprechen; es wurde schon verschiedentlich ausgeführt. Ich erinnere daran, dass die Schweiz das einzige Land der Welt ist, das die Tierbestände pro Betrieb gesetzlich reguliert und in der Verordnung begrenzt. Weiter sind die Schweizer Strukturen in der Landwirtschaft, wie wir wissen, sehr klein. Zum Vergleich: In Deutschland werden zum Beispiel 75 Prozent der Rinder auf Betrieben mit mehr als 100 Tieren gehalten, in der Schweiz sind es gerade einmal 1 Prozent; dies, um nur ein Beispiel zu nennen.

Schliesslich hat die Schweiz auch das strengste Tierschutzgesetz der Welt. Dieses enthält Minimalanforderungen für den Platzbedarf. Es gibt eine Bewilligungspflicht für Stalleinrichtungen. Bereits ab zehn Grossvieheinheiten wird eine abgeschlossene Ausbildung der Tierhalter verlangt. Über diese gesetzlichen Vorgaben hinaus wird der grösste Teil der Tiere in freiwilligen Tierwohlprogrammen gehalten, deren Anforderungen noch einmal weit über die gesetzlichen Standards hinausgehen. 86 Prozent der Milchkühe profitieren vom RAUS-Programm und haben regelmässig Auslauf. 80 Prozent der Legehennen werden gemäss RAUS-Programm gehalten. Fast 70 Prozent der Schweine werden in besonders tierfreundlichen Ställen, sogenannten BTS-Ställen, gehalten. Das sind doch Zahlen, die sich sehen lassen können.

Der bundesrätliche Gegenvorschlag verzichtet zwar auf die von der Initiative geforderte gesetzliche Übernahme der Bio-Suisse-Richtlinien oder einen äquivalenten Standard, aber auch er sieht eine verfassungsrechtliche Verankerung der Tierhaltungsstandards auf Niveau der BTS- und RAUS-Programme vor, von denen ich eben gesprochen habe. Dies würde, volkswirtschaftlich betrachtet, Wertschöpfung vernichten, weil die heute praktizierte Preisdifferenzierung für qualitativ hochwertige Produkte verunmöglicht oder zumindest

AB 2021 N 2578 / BO 2021 N 2578

massiv eingeschränkt würde. Gleichzeitig würden solche allgemeinen Vorgaben von den Produzenten grosse bauliche Investitionen verlangen, die Wettbewerbsfähigkeit der hiesigen Landwirtschaft zusätzlich verschlechtern und damit ihre Abhängigkeit von Subventionen verstärken, was wir nicht für wünschenswert halten.

Aus liberaler Sicht ist es aber auch gesellschaftspolitisch falsch, so vorzugehen. Nicht nur die Produzenten, sondern auch die Konsumentinnen und Konsumenten müssen im Bereich des Tierwohls ihre Verantwortung wahrnehmen. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, hier auch mit entsprechender Aufklärungsarbeit, Überzeugung und guten Produkten Verbesserungen zu realisieren. Man könnte von Nachfrageentwicklung sprechen. Schliesslich will die FDP-Liberale Fraktion auch bezüglich Verletzung von Freihandelsregeln kein Risiko eingehen; das ist selbstverständlich.

Aufgrund all dieser Argumente und nicht aus Mangel an Tierliebe empfehle ich Ihnen namens der FDP-Liberalen Fraktion, bei beiden Entwürfen der Mehrheit zu folgen und die Minderheitsanträge abzulehnen.

Feller Olivier (RL, VD): Le principal objectif de l'initiative populaire dont nous sommes saisis aujourd'hui consiste à interdire l'élevage intensif en vue de protéger la dignité de l'animal dans le domaine de la garde d'animaux à des fins agricoles.

En clair, l'initiative ne s'intéresse pas à la dignité de tous les animaux mais uniquement à la dignité des animaux dans le secteur agricole. En quelque sorte, l'initiative crée deux catégories d'animaux, les animaux détenus dans des exploitations agricoles, dont la dignité doit être assurée, et tous les autres animaux, auxquels elle ne s'intéresse pas. Sous cet angle, l'initiative a un côté restrictif, voire discriminatoire.

L'initiative définit l'élevage intensif comme étant un élevage industriel visant à rendre la fabrication de produits d'origine animale la plus efficace possible et portant systématiquement atteinte au bien-être des animaux.

Cette définition est spéceieuse. S'il tombe sous le sens que l'atteinte systématique au bien-être des animaux



est condamnable, on ne voit pas en quoi une production efficace pourrait, en tant que telle, porter préjudice aux animaux. On peut causer des torts aux animaux tout en étant inefficace de même qu'on peut respecter la dignité des animaux tout en produisant de façon efficace.

Enfin, l'initiative exige que l'importation de produits d'origine animale à des fins alimentaires ne soit dorénavant possible que si les animaux ont été détenus et traités à l'étranger selon les exigences du droit suisse.

En clair, en cas d'importation, par exemple de saucisses de porc, il s'agira de s'assurer que les porcs à l'origine des saucisses importées aient été détenus et traités dans le respect de leur dignité selon les impératifs du droit suisse. De prime abord, cette exigence paraît très difficile à mettre en oeuvre sur le plan pratique. Et sur le plan institutionnel, une telle exigence violerait les engagements internationaux de la Suisse envers l'Organisation mondiale du commerce, qui reposent sur le principe de la non-discrimination.

Vous le constatez, une simple lecture du texte de l'initiative montre que celle-ci est mal conçue et même contradictoire sur plusieurs points. Mais, à la rigueur, on pourrait s'accommoder de ses nombreux défauts si jusqu'à présent la Suisse n'avait pris aucune mesure pour protéger la dignité et garantir le bien-être des animaux. Mais nous sommes très loin d'être dans ce cas de figure.

La Constitution, à son article 80, prévoit que la Confédération doit légiférer en matière de protection des animaux. La loi fédérale sur la protection des animaux vise à protéger la dignité et le bien-être de l'animal. C'est ce qui est écrit noir sur blanc à l'article 1 de cette loi. L'article 3 définit d'ailleurs précisément ce qu'il faut entendre par "dignité" et "bien-être" de l'animal, et ce sont bien tous les animaux qui sont visés, pas seulement les animaux détenus dans des exploitations agricoles.

L'article 4 de la loi sur la protection des animaux prescrit que toute personne qui s'occupe d'animaux doit veiller à leur bien-être, et l'article 6 ajoute que personne ne doit de façon injustifiée causer à des animaux des douleurs, des maux ou des dommages, les mettre dans un état d'anxiété ou porter atteinte à leur dignité d'une autre manière. Il vise également à garantir aux animaux une certaine activité et la liberté de mouvement nécessaire à leur bien-être.

Le groupe libéral-radical adhère à l'ensemble de ces objectifs, parce que la protection, le bien-être et la dignité des animaux sont des valeurs partagées par le groupe libéral-radical, et c'est pourquoi les objectifs ancrés dans la loi sont louables. Or il se trouve que la Suisse dispose déjà de tous les instruments constitutionnels et légaux nécessaires pour assurer la dignité et le bien-être des animaux. Il faut veiller à l'application rigoureuse des normes en vigueur, c'est ça la priorité. En revanche, il n'est ni nécessaire ni utile d'ajouter des règles supplémentaires, que ce soit au travers de l'initiative, du contre-projet direct ou d'un contre-projet indirect.

La législation suisse sur la protection des animaux est l'une des plus strictes en comparaison internationale, et elle est appliquée de façon effective sur le terrain, puisque des contrôles réguliers sont réalisés dans les exploitations agricoles pour vérifier le respect des normes et, en cas de manquements, des sanctions sont infligées aux fautifs.

En réalité, en Suisse, l'élevage de masse n'existe tout simplement pas. Il suffit d'aller se promener dans nos villages pour constater que l'agriculture et l'élevage sont pratiqués dans des exploitations familiales, que la taille des troupeaux est limitée, que les familles paysannes sont attachées à leurs animaux de rente et qu'elles s'en occupent bien.

C'est pour tous ces motifs que le groupe libéral-radical vous invite à recommander le rejet de l'initiative, à ne pas entrer en matière sur le contre-projet direct ainsi qu'à rejeter la proposition de renvoi à la commission en vue de l'élaboration d'un contre-projet indirect.

Dettling Marcel (V, SZ): In der Schweiz haben wir das weltweit strengste Tierschutzgesetz. Unsere Tiere haben praktisch überall Familienanschluss. Die Bauern in unserem Land stellen qualitativ hervorragende Produkte her, für Sie, für die Bevölkerung. Nun haben wir in den vergangenen Jahren politische Zeichen aus dem Parlament erhalten, nämlich dass die Bauern konkurrenzfähiger und grösser werden müssen. Heute kommt eine Initiative, die sagt: Ihr seid zu gross, ihr haltet zu viele Tiere. Einmal mehr sollen die Bauern schuld sein an dem, was die Politik in den letzten Jahren verfolgt hat.

Die Initiative will den Tierbestand in der Schweiz reduzieren. Gemäss Botschaft des Bundesrates heisst das beim Rindvieh minus 45 000 Grossvieheinheiten (GVE). Für die meisten hier im Saal heisst das nicht viel. Aber wenn man das genauer betrachtet, entspricht das beim Rindvieh 112 000 Tieren, die ein oder zwei Jahre alt sind. 112 000 Stück Jungvieh fehlen nachher auf unseren Alpweiden. Nachher haben wir Alpen, die vergangen. Darunter leidet der Tourismus, weil das Vieh fehlt, das die Weidepflege leistet. Auch das Geflügel trifft es hart. Beim Geflügel ist in der Botschaft des Bundesrates eine Reduktion um 20 000 GVE ausgewiesen. Was heisst denn das? Das heisst, dass wir nachher zusätzlich 5 Millionen Hühner aus Ländern mit Grossbetrieben importieren.



In der Schweiz besteht die landwirtschaftliche Nutzfläche zu 60 Prozent aus Grünland. Wir haben Grünland, also Gras, das wächst. Dann haben wir Rinder, die weiden. Die Kühe geben nachher Milch, und das Endprodukt Fleisch haben wir für die menschliche Ernährung. Das ist ein wunderbar geschlossener Kreislauf mit einheimischen Lebensmitteln. Wir Bauern wollen hier produzieren, wir wollen regional produzieren. Das ist übrigens auch ein Wunsch der Bevölkerung. Sie will regionale Produkte kaufen. Die Initiative setzt aber auf Importe.

Haben wir ein Problem mit den Beständen in der Schweiz? Es gibt praktisch kein Land auf der Welt, das so tiefe Obergrenzen hat wie wir. Bei den Kälbern sind es maximal 300 Stück, bei den Schweinen maximal 1500 Stück, bei den Legehennen maximal 18 000 Stück. Das erscheint als viel. Aber wenn wir über die Grenze schauen, so sehen wir: Es gibt z. B. in Deutschland Betriebe mit 600 000 Legehennen. Stellen Sie sich das einmal vor: 600 000! Wir sagen dann: In der Schweiz wollen wir den Bestand auf 2000 pro Betrieb reduzieren. Wir wollen weniger im Land produzieren und setzen

AB 2021 N 2579 / BO 2021 N 2579

dann auf Importe. Bei den Kühen wird in der Schweiz weniger als 1 Prozent in Betrieben mit Herden von mehr als 100 Stück gehalten. In Deutschland leben 75 Prozent in Herden, die grösser sind als 100 Stück.

Vielleicht noch etwas zur Raumplanung: Die Initiative will, dass nachher nur noch Ställe mit 2000 Tieren bei den Legehennen und Ställe mit 4000 Tieren bei den Aufzuchtgehühnern möglich sind. Das würde bedingen, dass wir 1600 neue Gebäude für Legehennen und 20 000 neue Gebäude für die Pouletmast planen und bauen müssten. Das entspricht also nicht der Absicht des Raumplanungsgesetzes, mit welchem das Parlament ja weniger Gebäude ausserhalb der Bauzone haben will. Mit der Initiative müssen wir dann aber 22 000 neue Gebäude ausserhalb der Bauzone errichten, damit wir überhaupt wieder das Niveau von heute erreichen.

Vielleicht noch etwas zum direkten Gegenentwurf: Dieser sieht vor, dass das RAUS-Programm obligatorisch wird, und das macht vor allem den Bauern in den Berg- und Hügelregionen zu schaffen. Beim Rindvieh machen heute 87 Prozent der Bauern beim RAUS-Programm mit. Total sind dafür 300 Millionen Franken reserviert. Wenn das Programm obligatorisch wird, dann fällt dieses Geld weg. Sie bestrafen damit die Bergbauern stark, weil der Bund die Beiträge nicht mehr bezahlt, wenn etwas obligatorisch wird; das haben wir bereits beim Schleppschlauch-Obligatorium erlebt.

Zum Emissionsproblem – es wurde heute auch erwähnt -: In der Frühjahrssession wurde hier drin gekämpft, es hiess, wir hätten zu viele Emissionen, das Ammoniakproblem müsse man lösen. Der Bundesrat schlug eine Reduktion von 20 Prozent vor. Der gleiche Bundesrat kommt heute und sagt, dass wir mit dem Gegenentwurf 2,2 Prozent zusätzliche Ammoniakemissionen produzieren. Der Bundesrat sagt das eine und macht das andere. Er hat keine Lösung, es entstehen im Gegenteil mehr Emissionen. Was will man hier eigentlich?

Wir haben es vorhin von Frau Munz gehört, mit den Stichworten "RAUS" und "Weide": Eigentlich möchte man sogar, dass die Tiere raus auf die Weide gehen. Dann haben wir hier drin ein parlamentarisches Problem. Denn die Mehrheit möchte auch den Wolf in diesem Land, und der Wolf treibt die Tiere wieder zurück in die Ställe. Auf der einen Seite möchte man die Tiere draussen auf der Weide haben, auf der anderen Seite treiben die Grossraubtiere unsere Tiere wieder zurück in die Ställe; das geht nicht auf.

Wir möchten hervorragende regionale Produkte in der Schweiz produzieren. Deshalb lehnen wir von der SVP-Fraktion die Initiative ab, wir lehnen den Gegenvorschlag ab, und wir machen auch bei den Spielchen beim indirekten Gegenvorschlag nicht mit. Und jetzt freue ich mich auf Fragen.

Suter Gabriela (S, AG): Herr Kollege, Sie haben vorhin vom Familienanschluss geschwärmt, den die Tiere auf den Schweizer Bauernhöfen hätten. Wenn man in der Geflügelmast schaut, dann sieht man: Es lebt ja fast die Hälfte aller Hühner auf 237 Betrieben. Wenn man das herunterrechnet, hält jeder einzelne Betrieb mehr als 12 000 Tiere. Wie kann dieser Familienanschluss denn da genau funktionieren?

Dettling Marcel (V, SZ): Ja, geschätzte Frau Kollegin, ich habe das erwähnt, und ich habe im Votum extra gesagt, es hätten fast alle Betriebe Familienanschluss. Bei den Hühnern habe ich sehr genau ausgeführt, wie die Bedingungen sind. In der Schweiz gibt es bei den Legehennen maximal 18 000er-Ställe, und wenn Sie nach Deutschland gehen, sehen Sie 600 000er-Ställe.

Was wollen die Konsumenten? Wollen sie Importe aus dem Ausland, aus Ställen von Betrieben mit 600 000 Stück? Oder wollen sie in der Schweiz produzierte, regionale Nahrungsmittel aus Ställen mit maximal 18 000 Stück? Was wollen Sie hier dem Konsumenten sagen? Sind Sie für 18 000er-Ställe in der Schweiz, klein, regional, oder sind Sie für Importe aus Ställen mit 600 000 Tieren? Das ist die grosse Frage, die sich hier stellt. Das ganze Problem der Emissionen mit den Importen usw. ist dann ein anderes Thema, das auch noch zu



betrachten wäre.

Page Pierre-André (V, FR): "Non à l'élevage intensif en Suisse." Les auteurs de cette initiative sont à côté de leurs souliers. Ils tirent à côté de la cible. Ils enfoncent des portes ouvertes. Les expressions populaires ne manquent pas pour qualifier la démarche. Mais il y a plus, cette initiative est perverse et dangereuse. Perverse car, sous des airs bon enfant, sous des prétextes de morale verte, grâce à des arguments fallacieux, elle atteindrait le contraire de ce qu'elle entend réaliser, voire pire. Dangereuse également, car elle mettrait en péril notre agriculture, notre autoapprovisionnement. Elle menacerait tout simplement la survie de nombreuses exploitations agricoles et donc des familles paysannes qui en vivent. Vous l'aurez bien et rapidement compris, je suis, avec mon parti, l'UDC, fermement opposé à cette initiative. Cette initiative est inutile.

Je vous propose également, pour les mêmes raisons, de rejeter la proposition de renvoi de la minorité Bau-mann, et de ne pas entrer en matière sur le contre-projet direct.

Notre pays n'est peut-être pas parfait, mais dans le domaine de la protection des animaux, sa législation et ses contraintes sont les plus sévères au monde. Nos règles concernant les effectifs maximaux des animaux empêchent tout élevage à caractère industriel. Un exemple: en Allemagne, on trouve des exploitations comptant quelque 600 000 poules. Chez nous, le maximum est fixé à 18 000 poules pondeuses.

Cette initiative est aussi contradictoire. En limitant le nombre d'animaux par exploitation à 4000 poules pondeuses, par exemple, il en résulterait une démultiplication des installations nécessitant des milliers de poulaillers supplémentaires. Où les installeriez-vous, alors que notre politique d'aménagement du territoire a déjà atteint ses limites?

Mais il y a pire: cette démultiplication des installations engendrerait tout naturellement une augmentation des émissions de gaz à effet de serre provenant de la garde des animaux. Ne voulons-nous pas diminuer ces émissions?

Cette initiative est en outre discriminatoire: elle vise d'abord les producteurs suisses, mais elle épargne les importations. Les exigences imposées aux infrastructures suisses engendreraient une augmentation des prix des produits en Suisse et favoriseraient alors le tourisme d'achat à l'étranger. Certes, les auteurs de l'initiative demandent que les exigences pour les produits importés soient quasi équivalentes à celles pour les produits suisses. Mais là encore, les initiants font fausse route, car pareille attitude mettrait notre pays en porte-à-faux avec nos accords commerciaux internationaux et nos engagements dans le cadre de l'OMC.

Cette initiative est, de plus, anticonsommateurs: en prescrivant des directives bio, on priverait quasiment le consommateur de la liberté de choix; le prix des produits d'origine animale prendrait dans notre pays l'ascenseur, puisque les labels ne serviraient à rien et que l'on enlèverait une marge aux producteurs, au détriment bien sûr du portemonnaie du consommateur.

Mais j'aimerais conclure avec une préoccupation plus personnelle. A force d'enfermer le paysan dans un cadre étroit de contraintes toujours plus rigoureuses, à force de l'obliger à produire à des prix qui ne couvrent plus ses frais, à force de le noyer dans une idéologie verte illogique et antinature, nous courons tout simplement le risque de décourager nos jeunes agriculteurs comme leurs aînés, et de voir disparaître petit à petit cette catégorie professionnelle indispensable à notre pays, indispensable à un minimum d'autoapprovisionnement: cette catégorie indispensable à nous toutes et tous.

Au nom du groupe UDC, je soutiens donc la Commission de l'économie et des redevances de notre conseil, et je vous propose, avec elle, de recommander au peuple et aux cantons le rejet de l'initiative et de ne pas entrer en matière sur le contre-projet direct.

Grossen Jürg (GL, BE): Die Grünliberalen stehen für eine ökologisch nachhaltige, unternehmerische und multifunktionale Landwirtschaft ein, die gesunde Nahrungsmittel produziert und wichtige gemeinwirtschaftliche Leistungen zugunsten der Gesellschaft erbringt. Dafür braucht es ein Umdenken in der Landwirtschaftspolitik. Das Ziel muss sein, dass die Schweizer Landwirtschaft Nahrungsmittel von

AB 2021 N 2580 / BO 2021 N 2580

hoher Qualität produziert und sich dabei in Zukunft stärker an pflanzlicher als an tierischer Produktion orientiert. Das ist sowohl aus Sicht der Gesundheit wie auch aus Sicht des Klimaschutzes wichtig.

Bei allen Bestrebungen in diese Richtung bleibt jedoch gerade im Berggebiet die tierische Lebensmittelproduktion ein nicht unbedeutender Sektor für unsere Ernährung. Die Grünliberalen stehen deshalb weiterhin für eine angemessene Unterstützung der Berglandwirtschaft zur Verfügung. Dem Tierwohl soll weiterhin und noch verstärkt ein hoher Stellenwert eingeräumt werden. Darüber hinaus sollen in der Landwirtschaft insgesamt nur minimale Mengen an Düngemittel, Chemikalien und anderen Hilfsstoffen eingesetzt werden, um eine





nachhaltige Produktion sicherzustellen.

Die vorliegende Initiative geht in die richtige Richtung und konzentriert sich auf das Tierwohl. Sie hat zum Ziel, dass der Bund die Würde der Tiere in der landwirtschaftlichen Tierhaltung in die Verfassung aufnimmt und eine Massentierhaltung verbietet. Der Bund soll Kriterien für eine tierfreundliche Unterbringung und Pflege, für den Zugang ins Freie und für die Schlachtung sowie eine maximale Gruppengrösse pro Stall festlegen. Zudem soll der Bund die Einfuhr von Tieren und tierischen Produkten zu Ernährungszwecken mit Vorschriften behaften. Es sollen Übergangsfristen von bis zu 25 Jahren möglich sein.

Es muss doch möglich sein, dass wir diese berechtigten Anliegen in einer geeigneten Form aufnehmen, entweder in einem direkten oder in einem indirekten Gegenvorschlag! Die grünliberale Fraktion unterstützt deshalb den Minderheitsantrag, welcher eine Rückweisung an die Kommission verlangt. Dann soll über eine parlamentarische Initiative ein indirekter Gegenvorschlag mit klaren Eckwerten für eine standortangepasste, marktkonforme, ökologische und dem Tierwohl dienende Lebensmittelproduktion ausgearbeitet werden. Sollte die Rückweisung scheitern, unterstützen wir den direkten Gegenvorschlag des Bundesrates und die Ergänzung der Minderheit Grossen Jürg bei Artikel 80.

Alles schön und gut? Nein. Was wir hier beraten, ist leider nur für die Galerie. Die Landwirtschaftslobby hat nach der AP 2022 plus und der Trinkwasser- sowie der Pestizid-Initiative wieder einmal die Reihen geschlossen und ihre Abwehrmaschinerie hochgefahren. Diese sture Lobby bekämpft nicht nur die Initiative, sondern auch alle direkten und indirekten Gegenvorschläge mit immer denselben Argumenten. Argumentiert wird mit höheren Preisen, Widersprüchen bei der Raumplanung, Problemen bei der Nährstoffbilanz sowie mit einer Schwächung des Wirtschaftsstandortes Schweiz. Diese Verweigerungshaltung hat System. Sie zementiert eine Landwirtschaft, wie sie schon immer war. Die Veränderungsbereitschaft tendiert gegen null. Das ist frustrierend und wird nicht mehr lange so weitergehen; davon bin ich fest überzeugt. Die Ernährungsgewohnheiten ändern sich, sie ändern sich rasch; denn Nahrungsmittel auf pflanzlicher Basis setzen sich immer schneller durch. Wer nicht mit dem Trend geht, wird abgehängt.

Die Grünliberalen werden, wenn alle Gegenvorschläge und Bemühungen um Verbesserungen scheitern, am Schluss die Initiative unterstützen. Es droht damit erneut ein gehässiger Abstimmungskampf mit unschönen Bildern und übertriebenen Behauptungen hüben wie drüben. Die Initiantinnen und Initianten wollten insbesondere die industrielle Tierproduktion mit extrem vielen Tieren auf engstem Raum ins Visier nehmen, bei welcher viele Antibiotika und grosse Mengen Futtermittel eingesetzt werden. Das war eigentlich die Zielsetzung. Betroffenen fühlen sich aber alle Tierhalterinnen und Tierhalter.

Es zeichnet sich daher ab, dass auch Landwirte, welche kaum oder gar nicht von der Initiative betroffen sind, sich gegen die Initiative ins Zeug legen werden, so auch in meiner Region, im Berner Oberland. Bei uns behaupten die Landwirte schon jetzt, die RAUS-Programme seien ja schon gut, aber nicht für alle machbar, weil doch viele Kleinbauern nebenbei noch auf dem Skilift arbeiten müssten und keine Zeit hätten, den Tieren regelmässig den nötigen Auslauf zu gewähren. Dieses Argument reicht dann für sie auch schon aus, um die Initiative zu bekämpfen. Dass die Berglandwirtschaft aber schon heute weitgehend schonend und tierfreundlich produziert und dass ihre Lebensmittel mit anderen Produkten aus weniger schonender und tierfreundlicher Haltung konkurrenzieren müssen, geht dabei komplett vergessen.

Bei unseren Bauern hat jede Kuh einen Namen; sie ist viel draussen und sauber gepflegt. Die Tiere werden artgerecht und mit viel Liebe gehalten. Statt aber auf den eigenen Stärken aufzubauen, solidarisieren sich ausgerechnet die Berglandwirte mit den industriellen Fleischproduktionsbetrieben aus dem Mittelland mit ihren Hunderten von Mastschweinen und Tausenden von Masthühnern. Dafür fehlt mir jedes Verständnis. Ärgerlich ist zudem, wie markant die mitunter durch Steuergelder finanzierte, verherrlichende Schweizer-Fleisch-Werbung in den letzten Monaten im Hinblick auf die Initiative verstärkt wurde. Damit vervollständigt sich das Bild der Fleischlobby.

Ich bitte Sie, alle Minderheitsanträge zu unterstützen. Sollten diese scheitern, bitte ich Sie um Unterstützung der Initiative.

Ritter Markus (M-E, SG): Lieber Kollege Grossen, früher engagierten sich die Grünliberalen gegen den Klimawandel. Heute unterstützt die grünliberale Fraktion den direkten Gegenvorschlag des Bundesrates, mit dem die klimaschädlichen Gase zunehmen würden. Sind die Grünliberalen heute nicht mehr gegen den Klimawandel aktiv? Haben Sie sich davon verabschiedet?

Grossen Jürg (GL, BE): Wissen Sie, Herr Ritter, das ist genau die Polemik, die ich vorhin angesprochen habe. Sie wissen, dass wir in allererster Linie den indirekten Gegenentwurf unterstützen. Das wäre das Ziel, denn mit ihm könnten wir eben eine Lösung finden, die auch dem Klimaschutz noch mehr dient. Aber wenn das jetzt



nicht möglich ist, und ich habe die Verweigerungshaltung der Landwirtschaftslobby beschrieben, dann ist der direkte Gegenentwurf des Bundesrates immer noch besser, als nichts zu tun.

Aebi Andreas (V, BE): Herr Grossen, Sie sprechen von hässlichen Abstimmungen. Hüben und drüben wird gekämpft. Was erwartet uns da alles? Ich bin Landwirt und Landwirtschaftsvertreter, mein Sohn ist Landwirt. Wir haben unsere Interessen. Warum massen Sie sich an, immer das Wort "Landwirtschaftslobby" zu verwenden? Das kann ich nicht ausstehen! Warum nehmen Sie sich das Recht, das immer so zu sagen? Ich finde das sehr despektierlich.

Grossen Jürg (GL, BE): Man kann Vergleiche mit anderen Bereichen ziehen: Wenn sich verschiedene Vertreter einer Branche zusammenschließen und plötzlich mit einer Stimme sprechen, obwohl eigentlich unterschiedliche Stakeholder damit gemeint sind, dann wird meistens von einer Lobby gesprochen. Das ist auch hier so. Ich muss dieses Wort nicht unbedingt verwenden, wenn es Ihnen wahnsinnig Schwierigkeiten bereitet. Ich stehe nicht auf Kriegsfuss mit den Landwirten, auf keinen Fall! Aber ich möchte einfach sagen, dass sich die Branche sehr stark zusammengeschlossen hat. Ich habe es erklärt: Selbst die Bergbauern haben sich plötzlich mit der industriellen Fleischproduktion solidarisiert. Das ist dann schon ein bisschen eine lobbyhafte Geschichte.

Huber Alois (V, AG): Geschätzter Kollege, Sie haben gesagt, die Schweizer Landwirtschaft solle am Markt produzieren, neue Trends mitmachen. Ich bin seit bald 25 Jahren Biobauer. Das ist ja auch von Ihrer Partei sehr gefragt. Können Sie mir genau erklären, weshalb ich jeden Monat pro Kilogramm Milch 5 Rappen Deklassierungsbeitrag bezahlen muss, wenn wir doch angeblich so gemäss Trend produzieren? Es ist nicht gefragt am Markt. Da hätte ich gerne eine Antwort.

Grossen Jürg (GL, BE): Das kann ich Ihnen im Detail nicht beantworten. Es ist mir nicht ganz klar, weshalb Sie etwas produzieren, das der Markt nicht nachfragt. Ich stelle einen Trend fest, und der geht weg von der tierischen Produktion, hin zur pflanzlichen Produktion. Die Nachfrage steigt enorm, und das wird so weitergehen.

AB 2021 N 2581 / BO 2021 N 2581

von Siebenthal Erich (V, BE): Kollege Grossen, Sie haben jetzt mehrmals die Bergbauern angesprochen. Aus Ihrer Sicht haben diese nicht die richtige Haltung. Ist Ihnen bewusst, dass wir im Berggebiet sehr viele Biobauern haben, dass wir sehr viele Biobauern haben, die für die regionale Wertschöpfung Produkte erzeugen? Müssten Sie, wenn Sie Ihre Umgebung so taxieren, nicht Ihren Wohnsitz wechseln?

Grossen Jürg (GL, BE): Sehr geehrter Herr Kollege von Siebenthal, nein, im Gegenteil, ich fühle mich sehr, sehr wohl im Berner Oberland. Wir wissen ja beide, wie es aussieht.

Ich verstehe nicht, dass sich gerade diejenigen Landwirte, die Sie jetzt erwähnt haben, dermassen mit den industriellen Fleischproduzenten solidarisieren, denn sie machen ja genau die Produkte, die wir wollen und die wir auch immer unterstützt haben. Wir haben schon bei der AP 2014–2017 das Anliegen unterstützt, dass der Berglandwirtschaft mehr Mittel zufließen, damit es eben möglich wird, dort eine schonende Produktion zu machen. Da haben wir keine Differenz. Ich verstehe nur nicht, weshalb sich die Bergbauern jetzt bei dieser Initiative mit den Gegnern solidarisieren.

Egger Mike (V, SG): Herr Grossen, Sie haben sich jetzt mehrmals gegen die Nutztierhaltung ausgesprochen. In der Schweiz haben wir rund eine Million Hektar Landwirtschaftsland. Davon sind 400 000 Hektar Ackerland; 600 000 Hektar sind Weideland, auf dem wir die Nutztierproduktion brauchen. Wie sollen wir es denn anders nutzen? Sollen wir es verbuschen lassen? Was wäre denn Ihr Vorschlag? Da kann man ja keinen Ackerbau betreiben.

Grossen Jürg (GL, BE): Besten Dank, Herr Egger, für diese Frage. Ich habe es in meinem Votum ganz klar gesagt: Es bleibt dabei, dass wir auch eine Tierproduktion haben. Das ist im Grasland, eben im Berggebiet, auch das einzig Richtige. Ich spreche mich überhaupt nicht dagegen aus. Ich habe aber, ich sage es nochmals, absolut kein Verständnis dafür, dass man sich mit den Mastbetrieben im Mittelland solidarisiert.

Strupler Manuel (V, TG): Herr Grossen, Sie haben gesagt, Sie würden nicht verstehen, weshalb die Bergbauern zusammen mit den Talbauern diese Initiative bekämpfen. Sie sagen, in den Bergen sei alles idyllisch und gut. Ich teile mit Ihnen diese Ansicht, ich finde das auch. Die Landwirtschaft hat einen grossen Anteil daran, aber auch die Tallandwirtschaft. Die vielen Rinder, die immer zur Sömmerung auf die Alpen kommen, stammen





aus dem Tal. Es ist deshalb verständlich, dass es eben beides braucht, nicht nur die Berglandwirtschaft. Sie versuchen unnötig, die Landwirtschaft zu spalten. Sind Sie sich nicht bewusst, dass es nur zusammen funktioniert und die schöne Landschaft nur gepflegt werden kann, wenn auch die Tiere der Talbauern einbezogen werden?

Grossen Jürg (GL, BE): Ich bin mir dessen absolut bewusst. Mit "Berglandwirtschaft" meine ich natürlich auch diejenige, die eben auch vom Talgebiet mit beeinflusst wird. Bei uns im Kandertal gibt es z. B. den Talboden, und die dortigen Betriebe gehen im Sommer mit ihren Tieren auf die Alp. Das gehört absolut zusammen. Die Landwirte haben einen riesigen Wert in unserem Berggebiet erschaffen – da stehe ich absolut dazu. Wir sind auch bereit, das in Zukunft weiterhin zu unterstützen; das ist uns enorm wichtig. Aber das ist nicht dasselbe wie die Massenproduktion. Ich habe mich ja nicht generell gegen die Nutztierhaltung ausgesprochen, sondern einfach dagegen, dass man sie mit der industriellen Tierproduktion vermischt.

Bellaiche Judith (GL, ZH): J'ai du mal à expliquer à mes enfants pourquoi nous débattons du respect des animaux dans un parlement. La dignité des animaux n'est-elle pas une chose des plus normales, un impératif tacite? Nous élevons des animaux dans le seul but de satisfaire nos désirs alimentaires, qui vont bien au-delà des besoins nutritifs de l'homme. Nous avons donc la responsabilité, l'obligation morale de les élever avec respect, avec dignité et, surtout, dans un habitat aussi naturel que possible. "Naturel" veut dire extensif, donc avec suffisamment de sorties en plein air, avec suffisamment d'espace vital, sans médication préventive et sans transports cruels.

Le lobby des agriculteurs, poussé par l'industrie de la viande, ne pense rien de tout cela. Il trouve que tout va très bien en Suisse, que les lois sont déjà assez strictes comme cela, et que le bétail suisse vit une existence de bien-être et de sérénité. La preuve: dans leur propre publicité que nous subventionnons d'ailleurs généreusement avec nos impôts, nos agriculteurs connaissent le nom de chacune de leurs poules, de leurs vaches et de leurs moutons par coeur. C'est attendrissant! Cependant, ils ne sont pas prêts à faire un seul pas dans la direction des initiants, même pas sous la forme du soutien à un contre-projet direct ou indirect. Il n'y a que la viande qui compte, tout le reste n'est que garniture.

Les Vert'libéraux sont déçus de cette indifférence perpétuelle. Nous saluons le contre-projet du Conseil fédéral et nous soutenons l'intention d'ancrer le bien-être des animaux au bon endroit, c'est-à-dire dans la Constitution. Et ceci ne doit pas seulement valoir pour le bétail, mais aussi pour tous les animaux.

Si l'on procède à une vue d'ensemble, il y a un lien étroit entre un élevage naturel et l'empreinte écologique de notre alimentation. Nous ne voulons certainement pas interdire la consommation de viande, et encore moins les produits d'origine animale, mais demandons à ce que la production de viande suive une logique écologique. Ceci n'est tout simplement pas le cas avec l'élevage intensif, qui suit lui une logique de quantité au-dessus de la qualité. Nous n'avons pas jusqu'à ce jour entendu d'arguments convaincants contre le contre-projet direct. L'argumentation du lobby de la viande tourne principalement autour de craintes d'une hausse des prix. Mais nous n'avons pas pour but politique de produire autant de viande que possible à des prix les plus bas possibles. Le contre-projet direct satisfait lui à l'objectif principal de l'initiative, tout en évitant son plus gros inconvénient, qui est l'incompatibilité avec nos dispositions d'importations et les contrôles excessifs qu'elle engendrerait. A ce sujet, nous voyons la solution dans des standards de transparence qui ont fait leur preuve dans le passé. Le consommateur et la consommatrice suisses sont très sensibles aux informations liées au bien-être de l'animal, comme l'a démontré le système de déclaration pour la volaille.

Par contre, nous critiquons le fait que le Conseil fédéral renonce dans son contre-projet direct à limiter la taille des troupeaux, car selon lui elle n'améliorerait pas directement le bien-être animal. Cela nous semble aberrant, l'espace de vie étant pour tout être vivant un critère principal de bien-être. Il n'y a qu'à voir la concentration d'animaux dans les élevages de volailles ou de vaches, ou plutôt les veaux auxquels on coupe les cornes afin de pouvoir les entasser dans des étables. Nous soutiendrons donc la minorité Grossen Jürg, qui vise à corriger cette aberration.

En définitive, les Vert'libéraux soutiendrons un contre-projet direct ou indirect afin d'offrir aux initiants ainsi qu'au consommateur, une issue appropriée et efficace à cette initiative.

Rechsteiner Thomas (M-E, AI): Appenzell Innerrhoden, mein Heimatkanton und Lebensmittelpunkt, ist von der Massentierhaltungs-Initiative sehr stark betroffen. Milchwirtschaft, Viehzucht, naturnahe Produktion von landwirtschaftlichen Erzeugnissen nehmen in meinem Kanton einen sehr hohen Stellenwert ein. Aufgrund der Topografie spielt der Pflanzenbau nur eine kleine Rolle, und Appenzell Innerrhoden ist auch nicht gerade als Weinkanton bekannt.

Rund 14 Prozent der Beschäftigten arbeiten in der Landwirtschaft, das ist Schweizer Rekord! Das Letzte, was



wir im Appenzell brauchen, sind neue, unnötige Regulierungen. Deshalb appelliere ich als Mitte-Politiker und als Appenzeller an Sie, an die gesamte Bevölkerung: Lehnen Sie sowohl die Massentierhaltungs-Initiative als auch den direkten Gegenentwurf des Bundesrates ab, und zwar deutlich!

AB 2021 N 2582 / BO 2021 N 2582

Diese Initiative ist gut gemeint, aber absolut unnötig. Sie ist unnötig, weil die Schweiz auf der Basis der geltenden Verfassungsbestimmungen das strengste Tierschutzgesetz der Welt hat und als einziges Land eine Höchstbestandesverordnung kennt. Jawohl, wir schreiben heute den Landwirten vor, welche Höchstbestände sie haben dürfen, und fordern gleichzeitig mehr Wettbewerbsdenken – das geht nicht auf. Unsere Landwirte tragen heute schon Sorge zu ihren Produktionsgrundlagen. Den Schweizer Bauernfamilien liegen ihre Nutztiere sehr am Herzen. Sie kümmern sich an 7 Tagen in der Woche und an 365 Tagen im Jahr gut um sie. Zudem gibt es sehr wirksame Anreizsysteme für besonders tierfreundliche Ställe und regelmässigen Auslauf im Freien, zahlreiche weitergehende Label-Angebote und ein funktionierendes Kontrollsystem. Was will man denn noch mehr?

Es ist eine Untugend gewisser Kreise geworden, mit Übereifer regulieren zu wollen, alles bis ins letzte Detail, mit helvetischem Perfektionismus. Mit solchen Überregulierungen, die weiter gehen als im Ausland – man spricht von einem Swiss Finish –, schneiden wir uns wortwörtlich ins eigene Fleisch. Wir verteuern unseren Produktionsstandort zusätzlich, verlangen von unseren Bauernfamilien mehr Unternehmertum und wollen alle günstigere Lebensmittel.

Die Auswirkungen der Massentierhaltungs-Initiative betreffen nicht nur die Landwirte und Landwirtinnen, sondern auch die Einwohner und den Tourismus. Unser Landschaftsbild im Appenzell, das im Einklang mit der Landwirtschaft von der Stiftung Landschaftsschutz Schweiz im Jahr 2015 preisgekrönt wurde, könnte sich nicht mehr so weiterentwickeln. Die Limitierung der Bestandesgrössen auf beispielsweise 2000 Legehennen, was gegenüber dem geltenden Höchstbestand neunmal weniger Tiere bedeutete, hätte zur Folge, dass viel mehr Ställe gebaut werden müssten. Dies zöge einen bedeutend grösseren Landverbrauch nach sich, denn jeder Stall braucht eigene Vorplätze und Zufahrten. Zudem wird es aus raumplanerischer Sicht immer schwieriger, neue Stallbauten zu errichten. Abgesehen davon wäre der Rückbau von zu grossen Ställen notwendig, was die Frage nach der Entschädigung nach sich zieht.

Wo würden denn die vielen zusätzlichen Ställe gebaut, die bei einer Annahme der Initiative notwendig würden? Genau in unserer schützenswerten Landschaft. Das ist der falsche Weg und konkurrenziert die Interessen eines naturnahen und gesunden Tourismus, der – selbst bei uns in Appenzell Innerrhoden – gut mit der Landwirtschaft harmoniert.

Der direkte Gegenentwurf ist nicht nur unnötig, er ist auch unbrauchbar. Mit dem Ansinnen, den Schutz des Wohlergehens als allgemeinen Grundsatz für alle Tiere in die Verfassung aufzunehmen, sprengt er den Rahmen vollends. Er geht über die Initiative hinaus, die sich ausschliesslich auf Tiere in der landwirtschaftlichen Tierhaltung bezieht.

Wer die Massentierhaltung abschaffen will, muss sagen, woher Fleisch, Milch oder Eier dann kommen sollen. Eine mögliche Antwort lautet: aus Massentierhaltung im Ausland. Eine andere: Es gibt diese Produkte dann eben nicht mehr günstig für die gesamte Bevölkerung. Das Erste ist nicht fair, und das Zweite will niemand. Deshalb ist das Fazit klar: Wir sagen Nein zur Initiative, Nein zum Rückweisungsantrag und Nein zum Gegenentwurf, das heisst Nichteintreten.

Bourgeois Jacques (RL, FR): Les conséquences, aussi bien de l'initiative que du contre-projet seraient majeures, pour ne pas dire dévastatrices, pour tout un pan de notre agriculture. En effet, la production animale est garante d'une part importante de notre approvisionnement indigène. La population, par ses choix de consommation, attache une importance particulière à la provenance indigène des oeufs, des produits laitiers ou encore de la viande. Cela n'est pas le fruit du hasard. Au-delà des normes de protection des animaux les plus exigeantes au monde, les engagements des familles paysannes en faveur du bien-être animal, les contrôles intransigeants, de même que la traçabilité de la production, font que la population accorde sa confiance à la provenance suisse.

L'initiative et le contre-projet provoqueraient un affaiblissement considérable de notre production indigène.

La limitation drastique des effectifs pour les porcs et la volaille provoquerait un recul majeur de la production. Les branches concernées parlent d'un recul de 50 pour cent de la production porcine et de 80 pour cent de la production d'oeufs et de poulets. Un véritable démantèlement!

Le maintien de la production actuelle ne serait simplement pas possible, puisqu'il faudrait multiplier les nouvelles constructions. Avec une limitation des effectifs selon les directives de Bio Suisse 2018, le calcul est



simple: l'initiative exigerait 1600 nouveaux poulaillers pour la même production d'oeufs et 20 000 poulaillers mobiles pour la même production de poulets. Un tel développement est totalement irréaliste. D'une part, obtenir les autorisations de construire représente aujourd'hui déjà le parcours du combattant pour les projets hors zone à bâtir. D'autre part, la révision de la législation sur l'aménagement du territoire vise un plafonnement du nombre existant de bâtiments en zone agricole, comme ce qui est actuellement discuté au sein de la CEAT-E avec le contre-projet indirect à l'initiative paysage.

Avec l'évolution structurelle souhaitée et induite par nos réformes agraires, le nombre d'exploitations a diminué, passant de 70 000 à 50 000 en l'espace de vingt ans.

Le cheptel se répartit ainsi sur un moins grand nombre d'exploitations, ce qui explique des troupeaux plus grands, mais pas pour autant moins bien traités, au contraire! Car cette évolution structurelle, soutenue par des aides publiques, s'est accompagnée d'investissements considérables dans les bâtiments d'élevage. Souvent même, les plus grandes fermes satisfont aux critères les plus exigeants en matière de bien-être animal. On ne peut donc que se réjouir que la Suisse ait trouvé un équilibre entre respect des animaux et production animale. L'initiative entend surfer sur une vague émotionnelle. Pire, elle joue sur la méconnaissance des conditions d'élevage et des évolutions réalisées depuis l'introduction de la législation sur la protection des animaux. L'initiative ne ferait que le lit des importations sachant qu'elle n'aurait aucune influence sur les comportements de consommation.

De son côté, le contre-projet direct augmenterait les exigences de la production indigène, anéantirait les efforts de qualité et de valeur ajoutée obtenus par la mise en place des labels, le tout en augmentant drastiquement la pression des importations. Si l'initiative est néfaste, le contre-projet est également nuisible pour notre agriculture sans profiter au bien-être animal. Aussi, augmenter les importations issues de conditions de production moins respectueuses des animaux serait-il un non-sens.

Enfin, s'agissant du renvoi en commission pour élaborer un contre-projet indirect, cette proposition est également à refuser. Les développements continus des normes de protection des animaux depuis quarante ans, les nombreux engagements pris dans les programmes éthologiques et les labels ainsi que les améliorations apportées aux bâtiments d'élevage montrent bien que l'agriculture n'est pas restée passive, au contraire. Ce sont plutôt les comportements de consommation qui ne suivent pas. Ce serait d'ailleurs à ce niveau-là qu'il faudrait agir pour sensibiliser le public au fait qu'aujourd'hui déjà, l'agriculture en fait bien plus que ce que lui demande la législation et que chaque consommateur peut faire le choix du modèle de production qu'il privilégie. Un contre-projet indirect ne se justifie donc pas.

Prelicz-Huber Katharina (G, ZH): Ich habe heute viel über die Wichtigkeit der Würde, der "dignité" der Tiere gehört. Nur frage ich mich bei gewissen Voten, wo da die Würde ist. Denn die Massentierhaltung ist leider auch in der Schweiz eine traurige Realität – zum Glück nicht bei allen, aber doch bei einigen Bauern und Bäuerinnen. Viele Hühner, Schweine, Rinder und Kälber leiden in der Schweiz.

Die Forderung des Initiativtextes, dass der Bund die Würde von Tieren in der Landwirtschaft schützt und die Massentierhaltung verbietet, sollte doch eigentlich normal sein, denn auch das Tier ist keine Ware, sondern ein Lebewesen. Warum also behandeln wir Tiere nicht so, wie wir es selbst gerne hätten? Die Sklaverei haben wir in der Schweiz für Menschen abgeschafft – zum Glück. Das gleiche Recht aber

AB 2021 N 2583 / BO 2021 N 2583

müsste auch Tieren gewährt werden. Warum machen wir sie uns untertan? Es ist schon schön, wenn sie für uns arbeiten und sogar sterben. Gewähren wir ihnen wenigstens ein würdiges und tiergerechtes Leben. Das Volk will kein gespritztes Fleisch. Oft haben die Menschen gar keine Ahnung, was da alles drin ist.

Gegen die Massentierhaltung zu sein, ist eigentlich die logische Entwicklung. Wenn wir das Ziel, die Klimaerwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen, erreichen wollen, ist auch die Landwirtschaft gefordert. Es wird zwingend sein, das Label "Bio" umzusetzen. Damit hätten wir schon weniger Tiere, was gut ist für uns alle: für das Klima, weil dadurch weniger CO₂ ausgestossen wird; für die Tiere, weil sie damit artgerecht gehalten werden; und für die Gesundheit der Menschen, weil Biofleisch viel gesünder ist als anderes. Lieber etwas weniger Fleisch essen, dafür gutes. Das geht dann auch wieder mit dem Familienbudget auf. Das hilft dem Tier, dem Klima und dem Menschen, ist also eine Win-win-Situation für alle.

Es ist keine Frage des Geldes. Die Angst der Bauern und Bäuerinnen ist unbegründet, oder es ist bewusste Stimmungsmache. Es fliesst heute sehr viel Geld in die Landwirtschaft, mit dem aber die Intensivnutzung bevorteilt wird. Also wäre es angezeigt, einen Umbau der Subventionierung in die Wege zu leiten, für die Gesundheit und für das Klima.

Das heisst also klar, dass es in Zukunft keine Massentierhaltung geben soll. Konkret sollen die Platzverhältnis-





se die Möglichkeit für soziale Interaktion für alle Tiere bieten, es sollen in Ställen und auf den Weiden Höchstbestände definiert sein, es soll ein Umfeld gegeben sein, das auch eine tiergerechte Beschäftigung möglich macht, und es soll logischerweise Einstreu für alle Tiere vorhanden sein. Der tägliche Weidegang muss möglich sein, damit die Hühner scharren, die Schweine wühlen und die Kühe grasen können. Es soll kein Vergasen von männlichen Küken mehr geben und auch keinen Import von Produkten aus Massentierhaltung. Ein Ja zur Würde der Tiere und zum Respekt gegenüber den Tieren sollte doch wohl eine Selbstverständlichkeit sein. Deshalb bitte ich Sie, die Massentierhaltungs-Initiative zur Annahme zu empfehlen.

von Siebenthal Erich (V, BE): Kollegin Prelicz-Huber, die Realität ist ja die, dass wir heute schon relativ viel Fleischimport haben. Wie wollen Sie es mit dieser Initiative machen? Wenn man kompensiert, gibt es mehr Importe. Aus welcher Produktion dieses Fleisch stammt, ist dann auch eine Frage.

Prelicz-Huber Katharina (G, ZH): Nein, es ist klar, lieber Herr Kollege, wir wollen keinen Import von Tieren, die aus Massentierhaltung kommen. Das braucht dann halt auch eine Deklaration; alles andere wird verboten. So würde ich die Umsetzung sehen.

Ritter Markus (M-E, SG): Liebe Kollegin, Grüne, Grünliberale und Sozialdemokraten haben einen Wähleranteil von 37 Prozent. Wir können im Moment Bioprodukte im Umfang von 12 Prozent des Gesamtwarenkorb an Sie verkaufen. Was kaufen die anderen 25 Prozent Ihrer Wähler?

Prelicz-Huber Katharina (G, ZH): Das kann ich Ihnen leider nicht beantworten. Deshalb machen wir ja auch unsere Politik, die es am Schluss gar nicht mehr möglich machen soll, etwas anderes als Biofleisch zu kaufen.

Egger Mike (V, SG): Bei dieser Initiative ist schon der Titel verfehlt und grenzt an Irreführung der Schweizer Stimmbevölkerung. Gemäss der Initiative sprechen wir von einer Massentierhaltung, wenn das Tierwohl systematisch verletzt wird. Eine systematische Verletzung des Tierwohls ist in der Schweiz aufgrund des Gesetzes gar nicht möglich. Um eines in diesem Saal klarzustellen: In der Schweiz gibt es keine Massentierhaltung. Ganz im Gegenteil: Die Schweiz ist in Bezug auf Tierwohl weltmeisterlich unterwegs. Wissen Sie, warum? Weil unsere Schweizer Landwirte, weil unsere Schweizer Fleischfachleute täglich mit viel Leidenschaft und Begeisterung frühmorgens – ja, Herr Wermuth, vor acht Uhr morgens – zur Arbeit gehen.

Diese Initiative ist nichts anderes als ein Kreuzzug gegen die Schweizer Fleisch- und Landwirtschaft. Als gelernter Fleischfachmann kann und will ich eine solche Unterstellung, eine solche Schmutzkampagne gegen meine Branche nicht akzeptieren. Die Gegner der Fleisch- und Landwirtschaft haben ein 3-Phasen-Angriffsmodell entwickelt, um die Fleischproduktion sowie den Fleischkonsum schlechtzureden:

1. Fleisch ist nicht nachhaltig und klimaschädlich.
2. Der Fleischkonsum verursacht Tierleid.
3. Der Fleischkonsum ist ungesund.

Zur ersten Behauptung: Fakt ist, die Schweizer Landwirtschaft hat ihre Treibhausgasemissionen zwischen 1990 und 2016 bereits um 11,4 Prozent reduziert. Fakt ist, die Schweiz ist ein Grasland mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von einer Million Hektaren, und davon sind 600 000 Hektaren Wiesen und Weiden. Da ist eine Nutztierhaltung extrem wichtig, denn ansonsten würden diese 600 000 Hektaren verbuschen, zu Wald oder im schlimmsten Fall zu Bauland werden. Von 1960 bis 2008 hat sich die Ackerfläche weltweit pro Kopf halbiert. Ergo: Grünfläche nicht zur Ernährung zu nutzen, ist riskant und führt am Schluss zu Mehrimporten.

Zur zweiten Behauptung, "Fleischkonsum verursacht Tierleid": Global hat die Schweiz eines der strengsten Tierschutzgesetze überhaupt. Zudem dürften die Höchstbestände einzigartig sein. Bei den Legehennen sprechen wir von 18 000 Tieren, bei den Mastschweinen von 1500 Tieren, bei den Mastkälbern von 300 Tieren. Zum Vergleich: In Deutschland gibt es Betriebe mit 600 000 Tieren!

In der Schweiz fördert der Staat die verantwortungsvolle Tierhaltung beispielsweise mit dem freiwilligen BTS-Programm, bei dem 57,2 Prozent aller Landwirte mitmachen, sowie mit dem RAUS-Programm, an dem sich 85,6 Prozent aller Landwirte beteiligen. In der Unternehmung, in der ich neben meinem Mandat als Nationalrat arbeite, verarbeiten wir zu 70 Prozent Label-Tiere. Bereits in den Neunzigerjahren hat die Schweiz die Verfütterung von Antibiotika sowie den Einsatz von Hormonen als Leistungsförderer verboten. Auch beim Tiertransport ist die Schweiz vorbildlich unterwegs: In der Schweiz gilt eine reine Fahrzeit von 6 Stunden, die Europäische Union hat Fahrzeiten von bis zu 24 Stunden am Stück. Auch das Mindestplatzangebot für die Tiere beim Transport oder in den Wartebuchten im Schlachthof ist streng geregelt.

Ebenfalls besteht für Transporteure und Fleischfachleute eine Weiterbildungspflicht. In den Schlachthöfen, vor allem in den grösseren, werden die Prozesse permanent weiterentwickelt. So haben wir Tierschutzbeauftragte,



wir haben Musik für die Tiere, wir haben Licht, wir haben Sprühregen, wir haben eine konstante Wasserversorgung. Ich frage mich schon: Was sollen wir noch alles tun, um den Initiantinnen und Initianten gerecht zu werden?

Zur dritten Behauptung, "Fleischkonsum ist ungesund": Auch hier muss ich widersprechen. Fleisch enthält hochwertiges Eiweiss, Eisen, Zink, Vitamin A, Vitamin B – das sind alles wichtige Nährstoffe für die Entwicklung des menschlichen Körpers.

Als gelernter Fleischfachmann kann ich Ihnen versichern, dass wir täglich alles daran setzen, Tierwohl, Nachhaltigkeit und Gesundheit zu gewährleisten und entsprechend weiterzuentwickeln. Das wollen wir weiterhin tun – aber am runden Tisch mit allen Anspruchsgruppen der Branche. Anstatt unsere Branche permanent zu verunglimpfen, würden viele in diesem Rat gut daran tun, für einmal Danke zu sagen für die weltweit beste Lebensmittelproduktion überhaupt.

Die vorliegende Initiative sowie der direkte als auch der indirekte Gegenentwurf bringen keinen Mehrwert. Sie verteuern die Lebensmittel massiv, fördern den Import und schwächen die Schweizer Lebensmittelproduktion zum Nachteil einer gesicherten Landesversorgung grundlegend.

Ich bitte Sie aus tiefster Überzeugung, diese weltfremden, überflüssigen und rufschädigenden Forderungen entsprechend abzulehnen. Herzlichen Dank! Ich freue mich auf die Fragen.

Präsident (Nussbaumer Eric, zweiter Vizepräsident): Das trifft sich gut, denn es wird Fragen geben.

AB 2021 N 2584 / BO 2021 N 2584

Suter Gabriela (S, AG): Herr Kollege Egger, Sie haben vorhin vom Tierwohl gesprochen. In der Schweiz werden jährlich über 7 Millionen Masthühner geschlachtet. Die allermeisten von ihnen werden konventionell gehalten, in Ställen mit über 12 000 Tieren. Pro Quadratmeter werden 15 ausgewachsene Masthühner gehalten. Das ergibt pro Huhn eine Fläche von einem A4-Blatt. Entspricht eine solche Haltung nicht einer systematischen Verletzung des Tierwohls? Finden Sie das ethisch vertretbar?

Egger Mike (V, SG): Frau Suter, ich habe es ausgeführt. Die Frage, die sich stellt, ist: Wollen wir dann einfach mehr importieren? Gerade beim Geflügel hätten wir noch Potenzial, die Schweizer Produktion auszubauen. Wir möchten das tun, wir möchten die Prozesse selber im Griff haben, wir möchten geregelte Höchstbestände und nicht, wie in Deutschland, Fabriken mit 600 000 Tieren, Poulets und Mastgeflügel. Das kann es doch nicht sein. Mit Ihrer Initiative fördern Sie am Schluss den Import aus tierquälerischen Ländern.

Munz Martina (S, SH): Herr Egger, Sie sagen jetzt, wir würden den Import fördern. Bei der Hühnerproduktion in der Schweiz kommt das Futter aus dem Ausland, die Tiere, die "Bibeli", vielfach auch. Da frage ich mich, was genau eigentlich eine einheimische Produktion ist. Denn mit dem Importfutter verursachen wir ja auch hohe Belastungen der Gewässer mit Nitrat.

Egger Mike (V, SG): Frau Munz, ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie mir diese Frage stellen. Dann können wir nämlich ein sehr wichtiges Thema anschnitten. Fakt ist: 86 Prozent des Futters werden in der Schweiz produziert. Und wenn wir vom Soja sprechen, dann kann ich Ihnen sagen: 99 Prozent kommen aus nachhaltigem Anbau. Beim Soja, den die Schweiz verwendet, wird der grösste Anteil heute in Europa produziert, und es sind Bestrebungen da, den Europa-Anteil noch stärker auszubauen. Da sehen Sie genau: Die Branche anerkennt die Herausforderungen. In der Zusammenarbeit zwischen der Fleisch- und der Landwirtschaft entstehen eben Lösungen. Es braucht nicht einfach immer eine gesetzliche Bevormundung.

Müller-Altarmatt Stefan (M-E, SO): Es geht bei dieser Initiative und in dieser Diskussion immer um den Begriff der Würde, um die Würde des Tieres. Ich widerspreche den Initiantinnen und Initianten mit keiner Silbe, wenn sie die Würde der Tiere in der Landwirtschaft einfordern. Bloss, sie rennen ja offene Türen ein. Die Würde des Tieres ist bereits im Zweckartikel des Tierschutzgesetzes verankert und politisch absolut unbestritten. Das Tierschutzgesetz selber darf – und das ist keine Beschwichtigungsstrategie, sondern eine Tatsache – als das strengste der Welt bezeichnet werden. Man kann es deshalb eigentlich einfach machen: Die Massentierhaltungs-Initiative ist unnötig.

Ich möchte meine Ablehnung der Initiative und des Gegenvorschlags aber nicht einfach an der gesetzgeberischen Nichtnotwendigkeit festmachen. Vielmehr möchte ich Ihnen zu bedenken geben, was es für die Betroffenen bedeuten würde, wenn wir diese Initiative befürworteten. Die Betroffenen sind die Landwirte, das sind jene Menschen, die mit den Tieren arbeiten – mit den Tieren, nicht gegen sie.

Was bedeutet es für einen Landwirt in der Schweiz, wenn ihm seine Volksvertretung zu verstehen gibt, dass



er nicht von sich aus die Würde des Tieres respektiert, sondern dafür einen Verfassungsartikel benötigt? Ist es klug, den Bauern in der Schweiz die Nichtrespektierung des Tierwohls so vorzuwerfen?

Es ist dieser Punkt, der mich an der Initiative am meisten stört. Es ist wieder ein Stachel in Richtung der Landbevölkerung. Es wurde heute auch schon angesprochen, es droht uns jetzt wieder ein unschöner Abstimmungskampf. Es werden wieder Existenzängste und Frustrationen über den Strukturwandel an die Oberfläche kommen, und – damit komme ich zur Gegenseite – es werden wieder Kolleginnen und Kollegen auftreten, die sich darüber freuen, dass man diesen Stachel ausgepackt hat. Wir werden wieder hören, wie wenig Verständnis die Städter für die Bedürfnisse des Landes hätten. Wir werden wieder hören, wie sehr sich das Land gegen den Fortschritt wehre. Das Vorgeplänkel dazu haben wir zum Beispiel eben gerade in diesem Dialog gehört.

Ich bin über die bisherige Debatte zu dieser Initiative enttäuscht. Der Bundesrat verbraucht das ganze Zeitbudget für einen verschlimmbessernden Gegenvorschlag, die Kommission steigt auf das Zeitspiel ein, und jetzt haben wir mit dem Rückweisungsantrag für einen indirekten Gegenvorschlag einen kaum noch erfolgversprechenden Ansatz. An sich ist dieser Ansatz der Brückenbauer wirklich lobenswert, er kommt aber am Geburtstag von Herrn Baumann – herzliche Gratulation! – leider viel zu spät.

Niemand in diesem Spiel hat im Interesse der Kohäsion dieses Landes gespielt, nicht die Initianten, nicht der Bundesrat, nicht die Vertreterinnen und Vertreter in der Kommission. Die Initiative bringt ausser unnötiger Kontroversen nichts. Lehnen wir sie ab, genauso wie den, wie gesagt, verschlimmbessernden Gegenvorschlag. Aber bitte schweigen wir doch das Thema nicht tot, nehmen wir uns seiner an! Verbesserungspotenzial gibt es. Die Branche selber – das hat vorhin sogar Mike Egger bestätigen müssen – ist explizit bereit einzusteigen. Die Detailhändler haben sich sogar noch bei uns gemeldet. Wenn es mit dem Rückweisungsantrag nicht mehr gelingen sollte, dann halt vielleicht mit einem parallelen Gesetzesprojekt. Das wäre dann wahrscheinlich eine würdige Debatte, eine Debatte, die unserer Demokratie eben wieder einmal würdig wäre.

Pointet François (GL, VD): Nous voilà face à une de ces initiatives qui part d'un sentiment louable, mais qui fait fi des réalités du terrain et du commerce international. Pour faire évoluer une situation toujours améliorable, chercher à provoquer un conflit politique avec des propositions inapplicables n'est pas la solution. En effet, dans un marché ouvert, tel que le souhaitent les Vert'libéraux, imposer des contraintes mal réfléchies à la production locale ne fera qu'augmenter les importations. Les propositions de cette initiative se résument donc à un exercice facile de réduction de nos nuisances à l'égard de l'environnement, en oubliant simplement que nous les exporterons en important de nouveaux produits. Voilà donc une initiative à impact global nul qui aurait comme seule utilité de nous donner bonne conscience. Avouons qu'au niveau responsabilité, c'est plutôt mince.

Mais il est aussi clair qu'une amélioration est souhaitable, nécessaire et demandée par une grande partie de la population. Les mauvais exemples relayés par la presse ne sont pas une bonne publicité pour le monde paysan, même si la très grande majorité des agriculteurs travaille correctement et dans le respect des animaux. Les exemples qui sont conformes à la législation tout en étant inacceptables doivent disparaître.

Ajoutez à cela que nous sommes empêchés de débattre de politique agricole d'avenir par un montage tactique pour le moins douteux, et vous constaterez que ceux qui veulent une évolution vertueuse sans détruire le système actuel se retrouvent dans une situation délicate, soit entre le marteau et l'enclume.

En paraphrasant un auteur célèbre, je dirai qu'il y a de quoi méditer l'impartial message d'un qui balance non seulement entre deux âges, mais aussi entre ville et campagne. Nous devons nous remettre à débattre de la politique agricole dans son ensemble pour éviter les attaques unilatérales, non raisonnables et crispantes telles que cette initiative. Il faut remettre le consommateur devant ses responsabilités, lui qui n'est pas avare de contradiction lorsqu'il exige de renforcer les normes de production de paysans suisses et fait ses achats dans les pays voisins pour des raisons de prix.

Quand on entend ici les débats sur l'avenir de la politique agricole, on se met à espérer que les organisations faitières paysannes soient au moins aussi progressistes et tournées vers un avenir durable que la moyenne des paysans qui y sont représentés. Car oui, la grande majorité des agriculteurs est tournée vers un avenir durable et entend les préoccupations des consommateurs. On a un peu l'impression que leurs représentants politiques ne sont pas au courant. Et

AB 2021 N 2585 / BO 2021 N 2585

effectivement, les citoyens – trop éloignés de la réalité paysanne – doivent aussi comprendre qu'il n'est pas possible d'aller plus vite que la musique.

Mais il n'est pas temps de s'arrêter non plus. Bref c'est tous ensemble que nous trouverons des solutions pour harmoniser les objectifs de chacun, que l'on soit citoyen ou travailleur de la terre. Et surtout – vraiment





surtout – n'exacerbons pas, comme certains politiciens du conseil semblent vouloir le faire, les différences ville-campagne pour en faire une stratégie politique. Agir de la sorte nous conduirait droit vers une division qui ne fera du bien ni à nos institutions ni aux générations futures.

Je ne soutiendrai pas cette initiative, mais je vous invite à renvoyer le projet en commission pour proposer un compromis constructif et, à défaut – et pour le moins douloureusement en ce qui nous concerne –, à soutenir le contre-projet direct, y compris la minorité Grossen Jürg. En effet, si nous voulons que le consommateur puisse prendre et assumer ses responsabilités, il doit pouvoir faire ses choix en connaissance de cause et nous devons lui fournir les informations avec transparence.

Glättli Balthasar (G, ZH): Beim Essen soll man nicht reden. Das haben Sie als Kind auch immer wieder gehört – ein Unsinn, meiner Meinung nach. Wahr aber ist: Beim Essen will man nicht reden – nicht reden über die Massentierhaltung. Wer ein M-Budget-Schnitzel oder ein Prix-Garantie-Poulet isst, spricht nicht gerne über die Bedingungen, unter denen dieses Stück Fleisch produziert worden ist – aus gutem Grund, es verdirbt den Appetit.

Massentierhaltung funktioniert eigentlich nur über Verdrängung. Wir verdrängen, dass Massentierhaltung Würde und Wohl unserer Nutztiere verletzt. Wir verdrängen, dass Massentierhaltung gegen unser ureigenes ethisches Empfinden verstösst und so im Grunde auch unmenschlich ist. Wir verdrängen, um es mit den Worten der Agronomin Anet Spengler Neff zu sagen, eines der grössten Übel der Zivilisation. Ich betone: Es geht um die Massentierhaltung. Es geht bei der Massentierhaltungs-Initiative nicht um ein Verbot der bäuerlichen Tierhaltung an sich. Diese gehört zu einem Grasland wie der Schweiz. Milch- und Viehwirtschaft, über Jahrhunderte Existenzgrundlage zumindest der voralpinen und alpinen Gebiete, sollen auch in Zukunft ein prägendes Element unserer ländlichen Kulturlandschaften sein.

Heute aber macht die Massentierhaltung im industriellen Stil aus der Schweiz ein Land der Futtermittelimporte, ein Land, das pro Jahr 1,4 Millionen Tonnen Futtermittel importiert, darunter über 100 000 Tonnen Soja aus Brasilien. Wir fressen buchstäblich massiv über den Zaun. Wegen der Massentierhaltung überdüngen wir die eigenen Böden und Gewässer zulasten von Gesundheit und Biodiversität, und wegen der Massentierhaltung trägt die Landwirtschaft massiv zum viel zu hohen Ausstoss von Treibhausgasen bei.

Wir Grünen wollen nicht, dass die Schweiz ein Land bleibt, in dem fast die Hälfte der Masthühner in industriellen Betrieben mit über 12 000 Tieren lebt. Wir Grünen wollen nicht, dass die Schweiz ein Land der Qualzucht bleibt, in dem 4 Prozent der ausschliesslich auf maximale Fleischproduktion gezüchteten Mastküken schon vor der Schlachtung verenden und in dem wegen der Eierproduktion die männlichen Küken zu Biogas verarbeitet werden.

Wir wollen als Grüne nicht, dass die Schweiz ein Land bleibt, das so intelligenten und sensiblen Tieren wie Schweinen nur 0,9 Quadratmeter zum Leben zugesteht, oft in kahlen Betonbuchten ohne Tageslicht und ohne frische Luft. Wir wollen als Grüne nicht, dass die Schweiz ein Land bleibt, das die Würde und das Wohlergehen hochentwickelter Tiere offenkundig und eklatant verletzt. Fressen wir nicht so dreist über den Zaun, und dies auf Kosten der kommenden Generationen! Hören wir auf, von Schweizer Fleisch zu sprechen, wenn es in Tat und Wahrheit auf Futtermittelimporten beruht! Stoppen wir den Etikettenschwindel einer idyllischen Landwirtschaft! Die PR-Kampagnen der Grossverteiler und der Agrarlobby zeigen ein Huhn, das am Schluss sein frisches Ei noch selbstständig im Laden legt, blenden aber die wahnwitzige Zahl von 70 Millionen Masthühnern aus, die wir jährlich schlachten.

Ja, Sie haben mit verschiedenen Voten recht. Die Tierschutzbestimmungen sind andernorts noch schwächer, zum Teil deutlich schwächer. Darum regelt die Initiative konsequenterweise auch den Import. Aber nur, dass es andernorts viel schlimmer ist, macht uns in der Schweiz noch lange nicht zum leuchtenden Vorbild in Sachen Tierschutz. Hören wir auf, die Realität der Massentierhaltung zu verdrängen, und schaffen wir stattdessen eine neue Realität ohne Massentierhaltung, eine Realität, die dem Grasland Schweiz wirklich entspricht, eine Realität, wie sie heute, das möchte ich betonen, viele Bäuerinnen und Bauern schon leben. Danke dafür! Sie haben auch nichts zu befürchten. Schaffen wir eine Realität, in der wir beim Essen wieder übers Essen sprechen können, ohne dass uns der Appetit vergeht.

Sagen wir entschieden Ja zur Initiative für ein Verbot der Massentierhaltung!

Präsidentin (Kälin Irène, Präsidentin): Bevor ich Herrn Borloz für heute den Abschluss machen lasse, möchte ich Ihnen, Herr Bundesrat Berset, ganz herzlich zum zehnjährigen Jubiläum gratulieren: Genau heute vor zehn Jahren, am 14. Dezember 2011, wurden Sie in den Bundesrat gewählt. Herzliche Gratulation und vielen Dank für Ihren Einsatz! (*Beifall*)



Borloz Frédéric (RL, VD): Je vous invite vivement à recommander le rejet de l'initiative sur l'élevage intensif et à ne pas entrer en matière sur le contre-projet direct du Conseil fédéral.

En effet, le niveau extrêmement élevé des normes concernant la protection des animaux de rente en Suisse et les règles en vigueur concernant les effectifs maximaux de bétail par exploitation empêchent déjà de développer l'élevage industriel de masse que les initiants veulent interdire. Cette initiative a donc un côté superfétatoire. Il faut préciser que si un éleveur ne respecte pas les normes en vigueur, il ne peut plus prétendre aux paiements directs, ce qui rend son exploitation non rentable et la met en péril.

Les règles proposées par l'initiative et le contre-projet renchériront la production locale d'aliments issus de l'élevage, notamment la viande de poulet, mais pas uniquement. Les nouvelles exigences formulées sont extrêmement coûteuses pour les exploitants: moins d'animaux, plus de travail, pas de financement supplémentaire. Il en résulterait inévitablement un renchérissement des coûts d'élevage et, par conséquent, un renchérissement pour les consommateurs et donc les ménages suisses. Ce sont à nouveau les ménages les moins favorisés qui verront leur budget le plus grevé par cette situation. La conséquence inévitable sera d'importer massivement des denrées produites dans des conditions d'élevage nettement inférieures aux standards exigés en Suisse actuellement. On peut également et raisonnablement imaginer que les éleveurs délocaliseront leur élevage à l'étranger pour bénéficier de meilleures conditions de travail.

Enfin, toutes les plus-values résultant des efforts d'amélioration des conditions de détention des animaux pour qu'elles soient respectueuses du bien-être animal valorisées aujourd'hui par des labels sur le marché ou par des contributions dans le cadre de la politique agricole seront anéanties, ce qui impactera directement le revenu des agriculteurs, en affaiblissant durablement notre souveraineté et notre sécurité alimentaire.

Malheureusement, le contre-projet rate complètement sa cible. D'une part, il réclame plus d'espace et de bâtiments pour les élevages, ce qui ne manquera pas de créer de nouveaux problèmes en termes d'aménagement du territoire et d'occupation des surfaces d'assolement déjà en diminution ou en insuffisance en Suisse. Et cela, c'est sans compter que les nouvelles constructions ou espaces extérieurs nécessaires ne seront pas envisageables dans certaines régions de notre pays. Ces conditions ne sont pas acceptables, car elles causent directement une augmentation des coûts d'investissement, comme ceux d'exploitation, sans prévoir de possibilités de renchérir les prix de vente.

AB 2021 N 2586 / BO 2021 N 2586

D'autre part, le contre-projet ne prévoit aucune mesure de régulation des importations. Impossible donc pour les agriculteurs de trouver une place sur un marché concurrentiel.

En conclusion, si les consommatrices et les consommateurs sont toujours plus préoccupés par la qualité de la viande qu'ils souhaitent consommer, force est de constater qu'ils trouvent aujourd'hui sur le marché des produits conformes à leurs exigences et conformes à une législation parmi les plus sévères et strictes d'Europe et qui garantit un niveau de bien-être animal très élevé.

Le monde agricole ne s'oppose pas au débat, conscient que les normes sont faites pour évoluer. D'ailleurs des programmes incitatifs d'amélioration des conditions existent et fonctionnent.

Je ne nie pas qu'il n'y ait jamais eu de problèmes par le passé; c'est la raison pour laquelle un système de contrôle existe et a été renforcé. Initiative ou pas, les besoins de contrôle sont une évidence. Mais à nouveau on veut faire "du plus blanc que blanc" au lieu de valoriser le travail réalisé jour après jour par les agriculteurs et éleveurs de ce pays en faveur d'une alimentation saine et suffisante pour la population.

Je vous invite véritablement à recommander le rejet de l'initiative et à ne pas entrer en matière sur le contre-projet.

*Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu*

*Schluss der Sitzung um 12.55 Uhr
La séance est levée à 12 h 55*

AB 2021 N 2587 / BO 2021 N 2587





21.044

**Keine Massentierhaltung
 in der Schweiz
 (Massentierhaltungs-Initiative).
 Volksinitiative
 und direkter Gegenentwurf**

**Non à l'élevage intensif en Suisse
 (initiative sur l'élevage intensif).
 Initiative populaire
 et contre-projet direct**

Fortsetzung – Suite

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 14.12.21 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 15.12.21 (FORTSETZUNG - SUITE)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 15.12.21 (FORTSETZUNG - SUITE)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 02.03.22 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 18.03.22 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.03.22 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Bulliard-Marbach Christine (M-E, FR): Ich lege meine Interessenbindung dar: Ich bin Präsidentin der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB).

Die Landwirtschaft, insbesondere die Viehzucht, hat in den Bergregionen traditionell eine hohe Bedeutung. Wie schon mehrfach gesagt, kennt die Schweiz bis heute keine Massentierhaltung, wie sie in vielen anderen Ländern bestimmend ist. Was für unser Land im Allgemeinen gilt, gilt für die Agrarbetriebe in den Bergregionen im Besonderen. Die vielfach kleinräumigen Strukturen in der Berglandwirtschaft lassen es schlicht nicht zu, Massen von Tieren zu halten. Hingegen sind die saisonalen Wetter- und Naturbedingungen in den alpinen Gegenden noch viel prägender als im Mittelland und setzen den Viehzüchtern klare Grenzen.

Grundsätzlich teilen wir das Anliegen der Initianten. Die Würde unserer Nutztiere gilt es zu schützen, und für deren Wohlergehen wollen alle Landwirte so gut wie möglich sorgen. Dafür sind die bekannten Labels ein probates Mittel, doch diese als Standard in die Bundesverfassung zu schreiben, geht zu weit. Das würde für unsere Wirtschaft untragbare Risiken bringen. Hinzu kommt, dass es nicht in allen Gebieten unseres Landes gleich einfach ist, die geforderten Standards in der Tierhaltung umzusetzen. Diesem Umstand trägt die Initiative aber keine Rechnung. Aus diesen Gründen können die Berggebiete die Initiative nicht unterstützen.

Auch der direkte Gegenvorschlag ist für viele Betriebe in den Bergregionen nicht praktikabel. Auch der Gegenvorschlag würde die Betriebe zu umfassenden Investitionen zwingen, die sie schlicht und einfach nicht stemmen könnten.

Aus diesen Gründen empfehlen Ihnen die SAB und auch ich ein Nein zur Initiative wie auch zum direkten Gegenvorschlag.

Locher Benguerel Sandra (S, GR): Die Massentierhaltungs-Initiative will die Massentierhaltung einschränken und die Würde der Tiere in der landwirtschaftlichen Tierhaltung in die Verfassung aufnehmen. Diesbezüglich sollen Anforderungen festgelegt werden, die mindestens den Richtlinien von Bio Suisse entsprechen.

Ich begrüsse die Stossrichtung der Initiative, das Tierwohl in der Schweiz zu verbessern, dies aus zwei Hauptgründen:

1. Nutztiere sind ungenügend geschützt. Wir brauchen tierfreundlichere Bestimmungen, denn Hochleistungszucht, Produktivitätssteigerung und der Trend zur Massentierhaltung lassen die Gesundheit, das Wohl der Tiere und auch Umweltziele oft hinter wirtschaftlichen Zielen zurück. Die Marktakteure haben es verpasst, den vom Gewinn getriebenen Entwicklungen in der Nutztierproduktion Einhalt zu gebieten. Dies zeigt sich an der





unguten Entwicklung, dass die Zahl der Milchviehbetriebe mit über 100 Kühen sowie die Anzahl grosser Ställe für Geflügel- und Mastschweineproduktion ständig steigen.

2. Höheres Tierwohl und angemessene Wirtschaftlichkeit sind kein Widerspruch. Die Haltung der Nutztiere befindet sich im Spannungsfeld zwischen Wirtschaftlichkeit und den Bedürfnissen der Tiere. Die Gesellschaft Schweizer Tierärztinnen und Tierärzte zeigt auf, dass eine höhere Gewichtung des Tierwohls die Wirtschaftlichkeit nicht zwangsläufig negativ beeinflusst. Eine optimale Haltung der Nutztiere sowie ein vorausschauendes Gesundheitsmanagement sind aus ethischen und ökonomischen Gründen wichtig.

Der Bundesrat anerkennt mit dem direkten Gegenvorschlag den Handlungsbedarf. Kriterien für die tierfreundliche Haltung, regelmässiger Auslauf und schonende Schlachtung sollen in der Verfassung verankert werden. Der Bundesrat will, im Unterschied zur Initiative, den Schutz des Wohlergehens als allgemeinen Grundsatz für alle Tiere in die Verfassung aufnehmen. Diese Haltung unterstützen auch 17 Kantone, die dazu bereit sind, in den nächsten 25 Jahren das Tierwohl zu verbessern. Ich unterstütze den direkten Gegenvorschlag, der für alle Tiere mehr Tierwohl bringt, insbesondere bezüglich schonender Schlachtung und regelmässigen Auslaufs. Grundsätzlich sollen alle Nutztiere davon profitieren.

Abschliessend möchte ich festhalten, dass mir in der ganzen Diskussion – das hat die Debatte gestern auch gezeigt – wichtig scheint, anzuerkennen, dass Landwirtinnen und Landwirte heute schon das Tierwohl fördern. Die positive Entwicklung der vergangenen Jahre erlebe ich als Bewohnerin eines Bergkantons. Ich freue mich beispielsweise auf einer Bergtour über weidende Kühe oder sich im Schlamm suhlende Schweine. Mit höheren Minimalanforderungen für alle Nutztiere kann das Tierwohl in der landwirtschaftlichen Tierhaltung weiter verbessert werden.

Deshalb bitte ich Sie, den Gegenvorschlag des Bundesrates zu unterstützen.

Gschwind Jean-Paul (M-E, JU): Les sujets que nous traitons sont vastes. Mais s'il en est un pour lequel je me sens particulièrement concerné, c'est bien celui qui nous occupe aujourd'hui.

AB 2021 N 2608 / BO 2021 N 2608

Comme vétérinaire de profession, avec quarante ans d'activités dans nos campagnes et auprès des élevages, je peux objectivement témoigner de l'évolution accomplie en matière de protection des animaux et de bien-être animal. Et justement, nous pouvons être fiers du niveau actuel de respect des animaux de rente dans notre pays. Je m'étonne d'ailleurs particulièrement de la position que nous a transmise la Société des vétérinaires suisses qui fait manifestement fi des efforts accomplis en prônant un contre-projet indirect. C'est à se demander si cette recommandation n'émane pas simplement de vétérinaires de salon! Car, croyez-moi, les vétérinaires de campagne, celles et ceux qui se rendent jour après jour dans les fermes, peuvent témoigner que l'agriculture en fait bien plus que de s'en tenir aux minimums légaux.

En 1977, lors de mes débuts comme vétérinaire de campagne, la situation était toute autre qu'aujourd'hui. Comme dit une chanson connue, "je vous parle d'un temps que les moins de vingt ans ne peuvent pas connaître", le temps où les animaux d'élevage voyaient à peine la lumière du jour de tout l'hiver; le temps où les animaux devaient presque alterner pour se coucher; le temps où les animaux devaient attendre le printemps pour se mouvoir librement. Fort heureusement, ce temps est révolu. La législation sur la protection des animaux, introduite en 1981, et régulièrement adaptée depuis, a permis à la Suisse de traiter les animaux dignement et avec respect.

Nos paysans ont bien compris que le bien-être animal va de pair avec de bonnes performances de production. Au-delà de la passion que les éleveurs portent à leurs animaux, les conditions de garde ne sont donc comparables ni avec ce qui avait cours à l'époque ni avec ce qui se pratique encore aujourd'hui à l'étranger. D'ailleurs, la Suisse est le seul pays au monde à disposer d'une législation aussi exigeante et à réglementer les effectifs maximaux pour la volaille, les porcs et les veaux.

Comme dans n'importe quel secteur, il est néanmoins vrai que certains cas isolés posent – parfois – problème. Ces derniers, abondamment médiatisés à dessein, nuisent à l'ensemble de la profession.

Mais fort heureusement le système de contrôle en vigueur permet d'agir, car il n'est dans l'intérêt ni des animaux ni des familles paysannes de tolérer des infractions graves aux dispositions légales.

La démocratisation des stabulations libres, mais aussi la conception des poulaillers depuis l'abolition des batteries, prouvent que même avec des effectifs plus importants, le bien-être animal a pu être sensiblement amélioré et n'est aucunement prétérité. Ainsi, il est incompréhensible de vouloir drastiquement limiter les effectifs en introduisant dans la Constitution les règles d'un label privé, celles de Bio Suisse 2018 en l'occurrence.

Certes, avec le soutien de subventions publiques, des investissements majeurs importants pour améliorer les bâtiments d'élevage ont été réalisés et m'ont souvent interpellé, constatant que les animaux ont parfois de bien



meilleures conditions de vie que la famille paysanne elle-même, tout cela au prix d'engagements au quotidien, par la passion qui lie les éleveurs à leurs animaux. Ce n'est ainsi qu'avec des prix rémunérateurs que nous parviendrons à poursuivre les développements en matière de bien-être animal et aussi de qualité de vie de nos familles paysannes.

En plus de normes légales très exigeantes, notre agriculture s'est largement engagée dans des programmes et labels volontaires encourageant le bien-être animal, avec à la clé des prix rémunérateurs. Face à ces engagements supplémentaires, on ne peut qu'être pour le moment déçu que les consommateurs ne privilégient pas plus ces labels s'ils souhaitent que le bien-être animal soit favorisé. En ce sens, ni l'initiative ni un contre-projet, que ce soit direct ou indirect, ne se justifient.

Pour toutes les raisons évoquées, je vous invite donc à suivre la majorité de la commission.

Giacometti Anna (RL, GR): La domenica sera mi piace guardare "Storie" alla televisione della Svizzera italiana. Il 14 novembre di quest'anno hanno mostrato un bellissimo documentario su un veterinario di condotta ticinese. Secondo lui, e questa è anche la mia convinzione personale, non c'è niente di male a mangiare la carne, a condizione però che gli animali vengano tenuti bene, curati, nutriti e che possano vivere una vita dignitosa dalla nascita fino a quando vengono macellati. La carne di questi animali per noi esseri umani è anche più sana e più saporita.

L'iniziativa popolare "No all'allevamento intensivo in Svizzera", che ha raccolto 106 125 firme e che è stata presentata il 17 settembre 2019, è estrema e non può essere sostenuta.

Il Consiglio federale, pur respingendo l'iniziativa, attribuisce grande importanza alla protezione degli animali e propone di mettere in votazione un controprogetto diretto. A differenza dell'iniziativa, persegue tale scopo non solo per la detenzione degli animali a scopo agricolo, ma per tutti gli animali da reddito. Per questi animali riprende tre aspetti centrali dell'iniziativa: ricovero e cura rispettosi degli animali, possibilità di uscita all'aperto e condizioni di macellazione rispettose.

Il controprogetto diretto del Consiglio federale crea così le basi affinché la Svizzera possa ulteriormente aumentare il suo livello di protezione degli animali.

Der Schutz der Tierwürde und Verbesserungen in Sachen Tierwohl sind auch dem Bundesrat ein wichtiges Anliegen. Anders als die Massentierhaltungs-Initiative strebt er dieses Ziel aber für alle Nutztiere an und nicht nur für die landwirtschaftliche Tierhaltung. Der Bundesrat schlägt vor, der Initiative einen direkten Gegenentwurf gegenüberzustellen, und nimmt drei zentrale Aspekte der Initiative auf: die tierfreundliche Unterbringung und Pflege, den regelmässigen Auslauf und die schonende Schlachtung. Für uns Menschen ist das Fleisch dieser Tiere gesünder und schmackhafter. Der direkte Gegenentwurf des Bundesrates schafft die Grundlage, dass die Schweiz ihr bereits sehr gutes Tierschutzniveau weiter erhöhen kann. Die Mehrheit der Kantone und die Gesellschaft Schweizer Tierärztinnen und Tierärzte unterstützen den direkten Gegenentwurf des Bundesrates. Ich werde beim Bundesbeschluss über die Massentierhaltungs-Initiative die Minderheit Baumann unterstützen: Es handelt sich dabei um den Antrag auf Rückweisung an die Kommission mit dem Auftrag, eine parlamentarische Initiative für einen indirekten Gegenentwurf zu beschliessen. Wird dieser Minderheitsantrag abgelehnt, werde ich beim direkten Gegenentwurf des Bundesrates über den Schutz und das Wohlergehen der Tiere die Minderheit II (Bendahán), Eintreten und Zustimmung zum Entwurf, sowie die Minderheit Grossen Jürg, maximale Gruppengrösse und Deklarationspflicht bei den Importen, unterstützen.

Roduit Benjamin (M-E, VS): Connaissez-vous Fracasse? C'est une vache de la race d'Hérens. Non, mieux, c'est la reine de l'alpage de La Lettaz dans la vallée de l'Entremont, et en ce moment elle passe paisiblement son hiver dans une étable à Fontaine Dessus. En termes de protection et de bien-être, c'est le top. Elle coule d'heureux jours dans l'attente de retrouver ce printemps son mayen puis son alpage où elle sait s'imposer. Imaginez-vous un seul instant si on la sortait chaque jour contre son gré au risque qu'elle se "fracasse" une patte dans la pente verglacée ou enneigée – 50 centimètres de neige aujourd'hui...

Vous sentez une émotion dans ma voix. Eh oui, lorsque l'on parle des animaux, les discussions deviennent rapidement émotionnelles. Or, aujourd'hui, nous devons rester dans le rationnel.

Sur le plan formel, permettez-moi tout d'abord de m'interroger sur la traduction faite du terme "Massentierhaltungs-Initiative". Le titre retenu en français est celui d'"initiative sur l'élevage intensif". Or, la traduction littérale serait "élevage de masse". Vous le savez, en parlant d'élevage intensif ou d'élevage de masse, la perception par la population n'est pas du tout la même. Il s'agit donc d'un véritable problème de traduction, voire de manipulation, que j'appelle le Conseil fédéral à dénoncer.

Venons-en au fond. Comme vous le savez, je viens d'un canton de montagne où l'élevage est intimement lié aux traditions, à notre patrimoine culinaire et au tourisme, grâce à l'entretien de nos paysages. Quand on se



souvent à quoi

AB 2021 N 2609 / BO 2021 N 2609

ressembraient les vieilles étables obscures et étriquées de l'époque, bien avant Fracasse, et que l'on compare aux standards actuels de garde des animaux, on peut voir le chemin accompli en matière de respect et de bien-être des animaux.

Au travers de la politique agricole et de ses divers instruments, la Confédération a accompagné le tournant vers une agriculture plus respectueuse des animaux. Grâce aux adaptations régulières de la législation sur les animaux, la Suisse se positionne dans le peloton de tête en matière de bien-être animal.

Vous conviendrez qu'en comparaison avec ce qui se pratique à l'étranger, parler d'élevage intensif ou d'élevage de masse en Suisse se révèle totalement déplacé. Pourtant, l'initiative, tout comme le contre-projet direct du Conseil fédéral, poserait de réelles difficultés non seulement à la production de porcs et de volailles en première ligne, mais aussi à un nombre non négligeable de paysans de montagne en second lieu.

En effet, tant l'initiative que le contre-projet direct exigent la généralisation du programme éthologique de sorties régulières en plein air, au-delà du minimum de 30 jours durant l'hiver. Pensez à nouveau à Fracasse! Pour des raisons topographiques ou climatiques, voire simplement de place, il n'est pas toujours possible de réaliser ce programme. On pourrait donc se retrouver avec le résultat navrant que de nombreuses petites exploitations agricoles de montagne, là où il est malheureusement difficile de cultiver autre chose que des herbage, jettent l'éponge.

On peut se demander si l'initiative, lancée par une association antispéciste – faut-il le rappeler? –, est réellement d'améliorer les conditions de détention de nos animaux de rente ou carrément d'affaiblir voire de condamner nos élevages. Poursuivons plutôt l'amélioration du bien-être animal comme nous l'avons fait jusqu'ici avec le haut niveau de protection des animaux, avec le soutien aux programmes volontaires et avec les labels offrant une liberté de choix aux consommatrices et consommateurs.

Pour nos paysans de montagne, et pour Fracasse, je vous appelle à recommander le rejet de cette initiative inutile, qui rate sa cible, à ne pas entrer en matière sur le contre-projet direct du Conseil fédéral et à rejeter le renvoi en commission pour élaborer un contre-projet indirect. Ces alternatives, pour les raisons évoquées, ne se justifient pas et risquent de "fracasser" tous les efforts accomplis à ce jour pour la protection et le bien-être des animaux.

Girod Bastien (G, ZH): Mit der Initiative wollen wir ein Leben vor dem Poulet, ein Leben vor dem Schnitzel, ein Leben vor dem "Zürigschnätzlets", ein Leben, das der Tierwürde gerecht wird.

Was die Initiative fordert, sollte eigentlich selbstverständlich sein: keine Massentierhaltung. Dabei wird "Massentierhaltung" klar definiert als eine technisierte Tierhaltung in Grossbetrieben, bei der das Tierwohl systematisch – systematisch! – verletzt wird. Damit wird nichts Unmögliches gefordert, im Gegenteil: Viele Betriebe erfüllen diese Anforderung bereits heute. Dank einer Übergangsfrist von 25 Jahren ist es auch für die Betriebe, die das noch nicht erfüllen, kein Problem, den Strukturwandel zu vollziehen.

Wenn man von Massentierhaltung spricht, denken viele, es gebe in der Schweiz gar keine Massentierhaltung. Das hat natürlich mit der Werbung zu tun. Es wurde oft erwähnt, dass die Werbung, die gemacht wird, alle Anforderungen dieser Initiative erfüllt. Das Problem ist eben, dass die Massentierhaltung in der Werbung nicht gezeigt wird – und wir haben auch in der Schweiz Massentierhaltung.

Es geht nicht nur um die Bewerbung von Schweizer Fleisch, obwohl es auch diese Werbung ist, die dazu führt, dass das RAUS-Label weniger nachgefragt wird: Wenn man natürlich in der Werbung so tut, als ob alles okay sei, fragt sich der Konsument, wieso er dann noch ein Zusatzlabel braucht. Von dem her ist diese Werbung irreführend. Bei der Initiative geht es darum, die Diskrepanz zwischen Realität und Werbung zu reduzieren.

Nehmen wir die Werbung der Migros mit dem Huhn, das glücklich durch die halbe Schweiz läuft und dann ein Ei legt. Leider ist es so, dass 90 Prozent der Masthühner nicht hinauskönnen. Wir haben es mit Hühnern zu tun, die in Ställen mit über 2000 Artgenossen leben. Zuweilen leben bis zu 27 000 Hühner in einem Stall auf kleinstem Raum und treiben sich gegenseitig in den Wahnsinn. Das ist eine systematische Verletzung des Tierwohls, die wir auch bei gewissen Schweinen und Rindern haben.

Herr Ritter, Sie haben gesagt, wenn wir diese Tiere hinauslassen würden, dann würde das zu Geruchsimmissionen für die Nachbarn führen, dann würde es stinken. Ich glaube, wir müssen hier gewisse Überlegungen anstellen. Ich verstehe, dass das für die Nase vielleicht nicht so angenehm ist. Es stellt sich aber die Frage nach dem Tierwohl. Wenn man die Tiere nicht hinauslässt, weil es stinkt, dann ist das Tierwohl verletzt, weil sie eben nie rausgehen können. Hier braucht es halt ein Umdenken. Man muss sich fragen, ob es Sinn macht, Tiere zu halten, die man gar nicht hinauslassen kann, weil das sonst zu Geruchsimmissionen führt.





Hier braucht es ein Umdenken. Viele Betriebe zeigen, dass das möglich ist.

Ein weiteres gutes Argument für die Initiative und gegen den Gegenentwurf des Bundesrates ist, dass der Import geregelt wird, dass also gesagt wird, auch der Import müsse diese Anforderungen erfüllen. Es ist möglich, das gegenüber der WTO durchzusetzen, denn die WTO sagt einfach, es brauche eine Gleichbehandlung von Produkten. Man darf nicht für den Import etwas verlangen, was man in der Schweiz nicht verlangt. Von dem her ist das ein durchdachter, guter Ansatz.

Im Sinne eines Lebens vor dem Schnitzel, eines Lebens vor dem Poulet, eines Lebens vor dem "Zürigschnätzlets" und für die Tiere, für mehr Tierwürde und Tierwohl bitte ich Sie, diese Initiative zu unterstützen.

Aebi Andreas (V, BE): Ich finde es sehr nett, Herr Girod, dass Sie meine Frage zulassen, sodass wir im gegenseitigen Austausch bleiben können.

Herr Girod, Sie sprechen von systematischer Verletzung des Tierwohls. Das ist doch ein Unwort, und das ist nicht korrekt gegenüber den schweizerischen Bauernfamilien. Wir haben das strengste Tierschutzgesetz, und wir sind in einem Rechtsstaat. Bringen Sie mir Beispiele!

Girod Bastien (G, ZH): Ich habe ein Beispiel erwähnt. Wenn man auf kleinstem Raum 27 Hühner auf einer Farm hält, ist das nicht tiergerecht. Das ist auch der Grund, wieso der Biostandard so etwas nicht erlaubt. Es gibt viele Bauernfamilien – in diesem Punkt bin ich mit Ihnen einverstanden, die sehe ich auch –, die auf das Tierwohl achten. Sie sind von Initiative und Gegenentwurf auch nicht betroffen. Aber hier geht es um die industrielle Tierproduktion, die diese Anforderung teilweise leider nicht erfüllt und tatsächlich systematisch die Tierwürde verletzt – sonst hätten sie kein Problem mit dem Initiativtext.

Ritter Markus (M-E, SG): Kollege Girod, Sie sind in der UREK. Sie setzen sich für den Landschaftsschutz ein. Sie setzen sich aber auch für diese Initiative ein. Wenn diese Initiative umgesetzt wird, müssen wir, wenn wir die Eier und die Poulets weiterhin in der Schweiz produzieren wollen, 1600 neue Hühnerställe und 20 000 neue Pouletställe bauen. Wollen Sie denn jetzt die Landschaft komplett zersiedeln?

Girod Bastien (G, ZH): Ich denke tatsächlich, dass wir die Tierwürde und das Tierwohl nicht der Raumplanung unterordnen können. Weil wir eine schöne Landschaft wollen, pferchen wir die Hühner in kleinste Räume? Das kann es nicht sein! Ich möchte aber auch auf die Übergangsfrist von 25 Jahren hinweisen. Herr Ritter, in 25 Jahren wird es keine Konsumenten mehr geben, die solches Poulet nachfragen. Insofern ist es auch ein gewisser Selbstschutz, dass wir heute hier umdenken.

Huber Alois (V, AG): Herr Girod, Sie haben gesagt, dass die Hühner auf engstem Raum wohnen. Sind Sie sich bewusst, dass die Hühner nach den Tierschutzvorschriften genau gleich viel Platz haben, ob sie nun in einem Hühnerstall mit 2000 oder in einem Hühnerstall mit 500 Hühnern leben?

AB 2021 N 2610 / BO 2021 N 2610

Girod Bastien (G, ZH): Das ist ein Punkt, den man sicher auch anschauen kann, also, ob sie auch in einem Stall mit 2000 Tieren zu wenig Platz haben. Wir gehen jetzt mit der Initiative nicht so weit. Es ging darum, einen heute praktizierten Standard zu haben. Die Initiative richtet sich nicht grundsätzlich gegen die Tierhaltung. Deshalb gibt es auch die Referenz auf diesen Biostandard, der das so auslegt. Es ist halt immer ein Abwägen, und ich denke, dass die Abwägung dort gut gelungen ist.

Rüegger Monika (V, OW): Herr Girod, Sie haben vorhin von Immissionen gesprochen, die unerträglich seien. Finden Sie es richtig, dass Bauern, die über Generationen einen Hof betrieben haben, dass solche Betriebe, solche Bauernfamilien enteignet werden, dass sie ihren Bauernbetrieb aufgeben müssen, wie Sie das vorhin erwähnt haben, nur weil zum Beispiel Städter das Gefühl haben, sie müssten aufs Land ziehen und könnten den Geruch dieser Kühe nicht ertragen?

Girod Bastien (G, ZH): Ich denke, Sie haben mich falsch verstanden. Ich habe auf die Geruchsmissionen hingewiesen, weil Herr Ritter sagte, dass es zu Geruchsmissionen führen würde, wenn man zum Beispiel die Mastrinder oder die Schweine hinauslassen würde, und deshalb könne man das nicht machen. Mein Punkt war vielmehr, dass Geruchsmissionen doch kein Argument sein können, um die Tierwürde systematisch zu verletzen.

Haab Martin (V, ZH): Herr Kollege Girod, Sie haben vorhin erwähnt, dass es nicht angehe, Tierwohl und Raumplanung gegeneinander auszuspielen, und dass das Tierwohl einen höheren Stellenwert habe. Sind Sie bereit,



sich nach Annahme der Initiative dafür einzusetzen, dass das Bauen von Ställen in der Landwirtschaftszone wesentlich einfacher wird?

Girod Bastien (G, ZH): Wenn die Initiative angenommen wird, müssen wir auch schauen, dass wir dem Tierwohl entsprechende Ställe bauen können. Vielleicht nochmals der Hinweis: Es gibt einen Wandel in der Gesellschaft. Ich gehe davon aus, dass die Nachfrage nach Poulets, wie wir sie heute sehen, vielleicht in 25 Jahren nicht mehr auf diesem Level sein wird. Insofern ist eine Rechnung, bei der man eins zu eins mit einer konstanten Nachfrage rechnet, vielleicht auch nicht die richtige.

von Siebenthal Erich (V, BE): Kollege Girod, mit dieser Initiative werden auch die Rindviehzahlen massiv zurückgehen. Die Alpwirtschaft ist auf Tiere angewiesen, sonst können wir die Bewirtschaftung nicht mehr sicherstellen. Die Vergandung und Verbuschung wird enorm zunehmen. Wie wollen Sie denn diesen Bereich handhaben und letztendlich dafür sorgen, dass es nicht so weit kommt?

Girod Bastien (G, ZH): Ich teile die Einschätzung nicht, wonach die Rindviehzahlen massiv zurückgehen werden. Die grössten Auswirkungen dieser Initiative wird es bei den Hühnern geben. Dort haben wir die grösste Diskrepanz zu den Anforderungen der Initiative.

Nicolet Jacques (V, VD): A l'annonce des débats sur cette initiative, je m'attendais à ce qu'ils soient nourris, mais corrects. Si je peux saluer certains orateurs qui ont su s'exprimer sans agresser le monde paysan, je ne peux m'empêcher de relever d'autres interventions extrêmement méprisantes et sans fondement à l'endroit des agriculteurs de ce pays. Bien tristes sont les personnes qui peuvent traiter de la sorte une corporation qui se lève tôt chaque jour pour aller travailler durement et remplir vos assiettes trois fois par jour avec des denrées alimentaires de qualité et de proximité, confectionnées avec soin par de nombreux artisans du secteur agroalimentaire de proximité, tout autant méritants que nous. Si ma carapace de parlementaire me permet d'encaisser certains propos, mon coeur de paysan a été sincèrement blessé par certaines interventions faisant passer les éleveurs pour des bourreaux sans coeur, juste bons à maltraiter les animaux.

Je déclare mes intérêts: je collabore avec mon fils à la conduite de notre ferme familiale dans le Jura vaudois. Nous élevons des vaches laitières et de la volaille d'engraissement et pratiquons notre métier avec passion depuis bientôt quatre générations. Je peux vous assurer que nous aimons notre métier et nos animaux. Notre entreprise génère trois à quatre emplois fixes et nous formons un apprenti par année. Nous n'avons rien d'un élevage de masse ou d'un élevage industriel. Quand bien même, notre type d'élevage serait impacté par l'initiative.

Alors que notre pays possède l'un des niveaux de bien-être animal les plus élevés au monde, cette initiative impacterait de très nombreux éleveurs pratiquant leur activité dans le plus grand respect des animaux. En témoigne l'engouement pour de nombreux programmes volontaires et autres labels visant à renforcer le bien-être animal. Bien des exploitations agricoles devraient réduire ainsi la taille de leur élevage, pour lequel elles ont investi dans des infrastructures modernes et fonctionnelles afin d'améliorer le confort des animaux et répondre aux régulières demandes de diversification qui nous sont adressées.

L'initiative prêterait également le secteur agroalimentaire de proximité et les nombreuses personnes travaillant à assurer une bonne traçabilité et de bonnes méthodes de production dans ce secteur. Des emplois seraient menacés.

Il est important de rappeler qu'en Suisse les élevages sont liés obligatoirement aux exploitations agricoles, ce qui implique de disposer, au travers d'un bilan de fumure, de surfaces agricoles en suffisance pour une utilisation adaptée des engrais de ferme.

En ce qui concerne les poulets notamment, la production suisse couvre 65 pour cent des besoins du pays avec un millier d'éleveurs qui détiennent 7000 à 8000 poulets, ce qui est nettement moins que dans des pays où l'élevage de poulets peut atteindre plusieurs centaines de milliers de poulets par exploitation.

Elevés dans des halles confortables et modernes qui sont nettoyées et désinfectées après chaque série, les poulets disposent de surfaces en suffisance tant à l'intérieur qu'à l'extérieur, où un parcours les protège de tous contacts avec les oiseaux sauvages. Les poulets sont alimentés avec des céréales et du maïs ainsi que du tourteau de soja issu de l'extraction d'huile garanti sans organisme génétiquement modifié. Le poulet est par ailleurs un animal valorisant très bien la nourriture de base.

En Suisse, chaque habitant consomme environ 14 kilogrammes de viande de volaille et la part de marché est toujours grandissante dans ce secteur, démontrant l'attachement des consommateurs suisses à la viande suisse.

Je prends brièvement l'exemple de la production d'oeufs. Là également, depuis 30 ans, la Suisse fait office de



pionnier, puisque nous avons interdit la détention de poules en batterie. Par ailleurs, je rappelle que dans le monde neuf pondeuses sur dix sont détenues dans des batteries. 3,4 millions de pondeuses sont détenues en Suisse pour une consommation de grosso modo 190 oeufs par année par consommateur.

Si je prends l'exemple de la production porcine, 5600 éleveurs détiennent des porcs dans notre pays. Ce qu'il faut savoir, c'est que non seulement la détention de porcs permet la consommation de sous-produits tels que le petit lait ou les issues de meunerie, mais énormément d'exploitations faisant de la production de porcs et de volailles sont impliquées dans la production de biogaz; cela permet la création et la valorisation d'électricité, de gaz et de chaleur.

La démonstration vous est faite: il n'y a pas d'élevage de masse en Suisse, mais bien des structures d'élevage intégrées, familiales et actives pour le bien-être de la population.

Je vous invite donc à recommander le rejet de l'initiative et à rejeter le contre-projet, de même que toutes les minorités présentées.

Müller Leo (M-E, LU): Mit der Volksinitiative wollen die Initianten die Massentierhaltung in der Schweiz verbieten. Ich frage mich, ob die Initianten nicht festgestellt haben, dass wir in der Schweiz ja gar keine Massentierhaltung haben. Die

AB 2021 N 2611 / BO 2021 N 2611

Höchstgrenzen, die in der Schweiz festgelegt sind, liegen wesentlich unter den heutigen Betriebsgrössen in den umliegenden Ländern.

Die Schweizer Landwirtschaft basiert auf Familienbetrieben. Hier haben wir viel kleinere Betriebe. So ist der durchschnittliche deutsche Betrieb dreimal grösser als der durchschnittliche Schweizer Betrieb. Zum Vergleich: In Deutschland leben 77 Prozent der Masthühner in Betrieben mit mehr als 50 000 Tieren. In der Schweiz gibt es gar keine solch grossen Betriebe, weil das gar nie zugelassen wurde. Ein zweiter Vergleich: 75 Prozent der Rinder in Deutschland leben in Betrieben mit über 100 Tieren. In der Schweiz sind das weniger als 1 Prozent. Mit diesen Vergleichen will ich darauf hinweisen, dass in der Schweiz schon seit Langem darauf geachtet wird, keine Massentierhaltung entstehen zu lassen. Zudem werden die Tiere in der Schweiz tierfreundlich gehalten. Wenn ich mir solche Voten wie schon dasjenige des Vorredners anhöre, stelle ich fest, es wird gar nicht realisiert, dass die Tiere genau gleich viel Platz haben müssen, ob sie nun in grösseren oder in kleineren Betrieben gehalten werden. Es wird immer suggeriert, in Grossbetrieben hätten die Tiere weniger Platz als in Kleinbetrieben. Das stimmt einfach nicht! Ich bitte Sie, das zur Kenntnis zu nehmen.

Aus diesen Gründen ist diese Initiative abzulehnen, ebenso auch, weil eine privatrechtliche Richtlinie in die Verfassung aufgenommen werden soll. Das ist nicht verfassungswürdig.

Dann gibt es den direkten Gegenvorschlag des Bundesrates. Auch dieser direkte Gegenvorschlag löst kein Problem. Entgegen dem Titel der Initiative geht es im Gegenvorschlag nur um Haltungsformen und nicht um Grossbetriebe. Der Gegenvorschlag steht den Forderungen, die an die Landwirtschaft gestellt werden, diametral entgegen. Sie wissen ja, dass die Landwirtschaft aufgefordert ist, die Ammoniakbelastung um 20 Prozent zu senken. Mit dem Gegenvorschlag würde genau das Gegenteil bewirkt, nämlich, dass die Ammoniakbelastung um über 2 Prozent ansteigen würde. Das ist der eine Widerspruch. Der zweite Widerspruch besteht darin, dass Tausende von neuen Ställen gebaut werden müssten, um den Anforderungen zu genügen. Das würde dem Raumplanungsgesetz klar widersprechen. Sie wissen ja, wie schwierig es ist, ausserhalb der Bauzone neue Gebäude zu erstellen. Damit würden wir bewirken, dass genau das passiert.

Ein weiterer gravierender Mangel des Gegenvorschlags besteht darin, dass an die Produktion im Inland wesentlich höhere Anforderungen gestellt würden, während an den Import keine weiteren Anforderungen gestellt würden. Das heisst, die Spiesse würden ungleich lang gestaltet: Die Spiesse für die Schweizer Produktion würden verkürzt, jene aus dem Ausland wären um einiges länger. Das geht nicht!

Ich komme zum Schluss: Die effektivste Einflussnahme auf die Tierhaltungsformen erfolgt nicht durch staatliche Eingriffe, sondern über die Kaufentscheide der Konsumierenden. Würden Lebensmittel nicht nur im Ausmass von rund 12 Prozent von Betrieben gekauft, welche die Anforderungen der Initianten erfüllen, würden sich die Tierhaltungsformen unweigerlich in diese Richtung bewegen. Das ist das Entscheidende! Dazu brauchen Sie keinen Stimmzettel, dazu brauchen Sie den entsprechenden Kaufentscheid vor dem Einkaufsregal. Ich bitte Sie, Volk und Ständen die Volksinitiative zur Ablehnung zu empfehlen, auf den direkten Gegenvorschlag nicht einzutreten und auch den Minderheitsantrag auf Rückweisung an die Kommission abzulehnen.

Porchet Léonore (G, VD): Ce débat prend ses racines dans un problème, une réalité: les Suisses mangent trop de viande. La moyenne de consommation de viande en Suisse est de 111 grammes par personne et par



jour. C'est une augmentation de 60 pour cent par rapport au début de ce siècle, alors que les recommandations de l'OMS sont de deux à trois fois par semaine pour cette quantité. Donc, on consomme trop de viande en Suisse, trois fois plus que nécessaire. Et puis, parce que le prix est élevé, parce qu'en Suisse nous avons en effet une production de bonne qualité, on consomme aussi de la viande de mauvaise qualité que l'on paye moins cher, souvent importée, presque toujours produite dans des conditions désastreuses.

Au-delà des questions qui nous occupent aujourd'hui, la surconsommation de viande a des conséquences sur notre santé et notre environnement. Quelques exemples: consommer trop de viande augmente les risques cardiovasculaires, de diabète et d'obésité; la production animale dans des élevages intensifs augmente les risques de résistance aux antibiotiques; en 2014, 48 000 kilogrammes d'antibiotiques ont été utilisés dans les élevages en Suisse, et on a découvert que des bactéries résistantes se répandaient dans les élevages; puis la proximité humaine favorise l'émergence d'épizooties ou de zoonoses; puis, pour notre environnement, l'élevage, représente 85 pour cent des émissions de gaz à effet de serre pour l'agriculture suisse; puis il y a aussi le problème des eaux, notamment des dangers pour nos cours d'eau avec les lisiers et les fumiers; puis la moitié des résidus d'antibiotiques se retrouve dans nos cours d'eau, dans notre eau potable.

Donc, pour répondre à cette demande en quantité et en prix bas, l'élevage doit devenir intensif, au mépris de notre santé, au mépris de notre environnement et au mépris du bien-être animal, car il est tout simplement impossible d'arriver à cette cadence de production pour répondre à la demande en respectant les animaux.

Je suis végétarienne et, lorsque je parle de cela à ma famille – alors que je ne suis vraiment pas prosélyte, mais on me pose souvent des questions, donc j'y réponds volontiers –, on me dit dans mon entourage: "Je sais tout cela, tu as raison. Je devrais manger moins de viande, mais au moins je fais attention à acheter de la viande de qualité."

Parce que, en effet, personne ne veut manger des produits issus d'animaux maltraités. Mais est-ce vraiment possible? En fait, pas vraiment. Vu la quantité de viande consommée en Suisse, nous pouvons être presque certaines et certains que la planchette de l'apéro, la fondue au souper de boîte, les oeufs des pâtes d'une marque de milieu de gamme, le sandwich acheté en vitesse à la gare, la sauce à salade du restaurant ou le fromage des pâtes "alla parmigiana" contiennent à notre insu des produits issus d'animaux maltraités. Il y a en tout cas un grand risque, quand on consomme ces produits-là, d'en acheter.

En tant que consommateurs et consommatrices, nous avons donc très peu de moyens de savoir ce que nous mangeons vraiment et les producteurs et productrices eux-mêmes et elles-mêmes sont piégés par cette situation, par la pression de la grande distribution et par la demande qui augmente, ainsi que par la concurrence déloyale de la production étrangère meilleur marché.

Tout cela a des conséquences sur la souffrance animale. Pour répondre à la demande croissante de viande, le nombre d'animaux d'élevage – poules, bovins, porcs, moutons, chèvres et chevaux – dans l'agriculture a augmenté de près de moitié entre 2000 et 2013. Durant la même période, le nombre d'exploitations agricoles, et c'est regrettable, est passé de 70 000 à 55 000. Qu'est-ce que cela veut dire? Cela veut dire qu'il y a toujours plus d'animaux pour toujours moins d'exploitations agricoles et, donc, que les animaux sont plus nombreux dans les exploitations, ce qui est très mauvais pour leur bien-être.

Qu'est-ce que cela veut dire en chiffres? Cela veut dire que jusqu'à 300 veaux d'engraissement, 1500 porcs d'engraissement ou 18 000 poules pondeuses, voire 27 000 poulets d'engraissement, peuvent être élevés dans une même exploitation. Comment, dans ces situations, les exploitants peuvent-ils tenir compte des besoins individuels de chaque animal? Ce n'est pas possible et c'est bien la définition de l'élevage intensif. Cela entraîne des conditions qui ne sont pas admissibles du point de vue du bien-être animal. Les animaux sont soumis à des contraintes énormes; il y a du cannibalisme, des confrontations entre les animaux et des décès précoces dus aux maladies.

L'initiative vise simplement à arrêter de considérer les animaux comme des marchandises mais bien comme des êtres vivants. C'est pour cela que je vous encourage à soutenir l'initiative et, à défaut, le contre-projet direct du Conseil fédéral.

AB 2021 N 2612 / BO 2021 N 2612

Haab Martin (V, ZH): Frau Porchet, Sie haben von antibiotikaresistenten Keimen gesprochen. Teilen Sie meine Auffassung, dass antibiotikaresistente Keime in Nahrungsmitteln ausschliesslich von Importprodukten stammen?

Porchet Léonore (G, VD): Je m'excuse, je ne vous ai pas très bien entendu. Je répète votre question pour savoir si je l'ai bien comprise: vous me demandez si la résistance antibiotique n'est pas uniquement due à l'exploitation animale – je transforme un peu votre question.





Vous avez raison, il est vrai que l'exploitation animale n'est pas la seule cause de la résistance aux antibiotiques, mais elle est l'une des causes et elle doit être traitée.

Nicolet Jacques (V, VD): Chère collègue Porchet, vous avez évoqué le chiffre de 48 000 kilogrammes d'antibiotiques utilisés. N'aurait-il pas été plus judicieux de votre part de mentionner les derniers chiffres disponibles sur le site de la Confédération, les chiffres pour 2020, qui sont inférieurs de 20 tonnes, puisque l'on est à 29 tonnes d'antibiotiques utilisés?

Porchet Léonore (G, VD): Je suis ravie d'entendre ces nouveaux chiffres, Monsieur Nicolet. En l'occurrence, je pense que quel que soit le nombre de tonnes d'antibiotiques comptabilisées, même s'il y a eu une amélioration, le recours à ces produits est inacceptable, non seulement parce que cela pollue nos cours d'eau, mais aussi parce que cela crée des résistances aux antibiotiques. Je suis ravie que les éleveurs fassent des efforts, mais ce n'est pas suffisant.

Aebi Andreas (V, BE): Frau Porchet, Sie haben gesagt, dass das Tierwohl z. B. bei 18 000 Hühnern oder 300 Kälbern schlechter sei. Ich bin nicht dieser Meinung. Meine Begründung ist: Bei 18 000 Hühnern oder 300 Kälbern sind die Tierbesitzer professionell. Sie haben nicht noch einen Nebenerwerb, weil sie keinen mehr brauchen, und sind so auf 24 Stunden praktisch immer für das Tier da. Können Sie diese Begründung nachvollziehen?

Porchet Léonore (G, VD): Je comprends tout à fait pourquoi vous pensez qu'un traitement professionnel des animaux est meilleur pour la condition animale. Mais je ne peux pas le croire, et non seulement je ne peux pas le croire, mais des enquêtes prouvent – notamment dans des élevages de poulets, mais pas uniquement, on peut aussi aller regarder ce qui s'est passé dans des élevages porcins dans le canton de Vaud – qu'il y a de la maltraitance envers les animaux même en suivant les prescriptions de la loi sur la protection des animaux. Cette maltraitance n'est certainement pas voulue par les éleveurs, mais elle est simplement provoquée par le fait qu'on ne peut pas, dans de si grandes exploitations, se préoccuper du bien-être de chaque individu.

Grin Jean-Pierre (V, VD): Madame Porchet, vous avez parlé des antibiotiques, et je crois que c'est un sujet très important. Savez-vous que dans l'agriculture, ces vingt dernières années, le recours aux antibiotiques a diminué de moitié, alors que les humains ont fait l'inverse et consomment le double d'antibiotiques par rapport à il y a vingt ans? Ne pensez-vous pas que le problème pour les stations d'épuration et en termes de pollution provient plutôt des humains que de l'élevage des animaux?

Porchet Léonore (G, VD): Vous avez absolument raison, Monsieur Grin, c'est un problème. Et, d'ailleurs, peut-être que vous ne le savez pas, mais je milite aux côtés d'organisations qui luttent contre l'utilisation excessive des antibiotiques. Mais cela ne change rien au fait que la réduction de moitié du recours aux antibiotiques dans l'agriculture n'est pas suffisante, parce qu'il y a encore des tonnes de ces produits qui se répandent dans nos eaux, ce qui favorise dangereusement la résistance aux antibiotiques. Or, pourquoi utilise-t-on ces antibiotiques? Parce que l'élevage intensif requiert de rassembler un maximum d'animaux dans un espace donné, et c'est bien là le problème.

Friedl Claudia (S, SG): In der Schweiz werden gemäss einer Studie der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften rund 80 bis 90 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche für die Produktion von Tierprodukten verwendet. Von den rund 400 000 Hektaren Ackerfläche werden 40 bis 60 Prozent für den Futtermittelanbau verwendet. Das reicht aber bei Weitem nicht aus, um alle Nutztiere in der Schweiz zu füttern. Vor allem eiweiss- und energiereiches Kraftfutter wird im grossen Stil importiert. Rund ein Sechstel des Futters kommt aus ausländischem Anbau. Diese Futtermittelproduktion ist schädlich für das Klima und die Biodiversität, weil immer noch Regenwald dafür abgeholzt wird, z. B., um Soja anzubauen. Bei der Haltung grosser Tierherden gibt es einen deutlich höheren Antibiotika-Einsatz. Wir haben gerade in der letzten Beratungsrunde viel über Antibiotika gesprochen. Wir wissen auch, dass heute der Einsatz reduziert wird; das ist gut, aber wir sind leider noch lange nicht am Ende der Entwicklung. Der Antibiotika-Einsatz muss noch weiter sinken.

83 Prozent des landwirtschaftlich genutzten Landes weltweit produzieren 18 Prozent der Kalorien für die Menschheit. Da sehen wir es, da zeigt es sich: Die ganze Menschheit können wir längerfristig nur ernähren, wenn wir unsere Nahrungsmittel zu einem grossen Teil auf pflanzliche Produkte umstellen. Die Initiative geht das Problem an. Es werden nicht nur gute Standards für das Tierwohl gefordert, sondern eben auch weniger Tiere pro Fläche. Weniger und dafür gesündere Tiere mit Auslauf führen zu weniger Antibiotika-Einsatz und einer Reduktion von Kraftfutter und damit geringeren Nährstoffemissionen. Dies vermindert auch die heutigen



negativen Folgen für Boden, Wasser, Klima und Biodiversität.

Dass Handlungsbedarf besteht, hat auch der Bundesrat gezeigt und hat einen direkten Gegenvorschlag präsentiert, der nun aber von der Kommissionsmehrheit abgelehnt wird. Das ist unverständlich, bringt dieser doch deutliche Verbesserungen für die Tiere. Zum einen würden endlich alle Tiere Auslauf und ein Anrecht auf tierfreundliche Unterbringung und Pflege erhalten. Wo das heute bereits der Fall ist, braucht es gar keine Änderung, aber wir wollen, dass möglichst viele, ja alle Betriebe in diese Richtung gehen. Zum andern nimmt der Gegenvorschlag auch die schonende Schlachtung auf – ein wichtiges Thema, das endlich auch umfassend angegangen werden muss. Einzig die Importauflagen nimmt der Bundesrat im direkten Gegenvorschlag nicht auf. Das ist schade. Wir wissen alle, dass der Preisdruck von ausländischem Fleisch aus Billigproduktion zu Lasten des Tierwohls geht. Diese Forderung kann aber mit dem Minderheitsantrag Grossen Jürg auch in den Gegenvorschlag des Bundesrates aufgenommen werden.

Ich unterstütze den direkten Gegenvorschlag des Bundesrates, um den nächsten Schritt bei den Tierhaltungsstandards in der Schweiz zu gehen. Ich unterstütze aber auch den Rückweisungsantrag an die Kommission zur Ausarbeitung eines indirekten Gegenvorschlags auf Gesetzesstufe. Dann könnten die notwendigen Vorgaben für mehr Tierwohl in der Nutztierhaltung direkt erarbeitet werden.

Sollte die Mehrheit dieses Rates keinen Gegenvorschlag beschliessen, werde ich die Initiative unterstützen. Ich bin überzeugt, die Bevölkerung will verbindliche, gute Entwicklungen beim Tierwohl. Die Initiative gibt diesem Prozess 25 Jahre Zeit. Dadurch werden keine Hauruckaktionen notwendig sein, sondern es kann eine gezielte Entwicklung stattfinden.

Dettling Marcel (V, SZ): Frau Kollegin, Sie haben vorhin gesagt, wir müssten in der Schweiz auf pflanzliche Ernährung umstellen. 60 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche sind Grünland, da können wir nichts anderes machen, als Fleisch oder Milch zu produzieren. Wollen Sie denn, dass die Menschen Gras essen, oder wie ist da Ihre Vorstellung?

Friedl Claudia (S, SG): Ich bin ganz klar dafür, dass man das Grasland nutzt. Ich habe aber vorhin auch gesagt, dass auf 60 Prozent der 400 000 Hektaren Ackerfläche Futtermittel angebaut werden. Da müssen wir ansetzen, nicht beim Grasland.

AB 2021 N 2613 / BO 2021 N 2613

Klopfenstein Broggini Delphine (G, GE): J'ai quatre poules et un coq à la maison. Je les ai vu grandir, de l'oeuf à la basse-cour: une belle évolution qui a pris quelques mois. On partage le jardin, on partage le grand air, parfois, même, on partage les repas. C'est évidemment une autre échelle que le sujet qui nous concerne aujourd'hui. Evidemment, on est très loin de l'élevage intensif dont parle l'initiative, mais il n'y aucune raison de traiter nos plus proches animaux différemment de ceux que nous ne connaissons pas. Le respect des animaux doit commencer dès nos premières interactions avec eux.

En Suisse, justement, 43 pour cent des volailles vivent dans plus de 200 exploitations, ce qui signifie que ces exploitations peuvent accueillir jusqu'à 12 000 poules. Ces mêmes poules, destinées à être engraisées, disposent de peu de place. On parle même parfois d'un espace pas plus grand qu'une feuille A4, et leur durée de vie est réduite. Ces poulets subissent une croissance accélérée et passent de bébés poussins à grosses poules en moins d'un mois. Ils ne sont plus capables de tenir sur leurs pattes ni même de voler. Leur santé n'a plus rien de naturel et est mise à rude épreuve. Deux à quatre pour cent de ces animaux meurent dans des halles d'engraissement. Leur corps ne supporte plus leur poids surdimensionné.

Dans ces immenses poulaillers, les bactéries se multiplient et l'utilisation d'antibiotiques et de médicaments est essentielle tout simplement pour maintenir ces volailles vivantes.

Il faut que notre société cesse de générer des profits au détriment des animaux, des humains et de l'environnement. L'élevage industriel doit cesser. Il maltraite les animaux au nom de la rentabilité. Il faut dès lors soutenir l'initiative. Les animaux ne sont pas des choses, ni des variables d'ajustement.

L'initiative vise à interdire l'élevage intensif et à introduire dans la Constitution la notion importante de dignité des animaux dans les élevages agricoles. Dignité des animaux: rien de plus, rien de moins. Les initiates et initiants le disent sans détour: l'initiative "ouvre la voie vers la consommation consciente de produits animaux produits de façon responsable – pour le bien des animaux, des humains et de l'environnement. Pour une agriculture suisse qui ménage les ressources et s'engage pour une production respectueuse des animaux et proche de la nature".

Oui, chaque animal doit disposer de suffisamment d'espace pour se déplacer librement, en plein air, et avoir des contacts sociaux. Cela doit être le cas en Suisse, mais aussi à l'étranger. Ainsi, l'initiative demande une





réglementation des importations de produits animaux qui tiennent compte de ces nouvelles normes suisses. Les agriculteurs et agricultrices suisses ne doivent pas être lésés par l'importation d'aliments issus de production intensive à l'étranger. Il en va de la dignité des animaux; rien de plus, rien de moins.

L'alimentation des Suisses a considérablement changé ces dernières années. Nous devons accompagner ces changements par un cadre légal plus ambitieux. La consommation de viande doit devenir plus raisonnée, doit même quitter nos assiettes; elle doit être plus locale et plus végétarienne. Il en va ainsi parce que ces changements favorisent le bien-être et le respect animal, mais également parce qu'ils sont favorables au climat. Je vous invite donc à accepter cette initiative.

Nicolet Jacques (V, VD): Chère collègue, lorsque j'étais enfant, j'avais aussi quatre poules, mais quatre poules ne permettent pas de nourrir la population. Vous avez évoqué l'utilisation abusive d'antibiotiques dans les halles d'engraissement. Or, je suis détenteur d'une halle d'engraissement et je connais parfaitement la législation en vigueur et la réglementation sur l'utilisation ponctuelle d'antibiotiques sous contrôle vétérinaire. Pouvez-vous me confirmer votre affirmation? Parce qu'elle est très grave.

Klopfenstein Broggini Delphine (G, GE): Oui, mes sources sont sensées. Je peux vous dire très précisément que, même si on commence un élevage avec quatre poules, pour reprendre le début de votre question, et qu'on finit avec plus de poules, ce que l'on pointe ici très clairement, ce sont les 200 exploitations en Suisse qui recueillent 43 pour cent des poules en Suisse. Ce sont donc peu d'exploitations, mais qui concernent énormément de poules, qui vivent de fait dans des conditions difficiles. Si aujourd'hui on ajustait notre consommation de viande, on pourrait aussi modifier la taille de ces exploitations et donc travailler, notamment, sur l'alimentation de ces poules et s'émanciper de plus en plus des antibiotiques.

Aebi Andreas (V, BE): Geschätzte Frau Klopfenstein Broggini, auch ich habe mit einem Hahn und etwa fünf Hühnern angefangen, aber ich habe gemerkt, dass ich davon nicht leben kann. Meine Frage an Sie: Wo fängt die Massentierhaltung an, und wo hört die Rentabilität auf?

Klopfenstein Broggini Delphine (G, GE): La question qui revient toujours est celle de la quantité. A un moment donné, dans des halles d'engraissement avec autant d'animaux, on se retrouve de fait confronté à des situations extrêmement difficiles quant au respect de la dignité de l'animal, au fait de lui donner un cadre de vie qui soit suffisamment grand et lui offre une liberté de déplacement. De plus, il y a l'utilisation systématique d'antibiotiques.

Binder-Keller Marianne (M-E, AG): Wir beschäftigen uns einmal mehr mit einer Vorlage im Landwirtschaftsbereich. Es ist ein Zeichen dafür, dass uns die nachhaltige Produktion, die Biodiversität, der Schutz der Landschaft und, wie im vorliegenden Fall, das Tierwohl wichtig sind. Die Diskussion ist auch eine Chance für unsere einheimische Landwirtschaft, eine Chance nämlich, aufzuzeigen, was im Tierschutzbereich bereits getan wird und wurde. Denn wie mehrmals gesagt wurde, haben wir eines der strengsten Tierschutzgesetze weltweit mit einem funktionierenden Kontrollsystem der Ställe samt Sanktionen bei Missständen, Anreizprogrammen für besonders tierfreundliche Ställe, Auslauf im Freien und vor allem besonders tierfreundlichen Label-Angeboten. Es ist jede Konsumentin und jeder Konsument frei, diese Label-Produkte auch zu kaufen und halt ein bisschen mehr zu bezahlen. Leider, und das muss man auch sagen, ist das Angebot dieser Labels grösser als die Nachfrage. In einem gewissen Sinne ist das Label-Food-Waste.

Spricht man von Massentierhaltung, haben wir schreckliche Bilder vor Augen. Ich erspare sie uns. Gemäss den Initianten der Massentierhaltungs-Initiative geht es in der Schweiz um Grossbetriebe, bei denen das Tierwohl systematisch verletzt würde. Zu sagen ist, dass der Kanton Aargau von dieser Initiative besonders betroffen wäre. Jedes zehnte Ei, das in der Schweiz gegessen wird, stammt aus unserem Kanton. Also muss es eine Aargauerin interessieren, wie die Tiere gehalten werden. Ich habe mir deshalb drei Betriebe in meinem Kanton angeschaut, im Vorfeld der Debatte im Besonderen einen, der angeblich solche Tierwohlverletzungen von Legehennen systematisch betreiben würde.

Auf diesem Hof waren 14 000 Hühner in verschiedenen grossen Ställen, also nicht Hunderttausende wie im Ausland. Ich war beeindruckt von der Professionalität dieses Familienbetriebs und der Art, wie man mit den Tieren umgeht. Da wurde also an die Türe geklopft, gewartet, dann die Türe langsam geöffnet, und die Hühner kamen auf uns zu, als würden sie die Türe selber öffnen. Ich glaube, man spürt, wenn man in so einem Stall ist, ob es den Tieren wohl ist oder nicht. Hühner sind Herdentiere; solange sie genügend Platz haben, spielt die Anzahl eine kleinere Rolle. Denn wenn es ihnen wohl ist, dann legen sie Eier, wenn sie gestresst sind, weniger. Da rede ich aus Erfahrung, wir hatten früher in unserem Bauernhaus selber Hühner, die wir dann



sogar noch ins Rentenalter begleiteten. Welcher Bauer hat also ein Interesse an gestressten Tieren? Wieso soll er sie quälen?

Nochmals, jedes zehnte Ei stammt aus unserem Kanton. 65 Prozent der Eier stammen aus Betrieben mit mehr als 4000 Hühnern. Diese Betriebe dürften in den kommenden 25 Jahren nichts mehr investieren, bzw. sie müssten den Betrieb auf die neue Maximalgrenze von 4000 Hühnern reduzieren. Im Gegenzug bräuchte es 1600 neue Ställe, um die gleichen Eiermengen zu produzieren. Dass diese bewilligt würden, ist

AB 2021 N 2614 / BO 2021 N 2614

kaum realistisch. Realistisch ist, dass Schweizer Eier durch Importeier ersetzt würden. Ob diese dann unter den gleichen Bedingungen produziert würden, ist mehr als fraglich. Diese kleineren Betriebe hätten zudem kaum die Möglichkeit, in umwelttechnische Einrichtungen wie etwa einen Luftwäscher zu investieren. Die Ammoniakemissionen würden dadurch gefördert.

Ich bitte Sie, lehnen Sie diese Initiative sowie den Gegenvorschlag ab, der vor allem den Fehler hat, dass er die Importe nicht berücksichtigt.

Ich möchte es nicht versäumen, auch zuhänden der Bäuerinnen und Bauern noch darauf hinzuweisen, dass sich aus unserer Fraktion 20 Vertreterinnen und Vertreter zu Wort gemeldet haben. Sie können dies klar als Ausdruck der Wertschätzung gegenüber den Bemühungen der Landwirtschaft im Dienste des Tierwohls und der Nachhaltigkeit deuten. Verbunden ist dieser Hinweis mit der Bitte – und wir zählen darauf –, dass sie das auch weiterhin tun.

Huber Alois (V, AG): Um es vorwegzunehmen: Ich möchte Ihnen mitteilen, dass ich seit beinahe 25 Jahren als selbstständiger Landwirt nach den Richtlinien von Bio Suisse produziere. Neben dem Ackerbau halten wir in unserem Betrieb 70 Milchkühe, 100 Mastschweine, Schafe zur Fleischproduktion und Legehennen. Ich habe also sicher keinen Kleinbetrieb, aber ich habe auch keine Massentierhaltung bei mir zuhause. Ich könnte also sagen: Ich kann beruhigt sein, die Massentierhaltungs-Initiative betrifft mich nicht, ebenso wenig wie der Gegeneinwurf und der Minderheitsantrag Baumann.

Im Text der Massentierhaltungs-Initiative steht aber bei Artikel 197 Ziffer 13 Absatz 2: "Die Ausführungsgebung muss bezüglich Würde des Tiers Anforderungen festlegen, die mindestens den Anforderungen der Bio-Suisse-Richtlinien 2018 entsprechen." Als Knospe-Produzent akzeptiere und arbeite ich nach diesen Richtlinien und stelle sie auch nicht infrage. Es ist jedoch falsch, Richtlinien einer bäuerlichen Organisation in die Bundesverfassung zu schreiben.

Für mich als Bioproduzent ist beunruhigend, dass die Richtlinien von Bio Suisse bei einer Annahme der Initiative stark verschärft würden, da wir ein Premiumprodukt herstellen und sich dieses von den anderen Produkten klar abheben muss. So wurde auch in der Vergangenheit immer postwendend eine Verschärfung der Richtlinien vorgenommen, wenn sich eine Produktionsart den Anforderungen von Bio Suisse annäherte. Bereits heute ist die Mastschweinehaltung in den Biobetrieben durch die verschärften Richtlinien nicht mehr kostendeckend. Auch ist der Marktanteil von Bioschweinefleisch mit 1,8 Prozent sehr klein, da die Konsumenten nicht bereit sind, die hohen Preise im Laden zu zahlen. Wie soll es denn aussehen, wenn alle nach diesen Richtlinien produzieren?

Das heisst jedoch nicht, dass wir unsere Tiere auf unseren Höfen nicht artgerecht halten. Es ist klar erwiesen, dass nicht die Grösse der Tierbestände hauptsächlich für das Wohl der Tiere verantwortlich ist, sondern die Haltung und Betreuung der Tiere. Kollegin Binder hat vorhin gesagt, dass sie in solchen Betrieben anwesend gewesen sei. Ich kann Ihnen versichern, in Grossbetrieben sind heute nur ausgewiesene Fachleute für die Tiere und für ihr Wohl verantwortlich. Anders würden die Betriebe nicht rentieren und müssten ihre Tore schliessen.

In der Debatte von gestern und heute habe ich sehr viel über die Würde der Tiere gehört. Ich habe aber nichts über die Würde des Bauern gehört. Im Text der Initiative heisst es nämlich, die Arbeitsplätze würden nicht verloren gehen, da es ja mit Einstreuen und Auslauf mehr Arbeit geben werde. Was heisst das jetzt? Der Bauer soll noch mehr arbeiten, obwohl er weniger Tiere halten kann und dadurch auch weniger verdient? Ich frage mich: Wo ist denn hier die Würde des Bauern?

Auch wird immer gesagt: für die Umwelt. Sind Sie sich bewusst, wenn nur noch die Hälfte der Tiere produziert würde – und das will ja eigentlich die Initiative –, dass dann für den Transport in den Schlachthof trotzdem mindestens viermal mehr Fahrzeuge gebraucht würden? Ist da noch ein umweltgerechtes Denken vorhanden? Auch habe ich gehört, dass viel Regenwald für die Produktion von Soja abgeholzt werde. Wissen Sie, dass die Soja, die in die Schweiz geliefert wird, vor allem aus dem Donaudelta kommt und nicht aus dem Regenwald, weil diese Soja in der Regel mit gentechnisch veränderten Pflanzenprodukten verschmutzt ist?



Ich halte also fest: Ich und auch meine Kollegen lehnen die Initiative, den Gegenvorschlag und auch den Minderheitsantrag Baumann für einen indirekten Gegenvorschlag ab.

Pasquier-Eichenberger Isabelle (G, GE): J'aimerais partager avec vous une scène particulièrement marquante du documentaire "Animal". Le réalisateur Cyril Dion y questionne notre approche utilitariste du vivant. Le film nous emmène dans un élevage de lapins. Des milliers de lapins, enfermés dans des cages, engraisés, traités comme des choses sans aucun respect pour leurs besoins, ni leur vie, ni leur dignité. Les deux jeunes protagonistes du film s'indignent. Personne ne peut vouloir infliger de telles souffrances pour assouvir ses besoins. Loin d'être manichéen, le film s'intéresse ensuite à l'éleveur et nous fait comprendre que lui-même n'est guère mieux traité que ses lapins par l'industrie agroalimentaire et les banques qui le tiennent par la gorge. Cette scène se passe en France et je suis tout à fait consciente que la Suisse a été la première à interdire l'élevage en cage ou en batterie. Mais la Suisse n'a jamais interdit l'importation de ces produits dont la consommation reste une réalité, à l'abri bien souvent de toute déclaration, cachés dans les produits industriels et transformés.

Si produire à moindre coût pouvait s'expliquer les siècles passés, aujourd'hui, on mesure combien cette approche est néfaste, dangereuse, climaticide. Néfaste pour notre santé, car la population suisse mange beaucoup trop de viande, un kilo par personne et par semaine, alors que la consommation recommandée pour notre santé, c'est 200 à 300 grammes. Manger moins de viande et consommer des produits labellisés bios est bénéfique pour notre porte-monnaie selon une enquête de la FRC. Dangereuse pour la santé publique, car les conditions d'élevage intensif impliquant une plus forte concentration d'animaux et la recherche de performance engendrent une consommation encore trop importante d'antibiotiques, participant au développement de bactéries multirésistantes. Climaticide, car l'essentiel des émissions de gaz à effet de serre de notre agriculture sont imputables à la production animale. L'intensification nécessite des céréales et des légumineuses participant à la destruction de la forêt amazonienne et à la pollution des sols et des eaux. Ainsi, il faut absolument changer de paradigme.

Je soutiens cette initiative contre l'élevage intensif pour sa cohérence. Elle donne 25 ans à la Confédération pour mettre en place des conditions de détention qui respectent la dignité des animaux et veillent à ce que les produits importés soient soumis aux mêmes exigences.

Je soutiens cette initiative, car la population est sensible aux questions liées au bien-être animal. Cela explique qu'elle privilégie la provenance suisse pour les produits indigènes. Elle s'attend à ce qu'il en aille de même pour tous les animaux, y compris ceux qui se trouvent dans les halles d'engraissement.

Je soutiens cette initiative, parce qu'il faut changer notre rapport aux animaux d'élevage, parce qu'il est urgent de mettre fin à la surexploitation des ressources et des animaux, parce qu'il faut stopper la surconsommation de viande, qui est néfaste pour la planète et pour notre santé.

Je soutiens enfin cette initiative, car nous devons revoir nos modes de production et de consommation, en y incluant plus de respect, plus de modération, et aussi de la valorisation et du plaisir, tout cela pour envisager un futur viable.

Pour conclure, j'aimerais revenir aux lapins. Si les conditions de détention sont sensiblement meilleures en Suisse, il n'en demeure pas moins que seuls deux pour cent des lapins qui y sont élevés bénéficient des programmes SRPA. C'est-à-dire que seuls deux pour cent des lapines, des lapereaux et des lapins ont un accès à l'extérieur, ont la possibilité de gambader en plein air; deux pour cent seulement. On peut

AB 2021 N 2615 / BO 2021 N 2615

certainement faire mieux, on doit certainement faire mieux: et c'est bien le but de cette initiative.

Glanzmann-Hunkeler Ida (M-E, LU): Ich bin zwar auf einem Bauernhof aufgewachsen, aber ausser dass mein Bruder diesen Hof noch bewirtschaftet, habe ich keine aktiven Verbindungen zur Landwirtschaft mehr, dies, obschon ich im tierintensiven Kanton Luzern lebe. Für unsere Landwirte ist die Landwirtschaft die Existenzgrundlage.

Hier im Rat äussere ich mich ganz besonders als Konsumentin zu dieser Initiative. Als Konsumentin habe ich heute eine Vielfalt von Labels zur Auswahl, zwischen denen ich mich entscheiden kann. Zudem kann ich in meiner Metzgerei vor allem Fleisch aus der Region kaufen. Ich weiss auch als Konsumentin, dass wir heute eine strenge Tierschutzgesetzgebung mit einer Höchstbestandesverordnung zur Tierhaltung haben. Ich frage mich, ob und wie wir bei weiteren Einschränkungen die Produktion von Fleisch und Eiern für die Selbstversorgung der Schweiz gewährleisten können. Den aktuellen Tierbestand mit dem Bau neuer Gebäude zu erhalten, ist bei der restriktiven Haltung gegenüber Neubauten in der Landwirtschaftszone wohl ziemlich



unrealistisch.

Ich habe mich informieren lassen. Man sagte mir, dass schon heute rund 35 Prozent des Verkaufs von Schweinefleisch auf Labels basieren. Die Konsumenten nehmen einen Mehrpreis in Kauf, denn sie haben heute die Wahl. Bei einer Annahme dieser Initiative hätten wir als Konsumentinnen und Konsumenten keine Wahl mehr. Es gäbe ganz einfach nur noch Biofleisch. Das werden sich kaum alle leisten können.

Die Alternative ist dann klar: Es wird Fleisch aus dem Ausland importiert, denn nicht alle Konsumentinnen und Konsumenten werden auf den Fleischkonsum verzichten wollen. Wenn man dann bei diesen Produkten, beim Import an den Bedingungen der Schweizer Produktion festhält, ist dies WTO-widrig. Importe würden also allein aus diesem Grund als Alternative schon mal wegfallen. Eine andere Alternative ist der Einkaufstourismus. Schon heute stehen die Grenzregionen massiv unter Druck, weil viele Leute im nahen Ausland billigere Produkte kaufen. Es kann kaum in unserem Interesse sein, dass wir mit diesen Einschränkungen, die die Initiative fordert, den Einkaufstourismus noch zusätzlich fördern. Für mich stimmt dieser Weg definitiv nicht.

Ich werde auch den Gegenvorschlag ablehnen, denn diese Verschärfung im Gesetz brauchen wir nicht. Das heutige Gesetz ist streng. Wenn es, mit den entsprechenden Kontrollen, richtig umgesetzt wird, dann wird es dem Tierwohl gerecht. Als Konsumentin sehe ich bei dieser Initiative keinen Mehrwert: Meine Auswahl wird eingeschränkt, die Produkte werden für alle Konsumentinnen und Konsumenten verteuert, und zudem wird die Tierhaltung bei unseren regionalen Landwirten eingeschränkt und damit auch ihre Existenz gefährdet.

Ich lehne diese unnötige und konsumenteneinschränkende Initiative und auch den dazu erarbeiteten Gegenvorschlag ab.

Strupler Manuel (V, TG): Obwohl wir hier über die Bedürfnisse der Tiere und ideale Herdengrößen philosophieren können, sollten wir das lieber den Fachpersonen überlassen. Viel wichtiger ist es, das Kleingedruckte und die Nebenwirkungen dieser Initiative auch ausserhalb der Landwirtschaft genauer anzuschauen. 60 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche in der Schweiz – das wurde schon mehrmals erwähnt – sowie die Sömmerungsgebiete sind Grünland. Wie schon zahlreich ausgeführt, kann ein grosser Teil davon nur über die Fütterung von Wiederkäuern für die menschliche Ernährung genutzt werden; eine Produktion von pflanzlichen Nahrungsmitteln ist dort nicht möglich. Zudem würde ohne diese Nutzung durch Tiere die Pflege dieser Flächen vernachlässigt oder unheimlich teuer. Auch zahlreiche Nebenprodukte aus der Nahrungsmittelherstellung könnten ohne Tiere nicht sinnvoll verwertet werden und würden somit zu zusätzlichem Food Waste führen.

Wir können hier also nicht von einer Konkurrenzierung der menschlichen Ernährung oder einer ineffizienten Produktion sprechen, sondern von einer guten Verwertung der vorhandenen Kalorien. Deshalb ist es der falsche Ansatz, mit dieser Initiative einmal mehr die Schweizer Bevölkerung zu bevormunden und ihr den Verzehr von gesundem Schweizer Fleisch immer mehr zu verbieten. Denn wie bei der Trinkwasser-Initiative möchten die Initianten in Wahrheit eigentlich nur unseren persönlichen Speiseplan ändern und vorschreiben, was wir zukünftig zu essen haben.

Die Initiative hätte aber nicht nur grossen Einfluss auf unseren Speiseplan und auf die Schweizer Tierhaltung, es sind auch zahlreiche vor- und nachgelagerte Bereiche stark betroffen. Ich möchte hier die Zulieferbetriebe für die Tierhaltung erwähnen, diese decken das Spektrum von der Baubranche bis hin zu den Futtermittelproduzenten ab. Aber auch die Verarbeitungsbranche – das wurde ebenfalls schon mehrmals erwähnt – würde bei der gewünschten Reduktion der Tierzahlen starke Einbussen erleiden, was auch dort zahlreiche Arbeits- und Ausbildungsplätze kosten würde.

Nicht zuletzt muss aber auch der heute bestehende Markt betrachtet werden. Bereits heute ist das Angebot an Label-Produkten höher als die Nachfrage. Als Beispiel erfüllen 60 Prozent aller Mastschweine die freiwilligen Tierwohlprogramme BTS und RAUS, welche übrigens auch die Initiative fordert. Davon kann aber leider nur die Hälfte entsprechend vermarktet werden. Wir sollten hier ehrlich zu uns selber sein: Die Schweizer Bevölkerung fordert zwar Tierwohl, ist aber nicht bereit, dafür mehr zu bezahlen. Wir sprechen hier nicht von einem Problem der Tierhaltung, sondern müssen von einem gesellschaftlichen Problem sprechen. Gerne haben alle eine heile Welt, aber niemand will sich persönlich einschränken. Dass man bei diesen Träumereien einmal mehr unseren fleissigen Bauernfamilien den schwarzen Peter zuschiebt, finde ich unehrlich und eine Frechheit.

Die Initiative setzt am falschen Ort an und ist nicht zielführend. Sie wird einzig und allein zu mehr Fleischimporten führen. Gerade bei uns im Thurgau als Grenzkanton wird der Einkaufstourismus zunehmen, was übrigens dem ganzen Detailhandel schadet. Zudem haben wir auf die ausländische Produktion weder bezüglich der Haltung noch bezüglich der Verarbeitung oder der langen Transportwege Einfluss. Auch die Tierschutzvorschriften sind in allen Ländern schlechter als in der Schweiz.

Alle, die das nicht wollen, sagen deshalb klar Nein zu dieser radikalen Initiative und zu allen möglichen Ge-

**AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL**

Nationalrat • Wintersession 2021 • Zwölfte Sitzung • 15.12.21 • 08h55 • 21.044
Conseil national • Session d'hiver 2021 • Douzième séance • 15.12.21 • 08h55 • 21.044



genvorschlägen und setzen damit ein Zeichen gegen die grüne Verpolitisierung der Landwirtschaft zu eigenen politischen Zwecken.

*Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu*

*Schluss der Sitzung um 13.00 Uhr
La séance est levée à 13 h 00*

AB 2021 N 2616 / BO 2021 N 2616



21.044

**Keine Massentierhaltung
 in der Schweiz
 (Massentierhaltungs-Initiative).
 Volksinitiative
 und direkter Gegenentwurf**

**Non à l'élevage intensif en Suisse
 (initiative sur l'élevage intensif).
 Initiative populaire
 et contre-projet direct**

Fortsetzung – Suite

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 14.12.21 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 15.12.21 (FORTSETZUNG - SUITE)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 15.12.21 (FORTSETZUNG - SUITE)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 02.03.22 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 18.03.22 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.03.22 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Ryser Franziska (G, SG): Klickt man sich durch Werbung für Schweizer Fleisch, begegnen einem jede Menge glückliche Hühner, Schweine, die sich zufrieden im Dreck suhlen, und Kälber, die neben ihren Müttern auf der Weide stehen. Schön wär's! Die Realität sieht heute leider anders aus. Ein immer grösserer Teil des Fleisches, das in der Schweiz konsumiert wird, stammt aus industrieller Tierproduktion. Die Anzahl der in der Schweiz gehaltenen Nutztiere hat sich in den letzten zwanzig Jahren verdoppelt, während die Anzahl der Landwirtschaftsbetriebe gleichzeitig um einen Fünftel zurückging. Das Resultat: Pro Betrieb werden immer mehr Tiere gehalten.

Die Initiative "Keine Massentierhaltung in der Schweiz" will diese Entwicklung stoppen und stattdessen eine kleinbäuerliche und naturnahere Landwirtschaft stärken. Die Initiative will die Würde des Tieres und höhere Tierschutzanforderungen in der Verfassung verankern. Das heisst, die heutigen Biostandards sollen für alle Betriebe gelten. Die Initiative ist also konsequent, hat aber die Realität der Bäuerinnen und Bauern im Blick, denn für die Umsetzung sieht die Initiative 25 Jahre vor. Das ist mehr als genügend Zeit, um langfristig zu planen und Investitionen, die in den nächsten Jahren getätigt werden, auf die neuen Anforderungen auszurichten. Zudem sollen neue Importbestimmungen den Schweizer Markt und die Schweizer Landwirtinnen und Landwirte vor Preisdumping durch ausländische Produkte schützen.

Die Initiative dient dem Wohl der Tiere, deren Grundbedürfnisse sichergestellt werden, zum Beispiel ein regelmässiger Auslauf und eine angemessene tiermedizinische Versorgung. Aber auch die Fleischkonsumenten und Fleischkonsumentinnen würden davon profitieren, denn heute werden in der Landwirtschaft etwa fünfzig Tonnen Antibiotika eingesetzt. Mit kleineren Herden kann der Einsatz von Medikamenten und damit das Risiko einer Verbreitung antibiotikaresistenter Bakterien deutlich reduziert werden. Schliesslich ist die kleinbäuerliche Landwirtschaft klimafreundlicher. Die intensive Nutztierhaltung in der Schweiz ist hingegen für etwa 12 Prozent der Schweizer Treibhausgasemissionen verantwortlich.

Der Bundesrat hat den grundsätzlichen Handlungsbedarf deshalb auch erkannt. Er schlägt mit einem direkten Gegenentwurf vor, die Würde des Tieres in der Verfassung zu verankern. Doch die Initiative hat es hier im Rat nicht leicht. Die vor allem bürgerlichen Vertreterinnen und Vertreter der Bauern lehnen die Initiative, den direkten Gegenentwurf und einen indirekten Gegenvorschlag ab und verhindern damit eine Verbesserung zugunsten des Klima- und des Tierschutzes.

Die Initiative würde einen Weg hin zu einer tierfreundlichen und ökologisch tragfähigen Produktion eröffnen.





Dank der langen Übergangsfrist von 25 Jahren hätten alle Betriebe genügend Zeit, sich den neuen Gegebenheiten anzupassen. So könnten die Betriebe einfacher zu fairen Preisen und vor allem zum Wohl der Tiere produzieren.

Ritter Markus (M-E, SG): Geschätzte Kollegin Ryser, Sie setzen sich hier für die Rückweisung des Geschäftes ein. Ich möchte Sie etwas fragen. Wir haben die nächste WAK-N-Sitzung am 24./25. Januar, wo wir eine entsprechende parlamentarische Initiative beschliessen könnten. Die WAK-S könnte ihr in der ersten Phase frühestens am 3. Februar Folge geben. Wir könnten dann in der Folge frühestens am 21. oder 22. Februar darüber diskutieren, wie die Vorlage überhaupt aussehen könnte. Am 28. Februar beginnt die Frühjahrssession. Bis dann gibt es noch keine Vorlage, keine Vernehmlassung, keine Zustimmung des Bundesrates, keinen Bericht des Bundesrates. Wie wollen Sie diese Rückweisung gemäss Parlamentsgesetz umsetzen?

Ryser Franziska (G, SG): Vielen Dank, Kollege Ritter. Ich habe in meinem Votum zwar primär für die Initiative gesprochen, aber es ist richtig, wir unterstützen auch eine Rückweisung mit dem Auftrag, einen indirekten Gegenvorschlag auszuarbeiten. Sie wissen aber genauso gut wie ich, dass wir bereits in unserer letzten Sitzung der WAK-N die Gelegenheit gehabt hätten, diesen Prozess anzustossen. Wenn Sie den Zeitplan als nicht realistisch einschätzen, lade ich Sie gerne dazu ein, hier und heute mit der Minderheit den direkten Gegenvorschlag oder, noch besser, direkt die Initiative zu unterstützen. Dann sind wir vom Zeitplan her sicherlich richtig unterwegs.

Siegenthaler Heinz (M-E, BE): Ich gebe meine Interessenbindung bekannt: Ich bin Bauer, aber ich halte keine Tiere mehr.

Die Initiantinnen stellen fest, dass in der Schweiz die Tiere leiden müssen, weil die ganze Bevölkerung zu viel Fleisch isst, welches zu billig ist, also wegen eines falschen Konsumverhaltens der ganzen Bevölkerung. Aber auf wen zielt die Initiative? Auf 3 Prozent der Bevölkerung, nämlich auf die Bauernfamilien. Im Jahrestakt haben wir hier drin Initiativen, die auf die Bauernfamilien zielen, ihnen vorwerfen, was sie alles falsch machen und was man besser machen sollte. Ich finde das eine Geringschätzung meines Berufsstands und wehre mich entschieden dagegen.

Nun, wenn wir jetzt wieder zum Konsumverhalten zurückkehren: Das hat ja etwas mit dem Markt zu tun. Von einem durchschnittlichen Haushalt werden 7 Prozent der Ausgaben für Lebensmittel aufgewendet. Von diesen 7 Prozent erhält der Bauer heute noch 25 Prozent, 1975 waren es noch 55 Prozent gewesen. Sie sehen, es ist ein gewaltiger Preisdruck auf die Bauern entstanden. Wer hat da gewonnen, wer sind die grossen Gewinner? Die Grossverteiler! Und auf wen zielt die Initiative? Auf die Grossverteiler? Nein, wieder auf die Bauern! Auf den Letzten wird einfach eingedroschen.

Wären die Initiantinnen und Initianten ehrlich und mutig, dann würden sie den Handel, Verkauf und Konsum von nicht nach Biolabel-Anforderungen produziertem Fleisch verbieten. Das hätte die grösste Wirkung. Ich mit meinem liberalen Gedankengut würde und könnte das selbstverständlich nicht unterstützen. Wenn man aber als Problem feststellt, dass der Konsum falsch sei, wieso schieisst man dann auf den Produzenten? Dann ist man bitte ehrlich und beschränkt den Konsum und den Handel.

AB 2021 N 2617 / BO 2021 N 2617

Hier drin haben wir oft gehört, dass alle tierfreundlich sein wollen. Das will ich auch! Aber dann kommt eben der Härtetest: Es ist viel einfacher, mit dem Stimmzettel tierfreundlich zu sein, als mit dem Einkaufszettel. Würden wir heute abstimmen, und zwar mit dem Einkaufszettel, dann würde diese Initiative mit 88 Prozent abgelehnt und mit lediglich 12 Prozent angenommen. Die 12 Prozent sind nämlich der Anteil jener Konsumentinnen und Konsumenten, die einen Beitrag zu tierfreundlichem Konsumverhalten leisten.

Wenn Sie für das Tierwohl etwas tun wollen, dann unterstützen Sie die bestehenden Instrumente der Agrarpolitik. Die Programme für besonders tierfreundliche Stallhaltungssysteme (BTS) und für regelmässigen Auslauf im Freien (RAUS) sind sehr erfolgreich; die Zahlen dazu kennen Sie, sie wurden hier im Saal oftmals erwähnt. Die Bauern sind bestrebt, etwas für das Tierwohl zu tun, letztendlich wollen sie aber auch von ihrem Beruf leben können. Folglich brauchen sie Anreize und Unterstützung, nicht Verbote.

Ich bitte Sie, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen und die untauglichen Gegenvorschläge abzulehnen.

Suter Gabriela (S, AG): Herr Kollege, Sie haben den massiven Preisdruck erwähnt, dem die Bauern aufgrund des billigen Importfleisches und des Druckes der Grossverteiler ausgesetzt seien. Finden Sie es aus diesen Gründen denn gerechtfertigt, Abstriche beim Tierwohl zu machen?



Siegenthaler Heinz (M-E, BE): Natürlich finde ich das nicht. Aber ich habe in meinem Votum erklärt, dass man diese Problematik mit Anreizen entschärfen kann. Es ist so: Wer in der Schweiz einen Bauernbetrieb führen will, braucht staatliche Unterstützung. Im internationalen Markt haben wir ansonsten keine Chance. Das wäre ein Weg, das Tierwohl zu verbessern. Es sind 60 bis 70 Prozent der Tiere, die in besonders tierfreundlichen Ställen gehalten werden. Dieses Instrument wirkt viel besser. Solche Instrumente brauchen wir und nicht Verbote.

Grin Jean-Pierre (V, VD): Avec cette nouvelle proposition, les milieux des initiants – l'estomac plein – désirent qu'au lieu de produire en Suisse la viande que nous consommons nous l'importions de l'étranger. Cette nouvelle initiative populaire vise à limiter la production d'oeufs et de viande suisses. Eh bien, voilà encore une atteinte au développement durable de la part des mêmes milieux qui clament haut et fort qu'ils le soutiennent. Demander le standard Bio Suisse 2018 pour tous les animaux péjorerait, d'une part, la production de viande bio et, d'autre part, diminuerait la production de viande suisse en général. Car, pour nourrir notre population, toute la viande produite en Suisse, en circuit court – emballage et distribution –, sera toujours une action concrète en faveur du climat. Importer des poulets de Chine ou d'Amérique du Sud générerait plus d'émissions de CO₂ et des pertes d'emploi pour notre pays. Là aussi, les gestes ne suivent pas les paroles. C'est faire de l'écologie avec des oeillères, en quelque sorte de l'enfumage populaire, si je peux m'exprimer ainsi.

On sait que plus de 800 millions de personnes ne mangent pas à leur faim dans le monde, alors que chez nous, nous sommes rassasiés et que, s'il nous manque quelque chose, notre pouvoir d'achat nous permet d'aller le chercher et l'acheter à l'extérieur et de le prendre ainsi à des populations qui ne mangent pas toujours à leur faim.

On peut clairement affirmer qu'il n'existe pas d'élevage de masse en Suisse. La protection des animaux et le bien-être animal ont énormément évolué ces dernières années et décennies, que ce soit au niveau des bases légales ou grâce aux programmes volontaires. Les améliorations constantes se poursuivront sans cette initiative contre-productive qui prône des interdictions. Les contre-projets direct ou indirect, comme l'initiative d'ailleurs, conduiraient à un renchérissement des productions locales de viande, de lait et notamment de viande de poulet. Cette dernière, qui était un luxe il y a une cinquantaine d'années, est devenue très populaire et à la portée de toutes les bourses aujourd'hui. Alors, désire-t-on la renchérir pour grever les budgets des ménages les moins favorisés?

En outre, toutes les plus-values générées par des labels particuliers seraient anéanties, ce qui grèverait le revenu des agriculteurs et affaiblirait de manière durable notre souveraineté alimentaire. Selon les initiants, la population veut des améliorations du bien-être animal, mais est-elle au courant que d'énormes progrès ont été faits ces vingt dernières années alors que les prix à la production sont restés stables? C'est un défi que l'agriculture suisse a relevé. Demander plus augmentera surtout les prix à la consommation.

Enfin, la consommation d'antibiotiques pour les animaux a diminué de moitié ces vingt dernières années et continue de diminuer, alors que la consommation humaine d'antibiotiques, dans le même laps de temps, a fortement augmenté. Donc, comme vous le constatez, nous n'avons besoin ni de cette initiative ni d'un contre-projet pour assurer le bien-être animal. La profession s'en occupe en permanence. Je terminerai par cet adage: "Le mieux est l'ennemi du bien."

Le groupe UDC est favorable au bien-être animal, mais il estime que la législation actuelle permet d'offrir ce bien-être et le favorise avec des limitations d'effectif, des sorties régulières pour les bovins et des jardins d'hiver pour les sorties permanentes de toutes les volailles.

Je vous invite donc à recommander au peuple et aux cantons de rejeter cette initiative sur l'élevage intensif, à ne pas entrer en matière sur le contre-projet direct et à rejeter la proposition de renvoi à la commission visant à élaborer un contre-projet indirect.

Fiala Doris (RL, ZH): Als 31. Sprecherin werde ich nicht alle gehörten Argumente, welche mir wichtig scheinen, repetieren. Ich bin seit Jahren aktive Tierschützerin. Ich bin nicht Vegetarierin, nicht vegan lebend, ich habe jedoch Respekt vor der Problematik der Massentierhaltung. Spätestens der Film "We Feed the World" von Erwin Wagenhofer aus dem Jahr 2005 hat mich für das Tierwohl politisiert. Ich bin aktives Mitglied im Verein Animal Trust und engagiere mich immer wieder. Der Dokumentarfilm, der ein sehr kritisches Licht auf die zunehmende Massenproduktion von Nahrungsmitteln und die Industrialisierung gerade in der Massentierhaltung wirft, hat mich erschüttert, als Konsumentin beschämt und meine Einstellung geprägt.

Im vorletzten Abschnitt des Dokumentarfilms wird die Geflügelproduktion gezeigt. Ich erspare Ihnen die Details, diese haben Sie heute auch schon oft gehört. Nur so viel: Lebende Küken werden wie eine Ware behandelt. Massentierhaltung, konventionelle Masthallen können sicher nicht das produzieren, was ich als Produkte für



einen halbwegs gesunden Fleischverzehr bezeichnen möchte. Ich setze auf Schweizer Fleisch, Schweizer Geflügel, Schweizer Lebensmittel, möglichst naturnah lebende Tiere. Ausländischer Billigware möchte ich gemeinsam mit Ihnen eine Absage erteilen. Es ist eine Frage der Erkenntnisstufe. Der Einsatz von Antibiotika ist hochproblematisch. Antibiotikaresistenz hat auch damit zu tun, dass wir Menschen den Respekt gegenüber einer vertretbaren Tierhaltung weitgehend verloren haben.

Der Rinderzüchter und Gemeindepräsident Niggli aus Samedan macht es vor: Als Samedanerin – wenn Sie so wollen, freiwillig dort lebend – sehe ich vorbildliche Tierhaltung, Rinder auf der Weide, möglichst kurze Schlachtwege. Das ist für mich vertretbar.

Weniger ist wahrscheinlich auch beim Fleischverzehr angesagt; weniger ist mehr. Die Konsumentinnen und Konsumenten möchte ich motivieren, einheimische Produkte zu konsumieren. Die Grossverteiler, beispielsweise Migros und Coop, haben das doch längst erkannt. Labels wie "Bio" und "Naturaplan" sind eben auch wirtschaftlich interessant. Das hat seinen Preis. Aber für mich gilt, und hoffentlich für viele von Ihnen genauso: Je näher die Produktion ist, desto besser.

Der Bundesrat hat es ebenfalls erkannt, auch das, was er vorschlägt, hat einen Preis. Tierfreundliche Unterbringung und Pflege, regelmässiger Auslauf, schonende Schlachtung – das ist für mich das Mindeste. Mit Antibiotika gefütterte Tiere und Fleischimporte erfordern von uns eine Absage. Und

AB 2021 N 2618 / BO 2021 N 2618

ich wäre glücklich, wenn auch der Bundesrat sein Bekenntnis noch dahingehend ausweiten würde.

Egger Mike (V, SG): Geschätzte Kollegin Fiala, ich habe folgende Frage: Sie haben von einer schonenden Schlachtung gesprochen. Ich bin gelernter Fleischfachmann. Wollen Sie uns damit mitteilen, dass wir heute nicht schonend schlachten? Oder was war Ihre Aussage?

Fiala Doris (RL, ZH): Meine Aussage war, dass die Rinder beispielsweise auf die Weide gehören, dass es möglichst kurze Schlachttransportwege braucht und dass die Tiere so schonend wie möglich getötet werden sollen.

Im Gegensatz zu Ihnen bin ich nicht Expertin auf diesem Gebiet. Ich hoffe aber, dass wir gemeinsam zu einer guten Lösung finden, gerade auch für die Schweizer Bauern.

Zuberbühler David (V, AR): Gemäss den Initianten der vorliegenden Volksinitiative bezeichnet Massentierhaltung eine technisierte Tierhaltung in Grossbetrieben, bei der das Tierwohl systematisch verletzt wird. Die Initiative braucht es folglich für die Schweiz und insbesondere das Berggebiet gar nicht, da die Tierhaltung in der Schweiz kleinstrukturiert ist. Bei Schweinen, Geflügel und Kälbern ist die Zahl der Tiere pro Betrieb gesetzlich gar mit der Höchstbestandesverordnung begrenzt, was weltweit einmalig ist.

Zusätzlich hat die Schweiz eines der strengsten Tierschutzgesetze der Welt. Dieses garantiert, dass die Tiere besonders artgerecht gefüttert und möglichst tiergerecht gehalten werden. Gut funktionierende Kontrollen sorgen überdies dafür, dass die Vorgaben des Gesetzgebers auch eingehalten werden.

Zwar gibt es immer wieder einmal Kritik an der Schweizer Landwirtschaft, genauer, an den Tierschutzbestimmungen. Doch die Schweizer Tierschutzvorgaben gelten, und ich wiederhole es noch einmal, weltweit als die strengsten. So mancher Tierschützer in der restlichen Welt wäre froh, wenn endlich strenge Bedingungen, zumindest auf dem Papier, in seiner Heimat herrschen würden.

Mit einer Umstellung der Tierhaltung auf Biostandards, wie das von den Initianten gefordert wird, würden sich der Tierbestand und, damit verbunden, die Produktion ganz klar reduzieren. Die Differenz müsste durch zusätzliche Importe ausgeglichen werden. Zwar sieht die Initiative vor, dass für Importe von tierischen Produkten ebenfalls strenge Regeln gelten sollen. Es ist aber letztendlich fraglich, ob und wie diese Regeln umgesetzt werden könnten. So ist es beispielsweise kaum denkbar, dass aus der EU nur noch Käse importiert werden darf, der aus Milch von Kühen hergestellt wurde, die gemäss den Richtlinien des Programms "Regelmässiger Auslauf im Freien" gehalten werden. Es muss daher davon ausgegangen werden, dass bei den Importen keine gleichwertigen Tierschutzvorgaben durchgesetzt werden könnten. Die Initiative würde damit zu steigenden Importen von tierischen Produkten aus Staaten mit einem tieferen Tierwohlniveau führen. Die Produktion und der Absatz von einheimischen Lebensmitteln würden damit zusätzlich konkurrenziert werden.

Während die Initiative vor allem für die Geflügel- und die Schweinehaltung einschneidend wäre, wären beim Gegenvorschlag die grössten Auswirkungen bei der Rindviehhaltung festzustellen. Das trifft insbesondere auf das Berggebiet und somit auch auf meinen Heimatkanton Appenzell Ausserrhoden zu. Die Annahme des Gegenentwurfes würde dazu führen, dass schätzungsweise rund die Hälfte der Ausserrhoder Heimbetriebe ihre Ställe um- und ausbauen müsste.



Aus Platz- und finanziellen Gründen sind auf unseren Alpen Anbindeställe weit verbreitet. Da besonders tierfreundliche Stallhaltungssysteme und regelmässiger Auslauf im Freien zum Standard werden sollen, müssten diese Ställe zu Laufställen um- und ausgebaut werden, was logischerweise zu Mehrkosten führen würde. Diese Mehrkosten liessen sich künftig nicht mehr mit zusätzlichen Direktzahlungen oder im Markt mit einem Mehrwert über ein Label finanzieren.

Aus all diesen Gründen empfehle ich Ihnen, in allen Punkten der Mehrheit der vorberatenden Kommission zu folgen, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen und nicht auf den direkten Gegenentwurf des Bundesrates einzutreten.

Wismer-Felder Priska (M-E, LU): Was haben wir heute und gestern nicht schon alles über die Würde des Tieres, über das Tierschutzgesetz in der Schweiz, über die Höchstbestände und Vorschriften in der Tierhaltung gehört! Ich verzichte aus diesem Grund auf die Ausführungen dazu und beschränke mich auf einen Tatsachenbericht – man könnte auch "Erlebnisbericht" sagen – und auf eine entscheidende Frage: Was ist denn Massentierhaltung? Betrifft es die Familienbetriebe, die den Grossteil der Schweizer Landwirtschaftsbetriebe ausmachen? Sandro Brotz würde in der "Arena" jetzt sagen: "Über das müemer rede!"

Ja, gegen wen richtet sich nun diese Massentierhaltungs-Initiative? 25 Milchkühe, 30 Muttersauen, ist das die Zielgruppe? Die meisten von Ihnen und mit Sicherheit auch die Initianten würden dies verneinen.

Ist ein solcher Betrieb somit von der Massentierhaltungs-Initiative nicht betroffen, ist also alles kein Problem? Doch, auch ein solcher Betrieb mit diesen Tierzahlen wäre betroffen! Denn die Initiative definiert die Bio-Suisse-Richtlinien 2018 als Mindeststandard.

Die Aussage von gestern, dass diese Richtlinien eine Richtschnur sein sollen, ist falsch. Denn wir schreiben mit der Annahme dieser Initiative in die Verfassung: "Die Ausführungsgesetzgebung muss bezüglich Würde des Tiers Anforderungen festlegen, die mindestens den Anforderungen der Bio-Suisse-Richtlinien 2018 entsprechen." Es ist also verbindlich.

Ich spreche hier als Direktbetroffene. Ich erzähle Ihnen von unserem eigenen Betrieb im Luzerner Mittelland, einem absolut durchschnittlichen Betrieb. Wir haben 25 Milchkühe, wir haben einen Laufstall mit Kühen, die jeden Tag entweder auf die Weide oder in den Laufhof dürfen. Wir produzieren Wiesenmilch. Wir halten zudem 30 Muttersauen und einen Eber. Hier halten wir die Tiere nach erhöhten Ansprüchen, die weit über das Tierschutzgesetz hinausgehen.

Auch wenn sich diese Produktion weit entfernt von einer Massentierhaltungsproduktion bewegt, wäre unser Betrieb ganz direkt betroffen. Was mich dabei am meisten nachdenklich stimmt, ist die Tatsache, dass die Tierhaltung bei den Schweinen nicht den Ansprüchen der Initiative entspricht; dies, obwohl wir in den letzten Jahren mehrmals und immer zugunsten des Tierwohls umgebaut haben. Wir erfüllen sämtliche Bedingungen, welche für die Produktion von Naturafarm-Schweinefleisch gefordert werden. Nur, was ist mit diesem Label passiert? Sie wissen es: Es gibt es gar nicht mehr. Weshalb? Weil die Produkte nicht verkauft wurden. Das frustriert und macht uns Produzenten traurig. Wir möchten nicht mehr immer höheren Ansprüchen genügen, unsere Produkte am Ende aber nicht mehr verkaufen können. Ich bin so weit, dass ich fordere, dass jeder, der solchen Anliegen zustimmt, mit den Kaufquittungen des letzten Jahres beweisen muss, dass er diese Produkte auch tatsächlich kauft. Nur dann gilt ein Ja als ein Ja.

Bitte, geschätzte Initianten und Initiantinnen: Wenn Sie etwas erreichen wollen, dann überlegen Sie sich, was Sie verhindern und was Sie fördern wollen, und zielen Sie nicht mit der Schrotflinte, wie das hier einmal mehr passiert. Mit dieser Initiative treffen Sie nicht nur jene, die Sie treffen wollen, sondern praktisch die gesamte Landwirtschaft.

Vielen Dank, wenn Sie zu dieser Initiative Nein sagen.

Präsidentin (Kälin Irène, Präsidentin): Das Wort hat Herr Aebi. Lieber Res, es ist mir eine ausserordentliche Ehre, dir als meinem Vorgänger im Amt das erste Mal das Wort geben zu dürfen.

Aebi Andreas (V, BE): In der Schweiz gibt es keine Massentierhaltung. Die Landwirtschaft, die von den Initianten mit diesem Begriff suggeriert wird, existiert in der Schweiz gar nicht. Die Tierbestände in der Schweiz sind über die Höchstbestandsregelung und die Anforderungen in Bezug auf die maximal möglichen Düngergrossvieheinheiten hinlänglich

AB 2021 N 2619 / BO 2021 N 2619

geregelt. Entscheidend ist überdies nicht die Anzahl Tiere, die an einem Standort gehalten werden, sondern entscheidend sind deren Gruppengrösse und Haltungsform. Hier ist die Schweiz führend: Die Schweiz verfügt bereits heute, das wurde schon mehrmals gesagt, über eine der strengsten Tierschutzgesetzgebungen der





Welt; in keinem anderen Land wurde etwa die Käfighaltung beim Geflügel so früh verboten.

Oft wird auch gesagt – hier ganz unterschwellig –, dass es Tierschutzverstösse gibt. Ja, wir haben ein Tierschutzgesetz, wir sind ein Rechtsstaat, bitte melden Sie Tierschutzverstösse, betreffe es Pferde, Kühe, Ziegen, Schweine, Hunde, Katzen, Hausratten, Meerschweinchen und so weiter und so fort. Das war aber allgemein nicht das Thema. Bereits heute gibt die Bundesverfassung in Artikel 80 vor, dass entsprechende Vorschriften über den Schutz der Tiere zu erlassen sind. Die Gesetzgebung kann den aktuellen Bedürfnissen angepasst werden. Dies wird in der Tierschutzgesetzgebung umgesetzt. Es besteht also bereits in dieser Hinsicht kein Bedarf, die Verfassung so anzupassen.

Weiter haben wir beim Landwirtschaftsgesetz Möglichkeiten, um Anreize zu schaffen. Es wurde schon oft gesagt – ich bin jetzt etwa der 36. Redner -: 77 Prozent der Betriebe beteiligen sich am sogenannten RAUS-Programm, damit die Tiere hinauskönnen; 61 Prozent sind bei besonders tierfreundlichen Stallhaltungen dabei. Wo auf der Welt gibt es das? Nirgends. Ich habe da meine Erfahrungen.

Wir haben auch Zielkonflikte; es darf nicht vergessen werden, dass in diesem Themenbereich ganz klar etliche Zielkonflikte da sind. Ich denke hier an die Ammoniakemissionen aufgrund zusätzlicher Freilandhaltung, auch an Massnahmen im Raumplanungsgesetz. Eine einseitige, verstärkte Gewichtung des Tierwohls über die Verfassung müsste entweder zu einer einseitigen Gewichtung dieser anderen Interessen führen oder zu deren stärkeren Gewichtung via Bundesverfassung, und das ist auch kaum zielführend.

Gestern wurden auch Hochleistungskühe und mittlere Leistungskühe angesprochen. Als ehemaliger Präsident der Arbeitsgemeinschaft Schweizerischer Rinderzüchter kann ich Frau Munz sagen, dass es sämtliche Variationen gibt. Die Kuh muss zum Betrieb passen. Gerade die Hochleistungskuh ist keine Umweltverschmutzerin, wenn sie am richtigen Ort steht, dort ihre Leistung erbringt und auch entsprechend gemanagt wird. Es wurde gestern auch gesagt, der mittlere Betrieb sei der profitable Betrieb. Wenn wir jetzt einen Melkroboter für sechzig Kühe kaufen und nur dreissig Kühe diesen Roboter brauchen, weil wir ja nicht mehr halten können, dann, so glaube ich, ist hier die wirtschaftliche Berechnung sehr schnell gemacht.

Ja, scheinheilige Importförderung – ich gehe schon davon aus, dass das bei dieser Vorlage das Thema ist. Denn um den Standard weiter anzuheben und letztlich weniger Tiere zu haben, braucht es letztlich mehr Fleisch.

Frau Prelicz-Huber, ich habe Ihnen gestern sehr gut zugehört. Sie wollen keine Importtiere aus Massentierhaltung. Kommen Sie einmal mit mir nach Südamerika oder nach Kanada. Da gibt es Ställe mit 100 000 Tieren, die Mais und Soja fressen. Auch dort ist es so: Die kleinen Betriebe – "small is beautiful" –, die gibt es gar nicht, denn sie können gar nicht exportieren. Das sind die Realitäten, das sind die Wahrheiten.

Ich selber habe grösstes Interesse daran, dass es meinen Tieren gutgeht. Wenn es meinen Tieren nicht gutgeht, geht es mir überhaupt nicht gut.

Diese Initiative ist wie auch der Gegenentwurf des Bundesrates nicht zielführend und nicht notwendig. Der eingeschlagene Weg über die Tierschutzgesetzgebung kombiniert mit dem Tierwohlprogramm soll und kann konsequent weitergeführt werden, um dem Tierwohl entsprechend Rechnung zu tragen. Es braucht in keinerlei Hinsicht Anpassungen in der Bundesverfassung. Viel konsequenter ist es sowieso, wenn der Konsument bereit ist, über die heute bereits verfügbaren Labels im Bereich Tierwohl die entsprechenden Mehrpreise fair zu entgelten. Solange aber der Absatz der Tierwohl-Label-Produkte tiefer ist als das effektive Angebot, wie zum Beispiel im Bereich Schweinefleisch, ist es scheinheilig, am Abstimmungssonntag etwas zu fordern, das man dann am Montag im Laden nicht kauft.

Suter Gabriela (S, AG): Herr Kollege Aebi, Sie haben gesagt, in der Schweiz gebe es keine Massentierhaltung. Das hat mich stutzig gemacht, denn in der Schweiz dürfen bis zu 27 000 Mastpoulets in einem Betrieb gehalten werden. Jetzt frage ich mich oder frage ich Sie: Wo fängt denn in Ihren Augen die Massentierhaltung an?

Aebi Andreas (V, BE): Frau Kollegin Suter, Sie haben das Beispiel der Poulets erwähnt. Ich kenne ausländische Betriebe, die Hunderttausende von Hühnern haben. Bei diesen braucht es eine bestimmte Betriebsgrösse. Aber 300 Mastkälber oder einige hundert Mastbullen sind noch keine Massentierhaltung. Sonst soll man mit mir die Betriebe im Ausland besuchen gehen, von wo wir Fleisch importieren. Da sind Zehntausende von Tieren in den Ställen. Das ist Massentierhaltung. Am Schluss braucht es auch noch eine wirtschaftliche Produktivität. Von einem Hahn und vier Hennen, wie wir vorhin gehört haben, kann man noch nicht leben.

Schneider Schüttel Ursula (S, FR): Ich komme auch gerade auf die Poulets zu sprechen. Eine Arbeitskollegin von mir hat im Rahmen eines Baubewilligungsverfahrens – das ist einige Jahre her – eine Pouletmasthalle besucht. Sie kam von diesem Augenschein zurück und sagte, sie würde nächstens sicher keine Poulets mehr essen. Sie war dermassen entsetzt über die Masse an Tieren, die in dieser Halle zusammengepfercht waren,





dass sie im wahrsten Sinne des Wortes keinen Appetit mehr hatte.

Die Initiative "Keine Massentierhaltung in der Schweiz" rückt die Würde der Nutztiere in den Vordergrund. Sie thematisiert die schleichende Industrialisierung der landwirtschaftlichen Produktion. Die landwirtschaftliche Tierhaltung – ich spreche hier weder von Biolabeln noch von anderen Labeln, nach denen Tiere gehalten werden, noch von kleinen Bauernbetrieben – hat je länger, je mehr nichts mehr mit dem landläufigen und verklärten Bild eines Bauernbetriebs mit freilaufenden Hühnern und Kälbern oder horntragenden Kühen auf Blumenwiesen zu tun, wie es uns die Werbung vermitteln will. Um die heutigen Mengen an Fleisch zu produzieren, sind viele Tonnen importiertes Kraftfutter notwendig. Das führt in der Folge zu entsprechenden Umweltschäden. Die gesetzlich festgelegten Umweltziele werden von der Schweizer Landwirtschaft nicht eingehalten. Die Stickstoffemissionen sind hoch und gefährden die Biodiversität. Die grosse Zahl von gehaltenen Tieren führt zu hohen Treibhausgasemissionen.

Die Initiative wirft nicht nur die Frage der Tierwürde auf. Ich finde, diese Initiative bietet auch die Gelegenheit, die negativen ökologischen Auswirkungen einer zu intensiven Tierproduktion in der Schweiz zu thematisieren: die Ammoniak- und Phosphorbelastungen, die Treibhausgasemissionen, den Wasserverbrauch und die Wasserverschmutzung, die Futtermittelimporte. Die Initiative bietet ausserdem die Gelegenheit, die Höhe des Fleischkonsums zu hinterfragen. Ich bin überzeugt, dass viele Bewohnerinnen und Bewohner unseres Landes ähnlich wie meine frühere Arbeitskollegin reagieren würden, wenn sie sich der zunehmenden Industrialisierung der Landwirtschaft und der damit verbundenen negativen Auswirkungen bewusst würden.

Zugunsten einer gesunden Umwelt und damit der kommenden Generationen ist ein Umdenken in der Landwirtschaft zur Tierhaltung und letztlich in unserem Konsumverhalten notwendig. Ich möchte eine standortgerechte, umweltfreundliche Landwirtschaft. Ich möchte gesunde Produkte konsumieren, die von Tieren stammen, die tierfreundlich gehalten wurden. Ich möchte mit dem Konsum von tierischen Produkten nicht dazu beitragen, die Umwelt weiter zu belasten. Die Umwelt wird dann profitieren, wenn die Tierbestände zurückgehen. Wie hoch der Rückgang sein wird, wird von der Umsetzung der Initiative auf Gesetzes- und Verordnungsstufe abhängen. Der Bundesrat wird mit einer entsprechenden Vorlage kommen, und letztlich werden wir, das Parlament, noch einiges zu sagen und zu diskutieren haben.

AB 2021 N 2620 / BO 2021 N 2620

Die Landwirtschaft profitiert von Milliarden von Franken in Form von Direktzahlungen. Diese Steuergelder sollen in eine Landwirtschaft fliessen, die bezüglich Tierwohl vorbildlich ist, die Umwelt schont beziehungsweise eine intakte Umwelt anstrebt und die Umweltbelastungen reduziert. Ich werde diese Initiative jedenfalls unterstützen, um meiner Forderung nach einer umweltfreundlicheren Tierhaltung und einer standortgerechteren und ökologischeren Landwirtschaft Nachdruck zu verleihen.

Ritter Markus (M-E, SG): Liebe Kollegin Schneider Schüttel, Sie sind doch Präsidentin von Pro Natura – aber das ist jetzt nicht die Frage. Mit der Initiative würden 1600 neue Hühnerställe und 20 000 neue Pouletmastställe nötig. Das führt doch zu einer Zersiedelung der Landschaft. Ist denn das im Interesse von Pro Natura?

Schneider Schüttel Ursula (S, FR): Besten Dank, Herr Ritter, für diese Frage. Ja, ich kann bestätigen, ich bin Präsidentin von Pro Natura. Das war aber nicht die Antwort auf alle Ihre Fragen. Nein, es ist natürlich nicht im Interesse von Pro Natura, dass eine Zersiedelung stattfindet. Das ist auch nicht in Ihrem Interesse als Bauernvertreter. Ich denke, die Initiative hätte nicht unbedingt zur Folge, dass wir mehr Ställe bauen müssten. Ich habe ja gesagt, wir wollen an sich, dass die Tierbestände reduziert werden, dass wir nicht mehr die grossen Tierbestände von heute haben. Wenn wir nicht diese grossen Hallen haben, dann brauchen wir weniger Platz. Das bedingt aber, das habe ich auch gesagt: Das Konsumverhalten der Bevölkerung muss sich ebenfalls ändern.

Aebi Andreas (V, BE): Geschätzte Frau Schneider Schüttel, Sie sind Freiburgerin. Sie kommen aus einem Kanton mit graslandbasierter Landwirtschaft und dem besten Käse der Welt, dem Gruyère. Ihre Landwirte produzieren unter Tierschutzbedingungen, haben Grenzwerte bei den Düngergrossvieheinheiten, die sie auch einhalten. Was können Ihre Freiburger Bauern da noch besser machen?

Schneider Schüttel Ursula (S, FR): Werter Kollege Aebi, danke für die Frage. Ich habe die Zahlen natürlich nicht alle im Kopf. Ich weiss nicht, wie viel die Freiburger Bauern an Kraftfutter importieren, damit die Kühe letztlich so viel Milch produzieren können. Ich denke, wir können noch sehr viele andere Produkte herstellen, die dann vielleicht auch gesünder sind als viel Fleisch.



Page Pierre-André (V, FR): Chère collègue, vous avez associé la production du phosphore et de la potasse à l'initiative sur l'élevage intensif. Finalement, que voulez-vous? Voulez-vous augmenter le nombre de poulaillers et perturber l'aménagement du territoire? Il n'y a pas assez de place pour construire ces poulaillers. Voulez-vous plus d'importations de viande de l'étranger et ainsi exporter les problèmes?

Schneider Schüttel Ursula (S, FR): Cher collègue, vous avez posé plusieurs questions. Je vous réponds volontiers. Vous avez mentionné le fait que je mélange l'initiative avec la question du phosphore: si l'on a moins d'animaux, on produit moins de phosphore, on a moins d'émissions qui nuisent à la nature et à l'environnement. Mon but est que l'on réalise quelle importance a aussi cette initiative pour l'environnement.

Dettling Marcel (V, SZ): Geschätzte Frau Kollegin, Sie haben gesagt, wir müssten in der Schweiz weniger Fleisch essen. Sie sind ja Präsidentin von Pro Natura. Eine weitere Naturschutzorganisation, der WWF, hat eine Studie veröffentlicht, die sagt, dass in der Schweiz die fleischhaltige Ernährung 29, die vegetarische Ernährung 39 und die vegane Ernährung 45 Kubikmeter Wasser pro Person und Jahr beansprucht. Ist es denn nicht sinnvoll, wenn wir das Fleisch wieder in der Schweiz produzieren und den Leuten eine fleischhaltige Ernährung anbieten?

Schneider Schüttel Ursula (S, FR): Danke, Herr Kollege, für diese Frage. Die Produktion von Fleisch in der Schweiz, das ist gut und recht. Aber wir müssen es mit dem Futter, das bei uns wächst, produzieren und nicht mit importiertem Kraftfutter, und dann wäre es sehr viel ökologischer.

Huber Alois (V, AG): Frau Kollegin, Sie haben gesagt, Kleinstmengen, kleine Tierbestände seien viel besser. Gehen Sie denn mit den Grossverteilern verhandeln, ob sie diese Kleinstmengen überhaupt bei uns holen kommen? Dies bezweifle ich nämlich sehr.

Schneider Schüttel Ursula (S, FR): Danke, Herr Kollege, für diese Frage. Ich habe nicht von "Kleinstmengen" gesprochen, sondern ich habe davon gesprochen, die Tierbestände zu reduzieren. Ich habe schon mehrmals Hand dazu geboten, zusammen mit Ihnen mit den Grossverteilern zu diskutieren.

Nicolet Jacques (V, VD): Chère collègue Schneider Schüttel, je vous remercie, parce que vous êtes l'une des seules personnes qui a eu la franchise de dire que le but de l'initiative était de diminuer la production de viande en Suisse et de diminuer la consommation de viande. Dès lors, je pense que vous voulez plus de liberté pour les animaux. Plus de liberté pour les animaux, certes, mais je pense que l'on peut aussi laisser plus de liberté à la population. Or, une population qui est libre et responsable n'est-elle pas capable de décider par elle-même si elle veut manger de la viande ou pas?

Schneider Schüttel Ursula (S, FR): Merci, collègue Nicolet, pour cette question. Le problème n'est pas de savoir si on peut décider nous-mêmes ou pas. La population est capable de décider. Mais ce que nous demandons par le biais de l'initiative populaire, que je soutiens, c'est que les animaux soient traités avec respect. Cela veut dire moins d'animaux dans les écuries ou les étables. Donc on aurait moins d'animaux. Selon moi, ce serait utile pour l'environnement et pour notre santé.

Paganini Nicolo (M-E, SG): Die heute zu diskutierende Massentierhaltungs-Initiative und der ihr vom Bundesrat gegenübergestellte direkte Gegenvorschlag müssen als eigentliche Kollateralschadenprojekte bezeichnet werden. Die Schweiz hat das strengste Tierschutzgesetz der Welt und einzigartig tiefe Vorgaben betreffend Tierhöchstbestände pro Betrieb. Tierquälerei kann und muss mit einem konsequenten Vollzug der bestehenden Gesetzesgrundlagen unterbunden werden. Das gilt für den verwehrtesten Hund genauso wie für Nutztierbestände jedweder Grösse.

Ja, die Realität in den Ställen der durchaus nach betriebswirtschaftlichen Kriterien produzierenden Landwirtschaft mag anders aussehen als die in der Werbung vermittelten Bilder von mit Namen angesprochenen und einzeln betreuten Hühnern, Schweinen und Kälbern. Vielleicht würde es Sinn machen, diese Kommunikationsstrategie einmal zu überdenken. Aber vielleicht wollen Konsumentinnen und Konsumenten ja genau solche Bilder sehen, auch wenn sie dann in grosser Zahl doch lieber zu den möglichst preiswerten Produkten im Regal greifen.

Fakt ist: Tierquälerische Massentierhaltung ist in der Schweiz bereits heute verboten. Im Übrigen haben es die Konsumentinnen und Konsumenten, wie angesprochen, selber in der Hand, mit dem Kauf von Label-Produkten jene Produktion zu fördern, die über die bereits hohen Mindeststandards hinausgeht.

Ich habe eingangs davon gesprochen, dass es sich bei Initiative und Gegenvorschlag um eigentliche Kol-



lateralschadenprojekte handelt. Beiden ist gemeinsam, dass sie zu einer markanten Verteuerung der in der Schweiz produzierten Lebensmittel führen würden. Kein Wunder, lehnt auch die Gastronomie die Vorlagen ab, da diese ihre Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen. Beide Projekte würden den unerwünschten und für unsere Binnenwirtschaft schädlichen Einkaufstourismus weiter ankurbeln. Beim Gegenvorschlag fehlt zudem eine Regelung zu den Importen, was zu einem

AB 2021 N 2621 / BO 2021 N 2621

Ausweichen auf importierte Lebensmittel führen würde. Das ist doch einfach widersinnig, wenn ja gerade die Schweiz die schärfsten Tierschutzvorschriften weltweit hat.

Gravierend wären auch die Kollateralschäden für unsere Landschaft. Bei gleichbleibender Produktion müssten für die ausschliessliche Produktion nach Biovorgaben rund 1600 neue Aufzucht- und Legehennenställe für die Eierproduktion gebaut werden. Es bräuchte mehr als 20 000 neue mobile Pouletmastställe für die gleiche Menge an einheimischem Pouletfleisch. All dies widerspricht diametral dem raumplanerischen Grundsatz des haushälterischen Umgangs mit unserem Boden. Das ist keine kohärente Politik, sondern eine "Die linke Hand weiss nicht, was die rechte Hand tut"-Strategie. Vor allem beim direkten Gegenvorschlag des Bundesrates kommt als weiterer Kollateralschaden eine Zunahme der Ammoniakemissionen hinzu, was den Zielen der Umweltpolitik zuwiderläuft.

Abschliessend noch ein Gedanke zum Rückweisungsantrag der Minderheit Baumann und zur Idee der Ausarbeitung eines indirekten Gegenvorschlages: Auf die Unmöglichkeit, das innerhalb der gesetzlichen Fristen zu bewerkstelligen, wurde bereits hingewiesen. Mich beschäftigt ein anderer Aspekt. Das Parlament kommt mir langsam vor wie ein pawlowscher Hund: Wir geben uns darauf abgerichtet, auf jede noch so extreme Volksinitiative – eben wie ein pawlowscher Reflex – mit einem indirekten Gegenvorschlag antworten zu wollen, oftmals ohne Zusicherung zum Rückzug der Initiative. Im Ergebnis befeuern wir damit nur die Produktion neuer, extremer und nicht umsetzbarer Volksinitiativen.

Zusammenfassend bitte ich Sie um eine ablehnende Empfehlung zur Volksinitiative sowie um die Ablehnung des direkten Gegenvorschlages und des Rückweisungsantrages der Minderheit Baumann. Wir sollten darauf verzichten, mutwillig all diese Kollateralschäden anzurichten.

Fivaz Fabien (G, NE): Qui n'a pas vu les images terribles des élevages intensifs: des centaines, voire des milliers d'animaux entassés dans des espaces limités, sans accès à la lumière naturelle, nourris à la chaîne, maltraités et bourrés d'antibiotiques. Malgré les lois les plus exigeantes au monde, comme nous l'entendons depuis hier matin, cette réalité existe aussi en Suisse. Tel est l'avis des initiates et des initiants, évidemment, tel est l'avis de l'Association des petits paysans, tel est aussi l'avis du Conseil fédéral, lui qui nous propose un contre-projet direct à l'initiative.

Ne vous méprenez pas, de nombreuses agricultrices et agriculteurs font un travail exceptionnel; ils aiment et respectent leurs animaux. J'habite une région de montagne, où les grandes cultures ne sont guère possibles. La plupart des bovins, par exemple, vivent dans les champs ou dans des étables de grande taille, avec de l'espace et un accès à la lumière, en hiver comme en été. C'est réjouissant. Toutefois, dans ma région aussi se trouvent des installations industrielles, où s'entassent des centaines de vaches, de taurillons ou de porcs, ne disposant de presque aucun accès à l'extérieur.

L'élevage intensif industriel – ce dont nous parlons aujourd'hui – fait peser une charge importante sur la nature et sur l'environnement, en polluant les sols et l'eau, en mettant sous pression la biodiversité, sans parler du climat. Selon l'OFEV, plus de 13 pour cent des émissions de gaz à effet de serre, tous gaz confondus, de la Suisse proviennent de l'élevage.

Vous avez raison d'affirmer que l'importation n'est pas une solution. Ce n'est pas une solution d'importer de la viande bon marché, produite dans des conditions qui ne respectent pas les standards suisses. Mais contrairement à ce que vous voulez nous faire croire, la production suisse n'est pas non plus autosuffisante. L'élevage n'a pas seulement un impact en Suisse. En 2019, la Suisse a importé 1,4 million de tonnes de fourrage destiné à la production de lait et de viande. On estime que cette quantité représente 200 000 hectares de terres agricoles ailleurs dans le monde; ce n'est tout simplement pas soutenable. Vous avez aussi raison: les consommateurs et consommatrices sont pour partie responsables de cette situation. Nous autres, Suissesses et Suisses, sommes des amoureux de la viande: nous mangeons en moyenne chacun 50 kilos de viande chaque année.

Alors, me direz-vous, l'initiative ne concerne pas les consommatrices et consommateurs; rien n'est moins faux. Il est temps de se rendre compte qu'il n'est pas soutenable de mettre sur le marché de la viande pour quelques francs le kilo. Cela met sous pression, d'abord les agricultrices et les agriculteurs; cela met sous pression les





animaux – c'est pour cette raison que cette initiative existe; sa mise en oeuvre permettrait d'éviter que soient mis sur le marché des produits de faible qualité destinés à une consommation de masse.

Cette consommation de masse ne prend pas en compte les externalités dans le prix d'achat. Le seul moyen de réduire ces problèmes est de réduire notre consommation de viande et de produire le reste dans des conditions qui respectent le bien-être de l'animal.

Soutenir l'initiative populaire "Non à l'élevage intensif en Suisse" ou le contre-projet indirect proposé par notre collègue Baumann est, pour toutes ces raisons, une nécessité.

Lohr Christian (M-E, TG): Will ich, dass Tiere leiden? Nein, selbstverständlich will ich das nicht. Trotzdem esse ich zwischendurch gerne mal ein Stück Fleisch, ganz nach dem Motto "Weniger ist mehr". Ich trinke auch ganz bewusst Milch und esse Eier, ich achte dabei aber darauf, dass diese Lebensmittel aus Schweizer Produktion und am besten natürlich aus der Ostschweiz stammen. Denn dazu habe ich Vertrauen.

Unser Tierschutzgesetz ist wohl das strengste auf der Welt. Als einziges Land kennen wir eine Obergrenze bei den Beständen von Hühnern, Schweinen oder Kälbern. Dank der freiwilligen Tierwohlprogramme BTS, "Besonders tierfreundliche Stallhaltung", und RAUS, "Regelmässiger Auslauf im Freien", haben alle Schweizer Hühner einen Wintergarten und 85 Prozent der Legehennen Weidezugang. Wenn wir ins Ausland schauen, ja, dann dürfen wir eigentlich das Wort "Massentierhaltung" sowieso gar nicht in den Mund nehmen, wenn wir von unseren Schweizer Verhältnissen sprechen.

Die Massentierhaltungs-Initiative will für alle Nutztiere den Biostandard in der Haltung einführen. Dieses Angebot gibt es bereits heute. Der Bioanteil bei den verkauften Poulets beispielsweise beträgt aktuell weniger als 3 Prozent. Konsumentinnen und Konsumenten ist das offensichtlich gar nicht so wichtig, mitunter wohl auch deswegen, weil sie es sich nicht leisten können. Nun soll also noch mehr "Bio" reinkommen, und das nur für die Bessergestellten, während die anderen verzichten sollen? Das kann ich nicht unterstützen, das will ich nicht unterstützen!

Die anderen wollen nicht einfach verzichten, sie sollen auch das Recht haben. Zu einer freien Gesellschaft gehört eben auch die Wahlfreiheit. Wie eingangs erwähnt, erachte ich die normale Schweizer Produktion als tiergerecht, sodass ich ohne schlechtes Gewissen einkaufen kann. Für mich ist die Massentierhaltungs-Initiative unnötig und ein Angebotsdiktat für die Konsumentinnen und Konsumenten.

Bewusst möchte ich mich noch zu einem anderen Punkt äussern, der mir als Vertreter des Grenzkantons Thurgau, der in Kreuzlingen einen Kilometer von der deutschen Grenze entfernt lebt, besonders ins Auge bzw. ins Herz sticht: Wenn wir mit einer Verschärfung der Rahmenbedingungen dafür sorgen, dass durch den erhöhten Fleischpreis die Flucht in den Einkaufstourismus wieder gestärkt wird, hat das für mich etwas – entschuldigen Sie die direkte Äusserung der Begriffe – mit Verlogenheit und mit Unredlichkeit zu tun. Fairness gegenüber allen ist auch hier angesagt.

Zum Schluss noch ein Wort zum direkten Gegenentwurf des Bundesrates und zum Antrag auf Rückweisung: Ich sehe Letzteren hier nicht als notwendig an. Ich bin sehr wohl dafür, dass wir dort, wo Handlungsbedarf besteht, etwas unternehmen. Wir müssen die Energie aber dort investieren, wo es besonders nötig ist, nicht mehr und nicht weniger.

Deshalb werde ich überall der Mehrheit folgen.

Gafner Andreas (V, BE): In der Schweiz existiert keine Massentierhaltung. Die Massentierhaltungs-Initiative fordert, dass der Bund die Würde der Tiere in der

AB 2021 N 2622 / BO 2021 N 2622

landwirtschaftlichen Tierhaltung schützt. "Würde" wird definiert als nicht in Massentierhaltung zu leben. In der Schweiz sind die Höchsttierbestände in der Fleisch- und Eierproduktion per Verordnung geregelt. Die Platzansprüche sind pro Tier festgelegt, und bei einer Überbelegung gibt es Sanktionen, Sanktionen, die finanziell wehtun.

Weiter heisst es im Text, dass Massentierhaltung eine technisierte Tierhaltung in Grossbetrieben zur Gewinnung möglichst vieler tierischer Produkte sei, bei der das Tierwohl systematisch verletzt werde. Die Bestandeszahlen sind, wie schon erwähnt, gegen oben begrenzt. Zu sagen, das Tierwohl werde bei hohen Tierzahlen systematisch verletzt, ist eine bössartige Unterstellung an die produzierende Landwirtschaft. Aus meiner zwanzigjährigen Erfahrung als Tierschutzkontrolleur kann ich sagen, dass das Tierwohl nichts mit der Tierzahl auf dem Betrieb zu tun hat, sondern vielmehr mit der Infrastruktur, dem Betriebsmanagement und der Eignung des Betriebsleiters. Ich kann auch bestätigen, dass z. B. ein Schweinemastbetrieb mit einer Tierzahl nahe der zulässigen Obergrenze bei einer Tierschutzkontrolle unter Umständen besser abschliesst als ein Betrieb, in



dem es nur wenige Tiere sind. Ich betone es abermals: Das Tierwohl steht nicht in direktem Zusammenhang mit der Anzahl Tiere auf dem Betrieb. Das sage ich Ihnen heute hier als Praktiker.

Unternehmerisches Denken und zu produzieren, was der Markt verlangt, dies wurde in der Vergangenheit von der Landwirtschaft gefordert. In der Folge fand dadurch eine Spezialisierung statt. Betriebe, die sich neu ausgerichtet haben, würden mit der Annahme dieser extremen Forderungen schwer zurückgeworfen. Dazu kommt die raumplanerische Komponente. Zahlreiche Hallen, z. B. für Pouletmast, sind auf die geltenden Höchstbestände hin geplant und gebaut worden. Es ist doch absurd, in einer Halle für 18 000 Poulets nur noch 2000 und in der Ausmast sogar nur noch 500 Stück zu halten. Der Platzverschleiss wäre immens, und um unsere Bevölkerung weiterhin mit genügend Lebensmitteln aus Schweizer Produktion zu versorgen, müssten unzählige kleinere oder mobile Ställe erstellt werden. Der Druck auf den Boden dürfte zunehmen.

Zudem muss man sich bewusst sein: Jemand, der nach geltendem Recht in eine Masthalle investiert hat, kann nicht so einfach auf eine x-fach tiefere Produktion umstellen, ohne wirtschaftlich grossen Schaden zu erleiden. Schweine- und Pouletmast sowie die Eierproduktion werden dadurch in der Schweiz infrage gestellt.

In Bezug auf meine Interpellation 20.1046, "Schweizer Tierschutz im internationalen Vergleich", schrieb der Bundesrat letztes Jahr in seiner Antwort klar: "In der Schweiz werden deutlich mehr für den Tierschutz relevante Bereiche geregelt als in den angrenzenden Ländern." Betreffend ausreichendes Platzangebot schrieb der Bundesrat, dass im Gegensatz zur Schweiz in der EU detaillierte Richtlinien zur Haltung von Milch- und Mastvieh, Schafen, Ziegen und Pferden sowie von Geflügelarten weitgehend fehlen. Österreich sei auf einem ähnlichen Niveau wie die Schweiz, jedoch seien Frankreich und Italien deutlich unter dem Schweizer Niveau. Nicht besser als die Initiative schneidet meiner Meinung nach der direkte Gegenentwurf des Bundesrates ab. Die Bewegung und das Tierwohl in Ehren, aber man kann nicht auf der einen Seite einen Nährstoffablenkpfad vorantreiben und auf der anderen Seite bei der nächsten Gelegenheit die eingesparten Emissionen zum Teil wieder freisetzen. Der Gegenentwurf setzt vor allem auf mehr Auslauf für Nutztiere. Hier sehe ich einen Frontalangriff auf viele Anbindeställe. Gerade im Berggebiet, aber auch auf vielen kleineren Betrieben ist der Anbindestall nach wie vor weit verbreitet und eine sinnvolle Variante, die auch Vorteile haben kann, zum Beispiel emissionsmässig, aber auch vom Platzbedarf her. Zudem sind auch hier bei der Tierhaltung schon Fortschritte erzielt worden.

Beim Tierwohl sind doch in den letzten Jahren massive Fortschritte erzielt worden. Zudem gibt es einige Labels, die höhere Standards beim Tierwohl fordern und die zusätzlichen Leistungen in Form einer zusätzlichen Prämie abgelten. Leider verschlingt oft der Handel den grossen Teil der Marge, und den Produzenten bleibt am Schluss zu wenig. All das wird regelmässig kontrolliert. Ich wage hier zu sagen, dass in der Schweiz qualitativ sehr gute Kontrollarbeit geleistet wird. Die Kontrollfirmen müssen akkreditiert sein und sämtliche Vorgaben erfüllen.

Ich komme zum Schluss: Ich bitte Sie, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen und den direkten Gegenentwurf des Bundesrates abzulehnen, beim Antrag auf Rückweisung an die Kommission mit der Mehrheit zu stimmen und die Rückweisung abzulehnen. Ich danke Ihnen im Namen meines Berufsstandes.

Kamerzin Sidney (M-E, VS): Avant de légiférer, il faut se poser la question de savoir si une nouvelle législation est nécessaire ou du moins si elle est utile. Dans le cas d'espèce, par rapport à la nécessité de cette initiative et d'un contre-projet, il faut répondre par la négative.

D'une part, la Constitution fédérale dispose de tout l'arsenal législatif pour protéger les animaux, notamment les articles 80 et 104 selon lesquels les animaux doivent être protégés et selon lesquels les exploitations agricoles doivent respecter les animaux et l'environnement.

D'autre part, toute une série de lois fédérales, notamment les articles 4 et 6 de la loi fédérale sur la protection des animaux, visent à protéger la dignité et le bien-être des animaux. La loi sur l'agriculture prévoit que la Confédération veille à ce que l'agriculture réponde aux besoins d'un développement durable et du marché. La loi sur la protection de l'environnement et l'ordonnance sur la protection de l'air prévoient des valeurs limites des émissions de pollution atmosphérique – ammoniac, azote. La loi sur la protection des eaux prévoit des limitations pour l'épandage. La loi sur l'aménagement du territoire prévoit la nécessité d'une conformité des installations et des exploitations agricoles par rapport à la zone.

Tout l'arsenal législatif nécessaire existe. D'autres nouvelles dispositions comme le remplacement du CO₂ pour l'étourdissement, les méthodes alternatives pour la castration, etc., sont des projets en cours et qui seront soumis à notre Parlement prochainement. En particulier, la Politique agricole à partir de 2022 prévoit des incitations financières pour améliorer encore la condition des animaux de rente.

La législation suisse actuelle est parmi les plus exigeante au monde en matière de protection des animaux; cela figure en page 16 de l'excellent message du Conseil fédéral.



L'initiative est-elle utile? Elle n'est pas nécessaire, on vient de le dire, mais est-elle au moins utile? Quand on lit le texte de cette initiative, on s'interroge sur son utilité. Elle définit l'élevage intensif comme un "élevage industriel" qui vise l'efficacité et qui porte "systématiquement atteinte au bien-être des animaux". En ce qui concerne l'efficacité, il y a finalement peu d'entreprises humaines qui ne visent pas l'efficacité ou qui visent à être inefficaces. Ces termes sont donc peu pertinents. Quant au deuxième élément, soit l'atteinte systématique au bien-être des animaux, le critère de taille qui est défini n'est pas pertinent non plus, puisque de toutes petites entreprises agricoles pourraient porter atteinte aux animaux alors que de très grandes infrastructures, elles, pourraient être tout à fait respectueuses des animaux.

Economiquement, les conséquences seraient énormes pour les 2400 exploitations de bovins touchées qui verraient leur chiffre d'affaires baisser de 10 pour cent. 10 pour cent de la production agricole de denrées alimentaires seraient affectés, avec des coûts de 0,3 à 1,1 milliard de francs pour les exploitations agricoles et viticoles, des coûts qui seraient bien évidemment répercutés sur les consommateurs.

En matière environnementale également, cette initiative n'est pas adéquate. La baisse des émissions de gaz hilarants et de méthane qui pourrait en résulter n'aurait que peu d'effet sur la situation climatique actuelle.

Enfin, cette initiative n'est pas conforme aux engagements internationaux de la Suisse avec l'Union européenne et au sein de l'OMC. Elle créerait des distorsions et des discriminations injustifiables au regard des importations.

Pour conclure, notre législation est l'une des plus exigeantes au monde. Nos agriculteurs et éleveurs sont déjà sous pression. Il ne faut pas en rajouter avec cette initiative qui n'est pas nécessaire et qui n'est pas utile. Il ne faut pas en

AB 2021 N 2623 / BO 2021 N 2623

rajouter non plus avec un contre-projet, direct ou indirect, pour les mêmes raisons. Par contre, pour protéger efficacement les animaux de rente, il faudrait commencer par les protéger contre les grands prédateurs qui déciment les troupeaux année après année et qui découragent les familles d'agriculteurs, les familles d'éleveurs, qui s'engagent durement dans un secteur mis sous pression par les nouvelles réglementations et les contraintes administratives.

Pour ces raisons, je vous invite à soutenir l'initiative parlementaire de la CEATE-E qui sera traitée par notre conseil l'année prochaine

Je vous invite aussi à ne pas soutenir ces propositions, en rappelant que les deux dernières initiatives qui visaient à mettre l'agriculture sous pression, soit l'initiative contre les pesticides et l'initiative "Eau propre", ont été massivement rejetées par le peuple suisse le 13 juin dernier.

Suter Gabriela (S, AG): Wir hätten das beste Tierschutzgesetz der Welt, haben einige von Ihnen gesagt. Das mag sein, es genügt aber nicht, denn dieses Tierschutzgesetz lässt es zu, dass über 100 Kilogramm schwere Schweine auf 0,9 Quadratmetern ohne Tageslicht und ohne Einstreu auf dem blossen Betonboden in einem Maststall dahinvegetieren. Es lässt zu, dass zwei Drittel der 500 000 Schweizer Milchkühe in einem Anbindestall leben, wo ihre Bewegungsfreiheit und der soziale Austausch enorm eingeschränkt sind, dass 15 000 Masthühner in einer Halle gehalten werden, in der sich 15 ausgewachsene Mastpoulets einen Quadratmeter Platz teilen.

Auf einigen Bauernhöfen in der Schweiz sieht es nicht so idyllisch aus, wie es uns die mit Steuergeld finanzierte Fleischwerbung vorgaukelt. Neben glücklichen Schweinen, die sich im Schlamm suhlen, und herzigen "Bibeli", die um ihr nach Körnern pickendes "Mami" herumrennen, sind eben Hunderte im Stall eingepferchte Mastschweine und Tausende in der Halle eingesperrte Mastpoulets die bittere Realität. Sie haben es richtig gehört: kein Auslauf, kein Weidegang, keine Einstreu. Bei der konventionellen Nutztierhaltung ist dies nicht immer zwingend vorgeschrieben.

Natürlich ist es so, dass im Ausland oft noch schlechtere Bedingungen herrschen. Aber das darf doch kein Grund sein, die Probleme hier in der Schweiz nicht anzupacken. Tatsache ist, dass in der Schweiz heute Tierhöchstbestände von 18 000 bei Legehennen, bis zu 27 000 bei Mastpoulets oder 1500 bei Mastschweinen zulässig sind. Wenn auch die meisten Schweizer Landwirtschaftsbetriebe von der Initiative nicht negativ betroffen sind, so gibt es eben doch einige Grossbetriebe, bei denen das Tierwohl zu wenig berücksichtigt wird. Handlungsbedarf erkennen im Übrigen nicht nur die Initiantinnen und Initianten, sondern auch der Bundesrat. Er sagt in seiner Botschaft und in seinem direkten Gegenentwurf deutlich, dass wir in Sachen Tierwohl handeln müssen. Nutztiere sind bis heute ungenügend geschützt. Auch die Mehrheit der Kantone anerkennt den Handlungsbedarf.

Damit der Schweizer Markt nicht von Produkten aus tierquälerischer Massentierhaltung überschwemmt wird,





sollen die Importe der Schweizer Tierschutzgesetzgebung entsprechen. Mit diesem Passus hilft die Initiative eben auch den Schweizer Bäuerinnen und Bauern. Denn diese sind heute einem enormen Druck durch den Markt ausgesetzt. Wir haben es auch hier drin immer wieder gehört: Billiges Importfleisch überschwemmt unsere Grossverteiler und setzt die Bauernschaft unter Druck. Die grosszügige Übergangsfrist in der Initiative von 25 Jahren gibt den betroffenen Bäuerinnen und Bauern die Möglichkeit, die Transformation anzugehen und nach den veränderten Bedürfnissen zu produzieren. Denn die Gesellschaft erwartet von der Landwirtschaft eine Verbesserung des Tierwohls. Ziel muss es sein, dass alle Tiere artgemäss gehalten werden und Weidegang oder Auslauf haben.

Ja, wir haben das beste Tierschutzgesetz der Welt. Aber wie so oft: Es ist nicht alles Gold, was glänzt. Auch in der Schweiz besteht dringend Handlungsbedarf für die Verbesserung des Tierwohls in der Nutztierhaltung. Schweine müssen wühlen können, Kühe müssen grasen können, Hühner müssen scharren können. Es geht um die Würde der Tiere, die wir nach ihrem kurzen Leben essen. Diese Tierwürde umfasst das Recht, nicht in Massentierhaltung, nicht eingepfercht zu leben. Alle Nutztiere haben das Recht darauf, Auslauf und Weidegang zu haben und die Sonne zu sehen. Das ist meine tiefe Überzeugung, meine ethische Grundhaltung. Deshalb stehe ich hinter dieser Initiative, und ich lade Sie ein, es mir gleichzutun.

Aebi Andreas (V, BE): Frau Suter, bei Ihrer ethischen Grundhaltung ist es auch wichtig, dass Sie das gesamte Bild sehen. 500 000 Kühe angebunden ... (*Zwischenruf Suter: Nein, das habe ich nicht gesagt!*) Das haben Sie so gesagt, doch!

Suter Gabriela (S, AG): Nein, da haben Sie mich falsch zitiert. Ich habe gesagt, dass zwei Drittel der Milchkühe in einem Anbindestall leben.

Präsident (Candinas Martin, erster Vizepräsident): Herr Aebi, stellen Sie die Frage, Frau Suter beantwortet sie anschliessend.

Aebi Andreas (V, BE): Behornte Kühe im Anbindestall sind zu 80 Prozent im RAUS-Programm. Können Sie sich vorstellen, dass diese auf einer Alp angebundenen Kühe geruhige zwölf Stunden erleben, ohne Rankämpfe, wenn sie sonst zwölf Stunden draussen sind?

Suter Gabriela (S, AG): Natürlich, ich kann mir alles vorstellen. Aber ich glaube, dieses Einzelbeispiel zeigt jetzt nicht auf, dass alles gut ist. Ich habe im Wesentlichen gesagt, welche Missstände noch da sind. Bei vielen Betrieben gibt es keine Missstände, aber es gibt eben Missstände, und die sollten wir mit der Initiative angehen.

Gafner Andreas (V, BE): Frau Suter, Sie haben zu Beginn Ihres Referats gesagt, die Schweine würden zum Teil ohne Tageslicht gehalten. Kennen Sie die Tierschutzgesetzgebung? Tageslicht ist dort eine Vorschrift. Es interessiert mich, ob Sie das wissen.

Suter Gabriela (S, AG): Ja. Es geht darum, dass sie sich nicht unter freiem Himmel bewegen können. Es ist bei der konventionellen Haltung, soweit ich das recherchiert habe, nicht vorgeschrieben, dass sie jeden Tag die Sonne sehen können.

Egger Mike (V, SG): Geschätzte Kollegin Suter, mit Ihrer Initiative werden Sie ja die heimische Fleischproduktion herunterfahren. Wir wären dann auf mehr Importe angewiesen. Wie wollen Sie die Schweizer Standards in Bezug auf das Tierwohl, die im internationalen Vergleich wirklich sehr hoch sind, im Ausland durchsetzen?

Suter Gabriela (S, AG): Es geht ja darum, viel weniger Fleisch zu essen, wie es im Übrigen auch der Bundesrat empfiehlt, nämlich noch etwa zweimal die Woche, glaube ich. Wir essen durchschnittlich 50 Kilogramm Fleisch pro Jahr, das ist viel zu viel. Ich glaube, wenn man das jetzt ein bisschen reduzieren würde, dann bräuchte man gar nicht mehr auf Importprodukte auszuweichen.

Wismer-Felder Priska (M-E, LU): Frau Nationalrätin Suter, Sie haben in Ihrem Votum ausgeführt, dass die meisten Familienbetriebe von dieser Massentierhaltungs-Initiative nicht betroffen seien. Ich weiss nicht, ob Sie mein Votum gehört haben. Da habe ich ausgeführt, dass es genau anders ist. Die allermeisten Familienbetriebe mit kleinen Tierzahlen wären von dieser Initiative sehr wohl betroffen. (*Zwischenruf des Präsidenten: Die Frage, Frau Wismer!*) Die Frage ist: Wie erklären Sie diesen Familienbetrieben, dass sie umbauen müssen, dass sie betroffen sind, obwohl Sie heute hier gesagt haben, dass sie von dieser Initiative nicht betroffen seien?



Suter Gabriela (S, AG): Sie nehmen jetzt an, dass die meisten betroffen seien; hier steht jetzt Aussage gegen Aussage. Das müsste man ganz genau überprüfen. Letztlich sind – ja,

AB 2021 N 2624 / BO 2021 N 2624

doch – alle betroffen, die ganze Bevölkerung ist von dieser Initiative betroffen, und zwar im positiven Sinn betroffen.

Es geht ja darum, dass man auch für das Tierwohl entsprechend etwas Gutes tut; auch die Familien, die jetzt betroffen sind, werden das tun. Sie sagen, sie seien negativ betroffen. Ich sage, es ist eine positive Entwicklung, die diese Initiative anstösst.

Huber Alois (V, AG): Liebe Kollegin, Sie haben gesagt, in vielen sogenannten Massentierhaltungsställen für Geflügel und Schweine sei nicht eingestreut. (*Zwischenruf Suter: Nein.*) Doch, das haben Sie gesagt! Darf ich Ihnen eine persönliche Frage stellen? Wann waren Sie das letzte Mal in einem so grossen Massentierhaltungsstall?

Suter Gabriela (S, AG): Daran kann ich mich tatsächlich nicht mehr erinnern, Herr Kollege Huber. Ich möchte Sie aber korrigieren, ich habe nicht gesagt, in den meisten Ställen habe es keine Einstreu. Ich habe gesagt, es ist nicht vorgeschrieben: Bei der konventionellen Tierhaltung ist nicht zwingend vorgeschrieben, dass eingestreut wird.

Strupler Manuel (V, TG): Geschätzte Kollegin Suter, Sie haben die Schweinemast kritisiert. Wie ich in meinem Votum ausgeführt habe, wird zu rund 60 Prozent nach den BTS- und RAUS-Richtlinien produziert, aber leider nur zur Hälfte unter diesem Label verkauft, weil die Nachfrage eher zu klein ist. Jetzt möchte ich von Ihnen wissen: Was machen Sie persönlich in Ihrem Umfeld, damit mehr fürs Fleisch bezahlt wird und diese Label-Produkte gekauft werden, und was machen Sie, damit Ihre Wähler sie kaufen? Sie sollen nicht einfach weniger Fleisch kaufen. Vielmehr soll vor allem das Fleisch, das gekauft wird, nach dem Label produziert werden, wie Sie es sich bei der Massentierhaltung wünschen.

Suter Gabriela (S, AG): Geschätzter Herr Kollege, in meinem ganz persönlichen Umfeld mache ich nicht wahnsinnig viel dafür, dass eben entsprechende Label-Produkte, also Fleischprodukte, gekauft werden, weil wir in unserer Familie gar kein Fleisch essen. Wir kaufen aber beispielsweise Biomilch; das wäre etwas, was wir tun. Sonst würde ich jetzt hier natürlich allen gerne ans Herz legen, Bioprodukte und Label-Produkte zu kaufen, und zwar aus der Schweiz.

Nicolet Jacques (V, VD): Vous avez évoqué dans votre intervention le fait que les familles paysannes ne s'exposaient pas à un grand risque avec l'initiative. Or 70 pour cent des exploitations produisant des oeufs, 80 pour cent des exploitations produisant de la volaille d'engraissement et 50 pour cent des porcheries, soit au total 4000 exploitations, seraient affectées par l'initiative. Cela ne fait pas beaucoup, selon vous?

Suter Gabriela (S, AG): Das kommt ein bisschen darauf an, wie man es sieht, Herr Kollege. Ihre Frage geht ein bisschen in eine ähnliche Richtung wie die von Frau Wismer-Felder. Ich kann nur noch einmal wiederholen: Die Initiative wird einen positiven Effekt für das Tierwohl und letztlich auch für die Bauernschaft haben, auch wenn sie dies heute vielleicht noch nicht sieht.

Dettling Marcel (V, SZ): Geschätzte Frau Kollegin, Sie haben jetzt sehr negativ über die Schweizer Schweinehaltungs- und Hühnerhaltungsbetriebe berichtet. Auf die Frage von Herrn Huber haben Sie geantwortet, Sie mögen sich nicht erinnern, wann Sie das letzte Mal auf so einem Betrieb waren. Waren Sie überhaupt schon jemals auf so einem Betrieb?

Suter Gabriela (S, AG): Herr Kollege, ich kann Ihnen sagen: Mein Vater ist ein Bauernsohn. Als Kind war ich sehr oft auf dem Bauernhof meiner Grossmutter. Sie hat mich dort auch gehütet. Ich kenne Bauernhöfe sehr gut, aber ich weiss nicht, wann ich das letzte Mal auf einem Massenbetrieb war; das war vorhin die Frage von Herrn Huber.

de Montmollin Simone (RL, GE): Voilà une nouvelle initiative qui vise à nouveau la paysannerie suisse. Elle a été lancée par le groupement Sentience Politics, une émanation d'un mouvement mondial engagé dans la lutte contre la souffrance animale. La cause qu'il défend est certainement louable, mais notre réalité suisse est très éloignée des pratiques qu'il condamne à l'étranger. Les orateurs précédents dénoncent souvent ces



pratiques comme étant une réalité généralisée en Suisse.

Non, l'élevage intensif est déjà interdit en Suisse. Nos lois imposent des conditions de garde d'animaux les plus strictes au monde, tant en matière de limitation du cheptel qu'en matière de soins et de contrôles. Tout cela est assuré par une formation de haut niveau. Notre législation est adaptée régulièrement. Des labels certifiés garantissent des standards encore supérieurs, que les filières s'imposent volontairement pour assurer aux consommateurs un vaste choix. Les exigences de l'initiative sont de fait déjà mises en oeuvre par nos lois et renforcées encore de manière volontaire par des labels.

Autant de raisons qui ont conduit le Conseil fédéral à proposer le rejet de l'initiative. Il relève que les critères exigés, s'agissant des importations, constitueraient une infraction aux règles du commerce international. A cela s'ajoute le risque d'augmentation des prix et donc du tourisme d'achat ainsi qu'une atteinte au libre choix du consommateur.

Mais pourquoi dès lors proposer un contre-projet direct? Le Conseil fédéral nous dit en substance que nous avons une législation très élaborée, strictement contrôlée et régulièrement adaptée, parmi les plus exigeantes au monde, mais que nous voulons l'inscrire dans la Constitution pour pouvoir dire que nous faisons bien notre travail. Permettez-moi de douter de cette stratégie. Un contre-projet direct n'est pas nécessaire pour démontrer notre attachement au bien-être animal, ni la qualité du travail de nos éleveurs.

Cela pourrait encore être acceptable si la proposition n'ouvrait pas des brèches problématiques. Les conséquences sur l'aménagement du territoire et le conflit avec d'autres objectifs, comme la réduction des émissions d'ammoniac, ont déjà été évoquées.

A cela s'ajoute un autre point: le fait d'introduire la notion de "bien-être" comme principe constitutionnel devant être garanti ouvrirait une réflexion qui irait bien au-delà de la question animale. Car le droit au bien-être n'existe pas pour les humains. Aucun article de la Constitution ne vise à protéger le bien-être des individus. Ce mot figure de manière déclamatoire dans le préambule mais pas de manière impérative dans le texte lui-même. Le proposer pour la cause animale alors qu'on y a renoncé pour les êtres humains ouvrirait un certain nombre de questions tant éthiques que philosophiques, ce qui en dit assez long sur les tendances sociétales.

Au reste, quelle serait la valeur ajoutée au texte constitutionnel apportée par le contre-projet direct? On constate assez vite que les deux alinéas de l'article 80 de la Constitution sont déjà exhaustifs et adéquats pour mettre en oeuvre le principe du bien-être animal dans la loi. Rappelons que, selon l'article 80 de la Constitution: "La Confédération légifère sur la protection des animaux." "Légifère" n'est pas une formulation potestative mais impérative, la Confédération doit légiférer pour protéger les animaux. "Protéger", selon le Petit Robert, signifie "défendre contre toute atteinte".

Pour protéger les animaux, la Confédération doit régler en particulier la garde des animaux et la manière de les traiter. Lorsque l'on dit cela, on ne parle pas d'autre chose que de la nécessité d'un hébergement adéquat, de soins respectueux, ce qui implique, entre autres, mais pas uniquement, des sorties régulières.

Ces précisions du contre-projet direct sont de niveau légal mais pas constitutionnel, pour la bonne et simple raison qu'elles ne peuvent pas être considérées comme exhaustives pour assurer le bien-être de l'animal.

Si la Constitution doit affirmer les principes que nous valorisons, et la loi dire comment y arriver, alors ce contre-projet direct semble un doux mélange des deux. On observe d'ailleurs, que son contenu a suscité toutes sortes de propositions de modifications nécessitant des précisions. Cela démontre qu'il n'est pas judicieux de vouloir régler dans la Constitution ce qui relève de la loi.

AB 2021 N 2625 / BO 2021 N 2625

Recommander le rejet de l'initiative populaire et ne pas entrer en matière sur le contre-projet direct ne détournera pas l'attention indispensable que l'on porte à la protection animale. Bien au contraire, des adaptations continueront d'être apportées. Elles devront se faire dans le cadre plus large de la politique agricole, et non de manière séparée comme ce serait le cas avec un contre-projet indirect. En effet, le Conseil fédéral n'a pas encore répondu au postulat qui doit donner les orientations de la future politique agricole. L'évolution des lois devra pourtant en tenir compte si l'on veut éviter de se trouver face à des injonctions contradictoires et respecter les trois piliers de la durabilité.

En conclusion, nous voulons tous le bien-être des animaux. Le droit en vigueur le garantit. Il est ambitieux et exigeant. Il permet d'aller devant la population avec des arguments concrets et solides, car il répond aux préoccupations en matière de protection animale.

Je trouve particulièrement désastreux d'aborder par un moyen détourné, en utilisant la cause vertueuse du bien-être animal, la question de notre consommation. On veut décider de manger moins de viande et on utilise cette initiative pour y arriver, puisqu'elle imposerait des conditions tellement contraignantes que l'élevage en Suisse serait si coûteux que les produits d'origine animale deviendraient inaccessibles au plus grand nombre.



C'est une manière insidieuse d'aborder les problèmes de consommation. S'il est juste de questionner nos habitudes de consommation, il n'est pas acceptable d'en faire payer une fois de plus le prix à la paysannerie.

Buffat Michaël (V, VD): Je vous invite à recommander le rejet de cette initiative et à rejeter le contre-projet direct ainsi que la proposition de renvoi à la commission visant à proposer un contre-projet indirect.

Dans le domaine alimentaire, comme dans tous les domaines d'ailleurs, le fait de rajouter encore et encore des règles et des restrictions a pour conséquence d'augmenter encore les coûts de production. Par conséquent, cette hausse des coûts sera répercutée sur le prix final pour le consommateur, qui verra le prix de ses denrées alimentaires augmenter. Alors, que va-t-il se passer? Les plus modestes se tourneront vers les denrées alimentaires importées de l'étranger et produites selon des normes bien pires que celles en vigueur dans notre pays. La population souhaite et attend un maximum de production locale, avec des circuits courts. Il faut relever que dans notre pays, en comparaison avec l'étranger, le niveau de protection des animaux est déjà très élevé. Il existe déjà beaucoup de prescriptions réglant l'effectif maximal de bétail par exploitation.

L'élevage industriel, comme le qualifient les initiants, n'a pas cours chez nous. Si nous limitons encore plus le nombre d'animaux, il y aura lieu de construire encore plus de bâtiments pour les élevages, alors que les capacités d'aménagement du territoire sont limitées. Les consommateurs ont actuellement le choix parmi une large palette de produits labellisés. Ils peuvent donc librement faire des choix. Cette valorisation se retrouve également dans les contributions versées dans le cadre de la politique agricole.

Cette initiative a un impact direct sur le revenu des agriculteurs. Elle menace la survie de nombreuses exploitations agricoles et des familles paysannes qui en vivent. Elle aura à la fin une conséquence négative sur notre mode d'approvisionnement et, par là, sur notre souveraineté et notre sécurité alimentaire.

Je vous invite donc à recommander le rejet de cette initiative, à rejeter le contre-projet direct ainsi que la proposition de renvoi à la commission visant à proposer un contre-projet indirect.

Romano Marco (M-E, TI): Eccoci confrontati con una nuova iniziativa popolare estrema e dannosa. Si esige che in Svizzera valgano standard che nessun altro paese applica in maniera integrale. Si crea un problema laddove non esiste e si chiede di regolarlo direttamente nella Costituzione. Giusto voler essere i primi della classe, è tipicamente svizzero, per quanto non lo siamo già, ma per farlo occorre rispettare il settore, per il quale si impongono regole tanto rigide e penalizzanti.

Questa iniziativa rappresenta una vera e propria offesa al mondo agricolo elvetico, a chi vi lavora, a chi vi investe, a chi da generazioni detiene delle imprese. La lettura del testo potrebbe portare a dire, ebbene, perché no? Siamo tutti per il rispetto del mondo animale.

Ma in Svizzera abbiamo un reale problema? No! – E gli approfondimenti svolti dalla commissione l'hanno dimostrato. Piuttosto è nuovamente una forzatura fondata su un approccio ideologico. Basta andare in visita a qualunque agricoltore per capire il motivo dell'insostenibilità di quanto proposto. In Svizzera non esiste l'allevamento intensivo, non esiste un allevamento definibile di carattere industriale. L'agricoltura svizzera è caratterizzata da un livello di benessere animale estremamente elevato. Da anni la legislazione in materia è molto chiara e restrittiva e sono numerosi i progetti volti a migliorare, con soluzioni innovative, la tutela del benessere animale. I controlli sono molto severi, svolti dai cantoni, e per i casi sospetti si arriva pure a controlli annuali.

Questa realtà rende ancora meno giustificata l'iniziativa popolare: non ci troviamo di fronte ad una situazione di scandali generalizzati e di non controllo da parte delle istituzioni.

Sia l'iniziativa sia il controprogetto ci renderanno maggiormente dipendenti dall'estero, questo è importante che lo capiscano le cittadine e i cittadini. Vogliamo aumentare le importazioni a detrimento della produzione locale? Si stima per esempio un meno 80 per cento nel settore del pollame. Io questo non lo voglio, io voglio consumare cibo svizzero, prodotti svizzeri, e questo lo vuole anche la maggioranza delle cittadine e dei cittadini, che ha fiducia nel settore agricolo svizzero e ne ha meno nel settore agricolo dei paesi circostanti.

A causa delle maggiori esigenze di spazio, del numero fortemente limitato di animali per allevamento, dei requisiti aggiuntivi per la cura degli animali – sono tutti elementi imposti dall'iniziativa – i costi di produzione crescerebbero in maniera massiccia. Più severità – laddove oggi realmente non c'è nessun problema – significa costi maggiori per i consumatori.

Infine, gli autori dell'iniziativa hanno guardato la Svizzera nella sua complessità territoriale e geografica? Anche qui no, anche qui se ne sono dimenticati. Limitare il numero degli animali per fattoria porterebbe ad un enorme aumento del numero di edifici per l'allevamento. Per mettere in atto l'iniziativa e al contempo produrre la stessa quantità di uova di oggi bisognerebbe per esempio costruire 1600 nuovi pollai. E dove li vogliamo mettere,



chi li finanzierebbe? Parliamo di strutture fuori zona, in zone dove oggi è già meglio non costruire, e i conflitti giuridici e territoriali sono serviti.

L'agricoltura domestica è caratterizzata da un livello molto alto di benessere degli animali. Non abbiamo un problema in questo settore, men che meno vi è la necessità di imporre regole ancora più severe tramite una modifica costituzionale. L'iniziativa e il controprogetto sono inutili e avrebbero numerosi effetti indesiderati. Per questo vi invito a votare di no a questa iniziativa e a questo controprogetto.

Rüegger Monika (V, OW): Wer ist schon gegen eine Massentierhaltungs-Initiative? Es handelt sich wieder mal um eine Initiative, die verfänglich gut tönt und trotzdem nicht ganz ehrlich ist. Wir kennen die Bilder aus dem Ausland, wo Tiere in Käfigen eng zusammengedrückt leben oder keinen Auslauf haben. Das trifft in der Schweiz nicht zu! Denn wir haben eben keine Massentierhaltung, gerade weil wir das strengste Tierschutzgesetz der Welt haben.

Die Initiative verfolgt ein ganz anderes Ziel, wir haben das vorhin auch schon gehört: Der Konsum von Fleisch soll reduziert werden. Die Leute sollen umerzogen werden, sie sollen weniger Fleisch essen. Wie macht man das? Man schränkt die Produktion ein, und man macht das Produkt teurer. Damit fördert man einzig den Import und bestraft das Inland. Den Import von Fleisch- und Geflügelprodukten zieht man der einheimischen Produktion mit Tieren vor, die notabene nach den Richtlinien des strengsten Tierschutzgesetzes aufgezogen werden.

AB 2021 N 2626 / BO 2021 N 2626

Meine Region, die Alpen- und Voralpenregion, wäre genauso betroffen. In der Kleinräumigkeit unserer Region können die Bauern nicht auf Getreide- oder Gemüseanbau umstellen, weil das weder das hügelige Terrain noch die Bodenbeschaffenheit noch die alpine Lage zulässt. Wir sind auf Graswirtschaft, auf Milchwirtschaft und Fleischproduktion, angewiesen. Ja, wir Menschen können nun mal nicht Gras fressen!

Die Konsumenten profitieren nicht nur von einheimischen, gesunden Produkten – Fleisch, Milch und Eier –, sondern all diese Tiere düngen auch die Landschaft auf natürliche Weise. Die Landschaft wird gepflegt und die Biodiversität gefördert. Das geht nicht mehr, wenn die für Schweizer Verhältnisse kleinen Betriebe in den Alpenregionen mit Kleinstrukturen und mit einem durchschnittlichen Jahreseinkommen von 30 000 Franken pro Familie ihren Tierbestand noch reduzieren müssen.

Einmal soll der Bauer wirtschaftlicher produzieren und den Betrieb vergrössern, und jetzt soll der Viehbestand wieder reduziert und die Produktion verringert werden.

Regelmässiger Auslauf im Freien tönt genauso gut. Jedem Tier gönnen wir das Tageslicht. Ist Ihnen aber auch bewusst, wie solche Vorgaben zu einer Herausforderung werden, wenn im Alpenbereich während vier bis fünf Monaten über ein Meter Schnee liegt, der Platz vor dem Stall vereist ist und der Bauer erstens in Sorge darüber ist, dass seine Kühe nicht die "Scheichen" brechen, und er zweitens die Kühe buchstäblich rausprügeln und hinter sich die Stalltüre verriegeln muss, weil das Vieh sonst freiwillig sofort wieder in den Stall läuft? Sind solche Initiativen und der Gegenentwurf nicht gerade gegen das Tierwohl?

Mit der Massentierhaltungs-Initiative entscheiden wir uns für unkontrollierte Importfleischprodukte und gegen unser einheimisches Fleisch. Wenn schon, dann seien Sie doch bitte so ehrlich und sagen Sie den Leuten, dass Sie mit solchen Initiativen weniger Nutztiere und weniger Bauern in der Schweiz wollen!

Ich vertraue auf Schweizer Fleisch, denn ich weiss nicht, was im importierten Fleisch drin ist und wie diese Tiere gehalten wurden. Ich will wissen, was auf meinem Teller landet.

Darum: Schaden wir uns in der Schweiz doch nicht selber, empfehlen wir eine solche Initiative zusammen mit dem Gegenentwurf zur Ablehnung!

Bregy Philipp Matthias (M-E, VS): Ich bin der Redner Nummer 49, Kommissions- und Fraktionssprecher noch nicht mitgezählt. Vieles, aber wohl noch nicht ganz alles, ist gesagt. Daher verspreche ich Ihnen, ich konzentriere mich einzig auf den Rückweisungsantrag der Minderheit Baumann.

Wir müssen uns in diesem Saal schon entscheiden, ob wir die Regeln, die uns gegeben sind, einhalten wollen oder nicht. Was würde das für ein Beispiel abgeben, wenn wir hier Dinge beschliessen, die uns das Parlamentsgesetz so nicht erlaubt? Wenn Sie es nicht glauben, hilft ein Blick ins Gesetz: Artikel 100 ParlG gibt uns 30 Monate Zeit, um Stellung zu einer Volksinitiative zu nehmen und sie zur Annahme oder zur Ablehnung zu empfehlen. Eingereicht wurde die Initiative am 17. September 2019, somit endet die Frist am 17. März 2022. Nun gut, wir hatten die Corona-Pandemie, und es gab einen Fristenstillstand. So endet diese Frist halt am 28. Mai 2022.

Vielleicht fragen Sie sich nun: Gäbe es denn die Möglichkeit einer Ausnahme, einer Fristerstreckung? Ja, die gibt es mit Artikel 105 Absatz 1. Nur, für eine solche Fristerstreckung gibt es eben auch Voraussetzungen.



Die Voraussetzungen sind klar: Vor Ablauf der Frist muss ein Rat einem Gegenvorschlag in der Gesamtabstimmung zugestimmt haben, und – jetzt kommt es – beide Räte müssen der Fristerstreckung zugestimmt haben. Wenn wir diesen Punkt anschauen, sehen wir, dass der letzte Zeitpunkt, zu dem dieser Rat in einer Gesamtabstimmung dem Gegenvorschlag zustimmen müsste und zu dem der Ständerat und der Nationalrat die Fristerstreckung bewilligen müssten, der 18. März 2022 ist. Der Ständerat führt bekanntlich keine Sondersession durch.

Nun, was braucht es für einen Gegenvorschlag? Es braucht, wie gesagt, mindestens eine Gesamtabstimmung in einem Rat. Es bräuchte eine Vorlage, die mit einer parlamentarischen Initiative zu lancieren wäre. Die Kommission des Nationalrates hat aber genau das abgelehnt.

Was bräuchte es im Übrigen? Es bräuchte eine Vernehmlassung. Diese ist im Vernehmlassungsgesetz geregelt. Gemäss Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b sind Gesetzesvorlagen – und das wäre eine Gesetzesvorlage – zu vernehmlassen. Gemäss Artikel 7 Absatz 3 dauert eine Vernehmlassung mindestens drei Monate. Das heisst, wenn wir die Gesetzesvorlage morgen – was unrealistisch ist – in die Vernehmlassung gäben, würde die Frist am 16. März 2022 enden. Das ist nicht realistisch, und das ist nicht seriös.

Wir haben keine Möglichkeit, eine Vorlage zu beschliessen, die vernehmlasst, von den Kommissionen beraten und hier innert Frist zur Gesamtabstimmung gebracht werden könnte. Wenn wir heute diesem Rückweisungsantrag zustimmen, dann verursachen wir ein Chaos, indem wir den Leuten da draussen vorgaukeln, wir würden einen Gegenentwurf machen. Wir könnten diesen aber gar nicht machen, weil wir die entsprechenden Fristen nicht einhalten könnten.

In diesem Sinne bitte ich Sie, dieses Vorgehen nicht zu wählen. Es ist unseriös, und es ist unehrlich.

Vielleicht haben Sie sich ja zum Schluss noch gefragt, was denn geschehen würde, wenn diese Fristen alle nicht eingehalten würden, was sie nicht werden. Ja, dann ist es ganz einfach: Der Bundesrat wird diese Vorlage gemäss Artikel 106 ParlG ohne Empfehlung der Räte dem Volk vorlegen, und das kann nicht in unserem Interesse sein.

Wenn wir hier seriöse Arbeit leisten wollen, dann müssen wir stets der Mehrheit folgen. Wenn wir auf diesem Weg bleiben, werden wir das Gesetz und die Fristen schlussendlich einhalten. Wenn wir es anders machen, wird das Volk ohne unsere Empfehlung über diese Initiative abstimmen, und wir werden ihm ohnehin keinen Gegenvorschlag unterbreiten können.

Halten wir in diesem Sinne die Regeln ein, die wir uns selbst gegeben haben! Denn sonst sind wir ein schlechtes Beispiel für die Menschen da draussen, die sich stets an die Regeln halten müssen.

Clivaz Christophe (G, VS): Derrière le steak, le filet mignon ou la cuisse, il y a une vache, un porc ou un poulet, des animaux que notre code civil ne considère pas comme des choses; des animaux qui ont une dignité que nous devons améliorer par la manière dont nous les élevons.

La loi fédérale sur la protection des animaux a pour objectif de protéger la dignité et le bien-être de l'animal. En déposant leur initiative, les initiants proposent de clarifier cet objectif en précisant que la dignité de l'animal comprend le droit de ne pas faire l'objet d'un élevage intensif.

Pourquoi l'élevage intensif est-il problématique? Premièrement, parce qu'il nuit au bien-être animal. Les besoins fondamentaux des animaux ne sont pas respectés, de grands groupes d'animaux sont concentrés sur la plus petite surface possible, les animaux n'ont pas d'accès régulier à l'extérieur, ni de suivi vétérinaire approprié. Deuxièmement, parce que l'élevage intensif nuit à l'environnement. Ce type d'élevage a notamment un impact considérable sur les émissions d'azote et de phosphore. Ces apports excessifs d'azote et de phosphore portent préjudice à la qualité des eaux, du sol, de l'air, au bilan des gaz à effet de serre, aux fonctions sylvicoles ainsi qu'à la biodiversité. Troisièmement, parce que l'élevage intensif nuit à notre santé, par l'apport excessif d'azote et de phosphore que je viens de mentionner, mais aussi par les risques de propagation de maladies virales que représente l'élevage intensif, ou les effets négatifs, aujourd'hui bien documentés, d'une trop grande consommation de viande sur la santé humaine. Interdire l'élevage intensif paraît donc une évidence tant sur le plan du bien-être animal et de l'environnement que de la santé.

Il reste cependant la question de savoir si l'interdiction de l'élevage intensif va contraindre nombre d'exploitations agricoles à la faillite. La réponse est clairement non, puisqu'un délai de vingt-cinq ans est prévu par l'initiative. Or, vingt-cinq ans, cela nous amène au milieu du XXI^e siècle, donc les exploitants concernés auront largement le temps de s'adapter à la nouvelle législation.

AB 2021 N 2627 / BO 2021 N 2627

Afin d'éviter des conséquences négatives pour l'agriculture suisse, l'initiative propose en outre que les critères du bien-être animal soient aussi appliqués aux importations. Ainsi, la production suisse ne serait pas pénalisée





par rapport à la production étrangère. Au contraire, elle serait même avantagée en comparaison de la situation actuelle, où les importations ne sont pas soumises au respect des règles suisses.

Malgré cela, l'initiative sur l'élevage intensif ne bénéficiera sans doute pas d'un large soutien au sein de notre conseil. Conscient néanmoins de la nécessité de mieux tenir compte du bien-être animal tout en préservant les différents intérêts, le Conseil fédéral a proposé un contre-projet direct, soutenu notamment par la majorité des cantons ainsi que par la Société des vétérinaires suisses. Le Conseil fédéral estime que des progrès doivent être réalisés en termes d'hébergement, de soins respectueux des animaux, d'accès à l'extérieur et d'abattage des animaux.

Certes, ce contre-projet direct est moins ambitieux que l'initiative et ne prend pas en compte l'ensemble des animaux d'élevage. Il constituerait tout de même une première avancée bienvenue en matière de bien-être animal. Il a par contre le défaut de ne pas s'intéresser aux importations et, dans ce sens, la minorité Grossen Jürg doit être suivie, elle qui, en plus de fixer un nombre maximal d'animaux par exploitation, propose un devoir de déclaration pour les importations.

Pour finir, le contre-projet indirect proposé par mon collègue Killian Baumann constitue un autre compromis. Plus rapide dans sa mise en oeuvre, il vise lui aussi à développer le bien-être animal et je vous invite également à le soutenir. Certes le timing est serré mais pas impossible, si la volonté politique y est.

Je terminerai en rappelant qu'avant de poser des questions environnementales ou économiques, l'initiative sur l'élevage intensif soulève des questions éthiques qu'il est fondamental de se poser: quel rapport avons-nous avec l'animal? Quelles conditions d'existence octroyons-nous aujourd'hui aux animaux de rente? Quelles conditions minimales voulons-nous garantir aux animaux détenus dans un but de rendement afin de leur offrir une certaine dignité?

Je vous prie donc d'accepter l'initiative, ou au moins de soutenir un contre-projet, direct ou indirect, et ainsi de faire un pas supplémentaire vers une meilleure prise en compte de la dignité et du bien-être des animaux de rente.

Haab Martin (V, ZH): Diese Initiative suggeriert allein schon mit ihrem Titel "Massentierhaltungs-Initiative", dass in der Schweizer Nutztierhaltung vieles im Argen liege. Dazu verweise ich auf den neu vorgeschlagenen Verfassungstext in Artikel 80a Absatz 2: Massentierhaltung bezeichnet eine technisierte Tierhaltung in Grossbetrieben zur Gewinnung möglichst vieler tierischer Produkte, bei der das Tierwohl systematisch verletzt wird.

Nun zu meiner Interessenbindung: Ich bin seit vierzig Jahren leidenschaftlicher Viehzüchter und Milchbauer. Zusammen mit meiner Familie halte ich heute 75 Kühe im Stall, ich bin also Massentierhalter. Dazu haben wir nochmals so viel weibliche Nachzucht. Also nochmals: Ich bin Massentierhalter. Die Kühe werden jedoch gehalten, gefüttert und gepflegt nach den höchstmöglichen Tierwohlansprüchen unseres Gesetzes und unserer Landwirtschaftspolitik. Ergänzend dazu haben wir viele weitere technische Annehmlichkeiten für unsere Lads, wie zum Beispiel eine Melkmöglichkeit für jede Kuh rund um die Uhr, ein Futterangebot im Stall während 24 Stunden, dazu freien Zugang zur Weide während der Vegetationszeit. Dank dem mittels Ventilatoren während der Sommermonate regulierten Stallklima entscheiden sich die meisten Kühe, den Tag im angenehmen Stall zu verbringen. Es ist anscheinend "cow's first choice": angenehme Temperaturen, eine ausgewogene Futterration, ein weiches Liegebett und keine Fliegen. Wir Profis nennen dies im Fachjargon "cow comfort".

Mit meiner Herde bin ich somit Massentierhalter, habe einen Grossbetrieb und verletze laut Initiativtext das Tierwohl systematisch. "Nein", sagen Sie jetzt bestimmt, "eine solche Tierhaltung meinen wir natürlich nicht." Welche Tierhaltung meinen Sie denn? Unsere Tierhaltung gehört zu den grössten und produktivsten und wäre von der Initiative direkt betroffen, da wir die Bio-Suisse-Richtlinien von 2018 sowie die maximale gewünschte Gruppengrösse nicht einhalten.

"Die Initiative zielt vor allem auf die Schweine- und die Geflügelbetriebe", erwidern Sie mir jetzt, das wurde hier auch mehrmals erwähnt. Im Geflügelbereich hat der Konsument seinen Konsum in den letzten dreissig Jahren verdoppelt. Geflügelfleisch ist also "hype" und die Produktion nach Schweizer Standard erwünscht. Trotzdem decken die Schweizer Bauern mit ihrer Produktion nur gut zwei Drittel des hiesigen Konsums ab. Der Rest wird importiert. Auch Eier werden hierzulande wesentlich mehr konsumiert, als die Bauern mit ihren Hühnern produzieren.

Fahren wir unsere Bestände nach Annahme der Initiative oder des Gegenentwurfes drastisch zurück, so werden sich die Importeure die Hände reiben, denn ihr Geschäft wird boomen. Sie wissen genauso wie ich: Die Anforderungen der Initiative an die Importprodukte werden in handelstechnischer Hinsicht so nicht erfüllbar sein. Dies bestätigt der Bundesrat bereits in seiner Botschaft zum direkten Gegenentwurf.

Leider halten die europäischen Tierhaltungen nicht, was sie versprechen. Batteriehaltung in Legehennenbe-





trieben ist immer noch salonfähig: 54 Prozent der Legehennen leben in der EU dank Ausnahmestimmungen immer noch in Batteriehaltung. Bei uns sind diese Haltungsformen seit bald dreissig Jahren per Gesetz verboten. Bestandesgrössen von mehreren hunderttausend Tieren sind dort die Regel. Bei uns werden maximal 18 000 Tiere gehalten.

Dasselbe Bild zeigt sich in der Schweinehaltung. Auch hier ergänzen Importe die eigene Produktion. Die Haltebestimmungen und die Bestandesgrössen in der Schweiz heben sich gegenüber jenen in unseren Nachbarländern ebenfalls klar ab. Nicht umsonst sind die Schweizer Schweinehaltungen ein immer wieder zitiertes positives Beispiel für artgerechte Haltung. Diese Anerkennung erhalten unsere Betriebe übrigens von der ganzen westlichen Welt, und unzählige Zuchtorganisationen beginnen, sich an unseren Haltungsnormen im Schweine- und Geflügelbereich zu orientieren.

Dr. Hansueli Huber, während 18 Jahren Geschäftsführer des Schweizer Tierschutzes, schreibt in einem Fachartikel: "In der EU fehlen Tierschutzrichtlinien zur Haltung von Kühen und Mastvieh, Pferden, Schafen und Ziegen sowie allen Geflügelarten ausser Hühnern. Damit sind über 100 Millionen Nutztiere in der EU ohne konkreten gesetzlichen Schutz. [...] Die Schweizer Tierschutzgesetzgebung gibt zu allen Nutztieren detaillierte Vorschriften und Mindestmasse vor."

In meinen Aufgaben in den Gremien von Zuchtorganisationen konnte ich schon viele Tierhaltungsbetriebe besichtigen – im Inland, aber auch im nahen und fernen Ausland. Glauben Sie mir, es ist nicht so, dass gross schlecht und klein gut ist – genau das suggeriert die Massentierhaltungs-Initiative dem Stimmbürger und Konsumenten. Als Milchkuh würde ich es vorziehen, eine von tausend in einem nach den neuesten Grundsätzen konzipierten Stall in den USA zu sein statt eine von fünf in einem Kleinbetrieb in Rumänien, Bulgarien oder in den baltischen Staaten – notabene in einem dunklen Loch, welches dort "Stall" genannt wird. Sie wissen, auch diese Länder sind Teil der EU, welche sich eines modernen Tierschutzgesetzes rühmt.

Diese Initiative ist nicht nur völlig praxisfremd, nein, sie ist eine Diffamierung der professionellen Nutztierhalter in unserem Land, welche sich an das strengste Tierschutzgesetz der Welt halten und punkto Tierwohl höchste Standards erreichen – ganz egal, ob die Betriebe Geflügel, Schweine oder Rinder halten, ob mit biologischen Richtlinien innerhalb der unzähligen Label-Programme oder nach den Auflagen des ökologischen Leistungsnachweises, nach welchen ja ein grosser Teil der Betriebe Milch und Fleisch produziert. Massentierhaltung in der Schweiz kennen wir höchstens im Bienenstock; dort sind Zehntausende von Individuen auf engstem Raum in völliger Dunkelheit und über Monate eingepfercht – und niemanden stört es.

Folgen Sie dem Praktiker, stimmen Sie Nein zur Initiative, Nein zum Gegenvorschlag, welcher für den Standort Schweiz noch schädlicher ist als die Initiative, und geben Sie dem Antrag der Minderheit Baumann kein Gehör. Verzichten Sie auf

AB 2021 N 2628 / BO 2021 N 2628

die Rückweisung an die Kommission, da auch ein indirekter Gegenvorschlag überflüssig ist und erst noch gegen das Parlamentsgesetz verstösst.

Gugger Niklaus-Samuel (M-E, ZH): Die EVP setzt sich schon seit jeher für eine natur- und tiernahe Landwirtschaft ein. Eine industrielle Fleischproduktion, bei welcher das Tierwohl mit Füßen getreten wird, lehnt sie entschieden ab. Die EVP unterstützt stattdessen Rahmenbedingungen, die es Familienbetrieben ermöglichen, sinnvoll und nachhaltig zu wirtschaften. Um diese Ziele erreichen zu können, wird unsere Gesellschaft in Zukunft jedoch auch den Fleischkonsum signifikant reduzieren müssen. Dessen sind wir uns bewusst.

Die Massentierhaltungs-Initiative bedeutet einen wichtigen Schritt hin zu einer standortangepassten Schweizer Landwirtschaft, die für eine tierfreundliche und ressourcenschonende Produktion steht.

Wir danken dem Bundesrat für die Ausarbeitung seines direkten Gegenvorschlages. Es darf jedoch nicht sein, dass der Bundesrat viel Zeit verstreichen lässt, sodass dem Parlament die Ausarbeitung eines parlamentarischen Gegenvorschlages in einem solch wichtigen Geschäft faktisch verunmöglicht wird. Ohne ein solches zusätzliches Kompromissangebot droht uns aber allen erneut ein gehässiger Abstimmungskampf, der die Gräben innerhalb der Landwirtschaft und der Gesamtgesellschaft wieder aufreissen wird.

Die EVP-Deputation unterstützt deshalb den Minderheitsantrag Baumann auf Rückweisung an die zuständige Kommission zur Ausarbeitung einer parlamentarischen Initiative. Damit setzt sie ein Zeichen, dass sie sich weder vom Bundesrat noch aus verfahrenstechnischen Gründen unter Druck setzen lässt.

In der Frage, ob die EVP-Deputation die Initiative zur Annahme empfiehlt sowie auf den direkten Gegenvorschlag des Bundesrates eintritt, hat sie keine abschliessende Position festgelegt. Sehr wichtig ist aber, dass der direkte Gegenvorschlag das Tierwohl nicht auf Kosten der Umwelt fördert. Der vorliegende direkte Gegenvorschlag des Bundesrates würde zu mehr Stickstoffemissionen führen. Deshalb unterstützt die EVP-Deputation,



sollte das Eintreten auf den direkten Gegenvorschlag des Bundesrates eine Mehrheit im Rat erhalten, den Antrag der Minderheit Grossen Jürg.

Ich danke Ihnen für die Unterstützung des Rückweisungsantrages.

Berset Alain, conseiller fédéral: A l'issue de ce débat fleuve, permettez-moi de faire quelques réflexions au nom du Conseil fédéral.

Tout d'abord, je parlerai de l'initiative. On a beaucoup discuté de l'initiative et vous savez ce qu'elle vise, à savoir la fin de l'élevage intensif en Suisse. Elle contient toute une série d'éléments et, comme vous l'avez vu, le Conseil fédéral propose de recommander son rejet, ceci avec les arguments suivants.

Premièrement, nous constatons que l'élevage intensif est déjà interdit dans notre pays. Nous avons une législation sur la protection des animaux qui protège le bien-être de chaque animal, et les exigences sont applicables indépendamment de la taille des exploitations.

Le deuxième élément, c'est que l'initiative demande la reprise de normes privées dans la Constitution. Nous estimons que les normes privées, comme celles de Bio Suisse par exemple, n'ont pas leur place dans la Constitution fédérale. Les y intégrer constituerait un précédent que nous ne souhaitons pas. En cas d'acceptation de l'initiative, on introduirait donc pour la première fois les normes d'une organisation privée dans la Constitution.

Le troisième élément qui parle contre l'initiative concerne la violation du droit international public. Je n'entrerai pas dans les détails, tous les éléments ont été largement évoqués dans le débat et figurent également dans le message du Conseil fédéral.

Quatrièmement, les restrictions à l'importation seraient difficiles, très difficiles, voire presque impossibles à contrôler. On doit aussi, de ce point de vue, considérer que la mise en oeuvre de l'initiative serait problématique. Cinquièmement, nous avons considéré qu'il pourrait exister un risque certain de hausse des prix et d'augmentation du tourisme d'achat, ce que nous ne souhaitons pas non plus.

Cela dit, le Conseil fédéral a également constaté que beaucoup d'éléments contenus dans la loi fédérale sur la protection des animaux constituent des progrès, et qu'il existe aujourd'hui un certain décalage entre la base constitutionnelle et la loi. Il nous a semblé que, dans le cadre du débat sur l'initiative, il était possible d'envisager un complément à l'article 80 de la Constitution, de manière à avoir une meilleure correspondance entre d'une part la base constitutionnelle – j'allais dire programmatique et constitutionnelle –, et, d'autre part, l'exécution de ce mandat par le Parlement.

Vous avez pris connaissance du contre-projet. Il s'agirait de compléter la Constitution par trois points: l'hébergement et les soins respectueux des animaux, des sorties régulières et des conditions d'abattage respectueuses. Vous avez remarqué qu'il s'agit là d'un mandat très général que fixerait la Constitution et qui pourrait constituer des jalons pour les prochaines années, pour marquer la direction dans laquelle la législation – là où cela n'est pas déjà le cas –, pourrait évoluer. Le Conseil fédéral a prévu un délai transitoire de vingt-cinq ans au maximum, si des adaptations concernant la construction sont nécessaires, de quinze ans dans les autres cas. Ce sont des délais très longs, de manière à donner une direction au travail plutôt que de fixer un mandat impératif à court terme. Nous avons donc considéré que cette évolution se concrétiserait avec la prochaine génération d'agriculteurs.

Concernant les coûts, nous estimons que ceux du contre-projet sont relativement faibles. Cela pourrait être mis en place, c'est ce que dit aussi l'analyse d'impact de la réglementation, avec un impact très faible, voire nul, sur les coûts de production. Ceci est notamment lié au très long délai de transition. Il nous paraît important de tenir compte à la fois des légitimes revendications en matière de protection des animaux non seulement dans la loi – ce qui est déjà très largement le cas –, mais également dans la base constitutionnelle. Mais surtout, de donner un signal très clair d'opposition aux points de l'initiative qui nous paraissent problématiques, comme je l'expliquais tout à l'heure. Voilà donc la position du Conseil fédéral.

Je vous invite à entrer en matière sur le contre-projet, à l'approuver et à recommander le rejet de l'initiative. Nous sommes par contre opposés au renvoi à la commission. Ce dernier nous paraît très difficile à mettre en oeuvre dans les délais qui sont aujourd'hui ouverts. Et puis nous sommes également opposés à l'idée de compléter le contre-projet direct du Conseil fédéral.

Je vous invite à rejeter les deux minorités ainsi qu'à recommander le rejet de l'initiative, mais par contre à accepter le contre-projet tel que proposé par le Conseil fédéral.

Friedli Esther (V, SG), für die Kommission: Vor dem Abstimmen fasse ich nochmals kurz zusammen: Die Volksinitiative "Keine Massentierhaltung in der Schweiz" will die Massentierhaltung verbieten und die Würde der Tiere in der landwirtschaftlichen Tierhaltung in die Verfassung aufnehmen. Der Bundesrat beantragt dem



Parlament einen direkten Gegenentwurf, der vorsieht, den Schutz und das Wohlergehen aller Tiere als allgemeinen Grundsatz in die Verfassung aufzunehmen. Die Mehrheit der Kommission empfiehlt die Volksinitiative zur Ablehnung und lehnt auch den Gegenvorschlag ab.

Es liegen vier Minderheitsanträge vor. Eine Minderheit I (Rytz Regula) will die Initiative zur Annahme empfehlen. Eine Minderheit II (Bendahan) will dem direkten Gegenentwurf gemäss Bundesrat zustimmen. Der Antrag der Minderheit Grossen Jürg bezieht sich auf die Detailberatung des direkten Gegenentwurfes und kommt nur zum Tragen, wenn der Rat auf diesen Entwurf eintritt. Da unsere Kommission nicht auf den direkten Gegenentwurf eingetreten ist, wurde dieser Antrag in der Kommission nicht beraten. Die Minderheit Baumann will die Vorlage mit dem Auftrag für eine parlamentarische Initiative an die Kommission zurückweisen. Über diesen Antrag werden wir zuerst abstimmen.

Ich bin in meinem gestrigen Votum bereits inhaltlich auf die verschiedenen Anträge eingegangen. Als Sprecherin Ihrer

AB 2021 N 2629 / BO 2021 N 2629

Kommission möchte ich Ihnen nun am Schluss der Beratung gerne noch speziell etwas zum Antrag der Minderheit Baumann sagen, vor allem auch zu den Fristen und zum Rechtlichen.

Die Minderheit Baumann will die Vorlage mit dem Auftrag an die Kommission zurückweisen, eine parlamentarische Initiative für einen indirekten Gegenentwurf zu beschliessen. Dieser Antrag bezweckt inhaltlich eine moderatere Variante als der direkte Gegenentwurf, also die Version Bundesrat, und zwar auf Gesetzesstufe und nicht wie beim Bundesrat auf Stufe Verfassung. Im Gegensatz zur Version Bundesrat enthält er aber wie die Initiative eine Bestimmung zu den Handelsbeziehungen. Er will diese neu so ausgestalten, dass sie dem Tierwohl dienen.

Die Mehrheit der Kommission lehnt den Minderheitsantrag inhaltlich ab; wir Berichterstatter sind gestern bereits darauf eingegangen. Bei diesem Antrag hat die Kommission jedoch insbesondere auch Bedenken wegen der Fristen und der Einhaltung der gesetzlichen Grundlagen.

Würden wir heute dem Minderheitsantrag Baumann zustimmen, würde das Geschäft an Ihre Kommission zurückgewiesen. Es würden keine weiteren Abstimmungen mehr stattfinden. Ihre Kommission müsste dann eine parlamentarische Initiative ergreifen und einen indirekten Gegenentwurf ausarbeiten. Das heisst konkret: Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben muss es zwischen der aktuellen Wintersession und der Frühjahrs-session 2022 schaffen, eine parlamentarische Initiative einzureichen, der unsere Schwesterkommission im Ständerat auch zustimmen muss. Danach muss die nationalrätliche Kommission für Wirtschaft und Abgaben einen Erlassentwurf ausarbeiten, der in der Frühjahrs-session in die GesamtAbstimmung geht, denn die Frist zur Behandlung der Volksinitiative läuft am 28. Mai 2022 aus. So ein sportliches Programm wäre nur ohne Vernehmlassung möglich. Stimmt die ständerätliche Schwesterkommission nicht zu, kann unsere Kommission keine parlamentarische Initiative machen, und wir müssen in der Frühjahrs-session in beiden Räten eine Abstimmungsempfehlung zur Initiative verabschieden.

Sie sehen, das wäre ein äusserst sportlicher Zeitplan, und so etwas entspricht nicht einer seriösen Politik, schon gar nicht, da dies für die Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik weitgehende Konsequenzen hätte.

Im Hinblick auf den Antrag der Minderheit Baumann möchte ich auch noch rechtliche Aspekte ins Feld führen. Wegen des engen Zeitplans würden wir mit einer Annahme dieses Minderheitsantrages nämlich auch Gesetzesbruch begehen. So könnte Artikel 112 Absatz 2 des Parlamentsgesetzes in Verbindung mit Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b und Artikel 7 Absatz 3 des Vernehmlassungsgesetzes nicht eingehalten werden. Diese Bestimmungen besagen, dass vor der Beschlussfassung im Nationalrat eine Vernehmlassung mit einer Mindestdauer von drei Monaten durchgeführt werden muss.

Die Minderheit Baumann ist der Meinung, dass es keine eigene Vernehmlassung brauche, da man sich auf die Vernehmlassung zum direkten Gegenentwurf zur Volksinitiative und somit auf Artikel 3a des Vernehmlassungsgesetzes berufen könne. Die Mehrheit Ihrer Kommission sieht dies nicht so. So waren unter anderem die Förderung der Eigenverantwortung der Branche und die Neugestaltung von Handelsbeziehungen, wie dies die Minderheit Baumann verlangt, nicht Gegenstand der Vernehmlassung des Bundesrates. Ein Verzicht auf eine Vernehmlassung wäre nicht zu rechtfertigen.

Ebenso wäre die Stellungnahme des Bundesrates zur parlamentarischen Initiative der Kommission gemäss Artikel 112 Absatz 2 des Parlamentsgesetzes innerhalb einer vernünftigen Frist nicht mehr möglich oder vor der Beratung im Nationalrat überhaupt nicht mehr möglich. Der Bundesrat erhält in der Regel sechs bis acht Wochen Zeit für eine Stellungnahme.

Mit der Zurückweisung an die Kommission würden wir auch an Artikel 85 Absatz 1 des Parlamentsgesetzes kratzen. Dieser besagt, dass Entwürfe zu Verfassungsänderungen und nicht dringlichen Bundesgesetzen in



der Regel nicht von beiden Räten in der gleichen Session beraten werden. Hier könnte uns noch das "in der Regel" helfen, aber trotzdem: Wir sind die Gesetzgeber, wir erwarten, dass die Bürgerinnen und Bürger im Land sich an die von uns verabschiedeten Gesetze halten – darum sollten auch wir dies tun.

Daher bitte ich Sie im Namen der Mehrheit der Kommission, dass Sie sich an die Verfahrensbestimmungen, die wir uns gemäss Parlamentsgesetz gegeben haben, halten und den Rückweisungsantrag der Minderheit Baumann ablehnen.

Die Minderheit II (Bendahan) möchte auf den Gegenentwurf des Bundesrates eintreten. Der Bundesrat lehnt die Massentierhaltungs-Initiative ab, möchte ihr aber einen direkten Gegenentwurf gegenüberstellen. Damit möchte er die Anliegen der Initianten aufnehmen und dem Umstand Rechnung tragen, dass dem Wohlergehen aller Tiere und den Methoden der Herstellung von Lebensmitteln eine hohe Bedeutung beigemessen wird. Er verzichtet in Bezug auf die Initiative aber auf die Aufnahme und Verankerung der privatrechtlichen Bio-Suisse-Richtlinien 2018 und der spezifischen Einfuhrregelung in der Verfassung. Die Minderheit II (Bendahan) sieht dies als Kompromiss.

Die Mehrheit der Kommission lehnt den direkten Gegenentwurf des Bundesrates ab. Die heutigen Verfassungsbestimmungen genügen für einen strengen Tierschutz in der Schweiz. Der Gegenentwurf des Bundesrates will den Tierschutz in der Schweiz einseitig verschärfen. Dies würde dazu führen, dass die Produktion in der Schweiz abnehmen, aber im Gegenzug mehr importiert würde. Das kann nicht im Sinne einer nachhaltigen Politik sein.

Immer höhere Auflagen in der Schweizer Landwirtschaft bedeuten auch, dass die Kosten steigen und die Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich noch weiter verschlechtert wird. Denn mit dem Gegenentwurf des Bundesrates würden die Produktionsmöglichkeiten der Schweizer Landwirtschaft eingeschränkt, was eine einigermassen wirtschaftliche Lebensmittelproduktion immer mehr erschweren und die Konsumentenpreise ansteigen lassen würde. Damit stellt sich die Frage, ob die Konsumenten bereit sind, diese Mehrkosten zu übernehmen. Der Bund tut es auf jeden Fall nicht, denn er will den Gegenentwurf für den Bund kostenneutral mit Umlagerungen umsetzen. Die anfallenden Mehrkosten wird jemand bezahlen müssen. Wenn es nicht der Bund ist, sind es die Konsumenten oder die Bauernfamilien. Denn ohne zusätzliche Mittel sind die vielen neuen Auflagen, Vorschriften und Verbote nicht zu finanzieren.

Sofern zuvor immer die Mehrheit gewinnt, wird es noch eine dritte Abstimmung, eine Abstimmung über die Minderheit I (Rytz Regula), geben. Die Minderheit I möchte die Massentierhaltungs-Initiative zur Annahme empfehlen. Die Initiative nehme das Thema auf, dass die Menschen gegenüber den Tieren eine Verantwortung hätten und dieser gerecht werden müssten und dass es bessere Regeln brauche. Es seien zudem die strengeren Bestimmungen in Bezug auf den Import wichtig.

Die Mehrheit der Kommission empfiehlt die Initiative zur Ablehnung. Sie geht der Mehrheit der Kommission viel zu weit, auch wenn sie eine Übergangsfrist von 25 Jahren vorsieht. Die Schweiz hat schon heute eines der strengsten Tierschutzgesetze. Die Initiative würde die Produktion von tierischen Lebensmitteln in der Schweiz erschweren, sie würde die Lebensmittel in der Schweiz verteuern und wohl auch verknappen. Sie will private Standards in die Verfassung aufnehmen und für alle verbindlich machen. Sie verletzt mit ihren Bestimmungen zum Import verschiedene internationale Abkommen.

Die Kommission beantragt Ihnen mit 14 zu 5 Stimmen bei 5 Enthaltungen, die Volksinitiative "Keine Massentierhaltung in der Schweiz" dem Schweizer Stimmbolk ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung zu empfehlen. Die Kommission beantragt Ihnen mit 14 zu 10 Stimmen, auf eine Rückweisung der Vorlage an die Kommission mit dem Auftrag zur Ausarbeitung einer parlamentarischen Initiative zu verzichten. Zudem beantragt Ihnen die Kommission mit 14 zu 10 Stimmen, auf den direkten Gegenentwurf des Bundesrates in Form des Bundesbeschlusses über den Schutz und das Wohlergehen der Tiere nicht einzutreten.

AB 2021 N 2630 / BO 2021 N 2630

Präsidentin (Kälin Irène, Präsidentin): Wir sind am Ende der allgemeinen Debatte angelangt.

1. Bundesbeschluss über die Volksinitiative "Keine Massentierhaltung in der Schweiz (Massentierhaltungs-Initiative)"

1. Arrêté fédéral relatif à l'initiative populaire "Non à l'élevage intensif en Suisse (initiative sur l'élevage"



intensif)"

Eintreten ist obligatorisch

L'entrée en matière est acquise de plein droit

Antrag der Minderheit

(Baumann, Badran Jacqueline, Bendahan, Bertschy, Birrer-Heimo, Grossen Jürg, Ryser, Rytz Regula, Trede, Wermuth)

Rückweisung des Geschäftes an die Kommission

mit dem Auftrag, eine parlamentarische Initiative für einen indirekten Gegenentwurf zu beschliessen, der sich an folgenden Eckwerten orientiert: Das Tierwohl soll unter Berücksichtigung einer standortangepassten, markt-konformen Produktion und der ökologischen Tragfähigkeit gestärkt werden. Die Eigenverantwortung der betroffenen Branchen- und Produzentenorganisationen sind dabei zu fördern und die Marktchancen zu nutzen. Im Weiteren sollen die Handelsbeziehungen so ausgestaltet werden, dass sie dem Tierwohl dienen.

Proposition de la minorité

(Baumann, Badran Jacqueline, Bendahan, Bertschy, Birrer-Heimo, Grossen Jürg, Ryser, Rytz Regula, Trede, Wermuth)

Renvoyer l'objet à la commission

avec mandat de décider une initiative parlementaire pour un contre-projet indirect basé sur les critères suivants: le bien-être des animaux doit être renforcé sans perdre de vue l'adaptation de la production aux conditions locales et sa conformité au marché, ni la capacité de résilience des écosystèmes. La responsabilité individuelle des interprofessions et des organisations de producteurs concernées est encouragée et les chances sur le marché sont exploitées. En outre, les relations commerciales doivent être conçues de manière à contribuer au bien-être des animaux.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 21.044/24338)

Für den Antrag der Minderheit ... 81 Stimmen

Dagegen ... 106 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Art. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Präsidentin (Kälin Irène, Präsidentin): Bevor wir mit der Beratung der Volksinitiative weiterfahren, bereinigen wir den direkten Gegenentwurf.

2. Bundesbeschluss über den Schutz und das Wohlergehen der Tiere (direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative "Keine Massentierhaltung in der Schweiz [Massentierhaltungs-Initiative]")

2. Arrêté fédéral concernant la protection et le bien-être des animaux (contre-projet direct à l'initiative populaire "Non à l'élevage intensif en Suisse [initiative sur l'élevage intensif]")

Antrag der Mehrheit

Nichteintreten




Antrag der Minderheit II

(Bendahan, Badran Jacqueline, Baumann, Bertschy, Birrer-Heimo, Grossen Jürg, Ryser, Rytz Regula, Trede, Wermuth)
Eintreten

Proposition de la majorité

Ne pas entrer en matière

Proposition de la minorité II

(Bendahan, Badran Jacqueline, Baumann, Bertschy, Birrer-Heimo, Grossen Jürg, Ryser, Rytz Regula, Trede, Wermuth)
Entrer en matière

Präsidentin (Kälin Irène, Präsidentin): Der Bundesrat beantragt, auf den direkten Gegenentwurf einzutreten.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 21.044/24352)

Für Eintreten ... 81 Stimmen

Dagegen ... 107 Stimmen

(1 Enthaltung)

1. Bundesbeschluss über die Volksinitiative "Keine Massentierhaltung in der Schweiz (Massentierhaltungs-Initiative)"
1. Arrêté fédéral relatif à l'initiative populaire "Non à l'élevage intensif en Suisse (initiative sur l'élevage intensif)"
Art. 2
Antrag der Mehrheit
Abs. 1

Streichen

Abs. 2

... die Initiative abzulehnen.

Antrag der Minderheit I

(Rytz Regula, Baumann, Bendahan, Ryser, Trede)

Abs. 1

Streichen

Abs. 2

... die Initiative anzunehmen.

Antrag der Minderheit II

(Bendahan, Badran Jacqueline, Baumann, Bertschy, Birrer-Heimo, Grossen Jürg, Ryser, Rytz Regula, Trede, Wermuth)

Abs. 1, 2

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 2
Proposition de la majorité
Al. 1

Biffer

Al. 2

... de rejeter l'initiative.



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Wintersession 2021 • Dreizehnte Sitzung • 15.12.21 • 15h00 • 21.044
 Conseil national • Session d'hiver 2021 • Treizième séance • 15.12.21 • 15h00 • 21.044



Proposition de la minorité I

(Rytz Regula, Baumann, Bendahan, Ryser, Trede)

Al. 1

Biffer

Al. 2

... d'accepter l'initiative.

Proposition de la minorité II

(Bendahan, Badran Jacqueline, Baumann, Bertschy, Birrer-Heimo, Grossen Jürg, Ryser, Rytz Regula, Trede, Wermuth)

Al. 1, 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Präsidentin (Kälin Irène, Präsidentin): Der Antrag der Minderheit II (Bendahan) sowie der Antrag des Bundesrates sind hinfällig geworden, da der Rat nicht auf die Vorlage 2 eingetreten ist.

AB 2021 N 2631 / BO 2021 N 2631

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 21.044/24355)

Für den Antrag der Mehrheit ... 111 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I ... 60 Stimmen

(19 Enthaltungen)





21.044

**Keine Massentierhaltung
in der Schweiz
(Massentierhaltungs-Initiative).
Volksinitiative
und direkter Gegenentwurf**

**Non à l'élevage intensif en Suisse
(initiative sur l'élevage intensif).
Initiative populaire
et contre-projet direct**

Zweitrat – Deuxième Conseil

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 14.12.21 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 15.12.21 (FORTSETZUNG - SUITE)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 15.12.21 (FORTSETZUNG - SUITE)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 02.03.22 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 18.03.22 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.03.22 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Präsident (Hefti Thomas, Präsident): Ich begrüsse bei uns Herrn Bundesrat Alain Berset. Wir führen zunächst eine allgemeine Diskussion zur Vorlage 1, also zur Volksinitiative, und die Eintretensdebatte zur Vorlage 2, dem direkten Gegenentwurf. Der Berichterstatter, Herr Hegglin, sowie Frau Thorens Goumaz und Herr Zanetti werden in diesem Rahmen auch die Anträge der Mehrheit und der Minderheiten begründen.

Hegglin Peter (M-E, ZG), für die Kommission: Die Volksinitiative "Keine Massentierhaltung in der Schweiz" wurde am 17. September 2019 in Form eines ausformulierten Entwurfes eingereicht. Sie ist mit 106 125 gültigen Unterschriften zustande gekommen. Die Volksinitiative will den Schutz der Würde der Tiere in der landwirtschaftlichen Tierhaltung in die Verfassung aufnehmen. Massentierhaltung soll verboten werden. Der Bund müsste Kriterien festlegen, insbesondere für eine tierfreundliche Unterbringung und Pflege, den Zugang ins Freie, die Schlachtung und die maximale Gruppengrösse je Stall. Weiter müsste er bezüglich der Einfuhr von Tieren und tierischen Erzeugnissen Vorschriften erlassen, die dem neuen Verfassungsartikel entsprechen. Schliesslich verlangt die Initiative, dass hinsichtlich der Würde des Tieres Anforderungen festgelegt werden, die mindestens denjenigen der Bio-Suisse-Richtlinien 2018 entsprechen.

Der Bundesrat hat einen direkten Gegenentwurf zur Initiative ausgearbeitet, weil er die Initiative ablehnt. Mit seiner Botschaft vom 19. Mai 2021 beantragt er, diesen Gegenentwurf anzunehmen. Der direkte Gegenentwurf sieht denn auch vor, den Schutz des Wohlergehens als allgemeinen Grundsatz für alle Tiere in die Verfassung aufzunehmen. Für die Nutztiere nimmt er drei zentrale Aspekte der Initiative auf: die tierfreundliche Unterbringung und Pflege, den regelmässigen Auslauf und die schonende Schlachtung. Es wird keine Einfuhrregelung vorgesehen und kein Bezug zu den privatrechtlichen Bio-Suisse-Richtlinien gemacht.

Erstrat war bei diesem Geschäft der Nationalrat. Das Initiativkomitee wurde gemäss konstanter Praxis in der WAK-N angehört. Der Nationalrat hat sich in der Wintersession 2021 mit der Initiative befasst und hat auf Antrag seiner WAK folgende Beschlüsse gefasst: Ablehnung des Rückweisungsantrages mit dem Zweck, einen indirekten Gegenentwurf auszuarbeiten, dies mit 108 zu 81 Stimmen; Nichteintreten auf den direkten Gegenentwurf des Bundesrates mit 107 zu 81 Stimmen bei 1 Enthaltung; Ablehnung der Initiative mit 111 zu 60 Stimmen bei 19 Enthaltungen.

Das Parlament hat nach Einreichung einer Volksinitiative 30 Monate Zeit, um die Initiative Volk und Ständen zur Annahme oder zur Ablehnung zu empfehlen. Im vorliegenden Fall läuft die Frist noch bis zum 28. Mai





dieses Jahres. Verabschiedet ein Rat einen direkten oder einen indirekten Gegenentwurf, kann die Frist um ein Jahr verlängert werden.

Ihre WAK hat die Vorlage am 13. Januar beraten. Zur Eröffnung der Beratungen hörte sie die Landwirtschaftsdirektorenkonferenz der Kantone an. Deren Vertreter empfahlen uns die Initiative und den Gegenentwurf zur Ablehnung.

Eine zustande gekommene Volksinitiative ist vom Parlament ernsthaft darauf zu prüfen, ob Handlungsbedarf besteht oder nicht und ob das Anliegen mit einem direkten oder einem indirekten Gegenentwurf aufzunehmen ist. Aus Fristgründen stand die Erarbeitung eines indirekten Gegenentwurfes nicht mehr zur Debatte. Es besteht für uns aber nach wie vor die Möglichkeit, bei der jetzt sistierten AP 2022 plus weitere Anliegen einzubringen, sobald der Bundesrat den von uns geforderten Zusatzbericht vorgelegt hat.

Zur Beratung standen deshalb die Initiative und der Gegenentwurf des Bundesrates. Die Kommission prüfte die Notwendigkeit weiterer Massnahmen und beleuchtete auch die aktuell gültigen Vorschriften. Sodann wurden Anträge auf Annahme bzw. Ablehnung der Initiative wie auch auf Eintreten bzw. Nichteintreten auf den Gegenentwurf des Bundesrates und auf dessen Ergänzung gestellt. Aus Sicht der Kommissionsmehrheit haben aber sowohl die Initiative als auch der Gegenvorschlag Mängel.

Ich versuche, eine Wertung vorzunehmen.

Besonders betroffen von beiden Vorlagen sind Geflügelbetriebe und Schweinehaltung, und zwar insbesondere im Tal- und im Hügellgebiet. Von der Anvisierung der Bio-Suisse-Richtlinien durch die Initiative wäre längerfristig die gesamte Tierhaltung betroffen. Dadurch würde ein Biolabel zu einem Produktionsstandard und würde ein Auszeichnungsmerkmal für ein am Markt gut eingeführtes Label-Produkt geschwächt. Zu glauben, die Preise würden dann auf Bio-Niveau bleiben, auch weil für Importe die gleichen Anforderungen gelten würden, dürfte sich aber als Illusion erweisen.

Die Nutztierhaltung in der Schweiz ist grundsätzlich auf einem guten Stand. Die Intensivierung der Kontrollen und die Einführung der Funktion des Bestandestierarztes vor etwa fünfzehn Jahren haben sich sowohl auf die Organisation wie auch auf die Wirksamkeit des kantonalen Vollzugs positiv ausgewirkt. Auch das Bewusstsein der Bäuerinnen und Bauern, der Tierhalterinnen und Tierhalter hat sich verbessert. Die Beteiligung an den Programmen mit Tierwohlbeiträgen ist in den vergangenen Jahren massiv gestiegen, wenn auch nicht in allen Kategorien. Wenn neue Bauprojekte lanciert werden, so sind das meistens Laufställe, die besonders dem Tierwohl entsprechen. Es sind heute genügend Instrumente vorhanden, so etwa die Höchstbestandesverordnung, die Tierwohlprogramme und der Tierschutz, die im Vollzug bzw. bei der Ausführung sehr gut funktionieren.

Der Gegenentwurf des Bundesrates beschlägt vor allem auch die Rindviehhaltung, insbesondere im Hügell- und Berggebiet, wo es für die Bauernfamilien aufgrund der topografischen Lage wenig Alternativen gibt. Es ist zu befürchten, dass die Tierwohlbeiträge in der Höhe von etwa 280 Millionen Franken umgelagert werden müssen, etwa 150 Millionen Franken alleine im Hügell- und Berggebiet. Die Wirtschaftlichkeit vieler Betriebe wäre dadurch gefährdet. Neben den Tierwohlbeiträgen würde infolge eines Obligatoriums von Tierwohlinstrumenten auch der Mehrwert, der heute auf dem Markt erzielt werden kann, wegfallen.

Die Massentierhaltungs-Initiative und der direkte Gegenentwurf des Bundesrates haben aber auch Auswirkungen auf die Raumplanung und die Umwelt. Beide Vorlagen würden Bauvorhaben in der Höhe von 300 Millionen bis zu 1,1 Milliarden Franken auslösen – geschätzt nach bundesrätlicher Botschaft. Das würde vor allem die Produktionskosten in der

AB 2022 S 47 / BO 2022 E 47

Tierproduktion um 5 bis 20 Prozent erhöhen, weil heutige Geflügel- und Schweineställe durch kleinere Einheiten ersetzt werden müssten. Das Rindvieh müsste überall grössere und betonierte Auslaufflächen haben. Das würde wiederum Bestrebungen im Umweltbereich und der Raumplanung diametral entgegenlaufen. Es ist zu befürchten, dass gerade die Ammoniakemissionen wieder um 3 bis 4 Prozent ansteigen würden. In der Raumplanung besteht vor allem der Wunsch nach wenig Gebäuden ausserhalb der Bauzonen.

Weder die Initiative noch der Gegenentwurf sehen Massnahmen an der Verkaufsfrent vor. Es gibt keine Deklarations- und Informationspflichten. Dabei wäre eine klare Produktedeklaration wichtig. Die entsprechenden Instrumente finden sich aktuell im Lebensmittel- und Agrarrecht und bilden die Grundlage für zahlreiche Labels. Auch Berg-, Alp- und Regionalprodukte haben inzwischen hohe Marktanteile. Diese Produkte werden von lokalen Initiativen getragen und erzielen am Markt einen Mehrwert. Aufgrund der fehlenden Produktedifferenzierung würden die Massentierhaltungs-Initiative und der direkte Gegenentwurf diesen Mehrwert tangieren oder sogar vernichten.

Ich fasse zusammen. Die Initiative ist mit folgenden Argumenten abzulehnen:

1. Eine intensive Landwirtschaft in Form von Massentierhaltung ist in der Schweiz bereits verboten. Das Tier-





schutzgesetz schützt das Wohlergehen jedes Tiers, und seine Anforderungen gelten unabhängig von der Grösse des Betriebs.

2. Die Initiative fordert die Aufnahme privater Richtlinien, derjenigen von Bio Suisse, in die Verfassung. Das erscheint nicht sinnvoll und ist problematisch.

3. Es besteht ein klarer Gegensatz zwischen der Initiative und internationalen Handelsverpflichtungen. Die Ungleichbehandlung identischer Produkte, die sich nur in ihrer Herstellungsweise unterscheiden, stellt einen Verstoss gegen die WTO-Regeln dar. Das ist, international gesehen, problematisch.

4. Zu den Einfuhrbeschränkungen: Die Produktionsstandards müssten im Ursprungsland überprüft werden. Die Einrichtung von Kontrollmechanismen wäre äusserst komplex.

5. Die Folgen wären steigende Preise und das Risiko vermehrten Einkaufstourismus.

6. Die Wahlfreiheit der Verbraucher würde eingeschränkt. Das Wichtigste ist doch Transparenz. Die Verbraucher sollten beim Einkaufen entscheiden können, welche Produkte aus welchen Produktionsstandards sie kaufen möchten.

Im Gegenentwurf des Bundesrates wurden einerseits Mängel der Initiative behoben; mit ihm würden Einfuhrregeln gemäss WTO eingehalten und sämtliche Tierhalter in die Pflicht genommen. Andererseits würden aber Importprodukten viel geringere Produktionsauflagen überbunden werden. Die Vorteile vermögen die negativen Auswirkungen, vor allem diejenigen auf die Rindviehhaltung, nicht aufzuwiegen.

Eine Minderheit will auf den direkten Gegenentwurf des Bundesrates eintreten und ihn in dem Sinn ergänzen, dass auch die Gruppengrössen definiert und eine Deklarationspflicht für Produktionsweisen bei Importen eingeführt werden soll.

Die Minderheit I sieht – wie die Initiative – Handlungsbedarf sowohl für die Inlandproduktion als auch für Importprodukte. Die Minderheit II sieht Handlungsbedarf im Inland und will Importprodukte von Massnahmen ausnehmen; sie unterstützt deshalb den Gegenentwurf des Bundesrates, mit den Ergänzungen, die ich oben ausgeführt habe. Ich gehe davon aus, dass die Minderheiten ihre Positionen selber vertreten und ihre Argumente vorbringen werden.

Namens der Kommission beantrage ich Ihnen, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen, dies bei 9 zu 3 Stimmen mit 1 Enthaltung, und nicht auf den direkten Gegenentwurf des Bundesrates einzutreten, dies bei 8 zu 4 Stimmen mit 1 Enthaltung.

Thorens Goumaz Adèle (G, VD): Je vous demande, au nom de la minorité, d'apporter votre soutien à l'initiative populaire "Non à l'élevage intensif en Suisse". Il y a indiscutablement matière à agir pour améliorer la manière dont nous traitons les animaux que nous élevons pour les manger. La situation actuelle repose en effet sur la méconnaissance des consommatrices et des consommateurs des conditions d'élevage réelles des animaux, en particulier des volailles et des porcs.

Les détaillants communiquent dans leur publicité et sur les emballages des produits issus d'animaux d'une manière qui ne correspond à la réalité que dans une petite minorité des cas. Les consommatrices et les consommateurs pensent ainsi que l'élevage entier correspond à cette image idyllique qui figure sur le paquet d'oeufs ou de jambon qu'ils achètent: deux ou trois poules ou deux ou trois cochons batifolant librement dans un verger avec une jolie ferme traditionnelle en arrière-plan.

Malheureusement, dans la majorité des cas, la réalité de l'élevage n'a rien à voir avec cela. 50 pour cent des porcs ne voient jamais le soleil dans notre pays, ni ne sentiront jamais la terre ou l'herbe sous leurs pattes. Les cochons peuvent ne disposer que d'un mètre carré d'espace par animal, alors qu'ils peuvent peser dans les 200 kilogrammes, et l'exploitant peut détenir jusqu'à 1500 animaux. Je parle donc là des porcs.

La situation des volailles dans notre pays est encore pire: 90 pour cent des poulets élevés chez nous ne verront jamais le soleil durant leur courte vie, ni ne trotteront jamais aux côtés de deux ou trois congénères dans le joli verger figurant sur les étiquettes.

La plupart des poulets que nous mangeons et des poules dont nous mangeons les oeufs vivent en réalité dans de grandes halles. Un exploitant peut détenir jusqu'à 27 000 poulets à viande et 18 000 poules pondeuses. Pensez-vous vraiment que cela correspond à ce que les consommateurs et consommatrices imaginent quand ils pensent à une agriculture familiale et proche de la nature, celle dont nous sommes à juste titre toutes et tous si fiers dans notre pays? Pourquoi, à votre avis, des images de ces immenses halles à volailles et de ces étables fermées où les cochons ne disposent que d'un mètre carré par animal ne figurent-elles pas dans les publicités et sur les emballages des produits issus de ces animaux? C'est tout simplement parce qu'une partie importante des consommateurs serait beaucoup moins disposée à les acheter, parce que ces conditions d'élevage peuvent être décrites, à juste titre, comme étant intensives ou industrielles, et que cela ne correspond tout simplement pas à leurs valeurs.



J'aimerais vous rendre attentifs à une étude de l'Office fédéral de l'agriculture qui vient de sortir et qui montre, tout d'abord, une augmentation claire des parts de marché du bio, comme c'était déjà le cas ces dernières années, mais aussi et surtout, pour l'objet qui nous occupe, que 85 pour cent de ces consommatrices et consommateurs considèrent que le bien-être de l'animal est d'une importance cruciale – j'insiste, 85 pour cent de ces consommatrices et consommateurs.

L'avenir est à une consommation de viande plus réduite, comme l'exigent la résolution de la crise climatique et les engagements que nous avons pris dans le cadre de l'Accord de Paris. L'avenir est à des produits issus de modes de production respectueux du bien-être de l'animal.

Un point qui n'a pas été abordé jusqu'ici dans cette discussion par M. le rapporteur, mais qui me semble central dans ce débat sur le bien-être de l'animal, est la question de la quantité que nous produisons.

En effet, une amélioration du bien-être animal ne peut se faire qu'à la condition que nous réduisions aussi la production. Nous devons miser sur la qualité plutôt que sur la quantité. Si nous avons une consommation de viande raisonnable, chacune et chacun pourrait accéder financièrement à des produits de qualité répondant aux exigences écologiques et éthiques de notre temps et correspondant à cette image à laquelle nous tenons tant d'une agriculture familiale et proche de la nature.

Les demandes formulées dans l'initiative sont tout à fait raisonnables. Il s'agit de déterminer les conditions de vie des animaux d'élevage dans un délai de 25 ans. En effet, l'initiative prévoit ce délai d'un quart de siècle pour la mise en oeuvre des mesures; 25 ans, c'est long. Dans 25 ans, j'aurai 75 ans. Dans 25 ans, nous n'aurons plus que quelques années pour atteindre l'objectif de zéro émission nette de l'Accord de Paris et nous aurons donc réduit notre consommation

AB 2022 S 48 / BO 2022 E 48

de viande comme la nouvelle génération le fait déjà de manière très spontanée. En 25 ans, les éleveurs concernés et leurs successeurs auront eu le temps nécessaire pour adapter leurs pratiques.

Les initiants demandent seulement de mettre fin à l'élevage industriel, qui contrevient à la dignité de l'animal. Cette dignité de l'animal est d'ores et déjà promue par notre législation sur la protection des animaux. C'est le législateur, c'est-à-dire notre Parlement lui-même, qui va décider des critères relatifs à un hébergement et à des soins respectueux des animaux, à l'accès à l'extérieur, à l'abattage et à la taille maximale des groupes par étable. Une référence est définie par l'initiative avec le cahier des charges 2018 de Bio Suisse.

Ce sont donc des critères que nous connaissons qui sont appliqués aujourd'hui sans problème dans un grand nombre d'exploitations et avec succès, puisque la demande augmente pour ce type de produits. Depuis 2018, les critères de Bio Suisse ont d'ores et déjà évolué. Ce que vise l'initiative est donc moins exigeant que ce que demande aujourd'hui Bio Suisse. Il s'agit tout simplement d'une base minimale sur laquelle on peut se reposer sans difficulté pour les 25 ans à venir.

Enfin, l'initiative prévoit que des dispositions sur les importations soient édictées, pour éviter une concurrence déloyale de produits étrangers. Je pense que le Parlement peut trouver des solutions pour édicter de telles dispositions, conformément aux exigences de l'Organisation mondiale du commerce. Rappelons que, s'il n'y a pas de discrimination entre les produits importés et ceux qui sont produits localement, il n'y a, en principe, pas de problème avec ces règles. Il s'agit tout simplement de ne pas être discriminant et d'appliquer les mêmes règles à tous les produits, suisses ou importés.

Ces demandes n'ont rien d'extrême, je le répète, puisqu'elles se fondent sur des pratiques qui ont déjà cours et qu'un délai d'application de plusieurs décennies est prévu. Elles mettraient simplement la réalité du terrain en conformité avec les publicités et les étiquettes des produits que nous consommons, ainsi qu'avec les valeurs éthiques qui sous-tendent autant la loi actuelle sur la protection des animaux que notre vision d'une agriculture familiale et proche de la nature, partagée par une grande majorité des consommateurs qui plébiscitent le bien-être de l'animal. L'étude récente de l'OFAG vient à nouveau de le montrer.

Je vous encourage donc à soutenir cette initiative. Si vous ne le souhaitez pas, je vous invite au moins à entrer en matière sur le contre-projet du Conseil fédéral. Il est extrêmement modéré et il me semble être une excellente alternative aux demandes des initiants.

Zanetti Roberto (S, SO): Ich möchte Ihnen beliebt machen, auf den direkten Gegenentwurf des Bundesrates einzutreten.

Eine erste Vorbemerkung: Ich glaube, allen hier im Saal und allen Menschen, die das Herz auf dem rechten Fleck haben, liegt das Tierwohl am Herzen – entweder ein bisschen mehr, ein bisschen intensiver und heissblütiger, wie wir es von Frau Adèle Thorens Goumaz gehört haben, oder ein bisschen unterkühlter und rationaler, wie wir es vom Berichterstatter gehört haben. Irgendwo zwischendrin wären der Bundesrat und ich.



(Heiterkeit) Der Bundesrat hat erkannt, dass hier tatsächlich noch Defizite bestehen, dass man bezüglich des Tierwohls Verbesserungen vornehmen kann. Der Berichterstatter hat den Inhalt des Gegenentwurfes dargelegt. Es ist eine sehr schlanke Regelung, die das Tierwohl auf Verfassungsstufe hebt und sehr vieles dem Gesetzgeber überlässt. Wir wissen ja aus Erfahrung, dass sich der Gesetzgeber in Landwirtschaftsfragen jeweils sehr zurückhält. Ich hätte da keine Angst, dass überbordert wird.

Eine zweite Vorbemerkung: Den Tierschutz und die Nachhaltigkeitsstandards in der Schweiz finde ich an sich in Ordnung. Wir sind im internationalen Vergleich besser als die meisten Konkurrenten auf den Produktionsmärkten. Das muss auch so sein. Die Schweizer Landwirtschaft hat bloss eine Chance, wenn sie hervorragende Qualität produziert. Im Preiswettbewerb wird die Schweiz international nie mithalten können, sie kann das nur mit Nachhaltigkeit und mit Qualität tun. Ein hoher Standard beim Tierwohl ist eben auch ein Qualitätsmerkmal. Auch hier sind wir im internationalen Vergleich gut, aber Sie wissen: Das Gute ist der Feind des Besseren – und Verbesserungen sind möglich.

Im Moment haben wir eine Nachrichtenlage, bei der andere Meldungen im Zentrum stehen. Das muss so sein und ist auch in Ordnung, aber wir hoffen ja alle, dass sich die Nachrichtenlage bald ändert. Dann kommen plötzlich wieder Meldungen an die Oberfläche, die uns alarmieren. Ich möchte Sie an die Medienberichte erinnern, die in den letzten Tagen – letztes oder vorletztes Wochenende – erschienen sind, und an die Schlagzeile in einer Konsumentenzeitschrift: "Legehennen: ein Leben mit Knochenbrüchen". Da hat die Uni Bern Untersuchungen gemacht und festgestellt, dass 97 Prozent der Legehennen gebrochene Brustbeine haben. Gebrochene Brustbeine sind mit Schmerzen verbunden. Durchschnittlich haben diese bedauernswerten Tiere drei Brüche, bei einzelnen Tieren hat man elf Brüche festgestellt. Das hat man erst neuerdings gemerkt, weil man geröntgt hat; früher hat man offenbar bloss abgetastet. Wie gesagt, das ist mit Schmerzen verbunden.

Der Grund für diese Knochenbrüche liegt darin, dass es überzüchtete Hochleistungshennen sind, die praktisch ein Ei pro Tag legen. Es ist an sich widernatürlich für Hennen, pro Tag ein Ei zu legen. Es führt offenbar dazu, dass für die Bildung der Eierschale Kalzium aus den Knochen gesogen wird, sodass diese dann brüchig werden. Die Folge davon sind gebrochene Brustbeine. Sie müssen sich das einmal vorstellen: Wie wäre es, wenn 97 Prozent der Menschen gebrochene Brustbeine hätten? Das ist eine Schreckensmeldung, die im Moment nicht allzu prominent publiziert worden ist.

Sie erinnern sich aber an andere Situationen. Ich denke an Bilder aus Schweinemästereien, in denen sich Schweine kannibalisieren. Ich glaube, der Fachausdruck dafür ist "Schwanzbeissen"; Schweine knabbern sich gegenseitig an, weil sie einfach ziemlich verhaltensgestört sind. Wer seinerzeit selber eingekauft hat, erinnert sich auch an das Hormonkalbfleisch, an die Zeit, als man offenbar in der Kälbermast die Kälber mit Hormonen vollpumpte, aus welchen Gründen auch immer, oder an den Rinderwahnsinn, als kein Mensch mehr Markbeine kaufte und in den Metzgereien kein Ochenschwanz mehr verkauft wurde. Auch das waren Folgen von allzu intensiver Tierhaltung.

Das sind Bilder, die die Menschen bewegen. Es gibt eigentlich zwei Möglichkeiten, darauf zu reagieren: entweder mit einer Verhaltensänderung, indem wir alle Vegetarier oder Veganer werden, oder mit einer politischen Reaktion, einem politischen Angebot, in dem man eben sagt, gut, ich will meinen Beitrag für mehr Tierwohl leisten. Mit der Initiative haben wir eine solche Möglichkeit, politisch zu reagieren.

Wir haben vom Kommissionsberichterstatter gehört, dass diese Initiative durchaus auch ein paar Widerhaken und Nebenwidersprüche hat. Ich will das nicht ausführen, das ist nicht meine Aufgabe, aber wenn diese Schreckensbilder gehäuft und im richtigen Moment auftreten, dann kann das durchaus zur politischen Reaktion führen, dass man der Initiative zustimmt. Wem das Tierwohl am Herzen liegt, der will etwas machen gegen solche Missstände, und wenn er nicht zum Vegetarier oder Veganer werden will – dazu würde ich mich zählen –, muss er politisch reagieren. Da ist der Gegenentwurf des Bundesrates eine Option, die wesentlich weniger Probleme und Widersprüche beinhaltet als die Initiative. Gegebenenfalls könnte dieser Gegenentwurf dann noch mit dem Minderheitsantrag Thorens Goumaz in Beschluss 2 optimiert und verbessert werden.

Immerhin haben im Rahmen der Vernehmlassung 15 Kantone Ja gesagt zu diesem Gegenentwurf, zusätzlich sagen zwei Kantone Ja mit Vorbehalt. Daran, dass die Konferenz der kantonalen Landwirtschaftsdirektoren in der Kommissionssitzung Nein gesagt hat, erinnere ich mich gar nicht mehr, das muss ich ehrlich sagen, aber wenn es der Berichterstatter sagt, wird es wohl so sein. Wir wissen ja, dass sich die Konferenz der kantonalen Landwirtschaftsdirektoren mittlerweile zum politischen Arm des Bauernverbands entwickelt hat. Die Vernehmlassung bei den Kantonen war aber eindeutig: 15 Kantone sagten vorbehaltlos Ja, und zwei Kantone sagten Ja mit Vorbehalt. Ebenso haben die Kantonstierärzte

AB 2022 S 49 / BO 2022 E 49

und die Konsumentenorganisationen Ja gesagt. Es scheint also ein ausgewogener, ein vernünftiger und ver-





treterbarer Gegenentwurf zu sein, wie wir uns das vom Bundesrat gewohnt sind.

Die Umsetzung würde dann eben im Rahmen des Gesetzgebungsprozesses passieren. Da ist vorgesehen – in der Botschaft ist es ausgeführt –, dass man parallel dazu eine erweiterte Regulierungsfolgenabschätzung macht. Wir hätten also die Garantie, dass die Umsetzung ausgewogen, umsichtig und für die Produzentinnen und Produzenten verträglich vorgenommen würde.

Wir haben es gehört: Im sehr schlanken Entwurf des Bundesrates wird der Begriff "Wohlergehen" eingeführt. Das ist ein Begriff, der bereits – wenn ich es richtig im Kopf habe – im Tierschutzgesetz vorkommt. Er würde jetzt auf Verfassungsstufe gehoben und für alle Tiere gelten, also nicht bloss für landwirtschaftliche Nutztiere, sondern z. B. auch für Zoo- und Zirkustiere und eben auch für Heimtiere, die man zuhause hat. Das Wohlergehen soll für alle Tiere gelten. Artikel 80 Absatz 2 würde beibehalten, und in Absatz 2bis würde das Wohlergehen für Nutztiere ein bisschen konkretisiert; der Berichterstatter hat es ausgeführt.

Für die Umsetzung ist in der Botschaft mehrmals von einer Übergangsfrist von 25 Jahren die Rede. Eine etwas kürzere Umsetzungsfrist gibt es nur für nicht bauliche Massnahmen, sonst sind es 25 Jahre. In diesen 25 Jahren wird der Strukturwandel in der Landwirtschaft voranschreiten, man wird andere Produktionsmethoden erfinden. Es werden so oder so Investitionen anfallen; der Bundesrat nennt sie "Sowiesokosten", das finde ich einen witzigen Begriff. Wenn man also die Kosten dieses Gegenentwurfes um die Sowiesokosten vermindert – also um die Kosten für Investitionen, die so oder so erfolgen würden –, dann kommt man auf jährliche Kosten von 25 bis 35 Millionen Franken. Das ist eigentlich ein relativ bescheidener Betrag, der im Rahmen von Umlagerungen im Direktzahlungsverkehr finanziert werden könnte.

Die ganze Geschichte wäre also für den Bund mehr oder weniger kostenneutral, denn im Rahmen des Strukturwandels in der Landwirtschaft wird es weniger Betriebe geben. Ich gehe mal davon aus, dass die Aufwendungen für die Landwirtschaft unverändert weitergeführt würden. Dann würde gleich viel Geld auf weniger Betriebe verteilt, das heisst, der einzelne Betrieb würde mehr Geld kriegen. Die Produktionsmethoden würden verfeinert und verbessert, sodass für die einzelnen Produzenten keine Preiserhöhungen resultieren sollten. Wenn es keine Preiserhöhungen bei den Produzenten gibt, sollte es eigentlich auch für die Konsumenten keine Preiserhöhungen zur Folge haben, ausser die Detailhändler würden dann bei der Marge zuschlagen. Aber da hätte man durchaus ein paar Möglichkeiten, nicht zuletzt auch als Konsument.

Man könnte also sagen, die ganze Geschichte würde für den Bund, für die Produzenten und für die Konsumenten mehr oder weniger kostenneutral erfolgen. Was will man also mehr? Man hätte deutlich mehr Tierwohl bei gleichbleibenden Kosten. Deutlich mehr Tierwohl würde den Qualitätslevel der Schweizer Landwirtschaft heben. Qualitätslabels in der landwirtschaftlichen Produktion erhöhen die Wettbewerbsfähigkeit der schweizerischen Landwirtschaft, und zwar eben auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Die erhöhte Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Produktion würde auch das Menschenwohl der Produzenten erhöhen. Eine hohe Qualität der landwirtschaftlichen Produkte erhöht das Menschenwohl der Konsumenten. Es gäbe also überall nur Wohlstandssteigerungen: bei Tieren, Produzenten, Konsumenten – und das alles, gemäss den plausiblen Ausführungen des Bundesrates in der Botschaft, praktisch zum Nulltarif.

Also ich finde, das sind drei gute Argumente, um auf den Gegenentwurf einzutreten. Ich bitte Sie deshalb, bei Artikel 2 entsprechend abzustimmen, damit wir eine Möglichkeit haben, dem Tierwohl Nachdruck zu verleihen, ohne allenfalls international rechtliche Komplikationen in Kauf nehmen zu müssen.

Ich bitte Sie deshalb, den Minderheitsanträgen Zanetti Roberto zuzustimmen.

Salzmann Werner (V, BE): 1981 trat das erste Schweizer Tierschutzgesetz in Kraft. Seither hat sich beim Tierwohl nochmals sehr viel getan. Heute ist der Standard in der einheimischen Tierhaltung auf einem Niveau, das weltweit seinesgleichen sucht. Zahlreiche freiwillige, viel genutzte Tierwohlprogramme tragen wesentlich dazu bei. Ein weltweites Unikat sind die in der Schweiz gesetzlich vorgegebenen maximalen Bestandesgrössen bei Geflügel, Schweinen und Kälbern. Bei den Legehennen beträgt die maximale Grösse 18 000 Tiere. 82 Prozent der Hennen bei uns haben Weidezugang, und praktisch alle profitieren von einem Wintergarten. In Deutschland leben 35 Prozent aller Legehennen in Betrieben mit mehr als 100 000 Tieren.

Generell unterscheidet sich die Schweizer Tierhaltung auch durch die durchschnittlichen Herdengrössen von jener im Ausland. Die EU selbst kennt keine Tierschutzvorschriften für Kühe, Schafe oder Ziegen. Beim Geflügel oder bei den Schweinen sind im Ausland Haltungsbedingungen – wie die Käfighaltung oder der Vollspaltenboden –, die in der Schweiz verboten sind, nach wie vor erlaubt und weitverbreitet.

Kurz und gut: Die Schweizer Tierhaltung hebt sich von jener im Ausland um Längen ab. Die durchschnittlichen Bestandesgrössen sind im Vergleich klein. Von Massentierhaltung kann deshalb nicht die Rede sein. Zudem gibt es bereits heute mehr als ausreichend einheimische Lebensmittel aus Tierhaltungsbetrieben, die den Vorgaben der Initianten der Massentierhaltungs-Initiative entsprechen. Der von der Initiative geforderte



Standard existiert mit dem Bio-Angebot und anderen Tierwohllabels bereits. Wer tierische Produkte in diesem Sinn sucht, findet diese heute schon im Laden. Die Initiative würde den Verlust von Wahlfreiheit bedeuten. Gemäss den Initianten ist Massentierhaltung mit Grossbetrieben gleichzusetzen, in denen das Tierwohl systematisch verletzt wird. Die Tierhaltung in der Schweiz ist kleinstrukturiert, basiert auf dem strengsten Tierschutzgesetz der Welt und wird umfassend kontrolliert. Es gibt bei uns keine systematische Verletzung des Tierwohls, im Gegenteil: Die Bauernfamilien kümmern sich Tag für Tag nach bestem Wissen und Gewissen um ihre Tiere.

Es ist auch absolut nicht stufengerecht, ja geradezu absurd, die Anforderungen eines privatwirtschaftlichen Labels in die Bundesverfassung zu schreiben. Das Angebot ist heute in vielen Bereichen höher als die Nachfrage. So lassen sich beispielsweise nur 30 Prozent aller Mastschweine mit Mehrwert über ein Tierwohllabel verkaufen, obwohl über 60 Prozent aller Mastschweine in einem besonders tierfreundlichen Stall leben und auch nach draussen können.

Wir sind zur Versorgung der Bevölkerung auf umfangreiche Importe angewiesen. Diese würden sich bei einer Annahme der Initiative stark erhöhen, speziell beim Geflügelfleisch, bei Eiern und beim Schweinefleisch.

Der geforderte Biostandard in der Tierhaltung ist mit hohen Mehrkosten in der Produktion verbunden. Tierische Lebensmittel würden sich je nach Produkt um 20 bis 40 Prozent verteuern und das Portemonnaie von Schweizer Konsumenten und Konsumentinnen mit rund 1800 Franken pro Jahr zusätzlich belasten. Weil sich das nicht alle leisten können oder wollen, würde der Einkaufstourismus zusätzlich angekurbelt. Ich möchte auch, dass sich Leute mit tieferem Einkommen weiterhin Schweizer Fleisch leisten können.

Die Initiative sieht vor, dass für Importe von tierischen Produkten ebenfalls strengere Regeln gelten sollen. Das wäre eine klare Verletzung unserer Verpflichtungen gegenüber der WTO, wie der Kommissionssprecher bereits gesagt hat. Es ist anzunehmen, dass sich bei den Importen schlussendlich keine gleichwertigen Tierschutzvorgaben durchsetzen lassen.

Die Initiative würde zu steigenden Importen von tierischen Produkten aus Staaten mit tiefem Lohnniveau führen. Der Einkaufstourismus lässt auch hier grüssen. Weil die Anzahl Tiere begrenzt wird und der verlangte Platz pro Tier viel grösser ist, müssten die betroffenen Tierbetriebe ihre Ställe vergrössern, mehrere kleinere Ställe bauen oder den Tierbestand reduzieren. Die Vergrösserung oder der Neubau von Ställen ist aufgrund der raumplanerischen Vorgaben kaum

AB 2022 S 50 / BO 2022 E 50

mehr möglich. Das wissen alle, die an der Diskussion über die RPG-2-Revision beteiligt waren.

Wie Sie sehen, ist die Initiative unnötig. Ich bitte Sie, die Initiative abzulehnen und auf den Gegenentwurf nicht einzutreten.

Jositsch Daniel (S, ZH): Zunächst zu meiner Interessenbindung bei diesem Thema: Ich bin Mitglied des Vorstands der Stiftung für das Tier im Recht, das ist das schweizweite Kompetenzzentrum, was Tierrechtsfragen betrifft.

Um bei Herrn Zanetti anzuknüpfen: Auch ich bin weder Vegetarier noch Veganer. Damit bin ich schweizweit in bester Gesellschaft. Durchschnittlich konsumieren Schweizerinnen und Schweizer 51 Kilogramm Fleisch pro Jahr. Trotzdem habe ich den Eindruck, die Gesellschaft schaut, was die Fleischproduktion betrifft, gerne auch weg. Das heisst, man isst gerne Fleisch, möchte aber nicht unbedingt wissen, wie es produziert wird. Fakt ist nämlich heute, dass ein grosser Teil der Tiere in Massentierhaltung aufgezogen respektive gehalten wird.

Massentierhaltung wird, wie Sie bei der Lektüre der Initiative gesehen haben, definiert als industrielle Tierhaltung, die auf möglichst effiziente Gewinnung tierischer Erzeugnisse ausgerichtet ist und dabei das Tierwohl systematisch verletzt. Ich glaube, es besteht Konsens, dass ein breiter Teil der Bevölkerung, obwohl eben Fleisch in grossen Mengen konsumiert wird, nicht möchte, dass Tiere unter solchen Voraussetzungen gehalten werden und dass Fleisch, das nachher konsumiert wird, so produziert wird.

Herr Salzmann hat jetzt gesagt, das finde gar nicht statt, Massentierhaltung gebe es in der Schweiz eigentlich gar nicht, jedenfalls nicht so, wie sie von der Initiative definiert wird. Auch in der Botschaft wird gesagt, eigentlich werde dies alles eingehalten. Dann ist mir allerdings schleierhaft, warum die Umsetzung der Initiative zu Mehrkosten führen sollte; denn dann wäre ja eigentlich alles schon erfüllt, dann könnte man der Initiative getrost zustimmen. Ich glaube aber, dass dies nicht der Fall ist.

Das Tierschutzgesetz sieht zwar im Ergebnis vor, dass die Tierwürde eingehalten wird, das wird auch in der Botschaft auf Seite 8 ausgeführt. Doch der Begriff der Tierwürde ist ein abstrakter. Was heisst das konkret? In der Umsetzung gibt es da heute eben Mängel. Das ist der Grund, warum ein grosser Teil der Tiere in der Schweiz heute in Massentierhaltung gehalten wird, und es ist auch der Grund, warum es notwendig ist, dass





die Initiative umgesetzt wird. Denn sie bringt hier eine gewisse Konkretisierung. Die Initiative verhindert weder die Tierhaltung noch die industrielle Fleischproduktion, aber sie legt gewisse Mindeststandards fest, was die Haltung und die Schlachtung von Tieren betrifft.

Die Folgen sind aus meiner Sicht gewisse Mehrkosten, das ist richtig. Im Unterschied zu Herrn Salzmann und zur Botschaft des Bundesrates bin ich nicht der Meinung, dass heute keine Massentierhaltung stattfindet. Ja, die Initiative führt zu gewissen Mehrkosten. Ich glaube aber, wir sollten hier in diesem Parlament auch ein bisschen in die Zukunft schauen. Es wurde schon gesagt: Es gibt heute ein anderes dominantes Thema. Aber deswegen ist der Rest der politischen Themen nicht verschwunden. Wir haben Covid hinter uns. Bei der Verbreitung von Seuchen und bei Pandemien spielt die Haltung von Tieren eine massgebliche Rolle. Es geht hier also darum, das haben wir erkannt, Massentierhaltung zu vermeiden respektive zu reduzieren.

Es geht um das Einhalten der Klimaziele. Auch da spielen Fleischkonsum, Tierhaltung und die Grundeinstellung der Gesellschaft gegenüber dem Fleischkonsum eine wesentliche Rolle. Sie wissen es, wir werden in Zukunft weniger Fleisch konsumieren müssen. Das wird zu einer Selbstverständlichkeit werden. Das wird zu einer Frage werden, die von der Gesellschaft behandelt werden muss. Denn wir werden auch in Bezug auf die Klimaziele in eine neue Epoche eintreten. Da spielt es – Herr Zanetti hat es zu Recht gesagt – eben eine Rolle, wie wir aufgestellt sind. Deshalb, glaube ich, ist es richtig, dass wir uns jetzt darum bemühen, qualitativ hochstehendes Fleisch zu produzieren; denn diejenigen, die das als Erste und am besten machen, werden diejenigen sein, die in Zukunft unter den neuen Rahmenbedingungen, die automatisch Einzug halten werden, auch wirtschaftlich profitieren.

Dann wird eingewendet, mit der Initiative würden internationale Verträge verletzt. Hierzu erlaube ich mir drei Bemerkungen, wovon die erste aus juristischer Sicht erfolgt.

1. Ehrlich gesagt, muss ich immer etwas schmunzeln, wenn ich das höre. Ich weiss nicht, wie viele Volksinitiativen wir hier in diesem Rat schon behandelt haben. Wir alle wissen doch mittlerweile: Es wird jedes Mal von unterschiedlicher Seite vor der Verletzung internationaler Verträge gewarnt. Es mag sein, dass man das auch mir zuweilen vorwerfen kann; zum Beispiel wirft die "Aargauer Zeitung" mir heute in einem anderen Zusammenhang auch vor, ich hätte einmal gesagt, internationale Verträge seien in Gefahr, wenn wir da irgendetwas umsetzen. Sie wissen doch alle: Eine Volksinitiative bezweckt die Änderung der Bundesverfassung. Nach ihrer Annahme kommt es zur Umsetzung. Wir haben hier in diesem Rat noch immer dafür gesorgt, dass wir sie so umsetzen, dass nicht die ganze Welt einstürzt, wie es der Kommissionssprecher an die Wand gemalt hat. Da bin ich sehr optimistisch.

2. Ich glaube auch, wir sollten etwas vorsichtig sein; denn ich glaube, das ganze kritische Denken, das mittlerweile in der Gesellschaft und auch in diesem Parlament in Bezug auf internationale Verpflichtungen herrscht, hat sehr viel damit zu tun, dass uns vermittelt wird, wir seien derart in internationale Verpflichtungen eingebunden, dass wir praktisch keinen Handlungsspielraum hätten. Doch wir haben Handlungsspielraum.

3. Ich kann mir beim besten Willen nicht vorstellen, dass auf der einen Seite weltweit darüber gesprochen wird, wie wir die Klimaziele erreichen sollen, und wir dann auf der anderen Seite, wenn wir uns darum kümmern, dass die Fleischproduktion genau in diese Richtung geht, internationale Verträge verletzen. Das kann ich mir beim besten Willen nicht vorstellen. Also da bin ich durchaus optimistisch.

Zusammengefasst bin ich der Meinung, dass die Initiative eine Änderung bringt. Sie führt dazu, dass mit Bezug auf die Produktion von Fleisch eine andere Qualität gefordert wird. Das entspricht der Zukunft, da bin ich absolut sicher. Deshalb ist sie meiner Ansicht nach visionär, dies auch aus wirtschaftlicher Sicht. Ich werde deshalb der Initiative zustimmen.

Was den Gegenvorschlag betrifft: Ich kann auch dem Gegenvorschlag zustimmen. Hand aufs Herz: Der Gegenvorschlag wird wahrscheinlich das sein, was wir bei Annahme der Initiative dann als Umsetzungsgesetzgebung beschliessen werden. Von dem her kann ich ihm gut zustimmen, insbesondere auch mit den erwähnten Minderheiten, die ich selbstverständlich auch unterstützen werde.

Gapany Johanna (RL, FR): Je suis aussi, comme notre collègue Jositsch, optimiste. Je suis surtout réaliste et je dirai non, tant à l'initiative qu'au contre-projet.

Vous le savez comme moi, la réalité n'est pas celle que l'on voit dans les publicités, ni celle qui est dépeinte par les initiants. Nous sommes en Suisse; un pays dans lequel un agriculteur qui veut agrandir sa porcherie est bloqué par des règles d'aménagement du territoire strictes depuis plus de dix ans, un pays dans lequel la formation des agriculteurs est constamment améliorée, un pays dans lequel les normes de protection des animaux sont parmi les plus exigeantes du monde, un pays qui se nourrit aussi en grande partie de produits qui viennent de l'étranger.

Je comprends les objectifs visés. Le bien-être des animaux est un but poursuivi par une grande partie des



éleveurs, c'est une évidence. Or, avec cette initiative, la démarche et la solution sont malheureuses. Ce qui se passera est évident et nous l'avons constaté chaque fois que nous avons restreint les capacités de production. Cette initiative renforcera la consommation de produits importés et elle ne résoudra en rien la situation des animaux, dont les conditions d'élevage à l'étranger sont plus mauvaises que celles de notre pays. Les chiffres ont déjà été donnés par mes prédécesseurs, je n'y reviendrai pas. On peut évidemment discuter des chiffres exacts, mais la tendance est claire: tant l'initiative que le contre-projet réduiront la production, c'est incontestable. Pourtant, ni l'un, ni l'autre ne réduira la consommation.

AB 2022 S 51 / BO 2022 E 51

Plutôt que produire moins, il vaut mieux encourager à consommer suisse, à consommer local. Ce n'est pas seulement le coeur qui parle, mais bien la raison. Dans le contexte actuel de risques d'approvisionnement, on voit bien à quel point la production indigène est importante, à quel point l'indépendance de notre pays en matière de production alimentaire peut constituer une force en cas de conflit. Prenons un seul chiffre: avec l'évolution souhaitée aussi par nos réformes politiques, le nombre d'exploitations agricoles a diminué. Durant les vingt dernières années, il est passé de 70 000 à 50 000. Des investissements considérables ont été consentis pour moderniser les infrastructures de production, pour améliorer les conditions des animaux, pour améliorer les conditions de travail.

Notre pays n'est bien évidemment pas parfait, mais il est en route pour trouver le juste équilibre entre le respect des animaux et la production de ce que nous mangeons.

Alors, renforcer les mesures actuelles, encourager les investissements, rendre les labels encore plus crédibles et plus attractifs, faire de notre loi sur l'aménagement du territoire un outil et non un frein pour agrandir les exploitations agricoles, c'est nécessaire. Mais, pour ces raisons, je vous invite à recommander le rejet tant de l'initiative populaire que du contre-projet direct. L'une est un non-sens complet qui renforcerait l'importation des produits et réduirait notre déjà trop faible indépendance en matière de production alimentaire. L'autre, le contre-projet, n'apporte rien de plus pour encourager la consommation de produits locaux, affaiblirait les labels actuels et réduirait notre taux d'autoapprovisionnement.

Juillard Charles (M-E, JU): Je n'avais pas du tout prévu d'intervenir aujourd'hui dans ce débat, mais j'ai entendu des propos qui m'ont heurté. J'en ai entendu d'autres qui m'ont profondément heurté lors de débats sur les initiatives populaires sur les produits phytosanitaires et l'eau potable. Je n'ai pas d'intérêts directs à annoncer, si ce n'est que je suis petit-fils, fils et frère d'agriculteurs. J'ai vécu l'évolution de l'agriculture suisse. Je vis toujours l'évolution de l'agriculture suisse. Je ne peux pas laisser passer des propos tels que ceux que j'ai entendus sans réagir.

On parle d'améliorer la qualité de la production suisse. Est-ce que l'agriculture suisse ne fournit pas déjà des produits de qualité? C'est un comble que d'oser prétendre qu'on veut que l'avenir de l'agriculture suisse se trouve dans la qualité, comme si aujourd'hui ce n'était pas le cas. Pour arriver à cette qualité, l'agriculture suisse est l'agriculture la plus encadrée par des lois et des règlements. Faut-il encore en ajouter? Je ne suis pas du tout de cet avis.

Certes le bien-être de l'animal contribue à la qualité. Mais ce bien-être est devenu au fil du temps une préoccupation majeure des éleveurs. Je crois qu'il est important de le dire. Un témoignage, une anecdote peut-être. Mon grand-père, qui aurait 110 ans cette année, me disait déjà: "Celui qui tape sa bête, tape son porte-monnaie." Vous en tirerez les conclusions que vous voudrez. Cela signifie que le souci du bien-être de l'animal ne date pas d'aujourd'hui. D'énormes progrès ont été accomplis. Je crois qu'il faut le reconnaître.

La description apocalyptique faite par les initiants et reprise aujourd'hui par notre collègue Thorens Goumaz n'est pas celle de l'agriculture suisse. C'est une autre réalité qu'on peut trouver ailleurs, mais ce n'est pas cela l'agriculture suisse. S'il y a encore des situations inadmissibles, ce que je peux concevoir, il faut aussi savoir que les autorités s'en occupent, luttent là-contre. Même la profession lutte là-contre, avec raison, parce qu'elle a compris que cela faisait partie de son image et de la qualité des produits qui, je le répète, est bonne.

Aussi, je crois qu'il faut un peu raison garder. Je vous invite vraiment à aller à la rencontre, à l'occasion, de cette agriculture suisse, à aller visiter ces fermes. Je vous l'assure, Madame Thorens, je vous y accompagne volontiers. Pour ce qui concerne les fermes que je connais dans le Jura – Dieu sait s'il y en a, et des grandes –, vous n'aurez même pas besoin de bottes pour vous y rendre: vous verrez dans quelles conditions l'agriculture suisse travaille aujourd'hui.

Aussi, je crois qu'il ne faut pas exagérer concernant l'encadrement dans la législation. Je crois que, aujourd'hui déjà, la législation qui est applicable aux agriculteurs pour la production de denrées de qualité est suffisante. Je vous invite à recommander le rejet de l'initiative et à ne pas entrer en matière sur le contre-projet.



Stark Jakob (V, TG): Die vorliegende Volksinitiative definiert in Artikel 80a Absatz 2 der Bundesverfassung Massentierhaltung wie folgt – wir haben es schon zweimal gehört, ich wiederhole es nochmals -: "Massentierhaltung bezeichnet die industrielle Tierhaltung zur möglichst effizienten Gewinnung tierischer Erzeugnisse, bei der das Tierwohl systematisch verletzt wird."

Dieser Satz, diese Definition, ist zweideutig. Er kann im Umkehrschluss bedeuten, dass industrielle Tierhaltung nur dann verboten werden soll, wenn sie das Tierwohl systematisch verletzt. Das ist wohl nicht gemeint, denn dies gilt heute schon als selbstverständlich. Jede Tierhaltung, die das Tierwohl systematisch verletzt, ist verboten. Dafür braucht es also keine Initiative.

Deshalb ist der vorgeschlagene Artikel 80a Absatz 2 wohl in der zweiten Auslegungsart zu lesen, nämlich so, dass jegliche industrielle Tierhaltung automatisch und systematisch das Tierwohl verletze. Dieser Aussage ist die Organisation Nutztiergesundheit Schweiz in einer kürzlich publizierten wissenschaftlichen Analyse mit dem Titel "Besteht ein kausaler Zusammenhang zwischen Tierwohl und Bestandes- bzw. Gruppengrösse?" nachgegangen. Die Schlussfolgerung der Analyse, die ich eingehend studiert habe, lautet: "Zusammenfassend kann festgehalten werden: Es lässt sich durch wissenschaftliche Studien nicht belegen, dass grosse Stallgruppen oder Bestände einen kausalen negativen Einfluss auf das Tierwohl haben." Das gilt umso mehr für die Schweiz mit ihren im internationalen Vergleich tiefen Höchsttierbeständen.

Für das Wohlergehen der Tiere ist die Betriebsführung immer noch entscheidend: eine Betriebsführung, die auf einer guten Mensch-Tier-Beziehung fusst und dafür sorgt, dass dem Wohl der Tiere die nötige Beachtung und Zeit geschenkt wird, dass sich Tiere artgemäss verhalten können, dass ihre biologische Anpassungsfähigkeit nicht überfordert wird, dass die Tiere gesund sind und nicht unter Schmerzen, Schäden oder Angst leiden müssen.

Ich komme nach dem Studium der erwähnten Analyse zum Schluss, dass die Initiative von einer wissenschaftlich nicht haltbaren Vereinfachung ausgeht, wonach industrielle Tierhaltung automatisch das Tierwohl verletzt. Es wird mit dem eingängigen Begriff "Massentierhaltung" politisiert, obwohl es dafür weder eine gesetzliche noch eine wissenschaftliche Definition gibt. Die Definition, welche die Initiantinnen und Initianten vorschlagen, ist untauglich.

Allein schon deshalb ist es wichtig und richtig, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen, was ich Ihnen hiermit nahelege.

Hegglin Peter (M-E, ZG), für die Kommission: Gerne nehme ich noch Bezug auf gewisse Aussagen, die gemacht worden sind, und beginne mit den Emotionen. Es ist natürlich so, dass man mit Bildern im Bereich der Tiere Emotionen – positive, negative Emotionen – wecken kann. Ich attestiere aber den mit positiven Emotionen besetzten Bildern Korrektheit. Wenn bei Produkten mit entsprechenden Labels oder Standards Bilder aufgedruckt sind, die glückliche Tiere zeigen, dann, glaube ich, kann man davon ausgehen, dass die Tiere auch entsprechend gehalten werden. Wenn es nicht so wäre, hätten wir rechtliche Möglichkeiten, um dagegen vorzugehen. Jetzt wird natürlich umgekehrt versucht, Bilder zu evozieren, die es sehr wohl auch gibt. Aber das sind meiner Meinung nach Einzelfälle, die man nicht verallgemeinern darf.

Vorhin wurde der Blick in die Zukunft erwähnt. Ich bin absolut dafür: Die Produktionsbedingungen müssen sich verbessern. Sie verbessern sich auch laufend. Man versucht – ich bin selber intensiv daran –, die Kriterien zu verschärfen, vom Tierwohl bis hin zur Klimaneutralität. Man versucht, dort besser zu werden.

Es ist aber falsch, wenn man versucht, Bilder aus der Vergangenheit heranzuziehen, und wenn quasi unterstellt wird,

AB 2022 S 52 / BO 2022 E 52

dass dem noch heute so sei. Ich erwähne jetzt vor allem auch das Schwanzbeißen und das Hormonfleisch; beim Übergang von einer vor allem bäuerlich geprägten zu einer gewerblichen, industriellen Landwirtschaft hat es solche Vorkommnisse sehr wohl gegeben. Ich meine aber, dass man daraus sehr wohl viel gelernt hat. Die Landwirte wissen, dass sie nur mit Tieren, denen es wohl ist, gute Produkte schaffen und gute Produktleistungen erbringen können.

Ich meine fast, das richtige Schwanzbeisser-Argument hat Kollege Zanetti vorgebracht. Er hat vorhin gesagt, es gebe in Zukunft weniger Betriebe, es koste dann weniger. Aber das führt ja dann zu grösseren Produktionseinheiten. Ich sage jetzt nicht, es führe in Richtung Massentierhaltung, aber es führt zu grösseren Produktionseinheiten. Weniger Produzenten halten dann halt mehr Tiere. Eigentlich führt das fast in diese Richtung. Ich möchte aber nicht länger bei diesem Thema bleiben, sondern meine Aussagen nochmals bekräftigen: Ich glaube, wir haben ein gutes Regulativ. Wir haben gute, unterstützende Programme. Das zeigt sich daran, wie viele Produzenten an den RAUS- und BTS-Programmen teilnehmen; jedes Jahr nehmen mehr teil.





Ich glaube, aus all diesen Gründen und aus den Gründen, die ich vorhin erwähnt habe, ist es zum einen nicht nötig, die Verfassungsbestimmungen der Initiative aufzunehmen, und ist es zum andern nicht nötig, den Gegenentwurf des Bundesrates aufzunehmen.

Ich empfehle Ihnen deshalb, die Initiative abzulehnen und nicht auf den Gegenentwurf einzutreten.

Berset Alain, conseiller fédéral: A la fin de ce débat, j'aimerais ajouter quelques mots au nom du Conseil fédéral pour vous dire comment nous avons réagi face à cette initiative. J'aimerais vous dire qu'il y a, pour le Conseil fédéral, une assez grande différence entre l'initiative et le contre-projet, contrairement à ce que semble laisser entendre votre débat. En effet, du côté des initiants ou des représentants des initiants ou de celles et ceux qui souhaitent l'adoption de l'initiative, on dit que le contre-projet conviendrait tout aussi bien et que l'on a l'impression que cela fait un peu partie de la même famille; et, du côté de la majorité de la commission, qui rejette l'initiative, on dit que, dans le même jet, on rejette aussi le contre-projet parce que c'est la même chose. Permettez-moi de vous dire que je pense que les deux parties ont tort: non, ce n'est pas la même chose. Je vais me permettre de vous expliquer un peu plus tard pourquoi, et pourquoi il est un peu facile de rejeter le contre-projet en même temps que l'initiative, sans avoir examiné ce que le contre-projet signifie vraiment. Voilà ce que je voulais dire en guise de préambule.

Je vais commencer avec l'initiative. Cette dernière réclame la fin de l'élevage intensif en Suisse – cela figure même dans son titre. Le Conseil fédéral soutient naturellement la ligne générale visant à avoir une meilleure protection des animaux, ce qui est l'objectif, d'ailleurs, de nombreuses interventions parlementaires. Dans ce cadre, il faut évidemment rappeler que la législation suisse est actuellement l'une des plus exigeantes au monde en la matière. Il ne faut pas oublier cela. Nous avons aujourd'hui l'une des législations les plus exigeantes et les plus strictes au monde. Ce qui nous manque aujourd'hui, ce ne sont pas les efforts sur les plans de la législation et de la mise en oeuvre: ce qui pose problème aujourd'hui – et cela expliquera plus tard la nécessité d'un contre-projet de l'avis du Conseil fédéral –, c'est que nous ne retrouvons pas cet élément dans la Constitution fédérale. Nous n'avons qu'une loi, qui certes va loin, mais on peut estimer que cette exigence d'être attentif au bien-être des animaux – qui est appliquée dans notre pays – ne se retrouve pas dans la Constitution. C'est une question que l'on doit se poser: est-ce qu'il n'y aurait pas là, quand même, une nécessité d'agir pour modifier la Constitution sur ce point, sans forcément devoir toucher aux textes légaux? En général, c'est le contraire: on a un article constitutionnel qui n'est pas mis en oeuvre.

Là, c'est un peu comme si on avait la mise en oeuvre de quelque chose qui ne se trouve pas dans la Constitution. C'est quasiment le contraire de ce à quoi nous sommes habitués. C'est la raison pour laquelle le Conseil fédéral a saisi l'occasion du débat sur l'initiative populaire pour faire ce constat et dire qu'on pourrait corriger ce point.

D'abord, l'initiative populaire. Vous l'avez lu, le Conseil fédéral propose de recommander son rejet avec les arguments suivants. En premier lieu, de son point de vue et en vertu de la législation en vigueur, l'élevage intensif est déjà interdit en Suisse. Nous avons une législation sur la protection des animaux qui est exigeante et qui protège le bien-être de chaque animal. Rappelons que ces exigences sont applicables indépendamment de la taille des exploitations. C'est le premier point.

Deuxième point, nous recommandons le rejet de l'initiative populaire parce que nous estimons que ce n'est pas une bonne chose d'inscrire dans la Constitution des normes privées, dans le cas présent celles de Bio Suisse. Ce serait un précédent que de faire entrer des normes privées dans la Constitution. C'est l'alinéa 2 des dispositions transitoires de l'initiative populaire qui le prévoit: "La législation d'exécution doit fixer des exigences relatives à la dignité de l'animal qui correspondent au moins à celles du Cahier des charges 2018 de Bio Suisse." Cela, nous ne le souhaitons pas, parce que nous ne souhaitons pas introduire dans la Constitution – ce serait d'ailleurs la première fois qu'on le ferait – une référence à des normes d'une organisation privée.

Troisièmement, il nous paraît que les exigences concernant les restrictions à l'importation seraient relativement difficiles à contrôler parce que le seul moyen de savoir ce qui pourrait être importé ou pas serait de vérifier, là où la production a lieu, si les standards suisses sont respectés. Il faudrait donc vérifier à l'étranger si la production est conforme aux prescriptions suisses, ce qui me semble être un dispositif de contrôle relativement difficile à mettre en place, très complexe et également très coûteux.

Il y a encore d'autres arguments sur lesquels je ne veux pas trop m'étaler. Le Conseil fédéral a notamment mentionné dans le message le risque d'une certaine hausse du prix et du tourisme d'achat dans ce domaine. Voilà pour l'initiative. Selon le Conseil fédéral, il y a suffisamment d'arguments pour recommander clairement le rejet de l'initiative. Elle nous semble poser les problèmes que je viens de mentionner.

Cela dit, le Conseil fédéral a saisi l'opportunité de ce débat pour se demander s'il y avait quelque chose à faire, s'il y avait une nécessité d'agir dans ce domaine. Nous sommes arrivés à la conclusion qu'il existe



aujourd'hui un décalage entre, d'une part, le mandat constitutionnel et, d'autre part, la réalité dans les textes. La Constitution n'a pas été modifiée à ce sujet mais les textes oui. Vous pouvez me dire que cela ne pose pas de problème, qu'il y a une base constitutionnelle suffisante pour agir; c'est le cas, évidemment, ce n'est pas contesté. Mais il nous semblerait aujourd'hui nécessaire de compléter la Constitution avec un contre-projet qui, vous l'avez vu, est d'une toute autre facture que l'initiative. Dire que c'est un peu la même chose n'est pas tout à fait vrai. C'est une toute autre facture.

J'aimerais vous rappeler ici le chiffre 6.1 du message du Conseil fédéral qui contient le texte du contre-projet qui, je crois, est une base constitutionnelle incontestable. C'est un texte général qui pose quelques éléments. Si vous le lisez, j'aimerais bien savoir qui peut ici oser me dire qu'il n'est pas d'accord avec ce qu'il y a dans ce texte. C'est une question quand même assez importante. Lisons-le: "La Confédération légifère sur la protection et le bien-être des animaux." C'est quelque chose d'incontestable, c'est déjà une réalité. "S'agissant des animaux de rente, leur bien-être doit être assuré en particulier par: a. un hébergement et des soins respectueux des animaux;" – qui s'oppose à cela? personne – "b. des sorties régulières;" – on dit aussi que l'on souhaite que ce soit une réalité, il faut voir ensuite comment cela est réalisé dans la législation actuelle – "c. des conditions d'abattage respectueuses des animaux."

Si vous vous opposez au contre-projet du Conseil fédéral, il faut dire avec quoi vous n'êtes pas d'accord. Vous ne pouvez pas prétendre être d'accord avec tout ce qu'il contient mais

AB 2022 S 53 / BO 2022 E 53

vous y opposez quand même. Le contre-projet n'est pas l'initiative.

C'est là que j'ai un peu de peine à comprendre le débat qui a eu lieu jusqu'ici. Il m'a l'air d'avoir été un peu court, non pas sur l'initiative elle-même, parce je crois qu'il y a de bons arguments pour la rejeter, mais sur le contre-projet qui n'a pas vraiment été débattu. C'est ce qui m'a manqué lors des travaux. On avait l'impression qu'il ne fallait surtout pas commencer ce débat, qu'on rejetait l'initiative parce qu'il y avait de bons arguments, qui figurent d'ailleurs dans le message du Conseil fédéral, mais, en même temps, qu'on ne voulait pas non plus du contre-projet.

Ce contre-projet, je viens de vous le lire intégralement. Et j'ai entendu, de la part de toutes celles et ceux qui le rejettent, une argumentation qui va exactement dans le sens de ce qu'il contient. Voilà ce que je souhaitais vous dire ce matin.

Je crois que ce n'est pas une question qu'on peut évacuer ainsi, si facilement. Le contre-projet représenterait en fait un avantage pour celles et ceux qui estiment que, aujourd'hui, la situation dans le pays est bonne; ce serait la reprise de ces éléments très généraux, rédigés de manière très mesurée, dans la Constitution pour avoir un texte constitutionnel qui corresponde à ce que vous trouverez ensuite de manière ultradétaillée dans la législation. Celles et ceux qui se sont plongés une fois dans la législation et dans les ordonnances d'exécution le savent, c'est assez détaillé; ce n'est pas mon domaine, mais, enfin, je dois vous le dire. On peut estimer que ce texte-là ne fait rien d'autre que de donner une couverture constitutionnelle à ce qui existe déjà dans les lois. Selon le Conseil fédéral, la mise en oeuvre doit être très lente, très organisée, et accompagner le changement structurel extrêmement important dans l'agriculture. Le changement structurel dont il a été question – vous en avez parlé tout à l'heure et je l'ai aussi vu – a été extrêmement important. Il faut bien rappeler aujourd'hui que l'agriculture a énormément évolué durant ces vingt-cinq dernières années. Cela a été souhaité, cela a été difficile pour les agriculteurs concernés, cela a été difficile pour la branche. Elle a fait un travail énorme.

Mais le travail qui se fait en matière de protection des animaux n'apparaît pas dans la Constitution. Bon! il ne faut pas l'initiative pour cela, mais le contre-projet. Et la question que vous devez vous poser, c'est celle de savoir pour quelle raison on n'a pas mené ce débat de manière détaillée.

Il y a encore un autre argument qui vient s'ajouter, du point de vue du Conseil fédéral, à cette réflexion. C'est bien joli de dire que l'on veut faire correspondre la Constitution aux textes légaux, et qu'en fait ce n'est pas nécessaire, mais il y a un autre élément à relever, et là je vais vous parler de mon expérience personnelle récente. J'ai été confronté deux fois, au cours des trois derniers mois, contre l'avis du Parlement et du Conseil fédéral, à l'acceptation d'initiatives populaires qui ne semblent pas forcément faciles à mettre en oeuvre. Ce point n'a pas tellement été discuté non plus. Je parle de l'initiative "pour des soins infirmiers forts". Dans ce cas, personne n'ayant estimé possible qu'elle ne soit pas adoptée, le Parlement a proposé – avec notre soutien – un contre-projet très fort mais qui se distinguait de l'initiative sur un point. Cela n'a pas suffi et l'initiative a été adoptée par une majorité du peuple et des cantons. Et puis, il y a trois semaines de cela, l'initiative "Oui à la protection des enfants et des jeunes contre la publicité pour le tabac" a été acceptée alors que votre conseil et le Conseil national avaient été relativement clairs lors du traitement de l'objet. Votre conseil, dans son travail, avait exprimé le souhait d'avoir un contre-projet plus fort, une façon de dire: "Attention, prenons au sérieux les



textes des initiatives populaires, on est dans une phase où elles sont acceptées." Je ne sais pas ce qu'il en sera ici, mais imaginez une seconde que l'initiative soit acceptée. D'ailleurs, on ne peut pas dire qu'on manque d'expérience pour l'imaginer; je viens de vivre cela deux fois en trois mois et je n'ai pas tellement aimé ces épisodes, et vous non plus, je pense. On a envie de faire du bon travail et non d'être corrigé par le peuple et les cantons, par une double majorité qui s'exprime pour des initiatives contre l'avis du Conseil fédéral. Dans le cas présent, je pense qu'on doit aussi considérer qu'il n'est pas inimaginable, si on écarte le contre-projet et la discussion d'un revers de la main, qu'une telle initiative puisse obtenir une double majorité.

En tous cas, je ne sais pas vous, mais je l'ai vécu deux fois en trois mois. Imaginez maintenant une seconde que cette initiative trouve une majorité. On aurait alors des normes privées dans la Constitution fédérale; on créerait un précédent – qui souhaite ce précédent? –, on aurait aussi un problème, car on devrait expliquer comment mettre tout cela en oeuvre. On aurait vraisemblablement un problème de contrôle à organiser je ne sais où, par exemple aux quatre coins du monde, pour aller voir si tout est produit selon les normes suisses.

Je vous dis tout cela, parce que ce débat m'a un peu manqué. Il n'a pas été effectué jusqu'au bout. Le problème que nous avons aujourd'hui est le suivant: recommander le rejet de cette initiative, sans apporter de contre-projet permettant de régler le problème là où il nous semble nécessaire de le faire, nous paraît relativement compliqué.

J'aimerais vous rappeler que, pour les deux initiatives qui ont été acceptées ces derniers temps – vous me direz qu'il ne s'agit pas du même domaine –, il n'y avait pas de contre-projet direct. Ce n'est pas un hasard si le Conseil fédéral propose ici un contre-projet direct et non indirect. Parce qu'avec un contre-projet direct, on peut poser la discussion avec les initiants sur le plan constitutionnel et avec le peuple et les cantons, s'il le faut. Le contre-projet direct est le meilleur moyen pour avoir un certain contrôle sur l'évolution du débat et éviter de recevoir des textes envoyés par une majorité du peuple et des cantons qu'on doit ensuite bien mettre en oeuvre. Qu'est-ce que je fais maintenant avec ces deux initiatives qui ont été acceptées? Avec le Conseil fédéral, on est en train de préparer la mise en oeuvre de deux initiatives auxquelles le Parlement et le Conseil fédéral étaient opposés. Si on pouvait s'épargner cela une troisième fois dans un domaine dont je suis responsable de la mise en oeuvre avec vous, je trouverais que c'est d'une bonne chose.

Je vous invite à recommander le rejet de l'initiative, mais à, quand même, veiller à ne pas tout rejeter à la fois et, peut-être, à envisager un contre-projet direct, dans la facture proposée par le Conseil fédéral, qui est très mesuré et qui correspond à ce que vous voulez. Vous pouvez le relire, à l'article 80 alinéas 1 et 2bis.

Si vous devez vous prononcer par un vote – oui ou non – sur un texte que vous avez prétendu soutenir, alors, dans ces conditions, il est peut-être juste de l'accepter, comme le recommande le Conseil fédéral.

2. Bundesbeschluss über den Schutz und das Wohlergehen der Tiere (direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative "Keine Massentierhaltung in der Schweiz [Massentierhaltungs-Initiative]")

2. Arrêté fédéral concernant la protection et le bien-être des animaux (contre-projet direct à l'initiative populaire "Non à l'élevage intensif en Suisse [initiative sur l'élevage intensif]")

Antrag der Mehrheit
Nichteintreten

Antrag der Minderheit II
(Zanetti Roberto, Herzog Eva, Rechsteiner Paul, Thorens Goumaz)
Eintreten

Proposition de la majorité
Ne pas entrer en matière

Proposition de la minorité II
(Zanetti Roberto, Herzog Eva, Rechsteiner Paul, Thorens Goumaz)
Entrer en matière

AB 2022 S 54 / BO 2022 E 54




Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 21.044/4956)

Für Eintreten ... 14 Stimmen

Dagegen ... 30 Stimmen

(0 Enthaltungen)

1. Bundesbeschluss über die Volksinitiative "Keine Massentierhaltung in der Schweiz (Massentierhaltungs-Initiative)"
1. Arrêté fédéral relatif à l'initiative populaire "Non à l'élevage intensif en Suisse (initiative sur l'élevage intensif)"
Eintreten ist obligatorisch
L'entrée en matière est acquise de plein droit
Detailberatung – Discussion par article
Titel und Ingress, Art. 1
Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Titre et préambule, art. 1
Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté
Art. 2
Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag der Minderheit I

(Thorens Goumaz, Herzog Eva, Zanetti Roberto)

Abs. 2

... die Initiative anzunehmen.

Antrag der Minderheit II

(Zanetti Roberto, Herzog Eva, Rechsteiner Paul, Thorens Goumaz)

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 2
Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition de la minorité I

(Thorens Goumaz, Herzog Eva, Zanetti Roberto)

Al. 2

... d'accepter l'initiative.

Proposition de la minorité II

(Zanetti Roberto, Herzog Eva, Rechsteiner Paul, Thorens Goumaz)

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Präsident (Hefti Thomas, Präsident): Der Antrag der Minderheit II ist bei der Abstimmung über Eintreten auf die Vorlage 2 abgelehnt worden und steht hier nicht mehr zur Diskussion.

**AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL**

Ständerat • Frühjahrssession 2022 • Dritte Sitzung • 02.03.22 • 08h15 • 21.044
Conseil des Etats • Session de printemps 2022 • Troisième séance • 02.03.22 • 08h15 • 21.044

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 21.044/4957)

Für den Antrag der Mehrheit ... 32 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I ... 8 Stimmen

(4 Enthaltungen)

Präsident (Hefti Thomas, Präsident): Da Eintreten obligatorisch ist, findet keine Gesamtabstimmung statt. Das Geschäft ist damit bereit für die Schlussabstimmung.



21.044

**Keine Massentierhaltung
in der Schweiz
(Massentierhaltungs-Initiative).
Volksinitiative
und direkter Gegenentwurf**

**Non à l'élevage intensif en Suisse
(initiative sur l'élevage intensif).
Initiative populaire
et contre-projet direct**

Schlussabstimmung – Vote final

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 14.12.21 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 15.12.21 (FORTSETZUNG - SUITE)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 15.12.21 (FORTSETZUNG - SUITE)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 02.03.22 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 18.03.22 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.03.22 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

1. Bundesbeschluss über die Volksinitiative "Keine Massentierhaltung in der Schweiz (Massentierhaltungs-Initiative)"

1. Arrêté fédéral relatif à l'initiative populaire "Non à l'élevage intensif en Suisse (initiative sur l'élevage intensif)"

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 21.044/24798)

Für Annahme des Entwurfes ... 106 Stimmen

Dagegen ... 77 Stimmen

(8 Enthaltungen)

AB 2022 N 623 / BO 2022 N 623



21.044

**Keine Massentierhaltung
in der Schweiz
(Massentierhaltungs-Initiative).
Volksinitiative
und direkter Gegenentwurf**

**Non à l'élevage intensif en Suisse
(initiative sur l'élevage intensif).
Initiative populaire
et contre-projet direct**

Schlussabstimmung – Vote final

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 14.12.21 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 15.12.21 (FORTSETZUNG - SUITE)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 15.12.21 (FORTSETZUNG - SUITE)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 02.03.22 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 18.03.22 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.03.22 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

1. Bundesbeschluss über die Volksinitiative "Keine Massentierhaltung in der Schweiz (Massentierhaltungs-Initiative)"

1. Arrêté fédéral relatif à l'initiative populaire "Non à l'élevage intensif en Suisse (initiative sur l'élevage intensif)"

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 21.044/5042)

Für Annahme des Entwurfes ... 32 Stimmen

Dagegen ... 8 Stimmen

(1 Enthaltung)

AB 2022 S 251 / BO 2022 E 251

Geschäft / Objet:

21.044-1 Keine Massentierhaltung in der Schweiz (Massentierhaltungsinitiative). Volksinitiative und direkter Gegenentwurf: Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Keine Massentierhaltung in der Schweiz (Massentierhaltungsinitiative)»
 Non à l'élevage intensif en Suisse (initiative sur l'élevage intensif). Initiative populaire et contre-projet direct: Arrêté fédéral relatif à l'initiative populaire «Non à l'élevage intensif en Suisse (initiative sur l'élevage intensif)»

Gegenstand / Objet du vote:

Rückweisungsantrag

Abstimmung vom / Vote du: 15.12.2021 17:14:29

Addor	+	V	VS	Fiala	+	RL	ZH	Locher Benguerel	-	S	GR	Roth Franziska	-	S	SO
Aebi Andreas	+	V	BE	Fischer Roland	-	GL	LU	Lohr	+	M-E	TG	Roth Pasquier	+	M-E	FR
Aebischer Matthias	-	S	BE	Fivaz Fabien	-	G	NE	Lüscher	+	RL	GE	Rüegger	+	V	OW
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Flach	-	GL	AG	Mäder	-	GL	ZH	Rutz Gregor	+	V	ZH
Amadruz	+	V	GE	Fluri	+	RL	SO	Maillard	-	S	VD	Ryser	-	G	SG
Amos	-	S	VS	Fridez	-	S	JU	Maitre	+	M-E	GE	Rytz Regula	-	G	BE
Andrey	-	G	FR	Friedl Claudia	-	S	SG	Marchesi	+	V	TI	Sauter	+	RL	ZH
Arslan	-	G	BS	Friedli Esther	+	V	SG	Markwalder	-	RL	BE	Schaffner	-	GL	ZH
Atici	-	S	BS	Funciello	0	S	BE	Marra	-	S	VD	Schilliger	+	RL	LU
Badertscher	-	G	BE	Gafner	+	V	BE	Marti Min Li	-	S	ZH	Schläpfer	+	V	ZH
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Geissbühler	+	V	BE	Marti Samira	-	S	BL	Schlatter	-	G	ZH
Barrile	-	S	ZH	Giacometti	-	RL	GR	Martullo	+	V	GR	Schneeberger	+	RL	BL
Baumann	-	G	BE	Giezendanner	+	V	AG	Masshardt	-	S	BE	Schneider Meret	-	G	ZH
Bäumle	-	GL	ZH	Girod	-	G	ZH	Matter Michel	-	GL	GE	Schneider Schüttel	-	S	FR
Bellaiche	-	GL	ZH	Glanzmann	+	M-E	LU	Matter Thomas	+	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	M-E	BL
Bendahan	-	S	VD	Glärner	+	V	AG	Mettler	-	GL	BE	Schwander	+	V	SZ
Bertschy	0	GL	BE	Glättli	-	G	ZH	Meyer Mattea	E	S	ZH	Seiler Graf	-	S	ZH
Binder	+	M-E	AG	Gmür Alois	+	M-E	SZ	Michaud Gigon	-	G	VD	Siegenthaler	+	M-E	BE
Bircher	+	V	AG	Gössi	+	RL	SZ	Molina	-	S	ZH	Silberschmidt	+	RL	ZH
Birrer-Heimo	0	S	LU	Graber	+	V	VS	Moret Isabelle	+	RL	VD	Sollberger	+	V	BL
Borloz	+	RL	VD	Graf-Litscher	-	S	TG	Moser	-	GL	ZH	Stadler	+	M-E	UR
Bourgeois	+	RL	FR	Gredig	-	GL	ZH	Müller Leo	+	M-E	LU	Steinemann	+	V	ZH
Bregy	+	M-E	VS	Grin	+	V	VD	Müller-Altermatt	E	M-E	SO	Storni	-	S	TI
Brélaz	-	G	VD	Grossen Jürg	-	GL	BE	Munz	-	S	SH	Streiff	-	M-E	BE
Brenzikofer	-	G	BL	Grüter	+	V	LU	Nantermod	+	RL	VS	Strupler	+	V	TG
Brunner	-	GL	SG	Gschwind	+	M-E	JU	Nicolet	+	V	VD	Studer	-	M-E	AG
Büchel Roland	+	V	SG	Gugger	-	M-E	ZH	Nidegger	+	V	GE	Suter	-	S	AG
Buffat	+	V	VD	Guggisberg	+	V	BE	Nordmann	0	S	VD	Töngi	-	G	LU
Bulliard	+	M-E	FR	Gutjahr	E	V	TG	Nussbaumer	-	S	BL	Trede	-	G	BE
Burgherr	+	V	AG	Gysi Barbara	-	S	SG	Paganini	+	M-E	SG	Tuena	+	V	ZH
Candinas	+	M-E	GR	Gysin Greta	-	G	TI	Page	+	V	FR	Umbricht Pieren	+	V	BE
Cattaneo	+	RL	TI	Haab	+	V	ZH	Pasquier	-	G	GE	Vincenz	+	RL	SG
Christ	-	GL	BS	Heer	+	V	ZH	Pfister Gerhard	+	M-E	ZG	Vogt	+	V	ZH
Clivaz Christophe	-	G	VS	Heimgartner	+	V	AG	Piller Carrard	-	S	FR	von Falkenstein	+	RL	BS
Cottier	+	RL	NE	Herzog Verena	+	V	TG	Pointet	-	GL	VD	von Siebenthal	+	V	BE
Crottaz	-	S	VD	Hess Erich	+	V	BE	Porchet	-	G	VD	Walder	-	G	GE
Dandrès	-	S	GE	Hess Lorenz	+	M-E	BE	Portmann	+	RL	ZH	Walliser	+	V	ZH
de Courten	+	V	BL	Huber	+	V	AG	Prelicz-Huber	-	G	ZH	Walti Beat	+	RL	ZH
de la Reussille	0	G	NE	Humbel	+	M-E	AG	Prezioso	-	G	GE	Wasserfallen Christian	+	RL	BE
de Montmolin	+	RL	GE	Hurni	-	S	NE	Pult	-	S	GR	Wasserfallen Flavia	-	S	BE
de Quattro	+	RL	VD	Hurter Thomas	+	V	SH	Python	-	G	VD	Weber Céline	E	GL	VD
Detting	+	V	SZ	Imark	+	V	SO	Quadri	+	V	TI	Wehrli	+	RL	VD
Dobler	+	RL	SG	Jauslin	+	RL	AG	Rechsteiner Thomas	0	M-E	AI	Weichelt	-	G	ZG
Egger Kurt	-	G	TG	Kälin	P	G	AG	Regazzi	+	M-E	TI	Wermuth	0	S	AG
Egger Mike	+	V	SG	Kamerzin	+	M-E	VS	Reimann Lukas	+	V	SG	Wettstein	-	G	SO
Estermann	+	V	LU	Keller Peter	+	V	NW	Riniker	+	RL	AG	Widmer Céline	-	S	ZH
Farinelli	+	RL	TI	Klopfenstein Broggini	-	G	GE	Ritter	+	M-E	SG	Wismer Priska	+	M-E	LU
Fehlmann Riele	-	S	GE	Köppel	+	V	ZH	Roduit	+	M-E	VS	Wobmann	+	V	SO
Feller	+	RL	VD	Kutter	+	M-E	ZH	Romano	+	M-E	TI	Wyss	-	S	BS
Feri Yvonne	-	S	AG	Landolt	0	M-E	GL	Rösti	+	V	BE	Zuberbühler	+	V	AR

	Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-E	G	Tot.
+ Ja / oui / si				54	27	25		106
- Nein / non / no		34	14		2	3	28	81
= Enth. / abst. / ast.								0
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4		1	1	1		1		4
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		4	1			2	1	8
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes							1	1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Antrag der Mehrheit (keine Rückweisung)

Bedeutung Nein / Signification du non: Antrag der Minderheit Baumann (Rückweisung an die Kommission)

Geschäft / Objet:

21.044-2 Keine Massentierhaltung in der Schweiz (Massentierhaltungsinitiative). Volksinitiative und direkter Gegenentwurf: Bundesbeschluss über den Schutz und das Wohlergehen der Tiere (direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Keine Massentierhaltung in der Schweiz [Massentierhaltungsinitiative]»)
 Non à l'élevage intensif en Suisse (initiative sur l'élevage intensif). Initiative populaire et contre-projet direct: Arrêté fédéral concernant la protection et le bien-être des animaux (contre-projet direct à l'initiative populaire «Non à l'élevage intensif en Suisse [initiative sur l'élevage intensif]»)

Gegenstand / Objet du vote:

Eintreten

Abstimmung vom / Vote du: 15.12.2021 17:16:20

Addor	+	V	VS	Fiala	-	RL	ZH	Locher Benguerel	-	S	GR	Roth Franziska	-	S	SO
Aebi Andreas	+	V	BE	Fischer Roland	-	GL	LU	Lohr	+	M-E	TG	Roth Pasquier	+	M-E	FR
Aebischer Matthias	-	S	BE	Fivaz Fabien	-	G	NE	Lüscher	+	RL	GE	Rüegger	+	V	OW
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Flach	-	GL	AG	Mäder	-	GL	ZH	Rutz Gregor	+	V	ZH
Amaudruz	+	V	GE	Fluri	+	RL	SO	Maillard	-	S	VD	Ryser	-	G	SG
Amoos	-	S	VS	Fridez	-	S	JU	Maitre	+	M-E	GE	Rytz Regula	-	G	BE
Andrey	-	G	FR	Friedl Claudia	-	S	SG	Marchesi	+	V	TI	Sauter	+	RL	ZH
Arslan	-	G	BS	Friedli Esther	+	V	SG	Markwalder	+	RL	BE	Schaffner	-	GL	ZH
Atici	-	S	BS	Funicello	0	S	BE	Marra	-	S	VD	Schilliger	+	RL	LU
Badertscher	+	G	BE	Gafner	+	V	BE	Marti Min Li	-	S	ZH	Schläpfer	+	V	ZH
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Geissbühler	+	V	BE	Marti Samira	-	S	BL	Schlatter	-	G	ZH
Barnile	-	S	ZH	Giacometti	-	RL	GR	Martullo	+	V	GR	Schneeberger	+	RL	BL
Baumann	-	G	BE	Giezendanner	+	V	AG	Masshardt	-	S	BE	Schneider Meret	+	G	ZH
Bäumle	-	GL	ZH	Girod	-	G	ZH	Matter Michel	-	GL	GE	Schneider Schüttel	-	S	FR
Bellaiche	-	GL	ZH	Glanzmann	+	M-E	LU	Matter Thomas	+	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	M-E	BL
Bendahan	-	S	VD	Glärner	+	V	AG	Mettler	-	GL	BE	Schwander	+	V	SZ
Bertschy	0	GL	BE	Glättli	-	G	ZH	Meyer Mattea	E	S	ZH	Seiler Graf	-	S	ZH
Binder	+	M-E	AG	Gmür Alois	+	M-E	SZ	Michaud Gigon	-	G	VD	Siegenthaler	+	M-E	BE
Bircher	+	V	AG	Gössi	+	RL	SZ	Molina	-	S	ZH	Silberschmidt	+	RL	ZH
Birrer-Heimo	-	S	LU	Grabner	+	V	VS	Moret Isabelle	+	RL	VD	Sollberger	+	V	BL
Borloz	+	RL	VD	Graf-Litscher	-	S	TG	Moser	-	GL	ZH	Stadler	+	M-E	UR
Bourgeois	+	RL	FR	Gredig	-	GL	ZH	Müller Leo	+	M-E	LU	Steinemann	+	V	ZH
Bregy	+	M-E	VS	Grin	+	V	VD	Müller-Altarmatt	E	M-E	SO	Storni	-	S	TI
Brélaz	-	G	VD	Grossen Jürg	-	GL	BE	Munz	-	S	SH	Streff	-	M-E	BE
Brenzikofer	-	G	BL	Grüter	+	V	LU	Nantermod	+	RL	VS	Strupler	+	V	TG
Brunner	-	GL	SG	Gschwind	+	M-E	JU	Nicolet	+	V	VD	Studer	-	M-E	AG
Büchel Roland	+	V	SG	Gugger	-	M-E	ZH	Nidegger	+	V	GE	Suter	=	S	AG
Buffat	+	V	VD	Guggisberg	+	V	BE	Nordmann	-	S	VD	Töngi	-	G	LU
Bulliard	+	M-E	FR	Gutjahr	E	V	TG	Nussbaumer	-	S	BL	Trede	-	G	BE
Burgherr	+	V	AG	Gysi Barbara	-	S	SG	Paganini	+	M-E	SG	Tuena	+	V	ZH
Candinas	+	M-E	GR	Gysin Greta	-	G	TI	Page	+	V	FR	Umbricht Pieren	+	V	BE
Cattaneo	+	RL	TI	Haab	+	V	ZH	Pasquier	-	G	GE	Vincenz	+	RL	SG
Christ	-	GL	BS	Heer	+	V	ZH	Pfister Gerhard	+	M-E	ZG	Vogt	+	V	ZH
Clivaz Christophe	-	G	VS	Heimgartner	+	V	AG	Piller Carrard	-	S	FR	von Falkenstein	+	RL	BS
Cottier	+	RL	NE	Herzog Verena	+	V	TG	Pointet	-	GL	VD	von Siebenthal	+	V	BE
Crottaz	-	S	VD	Hess Erich	+	V	BE	Porchet	-	G	VD	Walder	-	G	GE
Dandrès	-	S	GE	Hess Lorenz	+	M-E	BE	Portmann	+	RL	ZH	Walliser	+	V	ZH
de Courten	+	V	BL	Huber	+	V	AG	Prelicz-Huber	-	G	ZH	Walti Beat	+	RL	ZH
de la Reussille	0	G	NE	Humbel	+	M-E	AG	Prezioso	-	G	GE	Wasserfallen Christian	+	RL	BE
de Montmollin	+	RL	GE	Hurni	-	S	NE	Pult	-	S	GR	Wasserfallen Flavia	-	S	BE
de Quattro	+	RL	VD	Hurter Thomas	+	V	SH	Python	-	G	VD	Weber Céline	E	GL	VD
Dettling	+	V	SZ	Imark	+	V	SO	Quadri	+	V	TI	Wehri	+	RL	VD
Dobler	+	RL	SG	Jauslin	-	RL	AG	Rechsteiner Thomas	0	M-E	AI	Weichelt	-	G	ZG
Egger Kurt	-	G	TG	Kälin	P	G	AG	Regazzi	+	M-E	TI	Wermuth	0	S	AG
Egger Mike	+	V	SG	Kamerzin	+	M-E	VS	Reimann Lukas	+	V	SG	Wettstein	-	G	SO
Estermann	+	V	LU	Keller Peter	+	V	NW	Riniker	+	RL	AG	Widmer Céline	-	S	ZH
Farinelli	+	RL	TI	Klopfenstein Broggin	-	G	GE	Ritter	+	M-E	SG	Wismer Priska	+	M-E	LU
Fehlmann Rielle	-	S	GE	Köppel	+	V	ZH	Roduit	+	M-E	VS	Wobmann	+	V	SO
Feller	+	RL	VD	Kutter	+	M-E	ZH	Romano	+	M-E	TI	Wyss	-	S	BS
Feri Yvonne	-	S	AG	Landolt	0	M-E	GL	Rösti	+	V	BE	Zuberbühler	+	V	AR

	Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-E	G	Tot.
+ Ja / oui / si				54	26	25	2	107
- Nein / non / no		35	14		3	3	26	81
= Enth. / abst. / ast.		1						1
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4		1	1	1		1		4
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		2	1			2	1	6
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes							1	1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Antrag Mehrheit (Nichteintreten)

Bedeutung Nein / Signification du non: Antrag Minderheit Bendahan und Bundesrat (Eintreten)

Geschäft / Objet:

21.044-1 Keine Massentierhaltung in der Schweiz (Massentierhaltungsinitiative). Volksinitiative und direkter Gegenentwurf: Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Keine Massentierhaltung in der Schweiz (Massentierhaltungsinitiative)»
 Non à l'élevage intensif en Suisse (initiative sur l'élevage intensif). Initiative populaire et contre-projet direct: Arrêté fédéral relatif à l'initiative populaire «Non à l'élevage intensif en Suisse (initiative sur l'élevage intensif)»

Gegenstand / Objet du vote:

Art. 2 - Abstimmungsempfehlung

Abstimmung vom / Vote du: 15.12.2021 17:17:51

Addor	+	V	VS	Fiala	=	RL	ZH	Locher Benguerel	-	S	GR	Roth Franziska	-	S	SO
Aebi Andreas	+	V	BE	Fischer Roland	-	GL	LU	Lohr	+	M-E	TG	Roth Pasquier	+	M-E	FR
Aebischer Matthias	-	S	BE	Fivaz Fabien	-	G	NE	Lüscher	+	RL	GE	Rüegger	+	V	OW
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Flach	-	GL	AG	Mäder	-	GL	ZH	Rutz Gregor	+	V	ZH
Amadruz	+	V	GE	Fluri	+	RL	SO	Maillard	+	S	VD	Ryser	-	G	SG
Amoos	=	S	VS	Fridez	=	S	JU	Maitre	+	M-E	GE	Rytz Regula	-	G	BE
Andrey	-	G	FR	Friedl Claudia	-	S	SG	Marchesi	+	V	TI	Sauter	+	RL	ZH
Arslan	-	G	BS	Friedli Esther	+	V	SG	Markwalder	+	RL	BE	Schaffner	-	GL	ZH
Atici	-	S	BS	Funciello	0	S	BE	Marra	+	S	VD	Schilliger	+	RL	LU
Badertscher	=	G	BE	Gafner	+	V	BE	Marti Min Li	=	S	ZH	Schläpfer	+	V	ZH
Badran Jacqueline	=	S	ZH	Geissbühler	+	V	BE	Marti Samira	-	S	BL	Schlatter	-	G	ZH
Barrile	-	S	ZH	Giacometti	=	RL	GR	Martullo	+	V	GR	Schneeberger	+	RL	BL
Baumann	-	G	BE	Giezendanner	+	V	AG	Masshardt	=	S	BE	Schneider Meret	-	G	ZH
Bäumler	-	GL	ZH	Girod	-	G	ZH	Matter Michel	=	GL	GE	Schneider Schüttel	-	S	FR
Bellaiche	-	GL	ZH	Glanzmann	+	M-E	LU	Matter Thomas	+	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	M-E	BL
Bendahan	-	S	VD	Glärner	+	V	AG	Mettler	-	GL	BE	Schwander	+	V	SZ
Bertschy	0	GL	BE	Glättli	-	G	ZH	Meyer Mattea	E	S	ZH	Seiler Graf	-	S	ZH
Binder	+	M-E	AG	Gmür Alois	+	M-E	SZ	Michaud Gigon	-	G	VD	Siegenthaler	+	M-E	BE
Bircher	+	V	AG	Gössi	+	RL	SZ	Molina	-	S	ZH	Silberschmidt	+	RL	ZH
Birrer-Heimo	=	S	LU	Graber	+	V	VS	Moret Isabelle	+	RL	VD	Sollberger	+	V	BL
Borloz	+	RL	VD	Graf-Litscher	=	S	TG	Moser	-	GL	ZH	Stadler	+	M-E	UR
Bourgeois	+	RL	FR	Gredig	-	GL	ZH	Müller Leo	+	M-E	LU	Steinemann	+	V	ZH
Bregy	+	M-E	VS	Grin	+	V	VD	Müller-Altermatt	E	M-E	SO	Storni	=	S	TI
Brélaz	-	G	VD	Grossen Jürg	-	GL	BE	Munz	-	S	SH	Streiff	-	M-E	BE
Brenzikofer	-	G	BL	Grüter	+	V	LU	Nantermod	+	RL	VS	Strupler	+	V	TG
Brunner	-	GL	SG	Gschwind	+	M-E	JU	Nicolet	+	V	VD	Studer	+	M-E	AG
Büchel Roland	+	V	SG	Gugger	=	M-E	ZH	Nidegger	+	V	GE	Suter	-	S	AG
Buffat	+	V	VD	Guggisberg	+	V	BE	Nordmann	=	S	VD	Töngi	-	G	LU
Bulliard	+	M-E	FR	Gutjahr	E	V	TG	Nussbaumer	=	S	BL	Trede	-	G	BE
Burgherr	+	V	AG	Gysi Barbara	-	S	SG	Paganini	+	M-E	SG	Tuena	+	V	ZH
Candinas	+	M-E	GR	Gysin Greta	-	G	TI	Page	+	V	FR	Umbricht Pieren	+	V	BE
Cattaneo	+	RL	TI	Haab	+	V	ZH	Pasquier	-	G	GE	Vincenz	+	RL	SG
Christ	-	GL	BS	Heer	+	V	ZH	Pfister Gerhard	+	M-E	ZG	Vogt	+	V	ZH
Clivaz Christophe	-	G	VS	Heimgartner	+	V	AG	Piller Carrard	+	S	FR	von Falkenstein	+	RL	BS
Cottier	+	RL	NE	Herzog Verena	+	V	TG	Pointet	+	GL	VD	von Siebenthal	+	V	BE
Crottaz	=	S	VD	Hess Erich	+	V	BE	Porchet	-	G	VD	Walder	-	G	GE
Dandrès	-	S	GE	Hess Lorenz	+	M-E	BE	Portmann	+	RL	ZH	Walliser	+	V	ZH
de Courten	+	V	BL	Huber	+	V	AG	Prelicz-Huber	-	G	ZH	Walti Beat	+	RL	ZH
de la Reussille	0	G	NE	Humbel	+	M-E	AG	Prezioso	-	G	GE	Wasserfallen Christian	+	RL	BE
de Montmolin	+	RL	GE	Hurni	=	S	NE	Pult	-	S	GR	Wasserfallen Flavia	=	S	BE
de Quattro	+	RL	VD	Hurter Thomas	+	V	SH	Python	-	G	VD	Weber Céline	E	GL	VD
Detting	+	V	SZ	Imark	+	V	SO	Quadri	+	V	TI	Wehrli	+	RL	VD
Dobler	+	RL	SG	Jauslin	+	RL	AG	Rechsteiner Thomas	0	M-E	AI	Weichelt	-	G	ZG
Egger Kurt	-	G	TG	Kälin	P	G	AG	Regazzi	+	M-E	TI	Wermuth	=	S	AG
Egger Mike	+	V	SG	Kamerzin	+	M-E	VS	Reimann Lukas	+	V	SG	Wettstein	-	G	SO
Estermann	+	V	LU	Keller Peter	+	V	NW	Riniker	+	RL	AG	Widmer Céline	-	S	ZH
Farinelli	+	RL	TI	Klopfenstein Broggini	-	G	GE	Ritter	+	M-E	SG	Wismer Priska	+	M-E	LU
Fehlmann Rielle	-	S	GE	Köppel	+	V	ZH	Roduit	+	M-E	VS	Wobmann	+	V	SO
Feller	+	RL	VD	Kutter	+	M-E	ZH	Romano	+	M-E	TI	Wyss	-	S	BS
Feri Yvonne	-	S	AG	Landolt	0	M-E	GL	Rösti	+	V	BE	Zuberbühler	+	V	AR

	Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-E	G	Tot.
+ Ja / oui / si		3	1	54	27	26		111
- Nein / non / no		20	12			1	27	60
= Enth. / abst. / ast.		14	1		2	1	1	19
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4		1	1	1		1		4
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		1	1			2	1	5
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes							1	1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Antrag Mehrheit (Empfehlung, die Initiative abzulehnen)

Bedeutung Nein / Signification du non: Antrag Minderheit Rytz Regula (Empfehlung, die Initiative anzunehmen)



STÄNDERAT

Abstimmungsprotokoll

CONSEIL DES ETATS

Procès-verbal de vote

Geschäft / Objet:

21.044-2 Keine Massentierhaltung in der Schweiz (Massentierhaltungsinitiative). Volksinitiative und direkter Gegenentwurf

Bundesbeschluss über den Schutz und das Wohlergehen der Tiere (direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Keine Massentierhaltung in der Schweiz [Massentierhaltungsinitiative]»)

Non à l'élevage intensif en Suisse (initiative sur l'élevage intensif). Initiative populaire et contre-projet direct

Arrêté fédéral concernant la protection et le bien-être des animaux (contre-projet direct à l'initiative populaire «Non à l'élevage intensif en Suisse [initiative sur l'élevage intensif]»)

No all'allevamento intensivo in Svizzera (Iniziativa sull'allevamento intensivo). Iniziativa popolare e controprogetto diretto

Decreto federale concernente la protezione e il benessere degli animali (Controprogetto diretto all'iniziativa popolare «No all'allevamento intensivo in Svizzera [Iniziativa sull'allevamento intensivo]»)

Gegenstand / Objet du vote: Abstimmung über Eintreten

Abstimmung vom / Vote du: 02.03.2022 10:21:10

Bauer	Philippe	+	NE
Baume-Schneider	Elisabeth	-	JU
Bischof	Pirmin	+	SO
Burkart	Thierry	+	AG
Carobbio Guscetti	Marina	-	TI
Caroni	Andrea	+	AR
Chassot	Isabelle	+	FR
Chiesa	Marco	+	TI
Dittli	Josef	+	UR
Engler	Stefan	+	GR
Ettlin	Erich	+	OW
Fässler	Daniel	+	AI
Français	Olivier	-	VD
Gapany	Johanna	+	FR
Germann	Hannes	+	SH
Gmür-Schönenberger	Andrea	+	LU
Graf	Maya	-	BL
Häberli-Koller	Brigitte	+	TG
Hefti	Thomas	P	GL
Hegglin	Peter	+	ZG
Herzog	Eva	-	BS
Jositsch	Daniel	-	ZH
Juillard	Charles	+	JU

Knecht	Hansjörg	+	AG
Kuprecht	Alex	+	SZ
Maret	Marianne	+	VS
Mazzone	Lisa	E	GE
Michel	Matthias	+	ZG
Minder	Thomas	+	SH
Müller	Damian	+	LU
Noser	Ruedi	+	ZH
Rechsteiner	Paul	-	SG
Reichmuth	Othmar	+	SZ
Rieder	Beat	+	VS
Salzmann	Werner	+	BE
Schmid	Martin	+	GR
Sommaruga	Carlo	-	GE
Stark	Jakob	+	TG
Stöckli	Hans	-	BE
Thorens Goumaz	Adèle	-	VD
Vara	Céline	-	NE
Wicki	Hans	+	NW
Würth	Benedikt	+	SG
Zanetti	Roberto	-	SO
Z'graggen	Heidi	-	UR
Zopfi	Mathias	-	GL

Legende	Tot.
+ Ja / oui / si	30
- Nein / non / no	14
= Enth. / abst. / ast.	0
E Entschuldigt gem. Art. 44a Abs. 6 GRS / excusé sel. art. 44a al. 6 RCE / scusato se. art. 44a cpv. 6 RCS	1
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	0
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part au vote / La/il presidente non partecipa al voto	1

Bedeutung Ja / Signification du oui:

Antrag der Mehrheit (Nichteintreten = NR)



Bedeutung Nein / Signification du non:

Antrag der Minderheit II (Eintreten)



STÄNDERAT

Abstimmungsprotokoll

CONSEIL DES ETATS

Procès-verbal de vote

Geschäft / Objet:

21.044-1 Keine Massentierhaltung in der Schweiz (Massentierhaltungsinitiative). Volksinitiative und direkter Gegenentwurf

Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Keine Massentierhaltung in der Schweiz (Massentierhaltungsinitiative)»

Non à l'élevage intensif en Suisse (initiative sur l'élevage intensif). Initiative populaire et contre-projet direct
Arrêté fédéral relatif à l'initiative populaire «Non à l'élevage intensif en Suisse (initiative sur l'élevage intensif)»

No all'allevamento intensivo in Svizzera (Iniziativa sull'allevamento intensivo). Iniziativa popolare e controprogetto diretto

Decreto federale concernente l'iniziativa popolare «No all'allevamento intensivo in Svizzera [Iniziativa sull'allevamento intensivo]»

Gegenstand / Objet du vote: Art. 2

Abstimmung vom / Vote du: 02.03.2022 10:22:59

Bauer	Philippe	+	NE
Baume-Schneider	Elisabeth	+	JU
Bischof	Pirmin	+	SO
Burkart	Thierry	+	AG
Carobbio Guscetti	Marina	-	TI
Caroni	Andrea	+	AR
Chassot	Isabelle	+	FR
Chiesa	Marco	+	TI
Dittli	Josef	+	UR
Engler	Stefan	+	GR
Ettlin	Erich	+	OW
Fässler	Daniel	+	AI
Français	Olivier	+	VD
Gapany	Johanna	+	FR
Germann	Hannes	+	SH
Gmür-Schönenberger	Andrea	+	LU
Graf	Maya	-	BL
Häberli-Koller	Brigitte	+	TG
Hefti	Thomas	P	GL
Hegglin	Peter	+	ZG
Herzog	Eva	-	BS
Jositsch	Daniel	-	ZH
Juillard	Charles	+	JU

Knecht	Hansjörg	+	AG
Kuprecht	Alex	+	SZ
Maret	Marianne	+	VS
Mazzone	Lisa	E	GE
Michel	Matthias	+	ZG
Minder	Thomas	+	SH
Müller	Damian	+	LU
Noser	Ruedi	+	ZH
Rechsteiner	Paul	=	SG
Reichmuth	Othmar	+	SZ
Rieder	Beat	+	VS
Salzmann	Werner	+	BE
Schmid	Martin	+	GR
Sommaruga	Carlo	-	GE
Stark	Jakob	+	TG
Stöckli	Hans	=	BE
Thorens Goumaz	Adèle	-	VD
Vara	Céline	-	NE
Wicki	Hans	+	NW
Würth	Benedikt	+	SG
Zanetti	Roberto	-	SO
Z'graggen	Heidi	=	UR
Zopfi	Mathias	=	GL

Legende	Tot.
+ Ja / oui / si	32
- Nein / non / no	8
= Enth. / abst. / ast.	4
E Entschuldigt gem. Art. 44a Abs. 6 GRS / excusé sel. art. 44a al. 6 RCE / scusato se. art. 44a cpv. 6 RCS	1
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	0
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part au vote / La/il presidente non partecipa al voto	1

Bedeutung Ja / Signification du oui:

Antrag der Mehrheit (gem. NR)



Bedeutung Nein / Signification du non:

Antrag der Minderheit I Thorens Goumaz

Geschäft / Objet:
 21.044 Keine Massentierhaltung in der Schweiz (Massentierhaltungsinitiative). Volksinitiative und direkter Gegenentwurf
 Non à l'élevage intensif en Suisse (initiative sur l'élevage intensif). Initiative populaire et contre-projet direct
Gegenstand / Objet du vote:

Schlussabstimmung

Abstimmung vom / Vote du: 18.03.2022 08:50:50

Addor	+	V	VS	Fischer Benjamin	+	V	ZH	Locher Benguerel	-	S	GR	Rösti	+	V	BE
Aebi Andreas	+	V	BE	Fischer Roland	-	GL	LU	Lohr	+	M-E	TG	Roth Franziska	-	S	SO
Aebischer Matthias	-	S	BE	Fivaz Fabien	-	G	NE	Lüscher	+	RL	GE	Roth Pasquier	+	M-E	FR
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Flach	-	GL	AG	Mäder	-	GL	ZH	Rüegger	+	V	OW
Amadruz	+	V	GE	Fluri	+	RL	SO	Mahaim	-	G	VD	Rutz Gregor	+	V	ZH
Amoos	-	S	VS	Fridez	-	S	JU	Maillard	-	S	VD	Ryser	-	G	SG
Andrey	-	G	FR	Friedl Claudia	-	S	SG	Maitre	+	M-E	GE	Rytz Regula	-	G	BE
Arslan	-	G	BS	Friedli Esther	+	V	SG	Marchesi	+	V	TI	Sauter	+	RL	ZH
Atici	-	S	BS	Funciello	-	S	BE	Markwalder	0	RL	BE	Schaffner	-	GL	ZH
Badertscher	=	G	BE	Gafner	+	V	BE	Marra	-	S	VD	Schilliger	+	RL	LU
Badran Jacqueline	E	S	ZH	Geissbühler	+	V	BE	Marti Min Li	-	S	ZH	Schläpfer	+	V	ZH
Barrile	-	S	ZH	Giacometti	=	RL	GR	Marti Samira	-	S	BL	Schlatter	-	G	ZH
Baumann	-	G	BE	Giezendanner	+	V	AG	Marullo	+	V	GR	Schneeberger	+	RL	BL
Bäumle	-	GL	ZH	Girod	-	G	ZH	Masshardt	-	S	BE	Schneider Meret	-	G	ZH
Bellaiche	-	GL	ZH	Glanzmann	+	M-E	LU	Matter Michel	-	GL	GE	Schneider Schüttel	-	S	FR
Bendahan	-	S	VD	Glärner	+	V	AG	Matter Thomas	+	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	M-E	BL
Bertschy	-	GL	BE	Glättli	-	G	ZH	Mettler	-	GL	BE	Schwander	+	V	SZ
Binder	+	M-E	AG	Gmür Alois	+	M-E	SZ	Meyer Mattea	-	S	ZH	Seiler Graf	-	S	ZH
Bircher	+	V	AG	Gössi	+	RL	SZ	Michaud Gigon	-	G	VD	Siegenthaler	+	M-E	BE
Birrer-Heimo	E	S	LU	Graber	+	V	VS	Molina	-	S	ZH	Silberschmidt	+	RL	ZH
Borloz	+	RL	VD	Graf-Litscher	-	S	TG	Moret Isabelle	+	RL	VD	Sollberger	+	V	BL
Bourgeois	+	RL	FR	Gredig	-	GL	ZH	Moser	-	GL	ZH	Stadler	+	M-E	UR
Bregy	+	M-E	VS	Grin	+	V	VD	Müller Leo	+	M-E	LU	Steinemann	+	V	ZH
Brenzikofer	-	G	BL	Grossen Jürg	-	GL	BE	Müller-Altarmatt	+	M-E	SO	Storni	-	S	TI
Brunner	=	GL	SG	Grüter	+	V	LU	Munz	-	S	SH	Streff	-	M-E	BE
Büchel Roland	+	V	SG	Gschwind	+	M-E	JU	Nantermod	+	RL	VS	Strupler	+	V	TG
Bufat	+	V	VD	Gugger	=	M-E	ZH	Nicolet	+	V	VD	Studer	+	M-E	AG
Bulliard	+	M-E	FR	Guggisberg	+	V	BE	Nidegger	+	V	GE	Suter	-	S	AG
Burgherr	+	V	AG	Guťjahr	E	V	TG	Nordmann	-	S	VD	Töngi	-	G	LU
Candinas	+	M-E	GR	Gysi Barbara	-	S	SG	Nussbaumer	-	S	BL	Trede	-	G	BE
Cattaneo	+	RL	TI	Gysin Greta	-	G	TI	Paganini	+	M-E	SG	Tuena	+	V	ZH
Christ	-	GL	BS	Haab	+	V	ZH	Page	+	V	FR	Umbricht Pieren	+	V	BE
Clivaz Christophe	-	G	VS	Heer	+	V	ZH	Pasquier	-	G	GE	Vincenz	+	RL	SG
Cottier	+	RL	NE	Heimgartner	+	V	AG	Pfister Gerhard	+	M-E	ZG	von Falkenstein	+	RL	BS
Crottaz	-	S	VD	Herzog Verena	+	V	TG	Piller Carrard	=	S	FR	von Siebenthal	+	V	BE
Dandrès	-	S	GE	Hess Erich	+	V	BE	Pointet	=	GL	VD	Walder	-	G	GE
de Courten	+	V	BL	Hess Lorenz	+	M-E	BE	Porchet	-	G	VD	Walliser	+	V	ZH
de la Reussille	-	G	NE	Huber	+	V	AG	Portmann	+	RL	ZH	Walti Beat	+	RL	ZH
de Montmollin	+	RL	GE	Humbel	+	M-E	AG	Prelicz-Huber	-	G	ZH	Wasserfallen Christian	+	RL	BE
de Quattro	+	RL	VD	Hurni	-	S	NE	Prezioso	-	G	GE	Wasserfallen Flavia	-	S	BE
Dettling	+	V	SZ	Hurter Thomas	E	V	SH	Pult	-	S	GR	Weber	=	GL	VD
Dobler	+	RL	SG	Imark	+	V	SO	Python	-	G	VD	Wehrli	+	RL	VD
Egger Kurt	-	G	TG	Jauslin	+	RL	AG	Quadri	+	V	TI	Weichelt	-	G	ZG
Egger Mike	+	V	SG	Kälin	P	G	AG	Rechsteiner Thomas	+	M-E	AI	Wermuth	-	S	AG
Estermann	E	V	LU	Kamerzin	+	M-E	VS	Regazzi	+	M-E	TI	Wettstein	-	G	SO
Farnelli	+	RL	TI	Keller Peter	+	V	NW	Reimann Lukas	0	V	SG	Widmer Céline	-	S	ZH
Fehlmann Rielle	-	S	GE	Klopfenstein Broggini	-	G	GE	Riniker	+	RL	AG	Wismer Priska	+	M-E	LU
Feller	+	RL	VD	Köppel	+	V	ZH	Ritter	+	M-E	SG	Wobmann	+	V	SO
Feri Yvonne	-	S	AG	Kutter	+	M-E	ZH	Roduit	+	M-E	VS	Wyss	-	S	BS
Fiala	E	RL	ZH	Landolt	+	M-E	GL	Romano	+	M-E	TI	Zuberbühler	+	V	AR

	Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-E	G	Tot.
+ Ja / oui / si				51	26	29		106
- Nein / non / no		35	13			1	28	77
= Enth. / abst. / ast.		2	3		1	1	1	8
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4		2		3	1			6
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto				1	1			2
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes							1	1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Annahme der Vorlage (=Empfehlung auf Ablehnung der Volksinitiative)

Bedeutung Nein / Signification du non: Ablehnung der Vorlage



STÄNDERAT

Abstimmungsprotokoll

CONSEIL DES ETATS

Procès-verbal de vote

Geschäft / Objet:

21.044-1 Keine Massentierhaltung in der Schweiz (Massentierhaltungsinitiative). Volksinitiative und direkter Gegenentwurf

Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Keine Massentierhaltung in der Schweiz (Massentierhaltungsinitiative)»

Non à l'élevage intensif en Suisse (initiative sur l'élevage intensif). Initiative populaire et contre-projet direct
Arrêté fédéral relatif à l'initiative populaire «Non à l'élevage intensif en Suisse (initiative sur l'élevage intensif)»

No all'allevamento intensivo in Svizzera (Iniziativa sull'allevamento intensivo). Iniziativa popolare e controprogetto diretto

Decreto federale concernente l'iniziativa popolare «No all'allevamento intensivo in Svizzera [Iniziativa sull'allevamento intensivo]»

Gegenstand / Objet du vote: Schlussabstimmung

Abstimmung vom / Vote du: 18.03.2022 08:28:36

Bauer	Philippe	+	NE
Baume-Schneider	Elisabeth	+	JU
Bischof	Pirmin	+	SO
Burkart	Thierry	+	AG
Carobbio Guscetti	Marina	-	TI
Caroni	Andrea	+	AR
Chassot	Isabelle	+	FR
Chiesa	Marco	+	TI
Dittli	Josef	+	UR
Engler	Stefan	+	GR
Ettlin	Erich	+	OW
Fässler	Daniel	+	AI
Français	Olivier	+	VD
Gapany	Johanna	+	FR
Germann	Hannes	+	SH
Gmür-Schönenberger	Andrea	+	LU
Graf	Maya	-	BL
Häberli-Koller	Brigitte	+	TG
Hefti	Thomas	P	GL
Hegglin	Peter	+	ZG
Herzog	Eva	E	BS
Jositsch	Daniel	E	ZH
Juillard	Charles	+	JU

Knecht	Hansjörg	+	AG
Kuprecht	Alex	+	SZ
Maret	Marianne	+	VS
Mazzone	Lisa	-	GE
Michel	Matthias	+	ZG
Minder	Thomas	+	SH
Müller	Damian	+	LU
Noser	Ruedi	E	ZH
Rechsteiner	Paul	E	SG
Reichmuth	Othmar	+	SZ
Rieder	Beat	+	VS
Salzmann	Werner	+	BE
Schmid	Martin	+	GR
Sommaruga	Carlo	-	GE
Stark	Jakob	+	TG
Stöckli	Hans	-	BE
Thorens Goumaz	Adèle	-	VD
Vara	Céline	-	NE
Wicki	Hans	+	NW
Würth	Benedikt	+	SG
Zanetti	Roberto	-	SO
Z'graggen	Heidi	+	UR
Zopfi	Mathias	=	GL

Legende	Tot.
+ Ja / oui / si	32
- Nein / non / no	8
= Enth. / abst. / ast.	1
E Entschuldigt gem. Art. 44a Abs. 6 GRS / excusé sel. art. 44a al. 6 RCE / scusato se. art. 44a cpv. 6 RCS	4
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	0
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part au vote / La/il presidente non partecipa al voto	1

Bedeutung Ja / Signification du oui:

Annahme des Bundesbeschlusses



Bedeutung Nein / Signification du non: Ablehnung



Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Keine Massentierhaltung in der Schweiz (Massentierhaltungsinitiative)»

vom 18. März 2022

Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
 gestützt auf Artikel 139 Absatz 5 der Bundesverfassung¹,
 nach Prüfung der am 17. September 2019² eingereichten Volksinitiative
 «Keine Massentierhaltung in der Schweiz (Massentierhaltungsinitiative)»,
 nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom 19. Mai 2021³,
beschliesst:

Art. 1

¹ Die Volksinitiative vom 17. September 2019 «Keine Massentierhaltung in der Schweiz (Massentierhaltungsinitiative)» ist gültig und wird Volk und Ständen zur Abstimmung unterbreitet.

² Sie lautet:

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 80a Landwirtschaftliche Tierhaltung

¹ Der Bund schützt die Würde des Tieres in der landwirtschaftlichen Tierhaltung. Die Tierwürde umfasst den Anspruch, nicht in Massentierhaltung zu leben.

² Massentierhaltung bezeichnet die industrielle Tierhaltung zur möglichst effizienten Gewinnung tierischer Erzeugnisse, bei der das Tierwohl systematisch verletzt wird.

³ Der Bund legt Kriterien insbesondere für eine tierfreundliche Unterbringung und Pflege, den Zugang ins Freie, die Schlachtung und die maximale Gruppengrösse je Stall fest.

¹ SR 101

² BBl 2019 6953

³ BBl 2021 1244

⁴ Er erlässt Vorschriften über die Einfuhr von Tieren und tierischen Erzeugnissen zu Ernährungszwecken, die diesem Artikel Rechnung tragen.

Art. 197 Ziff. 13⁴

13. Übergangsbestimmungen zu Art. 80a (Landwirtschaftliche Tierhaltung)

¹ Die Ausführungsbestimmungen zur landwirtschaftlichen Tierhaltung gemäss Artikel 80a können Übergangsfristen von maximal 25 Jahren vorsehen.

² Die Ausführungsgesetzgebung muss bezüglich Würde des Tiers Anforderungen festlegen, die mindestens den Anforderungen der Bio-Suisse-Richtlinien 2018⁵ entsprechen.

³ Ist die Ausführungsgesetzgebung zu Artikel 80a nach dessen Annahme nicht innert drei Jahren in Kraft getreten, so erlässt der Bundesrat die Ausführungsbestimmungen vorübergehend auf dem Verordnungsweg.

Art. 2

Die Bundesversammlung empfiehlt Volk und Ständen, die Initiative abzulehnen.

Nationalrat, 18. März 2022

Die Präsidentin: Irène Kälin
Der Sekretär: Pierre-Hervé Freléchoz

Ständerat, 18. März 2022

Der Präsident: Thomas Hefti
Die Sekretärin: Martina Buol

⁴ Die endgültige Ziffer dieser Übergangsbestimmungen wird nach der Volksabstimmung von der Bundeskanzlei festgelegt.

⁵ Richtlinien der Bio Suisse für die Erzeugung, Verarbeitung und den Handel von Knospe-Produkten, Fassung vom 1. Januar 2018, abrufbar unter www.bio-suisse.ch.



Arrêté fédéral relatif à l'initiative populaire «Non à l'élevage intensif en Suisse (initiative sur l'élevage intensif)»

du 18 mars 2022

L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse,

vu l'art. 139, al. 5, de la Constitution¹,
vu l'initiative populaire «Non à l'élevage intensif en Suisse
(initiative sur l'élevage intensif)» déposée le 17 septembre 2019²,
vu le message du Conseil fédéral du 19 mai 2021³,

arrête:

Art. 1

¹ L'initiative populaire du 17 septembre 2019 «Non à l'élevage intensif en Suisse (initiative sur l'élevage intensif)» est valable et sera soumise au vote du peuple et des cantons.

² Elle a la teneur suivante:

La Constitution est modifiée comme suit:

Art. 80a Garde d'animaux à des fins agricoles

¹ La Confédération protège la dignité de l'animal dans le domaine de la garde d'animaux à des fins agricoles. La dignité de l'animal comprend le droit de ne pas faire l'objet d'un élevage intensif.

² L'élevage intensif désigne l'élevage industriel visant à rendre la production de produits d'origine animale la plus efficace possible et portant systématiquement atteinte au bien-être des animaux.

³ La Confédération fixe les critères relatifs notamment à un hébergement et à des soins respectueux des animaux, à l'accès à l'extérieur, à l'abattage et à la taille maximale des groupes par étable.

¹ RS 101

² FF 2019 6577

³ FF 2021 1244

⁴ Elle édicte des dispositions sur l'importation d'animaux et de produits d'origine animale à des fins alimentaires qui tiennent compte du présent article.

Art. 197, ch. 13⁴

13. Disposition transitoire ad art. 80a (Garde d'animaux à des fins agricoles)

¹ Les dispositions d'exécution relatives à la garde d'animaux à des fins agricoles visée à l'art. 80a peuvent prévoir des délais transitoires de 25 ans au plus.

² La législation d'exécution doit fixer des exigences relatives à la dignité de l'animal qui correspondent au moins à celles du Cahier des charges 2018 de Bio Suisse⁵.

³ Si la législation d'exécution n'est pas entrée en vigueur dans les trois ans à compter de l'acceptation de l'art. 80a, le Conseil fédéral édicte provisoirement les dispositions d'exécution par voie d'ordonnance.

Art. 2

L'Assemblée fédérale recommande au peuple et aux cantons de rejeter l'initiative.

Conseil national, 18 mars 2022

La présidente: Irène Kälin
Le secrétaire: Pierre-Hervé Freléchoz

Conseil des États, 18 mars 2022

Le président: Thomas Hefti
La secrétaire: Martina Buol

⁴ Le numéro définitif de la présente disposition transitoire sera fixé par la Chancellerie fédérale après le scrutin.

⁵ Cahier des charges de Bio Suisse pour la production, la transformation et le commerce des produits Bourgeon, version du 1^{er} janvier 2018, disponible sous www.bio-suisse.ch.



Decreto federale concernente l'iniziativa popolare «No all'allevamento intensivo in Svizzera (Iniziativa sull'allevamento intensivo)»

del 18 marzo 2022

L'Assemblea federale della Confederazione Svizzera,

visto l'articolo 139 capoverso 5 della Costituzione federale¹;
 esaminata l'iniziativa popolare «No all'allevamento intensivo in Svizzera
 (Iniziativa sull'allevamento intensivo)», depositata il 17 settembre 2019²;
 visto il messaggio del Consiglio federale del 19 maggio 2021³,

decreta:

Art. 1

¹ L'iniziativa popolare del 17 settembre 2019 «No all'allevamento intensivo in Svizzera (Iniziativa sull'allevamento intensivo)» è valida ed è sottoposta al voto del Popolo e dei Cantoni.

² L'iniziativa ha il tenore seguente:

La Costituzione federale è modificata come segue:

Art. 80a Detenzione di animali a scopo agricolo

¹ La Confederazione tutela la dignità dell'animale nell'ambito della detenzione a scopo agricolo. La dignità dell'animale include il diritto di non essere oggetto di allevamento intensivo.

² L'allevamento intensivo consiste nell'allevamento industriale finalizzato alla produzione più efficiente possibile di prodotti animali, nell'ambito del quale il benessere degli animali è leso sistematicamente.

¹ RS 101

² FF 2019 5745

³ FF 2021 1244

³ La Confederazione stabilisce criteri riguardanti in particolare il ricovero e la cura rispettosi dell'animale, l'accesso a spazi esterni, la macellazione e le dimensioni massime del gruppo per stalla.

⁴ La Confederazione emana prescrizioni sull'importazione di animali e di prodotti animali a fini alimentari che tengono conto del presente articolo.

Art. 197 n. 13⁴

13. Disposizione transitoria dell'art. 80a (Detenzione di animali a scopo agricolo)

¹ Le disposizioni d'esecuzione relative alla detenzione di animali a scopo agricolo secondo l'articolo 80a possono prevedere termini transitori di 25 anni al massimo.

² La legislazione d'esecuzione deve stabilire requisiti relativi alla dignità dell'animale che corrispondono almeno a quelli delle direttive Bio Suisse 2018⁵.

³ Se entro tre anni dall'accettazione dell'articolo 80a la legislazione d'esecuzione non è entrata in vigore, il Consiglio federale emana provvisoriamente le disposizioni d'esecuzione mediante ordinanza.

Art. 2

L'Assemblea federale raccomanda al Popolo e ai Cantoni di respingere l'iniziativa.

Consiglio nazionale, 18 marzo 2022

La presidente: Irène Kälin
Il segretario: Pierre-Hervé Freléchoz

Consiglio degli Stati, 18 marzo 2022

Il presidente: Thomas Hefti
La segretaria: Martina Buol

⁴ Il numero definitivo della presente disposizione transitoria sarà stabilito dalla Cancelleria federale dopo la votazione popolare.

⁵ Le direttive di Bio Suisse per la produzione, la trasformazione e il commercio di prodotti Gemma, versione del 1° gennaio 2018, sono consultabili al seguente indirizzo Internet: www.bio-suisse.ch.



Argumente | Arguments | Argomenti

Die nachfolgenden Argumente wurden von den Parlamentsdiensten zu Dokumentationszwecken zusammengestellt. Die Parlamentsdienste selber haben keinerlei Einfluss auf die Gestaltung und den Inhalt derselben.

Les données ci-après ont été rassemblées à des fins documentaires par les Services du Parlement. Ceux-ci n'ont aucune influence sur la forme ou la nature des arguments présentés.

I seguenti argomenti sono stati riuniti dai Servizi del Parlamento a scopo di documentazione. I Servizi del Parlamento medesimi non hanno alcun influsso sulla loro impostazione né sul loro contenuto.



25.
SEPT.

DIE INDUSTRIELLE TIERPRODUKTION

Seit der Jahrtausendwende ist der Bestand landwirtschaftlich gehaltener Tiere in der Schweiz um beinahe die Hälfte gestiegen. Über 80 Millionen Tiere wurden 2021 zur Fleischgewinnung gemästet und getötet. Gleichzeitig ist die Zahl der Landwirtschaftsbetriebe von rund 70'000 auf weniger als 55'000 zurückgegangen. Heute werden pro Betrieb erheblich mehr Tiere gehalten, was sich negativ auf das Tierwohl auswirkt.

ZU DEN GRÜNDEN



25.
SEPT.

1 DIE INITIATIVE VERANKERT DIE TIERWÜRDE IN DER LANDWIRTSCHAFT

In der Massentierhaltung werden die **Grundbedürfnisse der Tiere in praktisch allen Belangen missachtet**. Grosse Gruppen von Individuen werden auf engstem Raum zusammengepfercht und haben meist keinen Zugang ins Freie.

Trotz ihrer Leidensfähigkeit werden Tiere in der Massentierhaltung nicht als Lebewesen, sondern **als Produkte betrachtet** – entgegen den Werbebildern der Milch- und Fleischlobby.

Wie die heutigen Zustände zeigen, **reicht das geltende Tierschutzgesetz nicht aus**, um drastische Einschnitte in das Wohlbefinden und die Würde der Tiere zu verhindern. Es muss deshalb dringend geändert werden.

DIE INITIATIVE STÄRKT DIE GESUNDHEIT VON MENSCH UND TIER

Zunehmende **Antibiotikaresistenzen** gehören zu den grössten Herausforderungen unserer Zeit. Die industrielle Tierproduktion führt zu höheren Krankheitsrisiken, zu mehr Keimen und zu einem höheren Antibiotika- bzw. Medikamenteneinsatz.

Die Massentierhaltung fördert **Pandemierisiken**. Immer mehr setzen sich Systeme durch, in denen Tiere auf unterschiedlichen Höfen geboren, aufgezogen und gemästet werden. Jeder Wechsel ist mit Infektionsrisiken verbunden.

Indirekt trägt die industrielle Tierproduktion zu **Gesundheitsrisiken** bei, indem sie mit Billigfleisch den Konsum fördert. Der übermässige Konsum von Tierprodukten kann zu Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes und Übergewicht führen.

DIE INITIATIVE BETRIFFT HAUPTSÄCHLICH INDUSTRIELLE GROSSBETRIEBE

Gemäss Bundesrat wären nur rund 5 % der landwirtschaftlichen Betriebe von der Initiative betroffen. Dazu gehören vor allem die **grossen, fabrikähnlichen Mastbetriebe**, die bis zu 27'000 Hühner, 1'500 Schweine oder 300 Rinder in einem Stall halten.

Hauptprofiteure des heutigen Systems sind die **Futtermittelfabrikanten und -händler** sowie die **Grossverteiler** bzw. Micarna und Bell mit ihren Schlachthöfen und Fleischverarbeitungsindustrien.

Die **bodenunabhängige industrielle Tierproduktion** ist nicht auf Landwirtschaftsland angewiesen. Es stellt sich die Frage, wieso Masthallen auf Kulturland gebaut werden dürfen und nicht in die Industriezone gehören.

DIE INITIATIVE SICHERT EINE ZUKUNFTSFÄHIGE LANDWIRTSCHAFT

Tierprodukte sind für 85 % aller **Treibhausgasemissionen** in der Landwirtschaft verantwortlich. Die industrielle Tierproduktion führt zudem zu lokal erhöhten Ammoniak- und Lärm-Emissionen.

Aktuell importiert die Schweiz 1,4 Millionen Tonnen Futtermittel pro Jahr. Die **Futtermittelimporte** erlauben es, viel mehr Tiere zu halten, als in der Schweiz standortangepasst wären.

Die Schweiz kann ihrem Selbstverständnis **einer ressourcenschonenden, tierfreundlichen Landwirtschaft gerecht werden**, indem Tiere wieder vermehrt auf Grasland gehalten werden und der Import von Futtermitteln reduziert wird.



LA PRODUCTION ANIMALE INDUSTRIELLE

Depuis le début du millénaire, le nombre d'animaux d'élevage en Suisse a augmenté presque de moitié. Plus de 80 millions d'animaux ont été engraisés et tués pour la production de viande en 2021. Parallèlement à cela, le nombre d'exploitations agricoles a diminué, passant d'environ 70 000 à moins de 55 000. Ainsi, le nombre d'animaux élevés par exploitation a considérablement augmenté, ce qui a un impact négatif sur le bien-être animal.

NOS ARGUMENTS



25
SEPT.

L'INITIATIVE ANCRE LA DIGNITÉ DE L'ANIMAL DANS L'AGRICULTURE

Dans l'élevage intensif, **les besoins fondamentaux des animaux sont bafoués** à pratiquement tous les égards. De grands groupes d'animaux sont entassés dans un espace très étroit et n'ont généralement pas accès à l'extérieur.

Alors qu'ils ont la capacité de ressentir la souffrance, en élevage intensif, **les animaux ne sont pas considérés comme des êtres sensibles, mais comme des produits** – contrairement aux images publicitaires du lobby du lait et de la viande.

La situation actuelle montre que **la loi actuelle sur la protection des animaux n'est pas suffisante** pour garantir le bien-être et la dignité des animaux. Il faut agir de toute urgence.

L'INITIATIVE RENFORCE LA SANTÉ HUMAINE ET ANIMALE

L'augmentation de la **résistance aux antibiotiques** est l'un des plus grands défis de notre époque. La production animale industrielle entraîne des risques accrus de maladie, une augmentation du nombre de germes, et donc un recours accru aux antibiotiques et aux médicaments.

L'élevage intensif accroît les **risques de pandémie**. Des systèmes dans lesquels les animaux naissent, sont élevés et engraisés dans différentes exploitations s'imposent de plus en plus. Chaque transfert est associé à des risques d'infection.

En encourageant la consommation de viande bas de gamme, la production animale industrielle accroît indirectement les **risques pour la santé**. La consommation excessive de produits d'origine animale peut causer des maladies cardio-vasculaires, du diabète et de l'obésité.

L'INITIATIVE CONCERNE SURTOUT LES GROSSES ENTREPRISES INDUSTRIELLES

Selon le Conseil fédéral, environ 5% seulement des exploitations agricoles seraient concernées par l'initiative. Il s'agit surtout **des grosses exploitations d'engraissement, véritables usines**, qui élèvent jusqu'à 27 000 poulets, 1 500 cochons ou 300 bovins dans une halle.

Les principaux bénéficiaires du système actuel sont les **fabricants et négociants de fourrage** ainsi que la **grande distribution**, par le biais de Micarna et Bell avec leurs abattoirs et leurs industries de transformation de la viande.

La **production animale industrielle hors-sol** peut se passer des terres agricoles. En toute logique, les halles d'engraissement devraient être situées dans la zone industrielle et non sur des terres arables.

L'INITIATIVE GARANTIT UNE AGRICULTURE TOURNÉE VERS L'AVENIR

Les produits d'origine animale sont responsables de 85% des **émissions de gaz à effet de serre** du secteur agricole. De plus, la production animale industrielle entraîne une augmentation des émissions locales d'ammoniac et des nuisances sonores.

Actuellement, la Suisse importe 1,4 million de tonnes d'aliments pour animaux par an. Les **importations d'aliments pour animaux** permettent d'élever beaucoup plus d'animaux que ce qui serait adapté aux régions en Suisse.

La Suisse peut être à la hauteur de l'image qu'elle se fait d'**une agriculture respectueuse des ressources et des animaux**, en élevant à nouveau davantage d'animaux en prairies et en réduisant les importations d'aliments pour animaux.



LA PRODUZIONE ZOOTECNICA INDUSTRIALE

In Svizzera, dalla svolta del millennio il numero di animali detenuti a scopo industriale è aumentato circa della metà. Nel 2021 più di 80 milioni di animali sono stati ingrassati e uccisi. Nel contempo il numero di aziende agricole è diminuito da circa 70 000 a meno di 55 000. Oggi vengono detenuti molti più animali per azienda, con ricadute nefaste sul loro benessere.

VAI AI MOTIVI



25
SETT.

L'INIZIATIVA CONSOLIDA IL CONCETTO DI DIGNITÀ DELL'ANIMALE NELL'AGRICOLTURA

Negli allevamenti intensivi **quasi tutte le esigenze fondamentali degli animali vengono trascurate**. Gruppi di grandi dimensioni sono stipati in uno spazio esiguo e generalmente non hanno nessuna possibilità di uscire all'aperto.

Nell'allevamento intensivo gli animali non sono considerati come esseri viventi, bensì **come semplici prodotti**, a causa della loro capacità di sopportare il dolore, contrariamente a quanto fanno credere le immagini pubblicitarie delle lobby lattiere e della carne.

La situazione attuale indica che **la legislazione sulla protezione degli animali in vigore non basta** a impedire la negligenza del benessere e della dignità degli animali. Quindi bisogna assolutamente cambiare le cose.

L'INIZIATIVA RAFFORZA LA SALUTE DELLE PERSONE E DEGLI ANIMALI

Le crescenti **resistenze agli antibiotici** fanno parte delle grandi sfide dei nostri tempi. La zootecnia industriale porta a maggiori rischi di malattie, maggior presenza di germi e un uso smodato di antibiotici e medicine.

L'allevamento intensivo accresce i **rischi di pandemie**. Si stanno imponendo viepiù sistemi in cui gli animali nascono, crescono e sono ingrassati in fattorie diverse. Ogni trasferimento comporta un nuovo rischio di infezione.

Indirettamente la zootecnia industriale comporta **rischi sanitari**, favorendo la carne prodotta a buon mercato. Il consumo eccessivo di prodotti di provenienza animale causa malattie cardiovascolari, diabete e sovrappeso.

L'INIZIATIVA CONCERNE SOPRATTUTTO LE AZIENDE DI DIMENSIONI INDUSTRIALI

Secondo il Consiglio federale l'iniziativa concernerebbe solo il 5 % delle aziende agricole. Di queste fanno parte soprattutto i **grandi impianti d'ingrasso** che detengono fino a 27 000 polli, 1 500 suini o 300 manzi in una sola stalla.

I fabbricanti e commercianti di foraggi e i grandi distributori quali Micarna e Bell, con i loro macelli e le loro industrie di produzione carnea approfittano principalmente del sistema attuale.

La **produzione zootecnica industriale e indipendente dal suolo** non dipende dal suolo agricolo. C'è da chiedersi perché gli impianti d'ingrasso possano essere costruiti sulle terre coltivate e non nelle zone industriali.

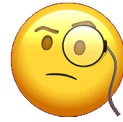
L'INIZIATIVA È GARANTE DI UN'AGRICOLTURA SOSTENIBILE

I prodotti di provenienza animale sono responsabili dell'85 % delle **emissioni di gas a effetto serra** dovuti all'agricoltura. La produzione zootecnica industriale aumenta inoltre localmente le emissioni di ammoniacale e l'inquinamento fonico.

Al momento la Svizzera importa annualmente 1,4 milioni di tonnellate di foraggio. Tali **importazioni di foraggio** consentono di detenere molti più animali di quanti possono essere detenuti in modo conforme all'ubicazione.

La Svizzera può soddisfare la propria intenzione di praticare un'**agricoltura consapevole dell'uso delle risorse e rispettosa degli animali** detenendo maggiormente gli animali al pascolo e riducendo l'importazione di foraggio.

NEIN zur unnötigen
Tierhaltungsinitiative.



Argumente gegen die Massentier- haltungsinitiative



Alles schon da!

Der von der Initiative geforderte Standard existiert mit dem Bio-Angebot und anderen Tierwohllabels bereits. Wer tierische Produkte in diesem Sinn sucht, findet diese heute schon im Laden. Die Initiative würde den Verlust von Wahlfreiheit bedeuten.



Tierwohl in der Schweiz grossgeschrieben

Gemäss den Initianten bedeutet Massentierhaltung «Grossbetriebe, bei denen das Tierwohl systematisch verletzt wird». Die Tierhaltung in der Schweiz ist klein strukturiert, basiert auf dem strengsten Tierschutzgesetz der Welt und wird umfassend kontrolliert. Es gibt bei uns keine systematische Verletzung des Tierwohls. Im Gegenteil: Die allermeisten Bauernfamilien kümmern sich Tag für Tag nach bestem Wissen und Gewissen und um ihre Tiere.



Absurd

Es ist absolut nicht stufengerecht, ja geradezu absurd, die Anforderungen eines privatwirtschaftlichen Labels in die Bundesverfassung zu schreiben.



Angebot grösser als Nachfrage

Das Angebot ist heute in vielen Bereichen höher als die Nachfrage. So lassen sich beispielsweise nur 30 Prozent aller Mastschweine über ein Tierwohllabel mit Mehrwert verkaufen, obwohl über 60 Prozent aller Mastschweine in einem besonders tierfreundlichen Stall leben und auch nach Draussen können.



Weniger regionale Produktion, mehr Importe

Wir sind zur Versorgung der Bevölkerung auf umfangreiche Importe angewiesen. Diese würden sich bei einer Annahme der Initiative speziell beim Geflügelfleisch, Eiern und Schweinefleisch stark erhöhen.

Höhere Konsumentenpreise



Der geforderte Bio-Standard in der Tierhaltung ist mit hohen Mehrkosten in der Produktion verbunden. Tierische Lebensmittel würden sich je nach Produkt um 20 bis 40 Prozent verteuern und das Portemonnaie der Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten mit rund 1800 Franken im Jahr zusätzlich belasten. Weil sich das nicht alle leisten können oder wollen, würde der Einkaufstourismus angekurbelt.

Kein Mehrwert fürs Tierwohl im Ausland



Die Initiative sieht vor, dass für Importe von tierischen Produkten ebenfalls strengere Regeln gelten sollen. Das wäre eine klare Verletzung unserer Verpflichtungen gegenüber der WTO. Es ist anzunehmen, dass sich bei den Importen schlussendlich keine gleichwertigen Tierschutzvorgaben durchsetzen lassen. Die Initiative würde dann zu steigenden Importen von tierischen Produkten aus Staaten mit einem tiefen Tierwohlniveau führen.

Konflikt mit Raumplanung



Weil die Anzahl Tiere pro Stall begrenzt wird und der verlangte Platz pro Tier viel grösser ist, müssten die betroffenen Tierbetriebe ihre Ställe vergrössern, mehrere kleinere Ställe bauen oder den Tierbestand reduzieren. Ställe vergrössern oder neu bauen, ist aufgrund der raumplanerischen Vorgaben kaum mehr möglich.

NON à l'initiative inutile
sur l'élevage



Nos arguments contre l'initiative sur l'élevage intensif



Rien de nouveau

L'initiative demande des normes qui existent déjà à travers l'offre en produits bio et d'autres labels allant plus loin que les normes légales en matière de bien-être animal. Quiconque cherche des produits d'origine animale répondant à ces normes peut déjà les trouver en magasin aujourd'hui. L'acceptation de l'initiative marquerait la fin de la liberté de choix.



Le bien-être animal : une priorité absolue en Suisse

Selon les initiants, l'élevage intensif désigne « l'élevage industriel portant systématiquement atteinte au bien-être des animaux ». L'élevage en Suisse se pratique avec des effectifs limités; il repose sur la législation la plus stricte au monde en matière de protection des animaux et fait l'objet de contrôles approfondis. Le non respect de ces règles est très rare : la très grande majorité des familles paysannes donne tout ce qu'elle peut pour le bien-être de ses bêtes.



Une absurdité sans nom

L'inscription des exigences d'un label du secteur privé dans la Constitution fédérale est inadéquat.



Offre supérieure à la demande

Aujourd'hui, l'offre est supérieure à la demande dans de nombreux domaines. Par exemple, seuls 30 % des porcs d'engraissement présentant un label de bien-être animal et donc une plus-value trouvent preneur, alors que plus de 60 % de tous les porcs d'engraissement bénéficient d'un système de stabulation particulièrement respectueux des animaux et de sorties en plein air.



Moins de production régionale et plus d'importations

À l'heure actuelle, la Suisse dépend déjà énormément de l'étranger pour nourrir sa population. En cas d'acceptation de l'initiative, les importations exploseraient, en particulier pour la viande de volaille, les œufs et la viande de porc.



Augmentation des prix à la consommation

Le respect de normes bio dans l'élevage est synonyme de coûts de production supérieurs. Si on généralise cette pratique, les aliments d'origine animale se renchériraient de 20 à 40 % selon les produits, soit une charge supplémentaire d'environ 1800 francs par an pour le portemonnaie des

consommateurs. Comme tout le monde ne peut ou ne veut pas dépenser autant, le tourisme d'achat gagnerait de nombreux adeptes.



Aucune valeur ajoutée pour le bien-être animal à l'étranger

Certes, l'initiative prévoit d'appliquer aussi des dispositions plus strictes aux importations de produits d'origine animale. Cependant, une telle pratique constituerait une violation en bonne et due forme de nos engagements envers l'OMC : l'imposition de normes équivalentes en matière de bien-être animal pour les importations ne sera pas possible au final. L'initiative se solderait alors par une augmentation des importations de produits en provenance de pays avec un faible niveau de bien-être animal.

Conflit avec l'aménagement du territoire



Comme le nombre d'animaux par élevage serait limité et que l'espace requis par bête serait beaucoup plus important, les exploitations d'élevage concernées devraient agrandir leurs infrastructures, en construire plusieurs de plus petite taille ou réduire les effectifs. En raison des contraintes liées à l'aménagement du territoire, l'agrandissement des bâtiments existants ou la construction de nouveaux ne seraient pas possibles ou difficiles.

NO all'inutile iniziativa
sull'allevamento intensivo



Argomenti contrari l'iniziativa sull'allevamento intensivo



Esiste già tutto

Gli standard richiesti dall'iniziativa esistono già nell'offerta Bio e in altri prodotti con marchi di benessere animale. Chi cerca prodotti di origine animale di questo tipo, li può già trovare oggi nei negozi. L'iniziativa comporterebbe una perdita della libertà di scelta.



In Svizzera il benessere animale è garantito

Secondo gli iniziativaisti, l'allevamento intensivo significa «grandi allevamenti in cui il benessere degli animali è lesa sistematicamente». L'allevamento animale in Svizzera è composto da piccole strutture ed è fondato sulla Legge sulla protezione degli animali più severa del mondo, con controlli rigorosi. Da noi **non** esiste in nessun caso una lesione sistematica del benessere animale. Al contrario: la stragrande maggioranza delle famiglie contadine si prendono cura dei loro animali giorno dopo giorno con grandi conoscenze, impegno e volontà.

Assurdo



Inserire nella Costituzione federale i requisiti di un marchio privato non è per niente appropriato. Anzi, è addirittura assurdo.

L'offerta è maggiore della domanda



Oggi in molti settori l'offerta è maggiore della domanda. Per esempio, solo il 30% di tutti i maiali da ingrasso riesce a essere venduto con un valore aggiunto per i maggiori requisiti di benessere animale, nonostante più del 60% di tutti i maiali da ingrasso nel nostro Paese vivono in stalle particolarmente rispettose del benessere animale e possono uscire all'aperto.

Meno prodotti regionali e più importazioni



Per l'approvvigionamento della popolazione, la Svizzera dipende da molte importazioni, che aumenterebbero considerevolmente se l'iniziativa venisse accettata, soprattutto per la carne di pollo, le uova e la carne di maiale.

Prezzi più alti per i consumatori



Gli standard Bio richiesti per l'allevamento animale comportano maggiori costi di produzione. Gli alimenti di origine animale costerebbero, a seconda del prodotto, tra il 20% e il 40% in più, e il portafoglio delle consumatrici e dei consumatori svizzeri avrebbe maggiori spese per circa 1'800 franchi all'anno. Siccome non tutti avrebbero la possibilità o sarebbero disposti a pagare di più, verrebbe incentivato il turismo degli acquisti.



Nessun valore aggiunto per il benessere animale all'estero

L'iniziativa prevede che siano applicate regole più severe anche per le importazioni di prodotti di origine animale. Ciò sarebbe una chiara violazione degli impegni della Svizzera nell'ambito degli accordi dell'OMC. È da presumere che per le importazioni non saranno applicati requisiti equivalenti in materia di protezione degli animali. L'iniziativa provocherebbe quindi un aumento delle importazioni di prodotti di origine animale da paesi con un basso standard di benessere animale.

Conflitti con la pianificazione del territorio



Siccome il numero di animali per stalla sarebbe ulteriormente limitato e lo spazio richiesto per ogni animale sarebbe molto più grande, le aziende di allevamento colpite dovrebbero ingrandire le loro stalle, costruirne un numero maggiore di più piccole o ridurre il numero di animali. A causa delle norme sulla pianificazione del territorio, ampliare le stalle o costruirne di nuove è quasi impossibile.